

Presseexemplar

LEBEN UND ARBEITEN IN DEUTSCHLAND

Ergebnisse des Mikrozensus 2003



Presseexemplar

LEBEN UND ARBEITEN IN DEUTSCHLAND

Ergebnisse des Mikrozensus 2003

Impressum

Herausgeber: Statistisches Bundesamt – Pressestelle, Wiesbaden

Der Bericht „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2003“ wurde verfasst von Hans-Joachim Heidenreich, Karin Böhm, Evelyn Laue, Holger Breiholz, Dr. Klaus-Jürgen Duschek und Manuela Nöthen in Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gruppen VIII A und VIII C des Statistischen Bundesamtes.



Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung können Sie direkt beim Statistischen Bundesamt erfragen.

Wenden Sie sich hierzu bitte an:

Gruppe VIII C „Mikrozensus“

Telefon: +49 (0) 18 88 / 6 44 - 89 55

Telefax: +49 (0) 18 88 / 6 44 - 89 62

E-Mail: mikrozensus@destatis.de

Gruppe VIII A „Gesundheit“ (Fragen zur Gesundheit im Mikrozensus)

Telefon: +49 (0) 18 88 / 6 44 - 81 54

Telefax: +49 (0) 18 88 / 6 44 - 89 94

E-Mail: mz-gesundheit@destatis.de

oder an die Pressestelle:

Telefon +49 (0) 6 11 / 75 - 34 44

Telefax +49 (0) 6 11 / 75 - 39 76

E-Mail: presse@destatis.de

Grundlage der vorliegenden Publikation sind die anlässlich der Pressekonferenz des Statistischen Bundesamtes am 27. April 2004 in Berlin veröffentlichten Daten.



Ein kostenfreier Download des Berichtes im PDF-Format sowie weitere Informationen zum Thema der vorliegenden Publikation sind in der Internetpräsentation des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>) unter der Rubrik „Presse -> Presseveranstaltungen“ abrufbar.

Weitere Informationen zum Thema „Mikrozensus“ finden Sie auch auf der gleichnamigen Themenseite der Homepage des Statistischen Bundesamtes.



Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: <http://www.destatis.de>

oder bei unserem journalistischen Informationsservice:

Statistisches Bundesamt

65180 Wiesbaden

- Telefon: +49 (0) 6 11 / 75 - 34 44

- Telefax: +49 (0) 6 11 / 75 - 39 76

- E-Mail: presse@destatis.de

Bestellnummer: 0000014-03700-1

© Fotoquelle Titelseite: 1.) Getty Images, dv593104 (links)
2.) Statistisches Bundesamt, Kathrin Löbig (rechts)

Gedruckt auf Recycling-Papier.

Erschienen im April 2004.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2004

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Textteil

Inhalt

Verzeichnis der Schaubilder	5
1. Kurzfassung	7
2. Einführung	9
3. Haushalte und ihre Struktur	11
4. Lebensformen der Bevölkerung.....	15
4.1 Das Zusammenleben als Paar	16
4.1.1 Ehepaare	17
4.1.2 Nichteheliche Lebensgemeinschaften	19
4.1.3 Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften	21
4.2 Allein erziehende Elternteile	22
4.3 Allein Lebende	24
5. Wie leben unsere Kinder?	27
6. Erwerbsarbeit und Elternschaft – Wie beteiligen sich Mütter und Väter in Deutschland am Erwerbsleben?	31
7. Erwerbstätigkeit im Wandel	39
7.1 Verschiebung der Geschlechter- und Altersstruktur.....	39
7.2 Ausweitung flexibler Erwerbsformen.....	42
7.3 Wandel der Wirtschafts- und Berufsstrukturen	47
7.4 Erwerbsarbeit immer häufiger zu Hause ?	50
7.5 Entwicklung der Arbeitszeit	52
7.6 Stellenwechsel, Arbeitsuche und Nebenerwerb	54
7.7 Akademisierung und Weiterbildung	59
7.8 Erwerbstätigkeit als Hauptquelle des Lebensunterhalts.....	61
8. Die Erwerbslosen – Arbeitsuche in wirtschaftlich schwierigen Zeiten	63
9. Arbeitskräftereserve – die Nichterwerbspersonen	73
10. Gesundheitliche Beeinträchtigungen	81
11. Rauchgewohnheiten.....	85
12. Körpergröße und Gewicht – die Deutschen werden dicker!.....	91

Anhang

A Was beschreibt der Mikrozensus?	95
B Glossar.....	97

Gebietsstand

Soweit nicht anders angegeben, beziehen sich die Angaben auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3.10.1990.

Die Angaben für das „**frühere Bundesgebiet**“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3.10.1990; sie schließen Berlin-West ein.

Die Angaben für die „**neuen Länder und Berlin-Ost**“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Zeichenerklärung

/ = keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug

Auf- und Ausgliederungen

Die vollständige Aufgliederung einer Summe ist durch das Wort **d a v o n** kenntlich gemacht, die teilweise Ausgliederung durch das Wort **d a r u n t e r**. Bei teilweiser Ausgliederung nach verschiedenen, nicht summierbaren Merkmalen sind die Worte **u n d z w a r** gebraucht worden. Auf die Bezeichnung „davon“ bzw. „darunter“ ist verzichtet worden, wenn aus Aufbau und Wortlaut von Tabellenkopf und Vorspalte unmissverständlich hervorgeht, dass es sich um eine Auf- bzw. Ausgliederung handelt.

Schaubild 1:	Durchschnittliche Haushaltsgröße.....	11
Schaubild 2:	Privathaushalte nach Haushaltsgröße.....	12
Schaubild 3:	Paare im Mai 2003 nach Paartypen.....	16
Schaubild 4:	Ehepaare ohne Kinder und mit Kindern.....	17
Schaubild 5:	Nichteheliche Lebensgemeinschaften ohne Kinder und mit Kindern.....	20
Schaubild 6:	Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.....	22
Schaubild 7:	Allein erziehende Elternteile im Mai 2003 nach Familienstand.....	23
Schaubild 8:	Allein Lebende im Mai 2003 nach Alter.....	25
Schaubild 9:	Ledige Kinder im Mai 2003 nach Lebensform der Eltern/-teile.....	27
Schaubild 10:	Ledige Kinder im Mai 2003 nach Zahl der ledigen Geschwister.....	28
Schaubild 11:	Ledige Kinder im elterlichen Haushalt im Mai 2003 nach Alter.....	29
Schaubild 12:	Altersspezifische Erwerbstätigenquoten von Frauen ohne Kinder und mit Kindern im Mai 2003.....	32
Schaubild 13:	Altersspezifische Erwerbstätigenquoten von Männern ohne Kinder und mit Kindern im Mai 2003.....	32
Schaubild 14:	Erwerbstätigenquoten von Frauen mit Kindern im Mai 2003 nach Zahl der Kinder und Vollzeit-/Teilzeittätigkeit.....	33
Schaubild 15:	Erwerbstätigenquoten von Frauen mit Kindern im Mai 2003 nach Alter des jüngsten Kindes und Vollzeit-/Teilzeittätigkeit.....	35
Schaubild 16:	Teilzeittätige mit Kindern im Mai 2003 nach Gründen für die Teilzeittätigkeit.....	37
Schaubild 17:	Teilzeittätige Frauen mit Kindern im Mai 2003 nach Gründen für die Teilzeittätigkeit.....	38
Schaubild 18:	Anteil der erwerbstätigen Frauen an allen Erwerbstätigen.....	40
Schaubild 19:	Durchschnittsalter der Erwerbstätigen.....	40
Schaubild 20:	Altersspezifische Erwerbstätigenquoten der jüngeren Bevölkerung.....	41
Schaubild 21:	Befristet abhängig Beschäftigte im Mai 2003 nach Altersgruppen.....	42
Schaubild 22:	Teilzeitquoten der abhängig Beschäftigten.....	43
Schaubild 23:	Geringfügig Beschäftigte im Mai 2003 nach Familienstand.....	45
Schaubild 24:	Selbstständige mit und ohne Beschäftigte(n).....	46
Schaubild 25:	Erwerbstätige im Mai 2003 nach Wirtschaftsbereichen.....	47
Schaubild 26:	Erwerbstätige des Dienstleistungssektors im Mai 2003 nach Wirtschaftsabschnitten.....	48
Schaubild 27:	Erwerbstätige in Informations- und Kommunikationsberufen.....	49
Schaubild 28:	Anteil der Erwerbstätigen, die von Februar bis April 2003 haupt- sächlich zu Hause gearbeitet haben, nach Stellung im Beruf.....	51
Schaubild 29:	Durchschnittlich von Vollzeit- und Teilzeiterwerbstätigen normalerweise geleistete Arbeitsstunden je Woche.....	52
Schaubild 30:	Erwerbstätige im Mai 2003 nach Wochenend-, Nacht- und/oder Schichtarbeit und ausgewählten Wirtschaftsunterbereichen.....	54

**Verzeichnis der
Schaubilder
und Tabellen**

Schaubild 31:	Abhängig Erwerbstätige (ohne Auszubildende) im Mai 2003 nach Altersgruppen und Betriebs-/Berufswechsel im letzten Jahr	55
Schaubild 32:	Arbeit suchende Erwerbstätige im Mai 2003 nach Gründen der Arbeitsuche	57
Schaubild 33:	Erwerbstätige in der Haupt- und Zweiterwerbstätigkeit im Mai 2003 nach Wirtschaftsbereichen	58
Schaubild 34:	Erwerbstätige mit Fachhochschul-/Hochschulabschluss	59
Schaubild 35:	Erwerbstätige nach Teilnahme an Lehrveranstaltungen, die überwiegend der beruflichen Weiterbildung dienen	60
Schaubild 36:	Erwerbstätige im Mai 2003 nach Aktivitäten der informellen beruflichen oder allgemeinen Weiterbildung seit April 2002	61
Schaubild 37:	Bevölkerung nach Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts.....	62
Schaubild 38:	Altersspezifische Erwerbslosenquoten im Mai 2003	64
Schaubild 39:	Erwerbslose im Mai 2003 nach Gründen der Arbeitsuche.....	65
Schaubild 40:	Erwerbslose im Mai 2003 nach Wegen der Arbeitsuche.....	66
Schaubild 41:	Erwerbslose im Mai 2003 nach Dauer der Arbeitsuche	67
Schaubild 42:	Erwerbslose im Mai 2003 nach Art der gesuchten Tätigkeit.....	68
Schaubild 43:	Erwerbslose und Erwerbstätige im Mai 2003 nach höchstem beruflichen Ausbildungs- bzw. Fachhochschul-/Hochschulabschluss	69
Schaubild 44:	15- bis 29-jährige Erwerbslose im Mai 2003 ohne Berufsabschluss	71
Schaubild 45:	Nichterwerbspersonen im Alter von 15 Jahren und älter im Mai 2003	73
Schaubild 46:	Arbeitsmarktnahe Nichterwerbspersonen im Mai 2003.....	75
Schaubild 47:	Arbeit suchende Nichterwerbspersonen im Mai 2003 nach Gründen der Nichtverfügbarkeit.....	76
Schaubild 48:	Arbeitsmarktnahe Nichterwerbspersonen im Mai 2003 nach Altersgruppen	77
Schaubild 49:	Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch, die keine Erwerbstätigkeit suchen, im Mai 2003 nach Gründen der Nichtarbeitsuche	78
Schaubild 50:	Arbeitsmarktnahe Nichterwerbspersonen und Erwerbslose im Mai 2003 nach höchstem allgemeinen Schulabschluss.....	80
Schaubild 51:	Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Mai 2003 nach Alter	81
Schaubild 52:	Dauer der gesundheitlichen Beeinträchtigung im Mai 2003	83
Schaubild 53:	Raucher und Nichtraucher im Alter von 15 Jahren und mehr im Mai 2003	85
Schaubild 54:	Regelmäßige Raucher im Mai 2003	86
Schaubild 55:	Gesundheitliche Beeinträchtigungen bei Rauchern und Nichtrauchern	87
Schaubild 56-1:	Männliche Raucher, Aussteiger und Nie-Raucher im Mai 2003	88
Schaubild 56-2:	Weibliche Raucher, Aussteiger und Nie-Raucher im Mai 2003	89
Schaubild 57:	Personen mit Übergewicht (Body-Mass-Index über 25) nach Alter	92
Schaubild 58:	Body-Mass-Index nach Familienstand im Mai 2003.....	93

Leben und Arbeiten in Deutschland

Mikrozensus 2003

1. Kurzfassung

Der Mikrozensus 2003 zeigt für die Bereiche Haushalte und Lebensformen, Erwerbsleben sowie Gesundheitssituation der Bevölkerung folgende Ergebnisse:

Zu Haushalten und den Lebensformen der Bevölkerung:

Im Mai 2003 gab es 38,9 Mill. Haushalte mit rund 82,9 Mill. Haushaltsmitgliedern. Damit ist die Zahl der Privathaushalte seit 1991 um 11%, die Zahl der Haushaltsmitglieder um 3% gestiegen. Infolge der Entwicklung sank die durchschnittliche Haushaltsgröße: Im April 1991 lebten noch durchschnittlich 2,27 Personen in einem Haushalt, im Mai 2003 nur noch 2,13 Personen.

*Durchschnittlich
2,13 Personen pro
Haushalt*

Immer mehr Menschen leben in einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft, als alleinerziehende Elternteile oder allein in einem Einpersonenhaushalt. Besonders ausgeprägt ist die Entwicklung bei den Lebensgemeinschaften: Seit 1996 hat sich ihre Zahl um 30% auf rund 2,4 Mill. Lebensgemeinschaften im Mai 2003 erhöht. Der Anteil an allen 21,6 Mill. Paaren in Deutschland ist allerdings vergleichsweise gering: Knapp neun von zehn Paaren sind Ehepaare (89%), nur jedes zehnte Paar eine Lebensgemeinschaft.

*„Neue“ Lebensformen
gewinnen an Bedeutung*

Wenn auch die „neuen“ Lebensformen immer häufiger werden, so leben die meisten minderjährigen Kinder nach wie vor bei den verheirateten Eltern und mit mindestens einem weiteren Geschwisterkind zusammen (63%). Dabei zeigen sich deutliche Ost-West-Unterschiede: So wuchsen 66% der westdeutschen Kinder im Mai 2003 in einer „traditionellen Normalfamilie“ mit verheirateten Eltern und mindestens einem Bruder oder einer Schwester im Haushalt auf; in Ostdeutschland waren es nur 46%.

*Kinder überwiegend
bei Ehepaaren und mit
weiteren Geschwistern*

Zum Erwerbsleben:

Abhängig unbefristete Vollzeitbeschäftigung wird zunehmend von flexiblen Erwerbsformen abgelöst. So ist die Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten gegenüber April 1991 um acht Prozentpunkte auf 22% angestiegen. Die Selbstständigenquote erhöhte sich im gleichen Zeitraum um zwei Prozentpunkte auf 10%. Der Verbreitungsgrad der befristeten Tätigkeiten hat insbesondere bei den jüngeren Erwerbstätigen unter 30 Jahren deutlich zugenommen.

*Wandel der
Erwerbsformen*

Dem Dienstleistungssektor ordneten sich im Mai 2003 54% der männlichen und 81% der weiblichen Erwerbstätigen zu, das waren fast 2,3 Mill. mehr Frauen als Männer. Dieser Verteilung entspricht, dass nur knapp jede zehnte erwerbstätige Frau (9%), hingegen jeder dritte erwerbstätige Mann (34%) einen Fertigungsberuf ausübte. In technischen Berufen arbeiteten 10% der Männer, aber nur 2% der Frauen.

*81% der erwerbstätigen
Frauen im Dienst-
leistungssektor*

Auf Grund des Teilzeit-Booms ist die Wochenarbeitszeit der erwerbstätigen Frauen von April 1991 bis Mai 2003 deutlich von 34,4 auf 30,8 Stunden gesunken. Bei den Männern fiel der entsprechende Rückgang (von 41,2 auf 40,0 Stunden) merklich schwächer aus. Demzufolge lag der Anteil der Frauen am gesamten Arbeitsvolumen im Mai 2003 nur bei 38%, sieben Prozentpunkte niedriger als der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen.

*Im Durchschnitt
kürzere Arbeitszeiten*

**Mehr als jeder fünfte
Erwerbstätige unter 30
Jahren beruflich oder
betrieblich mobil**

13% der Erwerbstätigen in den neuen Ländern und Berlin-Ost und knapp 10% der Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet waren im Zeitraum April 2002 bis Mai 2003 betrieblich oder beruflich mobil. Unter den 15- bis 29-jährigen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende) betrug der Anteil der Betriebs- bzw. Berufswechsel bundesweit sogar mehr als ein Fünftel (22%). Auf der Suche nach einem anderen Arbeitsplatz waren im Mai 2003 rund 3% aller Erwerbstätigen. Fast ein Viertel (23%) davon suchte wegen einer drohenden Entlassung eine Erwerbsarbeit. Gut 2% der Erwerbstätigen übten neben ihrer beruflichen Haupttätigkeit eine Nebenerwerbstätigkeit aus. Letztere umfasste in drei von vier Fällen (78%) weniger als 15 Wochenstunden.

**Steigender Anteil
akademisch
gebildeter
Erwerbstätiger**

17% der Erwerbstätigen hatten im Frühjahr 2003 einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss; im April 1991 waren es lediglich 12%. Von den erwerbstätigen Männern konnten 19% und von den erwerbstätigen Frauen 14% einen akademischen Abschluss vorweisen. Mehr als jeder siebte Erwerbstätige (14%) nahm im Zeitraum April 2002 bis Mai 2003 an überwiegend beruflichen Zwecken dienenden Weiterbildungsveranstaltungen teil, wobei Erwerbstätige mit Hochschulabschluss (29%) und Fachhochschulabschluss (25%) die höchsten Beteiligungsquoten aufwiesen.

**Entlassungen
häufigster Grund für
die Arbeitsuche**

58% der männlichen und 46% der weiblichen Erwerbslosen im früheren Bundesgebiet gaben als Grund ihrer Arbeitsuche an, den früheren Arbeitsplatz durch Entlassung verloren zu haben. In den neuen Ländern und Berlin-Ost suchten sogar rund drei Viertel der erwerbslosen Männer (77%) und Frauen (75%) einen Arbeitsplatz nach einer Kündigung durch den Arbeitgeber.

Zur Gesundheitssituation der Bevölkerung:

**Erwerbstätige weniger
häufig krank oder
unfallverletzt**

Im Mai 2003 bezeichneten sich insgesamt 11% der Bevölkerung, die Angaben zu ihrem Gesundheitszustand machten, als gesundheitlich beeinträchtigt oder unfallverletzt. Gegenüber 1999 blieben die Zahlen unverändert. Von den Erwerbstätigen hatten im Mai 2003 8% gesundheitliche Beschwerden oder waren unfallverletzt. Demgegenüber waren 9% der Erwerbslosen (gemäß ILO-Konzept, vgl. Abschnitt 8) und 14% der Nichterwerbspersonen krank oder unfallverletzt.

**Jede(r) Vierte über 15 Jahre
raucht regelmäßig**

Im Mai 2003 bekannten sich 27% der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren zum Rauchen. Das waren nur geringfügig weniger als 1999 (28%). Die Quote der Raucher betrug bei den Männern 33%, bei den Frauen 22%.

**Junge Menschen greifen
verstärkt zur Zigarette**

Insgesamt rauchten im Mai 2003 24% aller Befragten regelmäßig, 30% der Männer bzw. 19% der Frauen. Für beide Geschlechter findet sich in der Altersgruppe der 20- bis unter 25-Jährigen der höchste Anteilswert mit 40% bzw. 30%.

**Jede(r) Zweite
übergewichtig**

Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index (BMI) über 25 als übergewichtig, mit einem Wert über 30 als stark übergewichtig ein. Im Mai 2003 war fast jeder zweite Erwachsene übergewichtig (49%), ein Prozentpunkt mehr als 1999. Starkes Übergewicht hatten sogar 13% der Bevölkerung. In allen Altersgruppen waren Männer häufiger übergewichtig als Frauen. Insgesamt waren 58% der Männer, jedoch nur 41% der Frauen übergewichtig.

Untergewicht, d.h. ein BMI von weniger als 18,5, ist in Deutschland weitaus weniger verbreitet als Übergewicht. Frauen waren 2003 wesentlich häufiger (4%) von Untergewicht betroffen als Männer (1%). Junge Frauen im Alter von 18 und 19 Jahren waren sogar zu 13% untergewichtig.

2. Einführung

Wie entwickelte sich die Zahl der Haushalte und wie veränderte sich dabei ihre Struktur? Welche Lebensformen sind für die Bevölkerung in Deutschland kennzeichnend? Wie ist die Lebenssituation der Kinder in Deutschland? Wie vereinbaren Mütter und Väter in Deutschland Familie und Beruf? Wie entwickelten sich die Erwerbsformen und Arbeitszeiten der Erwerbstätigen? Welche Bedeutung haben Betriebs- oder Berufswechsel und Mehrfachbeschäftigungen bei den Erwerbstätigen? Welche beruflichen Bildungsabschlüsse haben Erwerbstätige und Erwerbslose? Aus welchen Gründen suchen Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch keine Erwerbstätigkeit? Wie ist es um den Gesundheitszustand der Deutschen bestellt? Zeigen die verstärkten Warnungen vor dem Rauchen Wirkung? Für die Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen bietet der Mikrozensus zuverlässige statistische Daten. Der Mikrozensus wird seit 1957 im früheren Bundesgebiet und seit 1991 auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost durchgeführt. Einmal jährlich werden dabei rund 1% der in Deutschland lebenden Bevölkerung nach ihren Lebens- und Familienformen, ihrem Erwerbsverhalten, ihrer Ausbildung sowie in mehrjährigen Abständen beispielsweise nach ihrem Gesundheitszustand oder ihrer Wohnsituation befragt. Mit rund 830 000 befragten Personen ist der Mikrozensus die größte jährlich durchgeführte Haushaltsbefragung in Europa und ein wesentlicher Teil des Systems „amtliche Statistik“ in Deutschland.

Die Grundidee des Mikrozensus ist, dass sich mit einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe, d.h. mit der Befragung eines Teils der Bevölkerung – einer nach festgelegten mathematisch-statistischen Verfahren gezogenen Stichprobe – ein annähernd wirklichkeitsgetreues Abbild der gesamten Bevölkerung darstellen lässt.

Wie für jede Erhebung der amtlichen Statistik in Deutschland sind Inhalte und Durchführung des Mikrozensus gesetzlich geregelt. Das Mikrozensusgesetz vom 17. Januar 1996 legt fest, wie viele Personen wie häufig und nach welchen Angaben befragt werden und welche Erhebungsmethode anzuwenden ist. Um ein möglichst vollständiges und zuverlässiges Spiegelbild der Bevölkerung zu gewinnen, sind die ausgewählten Personen bei den meisten im Mikrozensus gestellten Fragen zur Auskunft verpflichtet.

Entsprechend der föderativen Struktur der Bundesrepublik Deutschland wird der Mikrozensus von den Statistischen Ämtern der Länder und dem Statistischen Bundesamt gemeinsam durchgeführt. Die organisatorische und technische Vorbereitung erfolgt im Statistischen Bundesamt. Für die Befragung und die Aufbereitung der Daten sind die Statistischen Landesämter zuständig.

Der Mikrozensus bildet zugleich den Rahmen für die Arbeitskräftestichprobe der Europäischen Union (EU), die seit ihrer ersten Durchführung im Jahr 1968 gemeinsam mit dem Mikrozensus erhoben wird und für alle Mitgliedstaaten vergleichbare jährliche Daten über den Arbeitsmarkt und die sozioökonomischen Strukturen der Erwerbstätigen und Erwerbslosen liefert. Die EU betrachtet ihre Arbeitskräfteerhebung als wichtigste erwerbsstatistische Quelle und als unverzichtbares Werkzeug für die Vorbereitung und Bewertung gemeinschaftlicher Aktionsprogramme in den Bereichen Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Berufsausbildung.

Nach dem gegenwärtigen Erhebungskonzept des Mikrozensus beziehen sich die meisten Fragen auf die Gegebenheiten in einer festen Berichtswoche. In der Regel handelt es sich dabei um die letzte feiertagsfreie Woche im April eines Jahres. Die Befragung der Haushalte findet dann überwiegend in den Monaten Mai und Juni statt. Die Ergebnisse des Mikrozensus liefern somit eine Momentaufnahme der Verhältnisse im Frühjahr.

Für die Mikrozensusserhebungen ab 2005 ist geplant, auf eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche überzugehen. Mit der neuen Erhebungsform, bei der das gesamte Befragungsvolumen gleichmäßig auf alle Kalenderwochen des Jahres verteilt wird, sollen Durchschnittsergebnisse nicht nur auf der Jahres-, sondern auch auf der Quartalsebene ausgewiesen werden. Damit wird es z.B. möglich sein, unterjährige Daten zu Erwerbstätigen und Erwerbslosen in Kombination mit einer Fülle von demografischen und sozioökonomischen Merkmalen in international vergleichbarer Form zeitnah zur Verfügung zu stellen.

3. Haushalte und ihre Struktur

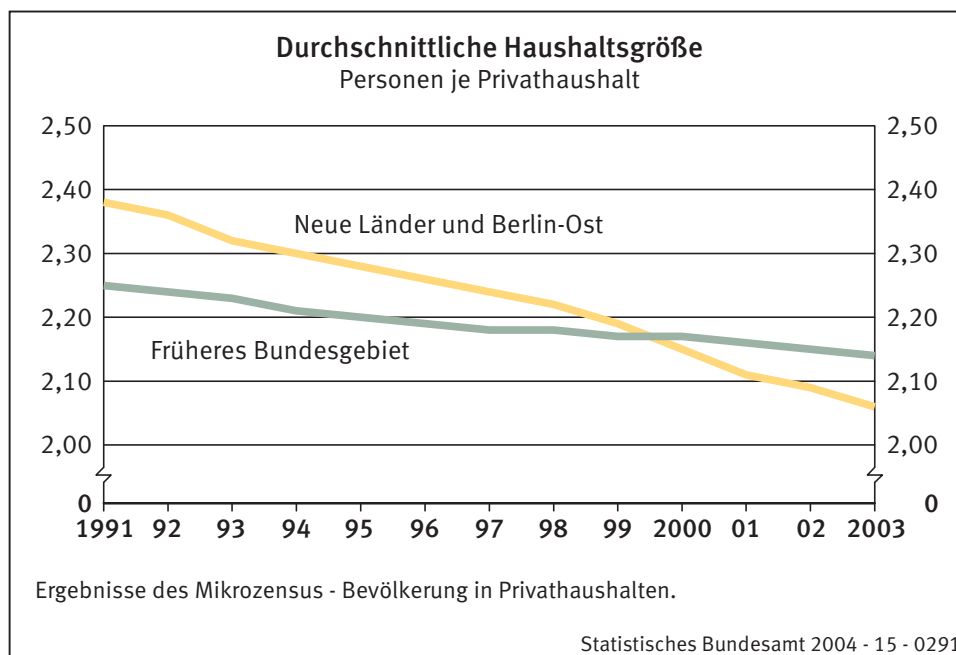
Im Mai 2003 zählten in Deutschland 83,7 Mill. Menschen zur wohnberechtigten Bevölkerung. Davon lebten 798 000 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften und 82,9 Mill. Menschen als Haushaltsmitglieder in 38,9 Mill. Privathaushalten. Seit April 1991 stieg die Zahl der Haushaltsmitglieder um 3%, die Zahl der Privathaushalte um 11%. Im Jahr 2003 lebten durchschnittlich 2,13 Menschen in einem Haushalt, während die durchschnittliche Haushaltsgröße 1991 noch bei 2,27 Personen gelegen hatte.

*Immer mehr Haushalte,
in denen durchschnittlich
immer weniger
Menschen leben*

Im früheren Bundesgebiet hat die in Privathaushalten lebende Bevölkerung seit 1991 – mit Ausnahme des Jahres 1998 – kontinuierlich zugenommen. So lebten dort im Mai 2003 68,0 Mill. Menschen in Privathaushalten, 6% mehr als im April 1991. Mit der Bevölkerung in Privathaushalten ist auch die Zahl der Privathaushalte stetig gestiegen. 2003 gab es in Westdeutschland 31,7 Mill. Privathaushalte, 11% mehr als 1991. Da die Zahl der Privathaushalte schneller wuchs als die Zahl der in ihnen lebenden Menschen, wurden die westdeutschen Haushalte immer kleiner. Lebten 1991 durchschnittlich 2,25 Personen in einem Haushalt, waren es zwölf Jahre später 2,14 Personen.

Im Gegensatz zu Westdeutschland schrumpfte die in Privathaushalten lebende Bevölkerung in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1991 um 6% auf 14,9 Mill. Personen im Mai 2003. Wie im Westen erhöhte sich auch im Osten Deutschlands die Zahl der Privathaushalte zwischen 1991 und 2003 – mit Ausnahme des Jahres 1992 – kontinuierlich. Im Mai 2003 wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost 7,2 Mill. Privathaushalte gezählt, 8% mehr als 1991. Die gegenläufige Entwicklung der Privathaushalte und ihrer Mitglieder führte dazu, dass neben den westdeutschen auch und insbesondere die ostdeutschen Haushalte immer kleiner wurden. So sank dort die durchschnittliche Personenzahl je Haushalt zwischen 1991 und 2003 von 2,38 Personen auf 2,06 Personen. Im Jahr 2000 lag die durchschnittliche Haushaltsgröße im Osten Deutschlands erstmals seit 1991 unter dem entsprechenden Wert für Westdeutschland, eine Entwicklung, die sich seitdem fortgesetzt hat.

Schaubild 1



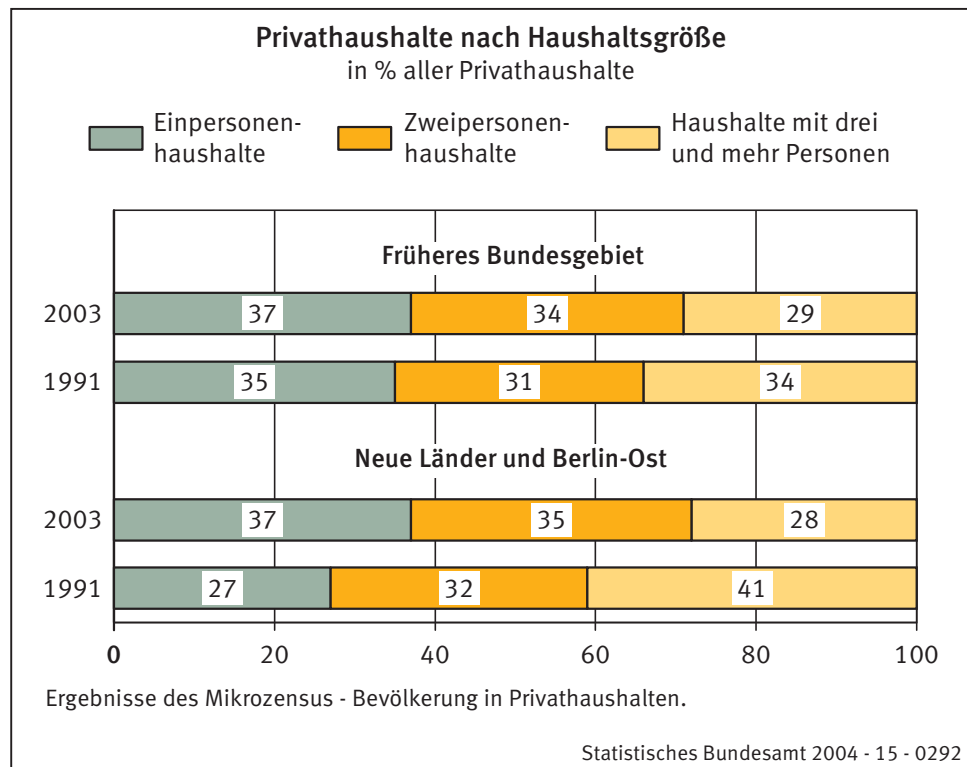
Als Mehrzweckstichprobe liefert der Mikrozensus ein breites Spektrum an Informationen auf der Personen-, Haushalts- und Familien- bzw. Lebensformebene. Je nach Themenschwerpunkt und Betrachtungsebene werden unterschiedlich abgegrenzte Bevölkerungsgruppen verwendet. Die Grundlage für die im Abschnitt 3 dargestellten Ergebnisse des Mikrozensus auf der Haushaltsebene ist die Bevölkerung in Privathaushalten am Haupt- und Nebenwohnsitz, im Nachfolgenden kurz „Bevölkerung in Privathaushalten“ oder „Haushaltsmitglieder“ genannt. Dazu gehören alle in einem Privathaushalt lebenden Personen. Hierzu zählt im Mikrozensus jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften. Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften sind ausgeschlossen. Personen, die an verschiedenen Wohnsitzen Mitglied mehrerer Haushalte sind, werden mehrfach gezählt, weil Haushalte an jedem Wohnsitz entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde nutzen.

Anteile der Haushalte mit einer und zwei Personen nehmen weiter zu

Die unterschiedlich schnelle Entwicklung der Zahl der Haushalte und der in ihr lebenden Bevölkerung spiegelt sich in einer veränderten Struktur kleiner und großer Haushalte wider. Während die Anteile der Ein- und Zweipersonenhaushalte an allen Haushalten weiter stiegen, verringerte sich der Anteil der Haushalte, in denen drei und mehr Personen zusammen wohnen und wirtschaften.

Im Mai 2003 waren von den 31,7 Mill. Haushalten im früheren Bundesgebiet 37% Einpersonenhaushalte, 34% Zweipersonenhaushalte und in 29% aller Haushalte wohnten drei und mehr Personen. Gegenüber April 1991 nahmen die Anteile der Ein- und der Zweipersonenhaushalte um zwei Prozentpunkte bzw. um drei Prozentpunkte zu. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten nahm entsprechend um fünf Prozentpunkte ab.

Schaubild 2



Während im April 1991 noch deutliche Unterschiede zwischen den Haushaltsstrukturen in West- und Ostdeutschland existierten, zeigen sich die Verhältnisse im Mai 2003 weitgehend angeglichen. So sind im Osten Deutschlands die Anteile der Zwei- und insbesondere der Einpersonenhaushalte an allen Haushalten stark gestiegen. Entsprechend deutlich reduzierte sich der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen. Im Mai 2003 waren von den 7,2 Mill. Haushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost 37% Ein- und 35% Zweipersonenhaushalte. In 28% aller Haushalte lebten

drei und mehr Personen. Im Vergleich zum April 1991 stiegen die Anteile der Ein- und der Zweipersonenhaushalte um zehn Prozentpunkte bzw. um drei Prozentpunkte. Der Anteil der Haushalte mit drei und mehr Personen an allen Haushalten verringerte sich entsprechend um dreizehn Prozentpunkte.

In Deutschland lag der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen 38,9 Mill. Haushalten im Mai 2003 bei 37%. Die entsprechenden Anteile der Haushalte mit zwei Personen und mit drei und mehr Personen lagen bei 34% bzw. 29%. Damit waren die Einpersonenhaushalte im Mai 2003 sowohl in Westdeutschland wie in Ostdeutschland der häufigste Haushaltstyp.

4. Lebensformen der Bevölkerung

Im Mai 2003 umfasste die wohnberechtigte Bevölkerung in Deutschland 83,7 Mill. Menschen. Davon wohnten 798 000 Menschen in Gemeinschaftsunterkünften. 82,9 Mill. Personen waren Mitglieder von Privathaushalten. Von diesen Haushaltsmitgliedern lebten 81,8 Mill. Personen in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft, einer Paargemeinschaft ohne Kinder, allein in einem Einpersonenhaushalt oder in einer sonstigen Lebensform mit Wohnsitz am Ort der Hauptwohnung. Ein Viertel (25%) dieser 81,8 Mill. Menschen waren Kinder, d.h. ledige Personen ohne Altersbegrenzung, die gemeinsam mit ihren Stief-, Adoptiv- oder leiblichen Eltern in einem Haushalt lebten. Ein weiteres gutes Viertel (28%) dieser Bevölkerung waren Eltern, die diese minder- und volljährigen Kinder versorgten. Damit lebte über die Hälfte (53%) der Menschen in Deutschland in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft, also als Ehepaar, als Lebensgemeinschaft oder als allein erziehender Elternteil ohne Lebenspartner(in) mit mindestens einem Kind zusammen. Gut ein weiteres Viertel (28%) der Bevölkerung lebte in einer Paargemeinschaft, d.h. es wohnte als Ehepaar oder als nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft in einem gemeinsamen Haushalt zusammen, versorgte in diesem zum Zeitpunkt der Befragung jedoch keine Kinder. Da der Mikrozensus den aktuellen Haushalts- und Familienzusammenhang wiedergibt, gehören zu diesen Paaren ohne Kinder sowohl dauerhaft kinderlose Paare, als auch Paare, deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben. Allein in einem Einpersonenhaushalt lebten 17% der Bevölkerung. In einem Mehrpersonenhaushalt, aber ohne eigene Kinder und ohne Lebenspartner(in), wohnten nur 2% der Bevölkerung (vgl. Tabelle 1).

*Über die Hälfte
der Bevölkerung
lebt in Eltern-Kind-
Gemeinschaften*

Im Mai 2003 war der Anteil der in Eltern-Kind-Gemeinschaften lebenden Bevölkerung im Vergleich zu 1996 deutschlandweit um drei Prozentpunkte zurückgegangen, während die Anteile der in Paargemeinschaften ohne Kinder lebenden Bevölkerung und der allein lebenden Bevölkerung im gleichen Zeitraum um zwei Prozentpunkte bzw. um einen Prozentpunkt gestiegen waren. Besonders deutlich war der Rückgang des in Eltern-Kind-Gemeinschaften lebenden Bevölkerungsanteils in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Dort ging er seit 1996 um acht Prozentpunkte auf 52% im Jahr 2003 zurück.

Die in den Abschnitten 4, 5 und 6 dargestellten Ergebnisse des Mikrozensus auf der Ebene der Lebensformen basieren auf der Bevölkerung am Hauptwohnsitz der Lebensform, im Nachfolgenden kurz „Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)“ genannt. Sie wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet. Zu ihr gehören alle in Eltern-Kind-Gemeinschaften und Paargemeinschaften ohne Kinder lebenden Personen mit Wohnsitz der Gemeinschaft am Ort der Hauptwohnung. Ferner zählen zu ihr alle ohne Partner(in) und ohne ledige Kinder in Mehrpersonenhaushalten lebende Personen sowie allein in Einpersonenhaushalten lebende Personen am Hauptwohnsitz. Lebensformen am Nebenwohnsitz und die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften sind ausgeschlossen. Im Vordergrund steht die Darstellung der Lebensformen als zusammengehörige Einheiten ohne Mehrfachzählungen.

Im Mai 2003 überwogen in Deutschland unter den 12,6 Mill. Eltern-Kind-Gemeinschaften nach wie vor die Ehepaare mit Kindern mit einem Anteil von 75%. Allein erziehende Mütter und Väter machten mit 19% knapp ein Fünftel aller Eltern-Kind-Gemeinschaften aus. 6% der Eltern-Kind-Gemeinschaften waren eine nichteheliche oder gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft. Gegenüber 1996 ist der deutschlandweite Anteil der Ehepaare an den Eltern-Kind-Gemeinschaften um vier Prozentpunkte zurückgegangen, während die Anteile der Lebensgemeinschaften und der allein Erziehenden an den Eltern-Kind-Gemeinschaften jeweils um zwei Prozentpunkte gestiegen sind.

*Drei Viertel der Eltern-
Kind-Gemeinschaften
sind Ehepaare*

Tabelle 1: Bevölkerung im Mai 2003 nach Lebensformen

Lebensformen	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost
	1 000	
Insgesamt	67 094	14 729
Eltern-Kind-Gemeinschaften.....	35 988	7 636
Eltern/-teile	18 592	4 151
Ledige Kinder.....	17 396	3 485
Paare ohne Kinder	18 530	4 315
Allein Lebende.....	11 308	2 540
Sonstige Personen ¹⁾	1 268	238

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

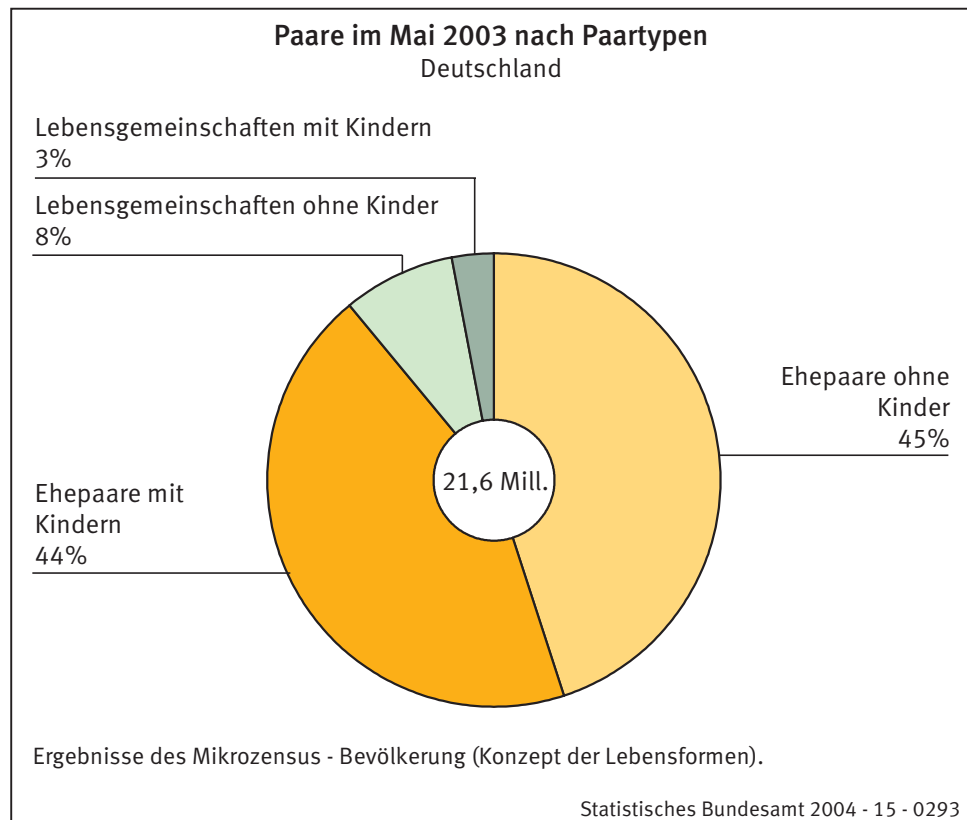
1) Ohne Kinder und ohne Lebenspartner(in) in Mehrpersonenhaushalten Lebende.

4.1 Das Zusammenleben als Paar

Neun von zehn Paaren sind Ehepaare

Das unverheiratete Zusammenleben hat merklich an Bedeutung gewonnen, gleichwohl überwiegen unter den Paaren immer noch die Ehepaare. Fast neun von zehn (89%) der 21,6 Mill. Paare führten im Mai 2003 in Deutschland ihren gemeinsamen Haushalt als Ehepaar. Lediglich etwa jedes zehnte Paar (11%) lebte in nichtehelicher oder gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaft. Im Vergleich zu 1996 nahm der Anteil der Ehepaare an allen Paaren in Deutschland um zwei Prozentpunkte ab, während der Anteil der Lebensgemeinschaften entsprechend anstieg.

Schaubild 3



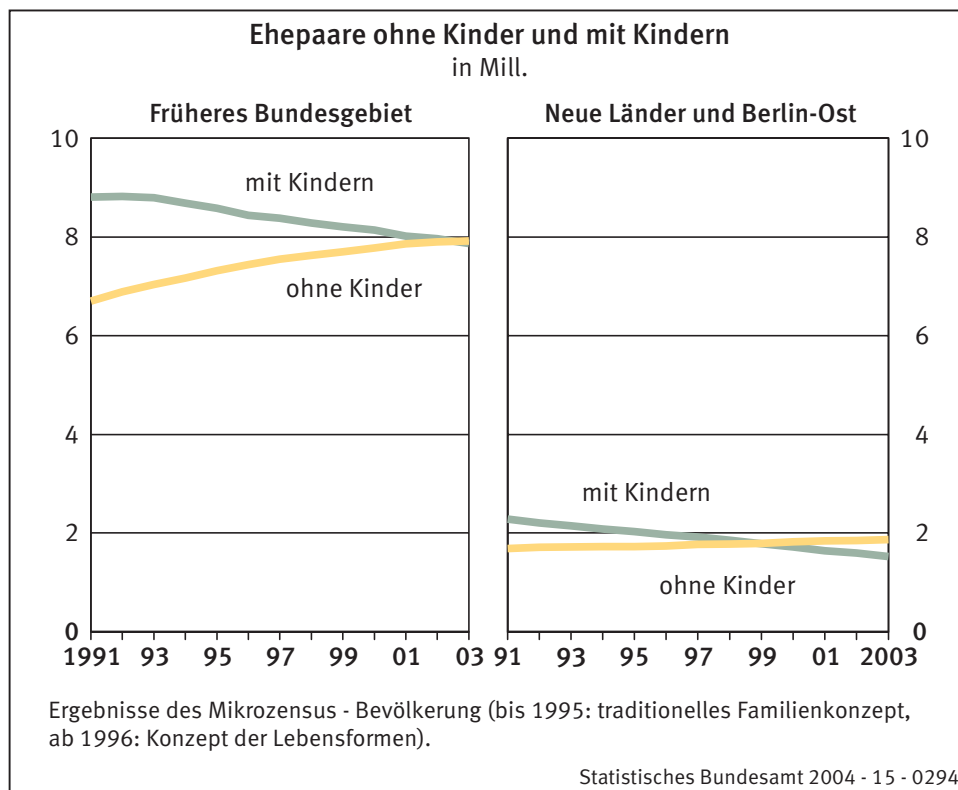
4.1.1 Ehepaare

Im früheren Bundesgebiet ist die Zahl der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt seit 1991 um 18% auf 7,9 Mill. im Mai 2003 gestiegen. Auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost nahm die Zahl der Ehepaare ohne Kinder zu. Dort lebten im Mai 2003 1,9 Mill. Ehepaare ohne Kinder, 11% mehr als im Jahr 1991. Gleichzeitig ging die Zahl der Ehepaare mit Kindern im Westen und insbesondere im Osten Deutschlands gegenüber 1991 zurück: in Westdeutschland um 11% auf unter 7,9 Mill. und in Ostdeutschland um 33% auf 1,5 Mill. Ehepaare mit Kindern im Jahr 2003. Seit 1999 leben im Osten Deutschlands mehr Ehepaare ohne Kinder als Ehepaare mit Kindern im Haushalt, im Mai 2003 traf dies seit 1991 erstmals auch für den Westen Deutschlands zu.

Zahl und Anteil der Ehepaare ohne Kinder im Haushalt steigt

Damit gab es in Deutschland im Mai 2003 19,2 Mill. Ehepaare, 2% weniger als im April 1991. Bei etwas über der Hälfte (51%) dieser Ehepaare lebten im Mai 2003 keine ledigen Kinder im Haushalt. Dies bedeutet im Vergleich zu 1991 eine Zunahme des Anteils der Ehepaare ohne Kinder (an allen Ehepaaren) um acht Prozentpunkte. In Ostdeutschland nahm er seit 1991 um zwölf Prozentpunkte auf 55% im Jahr 2003 zu. In Westdeutschland wuchs der Anteil der Ehepaare ohne Kinder im betrachteten Zeitraum vergleichsweise gering um sieben Prozentpunkte auf knapp über 50% im Mai 2003.

Schaubild 4



Bei der Interpretation dieser Ergebnisse ist zu beachten, dass die Mikrozensusergebnisse zwei Gruppen von Ehepaaren ohne Kinder im Haushalt umfassen. Zum einen Ehepaare, die niemals Kinder versorgt haben, d.h. dauerhaft kinderlos waren. Zum anderen Ehepaare, die zwar Kinder aufgezogen haben, deren Kinder aber bereits aus dem Elternhaus ausgezogen sind. Ein Anstieg der Ehepaare ohne Kinder ist daher nicht automatisch mit einer Zunahme von dauerhaft kinderlosen Ehepaaren gleichzusetzen.

Bei drei Vierteln der Ehepaare mit Kindern im Haushalt wachsen Minderjährige auf

Bei rund zwei von drei (64%) der 1,5 Mill. ostdeutschen Ehepaare mit Kindern und drei von vier (75%) der entsprechenden 7,9 Mill. westdeutschen Ehepaare wuchsen im Mai 2003 minderjährige Kinder auf. Gegenüber 1991 ging der Anteil der Ehepaare mit minderjährigen Kindern (an allen Ehepaaren mit Kindern) im Osten Deutschlands um 14 Prozentpunkte zurück, während er im Westen Deutschlands um fünf Prozentpunkte zunahm. In Deutschland stieg er damit im Vergleich zu 1991 um zwei Prozentpunkte auf 73% im Mai 2003. Gegenüber April 2002 sank er um einen Prozentpunkt.

Anteil der verheiratet Zusammenlebenden an der Bevölkerung gesunken

Im Mai 2003 waren 48% der Männer und 46% der Frauen verheiratet zusammenlebend. Damit sank der Anteil der (verheiratet zusammenlebenden) Ehepartner an der Bevölkerung gegenüber 1991 bei Männern um drei Prozentpunkte und bei Frauen um zwei Prozentpunkte. Besonders deutlich waren die Rückgänge unter den 25- bis 44-Jährigen. In dieser Altersgruppe ging der Anteil der Ehepartner an der Bevölkerung gegenüber 1991 bei Männern um zwölf Prozentpunkte zurück (Mai 2003: 51%), bei Frauen um elf Prozentpunkte (Mai 2003: 61%). Unter den Seniorinnen (65 Jahre und älter) stieg der Anteil der Ehefrauen infolge des zunehmenden zeitlichen Abstands zu den Weltkriegern deutlich um neun Prozentpunkte auf 42% im Mai 2003. Gleichzeitig sank unter den Seniorinnen der Anteil der Verwitweten um zehn Prozentpunkte auf 45% im Mai 2003.

Ehepaare sind durchschnittlich immer länger verheiratet

2003 konnten 2% der Ehepaare (mit Angabe zum Eheschließungsjahr der jetzigen Ehe) ihre Rubinhochzeit (40 Ehejahre) begehen (1991: 2%). 1% der Ehepaare feierte Goldene Hochzeit (50 Ehejahre, 1991: 0,4%) und 0,1% der Ehepaare Diamantene Hochzeit (60 Jahre, 1991: 0,1%). Die durchschnittliche Ehedauer lag im Jahr 2003 bei 26,4 Jahren, 2,5 Jahre höher als noch 1991.

Die durchschnittliche Ehedauer von Ehemännern im Seniorenalter nahm gegenüber April 1991 um 1,9 Jahre zu (Mai 2003: 44,1 Jahre). Ehefrauen im Seniorenalter waren 2003 im Durchschnitt 2,1 Jahre länger verheiratet als 1991 (Mai 2003: 46,3 Jahre). Während die durchschnittliche Ehedauer von Ehepartnern im Seniorenalter stieg, sank sie bei Ehemännern und Ehefrauen in jüngeren Altersgruppen. Lediglich 45- bis 64-jährige Ehefrauen waren 2003 mit durchschnittlich 30,3 Jahren genauso lange verheiratet wie 1991. Besonders stark ausgeprägt war der Rückgang bei den 25- bis 44-Jährigen. Ehemänner dieser Altersgruppe waren 2003 durchschnittlich 0,6 Jahre kürzer verheiratet als 1991 (Mai 2003: 10,7 Jahre), Ehefrauen im Durchschnitt 0,9 Jahre kürzer als 1991 (Mai 2003: 12,1 Jahre) (vgl. Tabelle 2).

Durchschnittsalter von Ehemännern und Ehefrauen ist gestiegen

Im Mai 2003 betrug das Durchschnittsalter aller Ehemänner 54,0 Jahre, das aller Ehefrauen 51,2 Jahre. Ehemänner und Ehefrauen waren damit durchschnittlich jeweils 3,6 Jahre älter als 1991. Ursache für diesen deutlichen Anstieg ist u.a. der zunehmende Anteil Älterer unter den Ehemännern und Ehefrauen. So stieg der Anteil der Seniorinnen und Senioren an den Ehepartnern gegenüber 1991 bei Ehemännern um neun Prozentpunkte (Mai 2003: 25%) und bei Ehefrauen um sechs Prozentpunkte (Mai 2003: 19%). Das Durchschnittsalter der 25- bis 44-jährigen Ehemänner und Ehefrauen lag im Mai 2003 bei 37,6 Jahren bzw. 36,9 Jahren. Damit waren diese Ehemänner und Ehefrauen durchschnittlich jeweils 1,5 Jahre älter als 1991. Ehemänner im Seniorenalter waren im Mai 2003 durchschnittlich 72,5 Jahre alt (April 1991: 72,7 Jahre), Ehefrauen im Seniorenalter durchschnittlich 71,8 Jahre (April 1991: 71,3 Jahre).

Die Tendenz zur späteren Erstheirat bzw. zur Wiederheirat spiegelt sich auch im durchschnittlichen Alter von „jung“ Verheirateten (Dauer der jetzigen Ehe unter einem Jahr) wider. 2003 waren „jung“ verheiratete Männer mit 35,9 Jahren durchschnittlich 4,4 Jahre älter als 1991. „Jung“ verheiratete Frauen waren mit 32,3 Jahren durchschnittlich 3,5 Jahre älter als 1991. Unter den 25- bis 44-jährigen „jung“ verheirateten Ehemännern stieg das Durchschnittsalter in diesem Zeitraum um 2,8 Jahre (Mai 2003: 33,6 Jahre), unter den entsprechenden Ehefrauen um 2,2 Jahre (Mai 2003:

Tabelle 2: Durchschnittliche Ehedauer und Durchschnittsalter von Ehemännern und Ehefrauen nach Alter Deutschland

Alter (von ... bis unter ... Jahren)	Ehemänner		Ehefrauen	
	1991	2003	1991	2003
Jahre				
Durchschnittliche Ehedauer				
Insgesamt	23,9	26,4	23,9	26,4
darunter:				
unter 25	3,0	2,8	3,6	3,2
25 – 45	11,3	10,7	13,0	12,1
45 – 65	28,1	27,6	30,3	30,3
65 und mehr	42,2	44,1	44,2	46,3
Durchschnittsalter				
Insgesamt	50,4	54,0	47,6	51,2
darunter:				
unter 25	23,4	23,4	23,1	22,9
25 – 45	36,1	37,6	35,4	36,9
45 – 65	54,7	55,3	54,4	55,0
65 und mehr	72,7	72,5	71,3	71,8
Durchschnittsalter von Verheirateten mit Ehedauer unter 1 Jahr				
Insgesamt	31,5	35,9	28,8	32,3
darunter:				
unter 25	23,0	23,0	22,2	22,5
25 – 45	30,8	33,6	30,4	32,6
45 – 65	51,9	53,1	51,4	51,2
65 und mehr	70,8	70,5	78,0	71,5

Ergebnisse des Mikrozensus - 1991: Bevölkerung am Familienwohnsitz, 2003: Bevölkerung (Konzept der Lebensformen). Ehegatten mit Angabe zum Jahr der Eheschließung der jetzigen Ehe. - Die Beantwortung der Frage zum Eheschließungsjahr ist freiwillig.

32,6 Jahre). Unter allen „jung“ Verheirateten ging das Durchschnittsalter lediglich für 45- bis 64-jährige Ehefrauen, für Ehemänner im Seniorenalter sowie insbesondere für Ehefrauen im Seniorenalter zurück. 2003 waren „jung“ verheiratete Seniorinnen durchschnittlich 71,5 Jahre „jung“, während sie 1991 mit einem Durchschnittsalter von 78,0 Jahren noch deutlich älter waren.

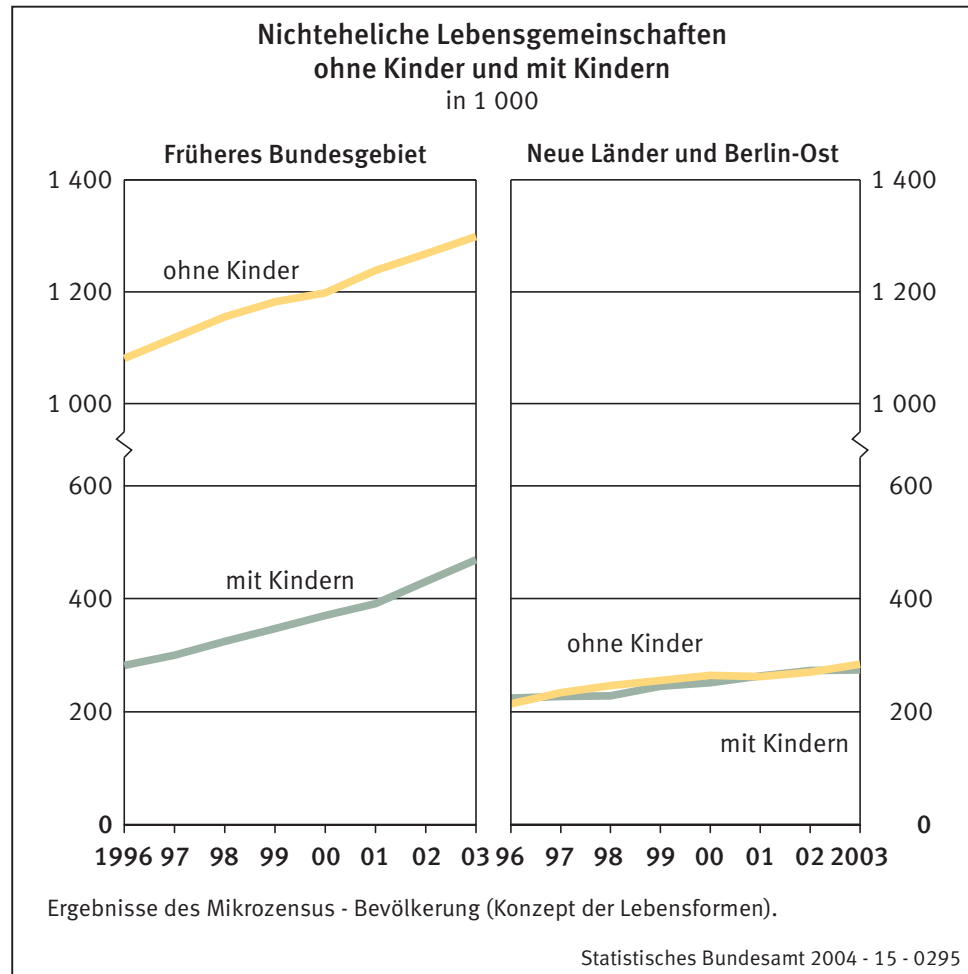
4.1.2 Nichteheleiche Lebensgemeinschaften

Im früheren Bundesgebiet ist die Zahl der nichteheleichen Lebensgemeinschaften seit April 1996 um rund ein Drittel (30%) auf 1,8 Mill. nichteheleiche Lebensgemeinschaften im Mai 2003 gestiegen. In diesem Zeitraum hat sich insbesondere die Zahl der nichteheleichen Lebensgemeinschaften mit Kindern um zwei Drittel (66%) auf 469 000 im Mai 2003 erhöht. Auch die Zahl der nichteheleichen Lebensgemeinschaften ohne ledige Kinder hat seit 1996 um ein Fünftel (20%) auf 1,3 Mill. im Mai 2003 zugenommen (vgl. Schaubild 5).

Auch im Osten Deutschlands ist die Zahl der nichteheleichen Lebensgemeinschaften gestiegen. Mit 558 000 nichteheleichen Lebensgemeinschaften gab es dort im Mai 2003 gut ein Viertel (27%) mehr nichteheleiche Lebensgemeinschaften als im April 1996. Dabei hat sich die Zahl der nichteheleichen Lebensgemeinschaften mit Kindern

*Immer mehr
nichteheleiche
Lebensgemeinschaften*

Schaubild 5



seit 1996 um ein gutes Fünftel (22%) auf 274 000 im Jahr 2003 und die der nichtehelichen Lebensgemeinschaften ohne ledige Kinder um ein Drittel (33%) auf 284 000 im Jahr 2003 erhöht. Im Gegensatz zu Westdeutschland ist der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern zwischen 1996 und 2003 leicht gesunken. Im Mai 2003 lag dieser Anteil in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 49% um zwei Prozentpunkte unter dem Wert für 1996.

In den letzten Jahren hat in Deutschland – neben dem Zusammenleben als Ehepaar – das Zusammenleben in Lebensgemeinschaften ohne kirchliche oder staatliche Eintragung an Bedeutung gewonnen. Im Rahmen des Mikrozensus wird zwischen nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften unterschieden. Unter einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft versteht die amtliche Statistik ein unverheiratet zusammen lebendes, gemischt geschlechtliches Paar. Entscheidend für die Klassifizierung als Lebensgemeinschaft ist dabei die Einstufung der Befragten selbst. Eine diesbezügliche Frage wird im Mikrozensus seit 1996 gestellt. Auch wenn sie nicht der gesetzlichen Auskunftspflicht unterliegt, ihre Beantwortung den befragten Personen also freigestellt wird, sind die diesbezüglichen Antwortausfälle inzwischen relativ gering.

Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern im Haushalt in Ostdeutschland deutlich höher

Zwischen den nichtehelichen Lebensgemeinschaften in West- und Ostdeutschland zeigen sich beim Zusammenleben mit Kindern deutliche Unterschiede. So variiert der Anteil der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern (an allen nichtehelichen Lebensgemeinschaften) im Osten Deutschlands seit 1996 ohne deutliche Tendenz zwischen 48% (April 1998) und 51% (April 1996). Im Westen Deutschlands lag er im Mai 2003 mit 27% deutlich unter dem Niveau des ostdeutschen Wertes (49%). Der westdeutsche Anteil stieg seit 1996 kontinuierlich an; 2003 war er sechs Prozentpunkte höher als im Jahr 1996 (21%).

91% der 274 000 nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern in Ostdeutschland und 89% der entsprechenden 469 000 Lebensgemeinschaften in Westdeutschland zogen im Mai 2003 minderjährige Kinder groß. Damit hat sich der Ost-West-Unterschied dieser Anteile von acht Prozentpunkten im April 1996 (Ost: 93%, West: 85%) auf zwei Prozentpunkte im Mai 2003 verringert.

In Deutschland ist die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften seit 1996 um rund drei Zehntel (29%) auf 2,3 Mill. im Jahr 2003 gestiegen. Zu diesem Zeitpunkt lebten dort bei ungefähr einem Drittel (32%) aller nichtehelichen Lebensgemeinschaften ledige Kinder. Rund neun von zehn (89%) dieser 743 000 Lebensgemeinschaften zogen minderjährige Kindern groß.

**Neun von zehn
nichtehelichen
Lebensgemeinschaften mit
Kindern im Haushalt ziehen
Minderjährige groß**

4.1.3 Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften

Seit 1996 wird im Mikrozensus allen nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern die folgende freiwillig zu beantwortende Frage gestellt: „Sind Sie Lebenspartner(in) der ersten Person?“. Diese Frage ist neutral formuliert und ignoriert das Geschlecht der Befragten. Sie ermöglicht daher auch gleichgeschlechtlichen Paaren, ihre Lebensgemeinschaft anzugeben. Voraussetzung für die Einstufung als gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaft ist vor allem die gemeinsame Haushaltsführung. Unerheblich ist dabei, ob die Partnerschaft als eingetragene Lebenspartnerschaft nach dem im Jahr 2001 eingeführten Lebenspartnerschaftsgesetz (LpartG) registriert wurde. Auf Grundlage der Frage zur Lebenspartnerschaft – im folgenden als Fragekonzept bezeichnet – weist der Mikrozensus für das Jahr 2003 rund 58 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aus. Auf Grund der geringen Fallzahlen und der Freiwilligkeit der Auskünfte sind die Ergebnisse des Fragekonzepts mit Vorsicht zu interpretieren. Gleichwohl dürften sie eine untere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland angeben.

**In Deutschland
leben rund
60 000 - 160 000
– vorwiegend von
Männern geführte –
gleichgeschlechtliche
Lebensgemeinschaften**

Über die Hälfte (55%) der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften wurde im Mai 2003 von Männern geführt. Bei weniger als jedem sechsten gleichgeschlechtlichen Paar (16%) wuchsen im Mai 2003 ledige Kinder auf. Insgesamt zogen die gleichgeschlechtlichen Paare 13 020 Kinder groß, darunter 10 200 Kinder unter 18 Jahren.

**Tabelle 3: Gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften
Deutschland**

Zeitpunkt	Schätz- konzept ¹⁾	Fragekonzept ^{2), 3)}		
		zusammen	männlich	weiblich
1 000				
April 1996	124	38	23	15
April 1997	114	39	22	17
April 1998	134	44	25	19
April 1999	128	41	25	16
Mai 2000	142	47	27	20
April 2001	147	50	29	21
April 2002	148	53	31	22
Mai 2003	159	58	32	26

Ergebnisse des Mikrozensus.

1) Bevölkerung in Privathaushalten.

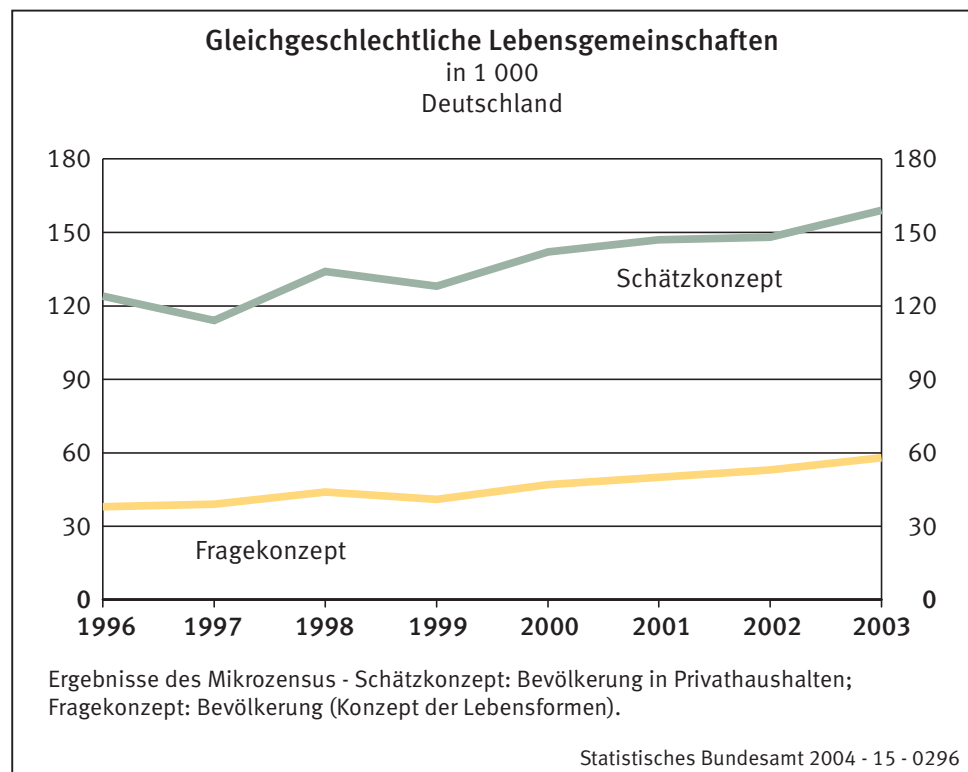
2) Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

3) Seit dem Mikrozensus 1996 wird den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern eine Frage nach einer Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson gestellt. Die Beantwortung dieser Frage ist freiwillig.

Eine obere Grenze für die Anzahl gleichgeschlechtlicher Paare kann im Mikrozensus mit Hilfe eines Schätzverfahrens bestimmt werden. Hierbei werden alle Haushaltsbezugspersonen von Zweifamilienhaushalten mit familienfremden Personen gezählt. In diesen Zweifamilienhaushalten müssen (mindestens) zwei nicht verwandte Personen gleichen Geschlechts im Alter von 16 Jahren und mehr leben, die keine Ehegatten im Haushalt haben bzw. nicht verheiratet und beide familienfremd sind. Nach den Ergebnissen des Schätzkonzepts gab es im Mai 2003 in Deutschland 159 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, also 2,7 Mal so viele gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften wie nach den Ergebnissen des Fragekonzepts. Auch die Ergebnisse des Schätzkonzepts sind mit Vorsicht zu interpretieren. Sie dürften insofern eine obere Grenze für die Zahl der gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften in Deutschland angeben, als in diese Ergebnisse beispielsweise auch Wohngemeinschaften von zwei Studenten ohne partnerschaftlichen Hintergrund einfließen.

Auch wenn die Ergebnisse des Frage- und des Schätzkonzepts zur Verbreitung gleichgeschlechtlicher Paare nur vorsichtig interpretiert werden können, ist seit 1996 nach beiden Konzepten ein Anstieg der Anzahl gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften zu beobachten.

Schaubild 6



4.2 Allein erziehende Elternteile

Jede fünfte Eltern-Kind-Gemeinschaft ist allein erziehend

Im Mai 2003 lebten in Deutschland 2,5 Mill. allein Erziehende mit Kindern. Dies bedeutet, dass im Mai 2003 in Deutschland von allen 12,6 Mill. Eltern-Kind-Gemeinschaften – seien es Ehepaare, Lebensgemeinschaften oder allein erziehende Elternteile – bereits etwa jede fünfte Eltern-Kind-Gemeinschaft (19%) allein erziehend war. Im April 1996 zählte nur etwa jede sechste (17%) der 13,2 Mill. Eltern-Kind-Gemeinschaften in Deutschland zu den allein erziehenden Elternteilen mit Kindern. Das Niveau und das Wachstum dieses Anteils lagen im Osten Deutschlands über den entsprechenden Werten für den Westen, d.h. die Unterschiede zwischen Ost und West

nahmen zu. So erhöhte sich der Anteil der allein Erziehenden mit Kindern an allen Eltern-Kind-Gemeinschaften in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1996 um vier Prozentpunkte auf 23%. Im früheren Bundesgebiet stieg er im gleichen Zeitraum um zwei Prozentpunkte auf 18% im Mai 2003.

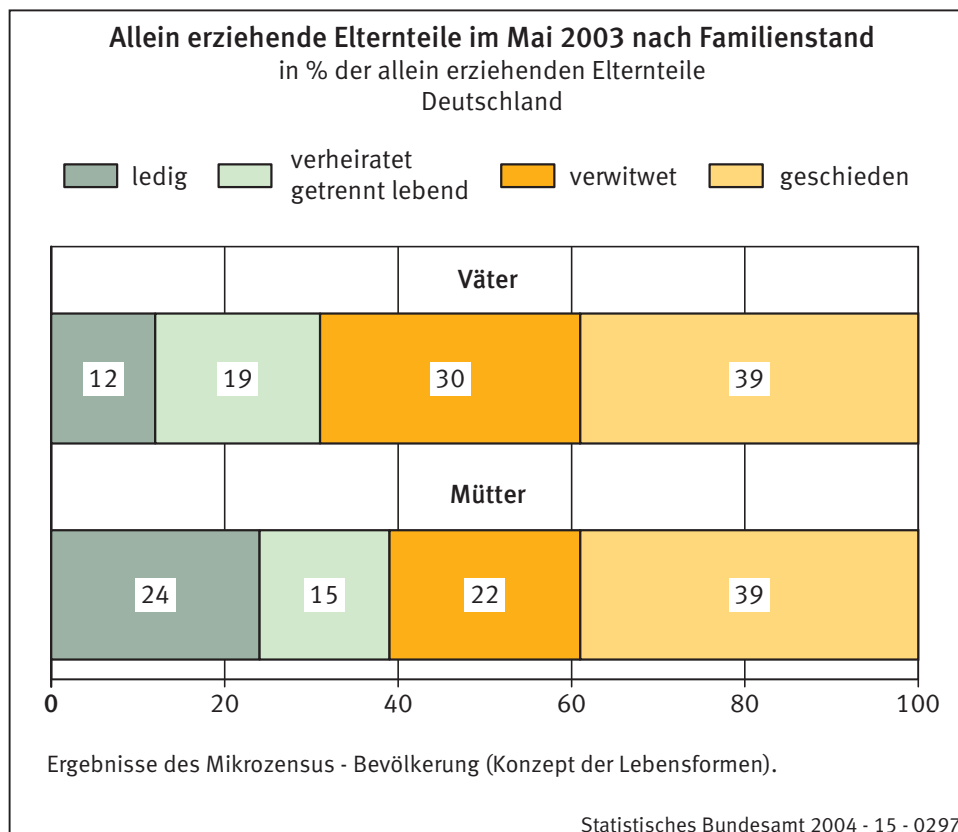
Zu den allein erziehenden Elternteilen zählen im Mikrozensus alle Mütter und Väter, die ohne Ehegatten mit ihren ledigen Kindern zusammen leben. Unerheblich für die Einstufung als „allein erziehend“ ist dabei, wer im juristischen Sinn für das Kind sorgeberechtigt ist. Im Vordergrund steht im Mikrozensus vielmehr der aktuelle und alltägliche Lebens- und Haushaltszusammenhang.

Mit der 1996 eingeführten Frage nach einer Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson ist es möglich, zwischen allein erziehenden Elternteilen mit und allein erziehenden Elternteilen ohne Lebenspartnerin oder Lebenspartner (allein Erziehende im engen Sinn) zu unterscheiden. Erstere werden in der vorliegenden Pressebroschüre – gemäß dem hier zu Grunde gelegten Konzept der Lebensformen – nicht separat als allein Erziehende mit Lebenspartnerin oder Lebenspartner, sondern gemeinsam mit den nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften mit Kindern ausgewiesen (vgl. 4.1.2 und 4.1.3). Die allein Erziehenden im engen Sinn – im Nachfolgenden als „allein erziehende Elternteile mit Kindern“ bezeichnet – stehen im Mittelpunkt der weiteren Betrachtungen.

Unter den allein Erziehenden überwiegen in Deutschland nach wie vor die Mütter, mit einem – gegenüber 1996 unveränderten – Anteil von 84% im Mai 2003. Auch hinsichtlich des Familienstandes weisen die allein Erziehenden geschlechtsspezifische Unterschiede auf. Während im Mai 2003 knapp ein Achtel (12%) der allein erziehenden Väter ledig war, lag der entsprechende Anteil bei den Müttern doppelt so hoch (24%). Bei den verwitweten und den verheiratet getrennt lebenden allein Erziehenden war die Situation umgekehrt: Zu den verwitweten allein Erziehenden zählte im Mai 2003 etwa jede fünfte Mutter (22%) und etwa jeder dritte Vater (30%). Jede siebte allein erziehende Mutter und jeder fünfte allein erziehende Vater waren verheiratet, aber lebten getrennt (15% bzw. 19%). Auf gleichem Niveau liegen bei den Müttern und Vätern dagegen die Anteile der Geschiedenen. Jeweils zwei Fünftel der allein erziehenden Mütter und Väter waren im Mai 2003 geschieden (39%). Somit waren die Geschiedenen unter beiden Geschlechtern am häufigsten vertreten.

Fünf von sechs allein Erziehenden sind nach wie vor Mütter

Schaubild 7



***Drei von fünf allein
Erziehenden versorgen
Minderjährige***

Über drei Fünftel (63%) der 2,5 Mill. allein erziehenden Elternteile zogen im Mai 2003 in Deutschland minderjährige Kinder groß. Unter den allein erziehenden Elternteilen mit minderjährigen Kindern war der Anteil der Mütter mit 87% im Mai 2003 noch höher als bei allen allein erziehenden Elternteilen (84%). Verwitwete waren unter den allein Erziehenden mit minderjährigen Kindern deutlich seltener vertreten als bei allen allein Erziehenden: 7% der allein erziehenden Mütter mit minderjährigen Kindern und 13% der entsprechenden Väter waren im Mai 2003 in Deutschland verwitwet. Diese Anteile lagen bei den Müttern um 15 Prozentpunkte und bei den Vätern um 17 Prozentpunkte unter den entsprechenden Anteilen für alle allein erziehenden Mütter (22%) bzw. Väter (30%). Ledige, geschiedene und verheiratet getrennt lebende Elternteile sind – für Mütter und Väter – unter den allein erziehenden Elternteilen mit minderjährigen Kindern ausnahmslos häufiger verbreitet als bei allen allein erziehenden Elternteilen. Dies gilt vor allem für ledige Mütter und geschiedene Väter. Im Mai 2003 lag der Anteil der Ledigen an allen allein erziehenden Müttern mit minderjährigen Kindern in Deutschland bei 32%, acht Prozentpunkte über dem Wert für alle allein erziehenden Mütter (24%). Der Anteil der Geschiedenen an allen allein erziehenden Vätern mit minderjährigen Kindern betrug 46%; er lag damit um fünf Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert für alle allein erziehenden Väter.

4.3 Allein Lebende

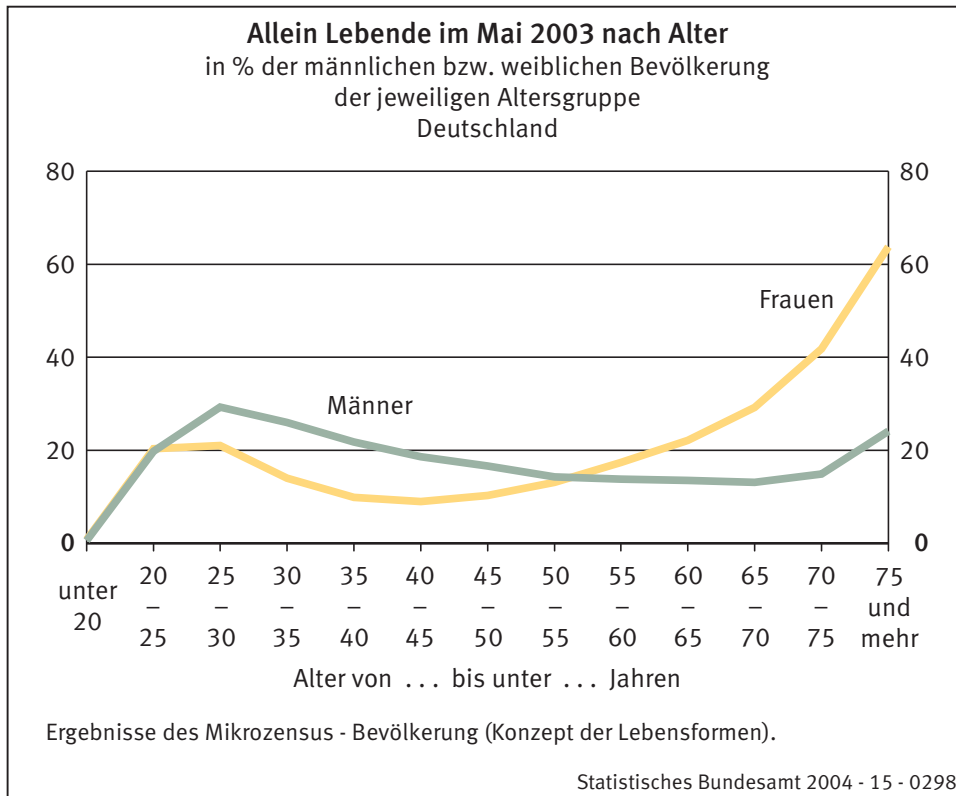
***Jede fünfte Frau und jeder
siebte Mann lebt allein***

Wohnt und wirtschaftet eine Person für sich allein, gilt sie im Mikrozensus als allein lebend. Im Mai 2003 traf diese Definition in Deutschland auf 17% der am Hauptwohnsitz lebenden Menschen zu. Für Frauen lag der prozentuale Anteil der allein Lebenden an der Bevölkerung (Alleinlebendenquote) mit 19% um vier Prozentpunkte über der Alleinlebendenquote für Männer. Dies bedeutet, dass im Durchschnitt rund jede fünfte Frau, dagegen nur rund jeder siebte Mann alleine lebte.

***Männer jüngeren und
mittleren Alters leben
wesentlich häufiger allein
als Frauen vergleichbaren
Alters***

Während im Mai 2003 in Deutschland Frauen jüngeren und mittleren Alters (25 bis unter 55 Jahre) seltener allein lebten als Männer gleichen Alters, waren ältere Frauen (55 Jahre und älter) wesentlich häufiger allein lebend als ältere Männer (vgl. Schaubild 8). Für ältere Frauen steigt die Alleinlebendenquote mit zunehmendem Alter rasch und stark an. Für Männer bleibt sie dagegen bis zum 75. Lebensjahr auf relativ konstantem Niveau und nimmt erst dann deutlich zu. So lag die Alleinlebendenquote für Frauen jüngeren und mittleren Alters mit 12% um neun Prozentpunkte unter dem entsprechenden Wert für Männer. Besonders stark waren dabei die geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Altersgruppe der 35- bis 40-Jährigen. Dort war die Alleinlebendenquote der Frauen mit 10% nicht halb so hoch wie die der Männer (22%). Unter den älteren Frauen lag die Alleinlebendenquote bei 37% und damit auf 2,3-fachem Niveau der Quote älterer Männer (16%). Für Frauen im Alter von 75 Jahren und mehr erreichte die Alleinlebendenquote mit 64% das 2,7-fache Niveau des entsprechenden Vergleichswertes für Männer diesen Alters (24%). Ausschlaggebend für das starke Auseinanderdriften der weiblichen und männlichen Alleinlebendenquoten im höheren Alter ist u.a. die deutlich höhere Lebenserwartung von Frauen.

Schaubild 8



5. Wie leben unsere Kinder?

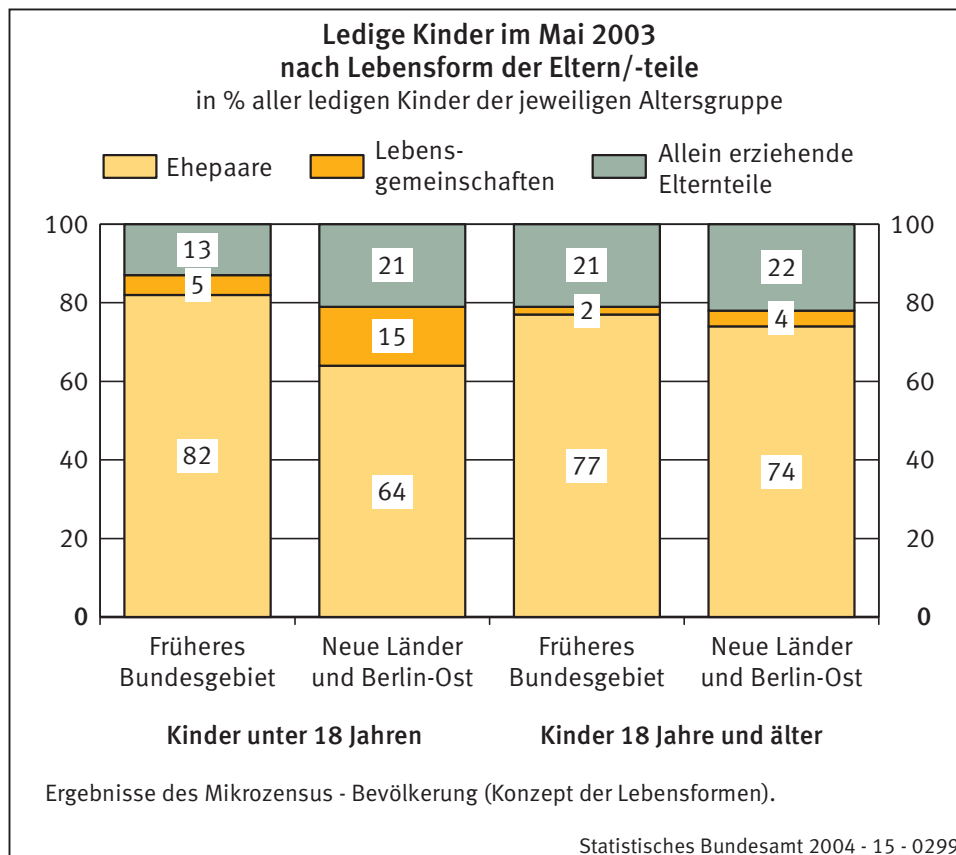
Im Jahr 2003 lebten in Deutschland 20,9 Mill. Kinder im elterlichen Haushalt. Fünf von sechs Kindern (83%) lebten im früheren Bundesgebiet und eines von sechs Kindern (17%) in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Von den 20,9 Mill. Kindern waren mit 14,9 Mill. Kindern rund drei Viertel (71%) noch minderjährig.

Die Mehrzahl der Kinder wächst bei ihren verheiratet zusammen lebenden Eltern auf

Zu den Kindern gehören im Mikrozensus alle ledigen Personen, die mit ihren Stief-, Adoptiv- oder Pflegeeltern bzw. einem Elternteil in einem Haushalt zusammen leben. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht dabei prinzipiell nicht. Da unter familien- und sozialpolitischen Gesichtspunkten die Lebenssituation minderjähriger Kinder besonders interessant ist, wird bei den folgenden Ergebnissen eine zusätzliche Unterscheidung nach minder- und volljährigen Kindern vorgenommen.

Im früheren Bundesgebiet wurden im Mai 2003 rund fünf von sechs (82%) der 12,6 Mill. minderjährigen Kinder bei ihren verheiratet zusammen lebenden Eltern – also bei einem Ehepaar – groß. Jedes 20. Kind (5%) lebte bei einer nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft und jedes achte Kind (13%) wuchs bei einem allein erziehenden Elternteil auf. In den neuen Ländern und Berlin-Ost wurden dagegen lediglich rund zwei von drei (64%) der 2,3 Mill. minderjährigen Kinder bei einem Ehepaar groß. Rund jedes siebte Kind (15%) lebte bei einer Lebensgemeinschaft und rund jedes fünfte Kind (21%) wuchs bei einer allein erziehenden Mutter oder einem allein erziehenden Vater heran .

Schaubild 9



Im Westen und im Osten Deutschlands entwickelte sich die Zahl der minderjährigen Kinder seit 1996 gegenläufig. In Westdeutschland stieg sie seitdem um 1% auf 12,6 Mill. im Jahr 2003. Anders in Ostdeutschland: Dort verringerte sie sich um etwas mehr als ein Viertel (26%) auf 2,3 Mill. im Mai 2003.

Anteile der Kinder bei allein Erziehenden und Lebensgemeinschaften steigen

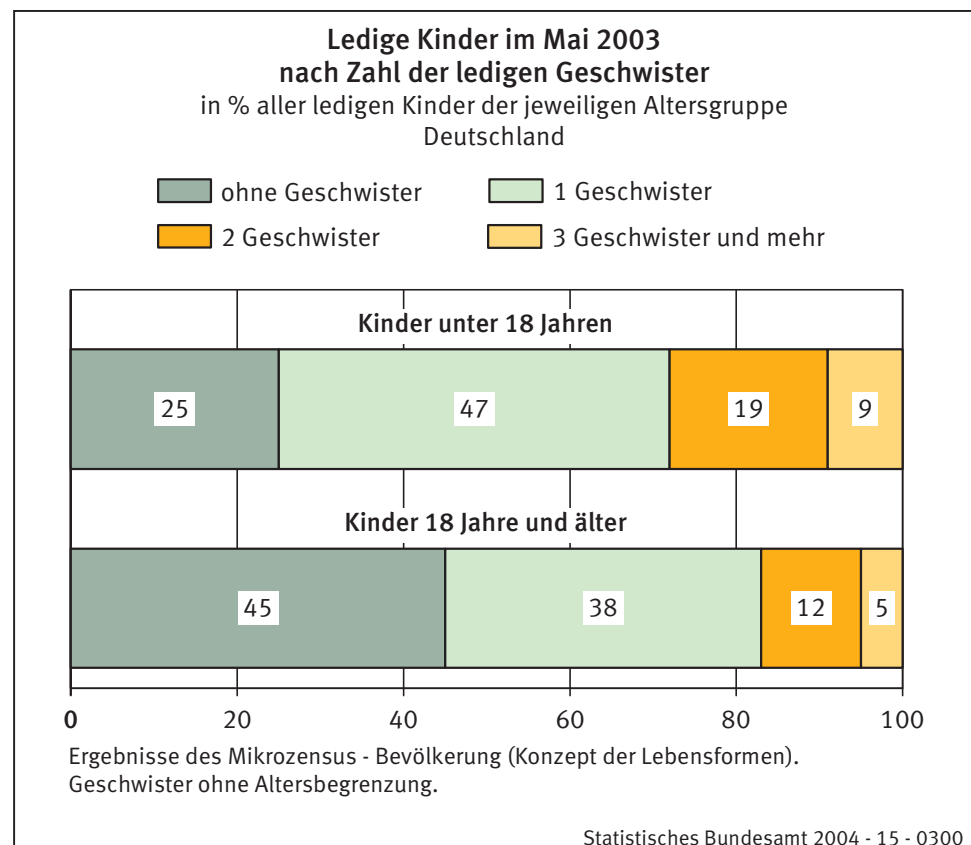
Mit Blick auf die Lebensform verlief die Entwicklung der Kinderzahlen in beiden Teilen Deutschlands jedoch einheitlich, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Während seit 1996 weniger Kinder bei Ehepaaren groß wurden, wuchsen mehr Kinder bei Lebensgemeinschaften und allein erziehenden Müttern oder Vätern heran. So ging der Anteil der minderjährigen Kinder bei westdeutschen Ehepaaren seit 1996 um vier Prozentpunkte zurück. Noch deutlicher war diese Entwicklung im Osten: Dort reduzierte sich der Anteil minderjähriger Kinder bei Ehepaaren mit elf Prozentpunkten um fast das Dreifache. Gleichzeitig erhöhten sich in beiden Teilen Deutschlands die Anteile der minderjährigen Kinder bei allein Erziehenden und bei Lebensgemeinschaften. Im Vergleich zu 1996 stieg der Anteil der Kinder bei allein Erziehenden bzw. bei Lebensgemeinschaften im früheren Bundesgebiet um jeweils zwei Prozentpunkte. Etwas kräftiger erhöhten sich diese Anteile im gleichen Zeitraum in den neuen Ländern und Berlin-Ost; der Anteil der Kinder bei allein Erziehenden wuchs um sechs Prozentpunkte und der Anteil der minderjährigen Kinder bei Lebensgemeinschaften stieg um fünf Prozentpunkte.

Anders als minderjährige Kinder leben volljährige Kinder häufiger bei allein erziehenden Elternteilen. Im Mai 2003 machte der Anteil der Kinder von 18 Jahren und mehr bei allein Erziehenden ein Fünftel (21%) aus; über drei Viertel (77%) lebten bei Ehepaaren und jedes 50. volljährige Kind (2%) wohnte bei einer Lebensgemeinschaft.

Zwei Drittel der Kinder werden mit Geschwistern groß gezogen

Das Gros der Kinder in Deutschland lebt mit mindestens einem weiteren Geschwisterkind, also wenigstens einer minder- oder volljährigen Schwester oder einem minder- oder volljährigen Bruder gemeinsam in einem Haushalt. Als Haushaltsbefragung konzentriert sich der Mikrozensus dabei auf die Betrachtung der „eigenen vier Wände“; daher bleiben eventuell vorhandene Geschwister, die bereits aus dem Elternhaus

Schaubild 10



ausgezogen sind, außer Acht. Ohne Geschwister im Haushalt wuchs im Mai 2003 fast jedes dritte (31%) der 20,9 Mill. Kinder in Deutschland auf. Von den 14,9 Mill. minderjährigen Kindern wurde nur jedes vierte Kind (25%) zum Zeitpunkt der Erhebung ohne weitere Geschwister im Haushalt groß, rund jedes zweite minderjährige Kind (47%) wuchs gemeinsam mit einer Schwester bzw. einem Bruder heran. Jedes fünfte minderjährige Kind (19%) hatte zwei Geschwister und rund jedes zehnte Kind (9%) teilte den Haushalt mit mindestens drei Geschwistern (vgl. Schaubild 10).

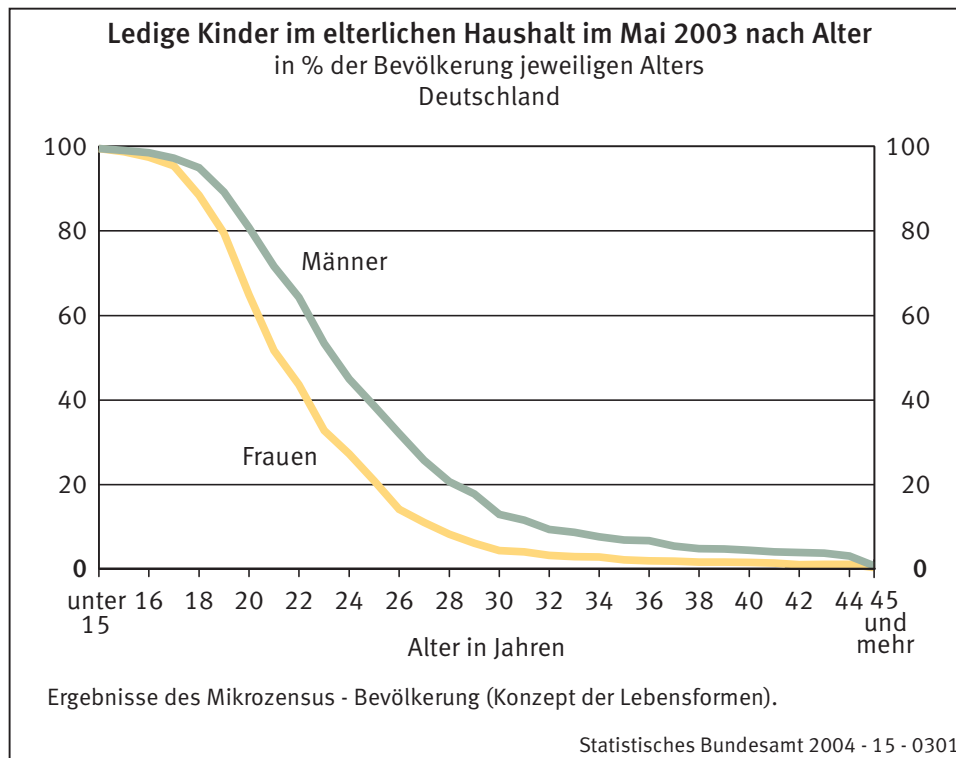
Mit Geschwistern im Haushalt wachsen minderjährige Kinder vor allem dann auf, wenn sie bei Ehepaaren leben. Im Mai 2003 hatten in Deutschland vier Fünftel (80%) der minderjährigen Kinder bei Ehepaaren Geschwister. Im Vergleich dazu wurden drei Fünftel (59%) der minderjährigen Kinder bei allein erziehenden Elternteilen mit Geschwistern groß. Am seltensten Geschwister haben die minderjährigen Kinder, die bei Lebensgemeinschaften leben. Dort wuchsen im Mai 2003 nur 56% der minderjährigen Kinder mit Geschwistern im Haushalt auf.

Im Vergleich dazu leben relativ viele volljährige Kinder, sofern sie noch im elterlichen Haushalt wohnen, ohne weitere Geschwister. So wuchs mit 45% rund die Hälfte der volljährigen Kinder im Mai 2003 ohne Geschwister im Elternhaus auf. 38% dieser Kinder hatten entweder eine Schwester oder einen Bruder, 12% hatten zwei Geschwister und nur 5% drei oder mehr Geschwister.

Insbesondere die verlängerten Ausbildungszeiten haben dazu geführt, dass die Kinder in Deutschland das Elternhaus durchschnittlich immer später verlassen. Da der Mikrozensus Daten zu allen Kindern – ohne Altersbegrenzung – sammelt, liefert er Informationen zum Auszug der Kinder aus dem Elternhaus.

Söhne verlassen das Elternhaus später als Töchter

Schaubild 11



Danach waren im Mai 2003 fast drei von zehn Kindern (29%), die noch im Elternhaus lebten, schon volljährig. Prinzipiell verlassen junge Frauen den elterlichen Haushalt früher als ihre männlichen Altersgenossen. Bereits im Alter von 22 Jahren wohnte

weniger als die Hälfte (44%) der weiblichen Bevölkerung noch als lediges Kind bei den Eltern. Mit 30 Jahren wohnten nur noch 4% und mit 40 Jahren lediglich 2% dieser Frauen im Elternhaus. Männer ziehen durchschnittlich etwas später aus dem elterlichen Haushalt aus. Dennoch lebte im Mai 2003 bereits weniger als die Hälfte (45%) der männlichen Bevölkerung im Alter von 24 Jahren noch bei den Eltern. Mit 30 Jahren gehörten noch 13% und mit 40 Jahren immerhin noch 5% als lediges Kind dem Haushalt der Eltern an. Langfristig gesehen verlassen die Kinder das Elternhaus immer später. Lebten 1972 zwei von zehn (20%) der 25-Jährigen im früheren Bundesgebiet noch bei den Eltern, so traf dies 2003 bereits auf drei von zehn (30%) 25-Jährige im Westen Deutschlands zu.

6. Erwerbsarbeit und Elternschaft – Wie beteiligen sich Mütter und Väter am Erwerbsleben?

Im Mai 2003 gab es in Deutschland 11,7 Mill. Mütter und 10,1 Mill. Väter im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 65 Jahre), die mit einem leiblichen, Stief- oder Adoptivkind in einem gemeinsamen Haushalt lebten. 7,6 Mill. dieser Mütter und 8,6 Mill. dieser Väter waren erwerbstätig. Das heißt, sie standen in einem Arbeitsverhältnis (einschließlich Soldaten und Mithelfende Familienangehörige), betrieben selbstständig ein Gewerbe, eine Landwirtschaft oder übten einen freien Beruf aus. Die Erwerbstätigenquote – der prozentuale Anteil der Erwerbstätigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe – betrug im Mai 2003 somit für Mütter 65%, während sie für Väter mit 86% deutlich höher lag.

Zwei von drei Müttern und neun von zehn Vätern sind erwerbstätig

In die Erwerbstätigenquoten fließen in der nationalen und internationalen Praxis auch Personen ein, die vorübergehend beurlaubt sind, z.B. weil sie sich in der Elternzeit (früher: Erziehungsurlaub), befinden. In der „Familiengründungsphase“ sind jedoch vergleichsweise viele Mütter vorübergehend beurlaubt. Im Mai 2003 traf dies auf rund 10% der 25- bis 34-jährigen Mütter zu. Von den erwerbstätigen Müttern mit Kindern unter 3 Jahren waren rund 19% vorübergehend beurlaubt. Werden die vorübergehend Beurlaubten aus den Erwerbstätigen herausgerechnet, erhält man die Erwerbstätigenquote der Personen, die ihren Beruf zum Zeitpunkt der Befragung tatsächlich aktiv ausgeübt haben. Für Mütter lag diese Quote der aktiv Erwerbstätigen im Mai 2003 bei 61% und für Väter bei 86%. Die entsprechenden Anteile im früheren Bundesgebiet lagen bei 59% (aktiv erwerbstätige Mütter) bzw. 87% (aktiv erwerbstätige Väter) und unterscheiden sich damit deutlich von den Anteilen der aktiv erwerbstätigen Mütter bzw. Väter in den neuen Ländern und Berlin-Ost (69% bzw. 80%). Da der vorliegende Abschnitt 6 den Einfluss der Elternschaft auf das Erwerbsverhalten ins Zentrum der Betrachtung rückt, beziehen sich die folgenden Ergebnisse auf die Erwerbstätigenquoten aktiv Erwerbstätiger.

Der Einfluss der Familiengründung lässt sich in Deutschland vorrangig am Erwerbsverhalten der Frauen ablesen. Einen ersten Einblick verschafft eine Betrachtung der altersspezifischen Quoten aktiv Erwerbstätiger. Frauen mit ledigen Kindern im Haushalt schränken die Berufstätigkeit bis zum Alter von 40 Jahren merklich ein (vgl. Schaubild 12). Besonders ausgeprägt waren die Unterschiede im Mai 2003 bei 21- bis 30-jährigen Frauen ohne und mit Kindern im Haushalt, also zu Beginn der sog. „aktiven Familienphase“. In dieser Altersgruppe lag die Differenz zwischen Frauen ohne und mit Kindern im Haushalt weitgehend bei über 40 Prozentpunkten. Während die Frauen ohne Kinder im Alter von 34 Jahren am häufigsten erwerbstätig waren (87%), erreichten die Mütter den Höchstwert erst im Alter von 45 Jahren (74%). Nach der aktiven Familienphase nähern sich die Erwerbstätigenquoten von Frauen ohne und mit Kindern einander an. Für Frauen im Alter von 50 Jahren und mehr sind sie dann – unabhängig von eventuell im Haushalt lebenden Kindern – weitgehend deckungsgleich.

Unterschiedliches Erwerbsverhalten von Müttern und Vätern

Anders als bei den Frauen liegen die altersabhängigen Erwerbstätigenquoten der Väter durchgängig über den Quoten der Männer ohne Kinder im Haushalt (vgl. Schaubild 13). Beide Quoten wachsen mit zunehmendem Alter rasch an, so dass sie für die Gruppe der Ende 20- bis Anfang 40-jährigen Männer jeweils über 80% liegen. Am häufigsten erwerbstätig sind bei den Männern ohne Kinder im Haushalt die 32-Jährigen (85%), bei den Vätern die 36-Jährigen (91%). Bis zum Alter von Mitte 50 Jahren verbleiben die Erwerbstätigenquoten durchgängig auf hohem Niveau, um dann rasch abzufallen. Die Unterschiede zwischen Vätern und Männern ohne Kinder sind u.a. auf die unterschiedliche Altersstruktur zurückzuführen. So zählen zu den Männern ohne Kinder überdurchschnittlich viele junge Auszubildende, Schüler und Studenten, die (noch) keine Kinder haben sowie überdurchschnittlich viele ältere Männer im Ruhestand, deren Kinder das Elternhaus bereits verlassen haben. Dennoch sind die Unterschiede in den Erwerbstätigenquoten der Männer ohne Kinder und der Väter mit Kindern im Haushalt wesentlich schwächer ausgebildet als bei den Frauen.

Schaubild 12

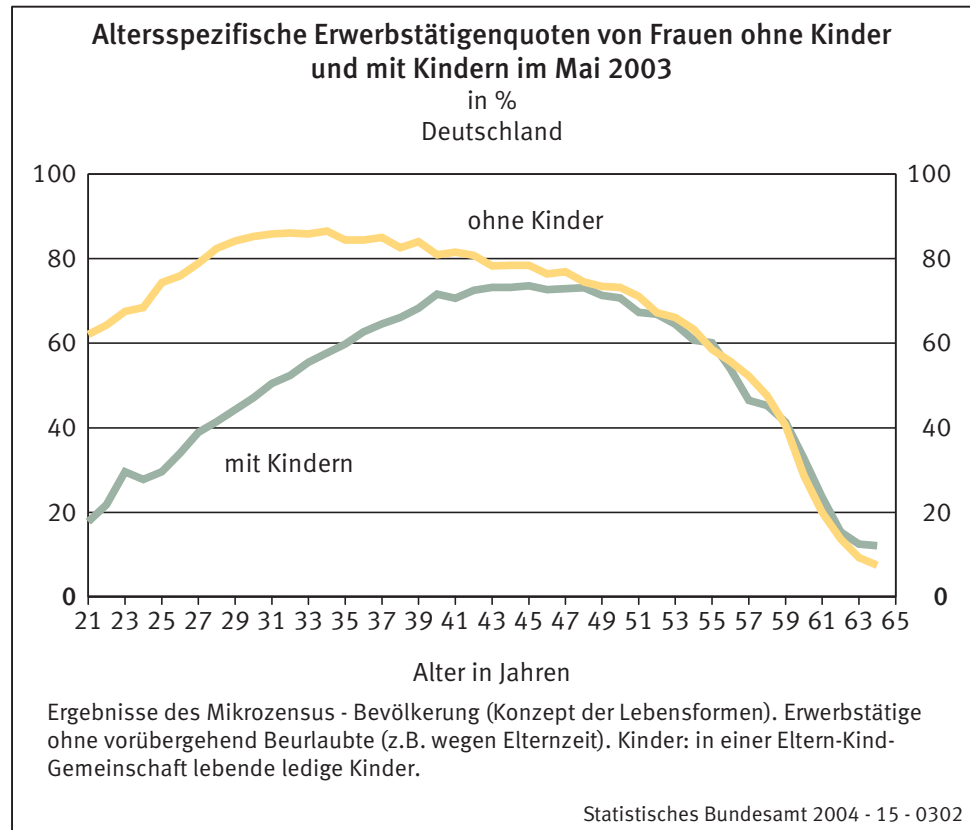
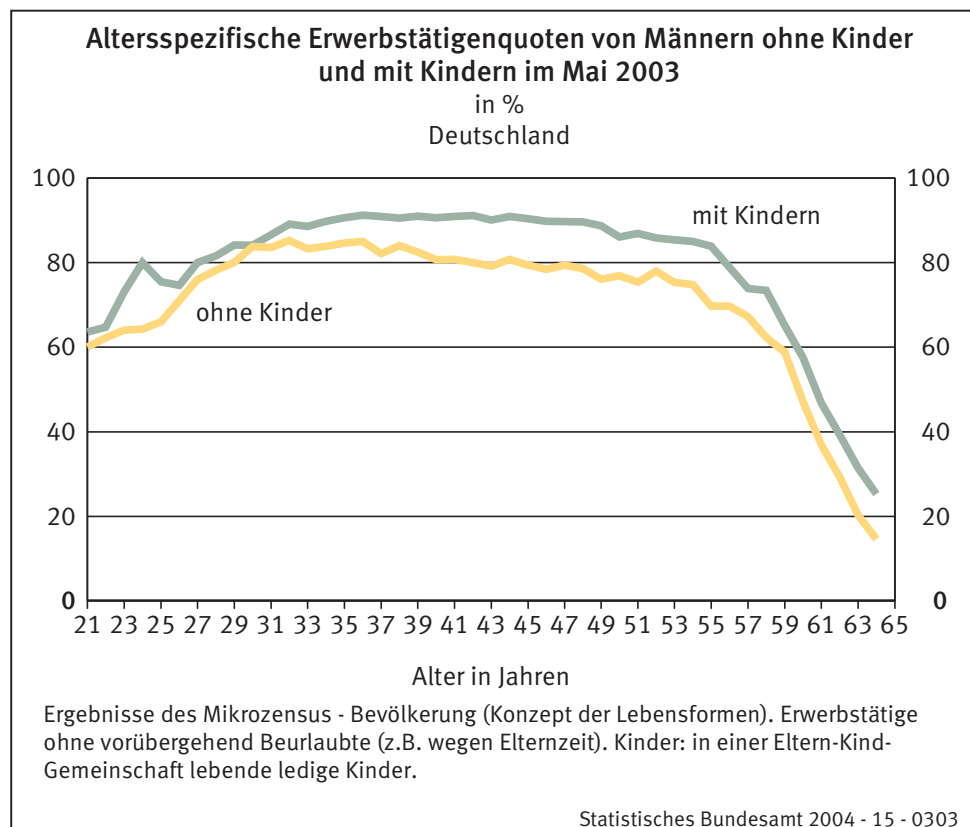


Schaubild 13

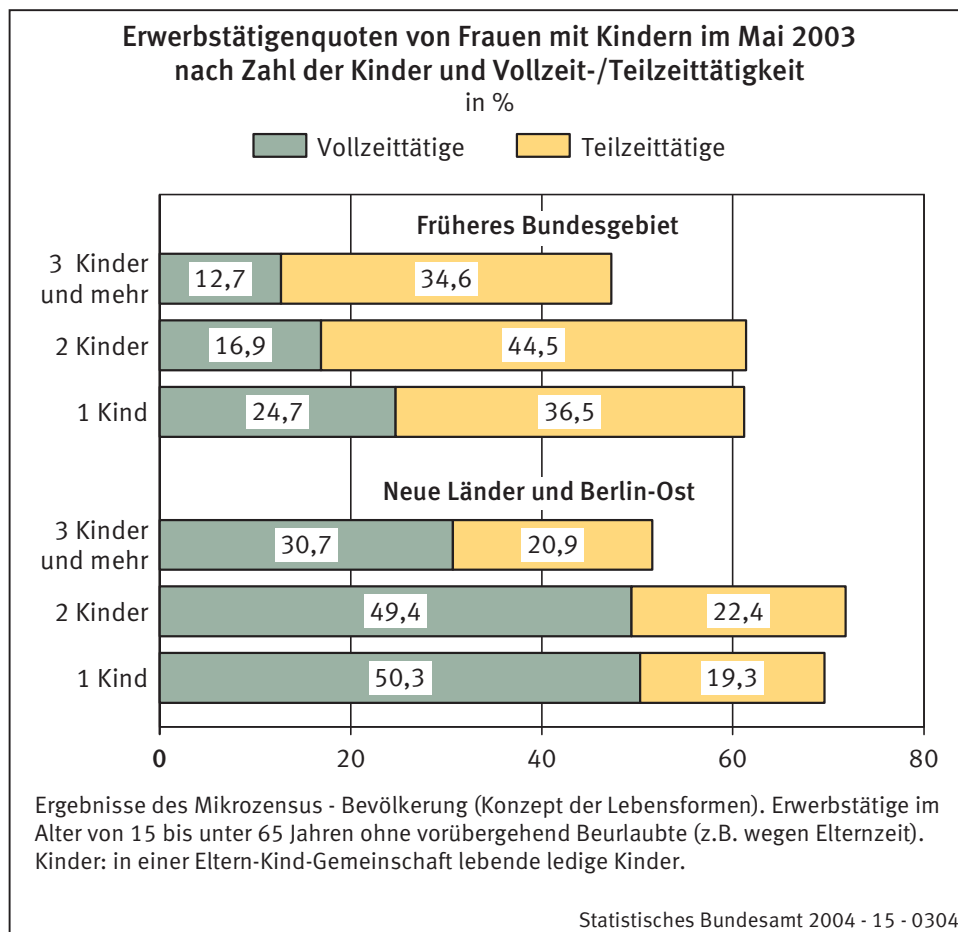


Sind Kinder zu betreuen, so schränken insbesondere westdeutsche Mütter die Erwerbstätigkeit zeitlich ein. Gemeinsam ist beiden Teilen Deutschlands ein Rückgang des Anteils vollzeittätiger zu Gunsten teilzeittätiger Mütter. Nichtsdestotrotz sind die Erwerbsmuster der ost- und westdeutschen Mütter nach wie vor sehr unterschiedlich. So betrug die Teilzeitquote – der Anteil der sich bei der Befragung selbst als aktiv erwerbstätig einstufenden Mütter an allen erwerbs- und nichterwerbstätigen Müttern – im Mai 2003 in Westdeutschland knapp zwei Fünftel (39%). In Ostdeutschland erreichte sie mit etwas über einem Fünftel (21%) nur rund die Hälfte. Gleichzeitig lag die Vollzeitquote der ostdeutschen Mütter mit 49% auf fast 2,5-fachem Niveau der Vollzeitquote westdeutscher Mütter (20%).

*Jede zweite ostdeutsche
und jede fünfte
westdeutsche Mutter
arbeitet Vollzeit*

Die aktive Erwerbsbeteiligung von Müttern – ob als Teil- oder als Vollzeittätigkeit ausgeübt – variiert deutlich mit der Kinderzahl. Je mehr Kinder zu betreuen sind, desto seltener sind Mütter aktiv erwerbstätig. Spätestens mit dem dritten Kind im Haushalt gibt ein beträchtlicher Teil der Mütter den Beruf (zumindest vorübergehend) auf. Waren im früheren Bundesgebiet im Mai 2003 61% der Mütter mit zwei Kindern erwerbstätig, gingen nur noch 47% der Mütter mit drei und mehr Kindern ihrem Beruf nach. In den neuen Ländern und Berlin-Ost waren 72% der Mütter mit zwei Kindern und nur noch 52% der Mütter mit drei und mehr Kindern aktiv erwerbstätig. Dieser Rückgang betrifft vor allem vollzeittätige Mütter. Während die Vollzeitquote in Westdeutschland schrittweise mit jedem weiteren Kind abnimmt, geht sie bei ostdeutschen Müttern erst mit dem dritten Kind deutlich zurück. Dennoch sind ostdeutsche Mütter mit drei und mehr Kindern mit 31% mehr als doppelt so häufig vollzeittätig wie westdeutsche Mütter (13%).

Schaubild 14



Trotz eines leichten Anstiegs bei den Vätern ist die Teilzeitbeschäftigung nach wie vor eine Domäne von Frauen, speziell von (westdeutschen) Müttern. Während in Deutschland die Vollzeitquote der Väter mit 83% im Mai 2003 vergleichsweise hoch war, lag deren Teilzeitquote bei nur 3%. Im Gegensatz zu Müttern variiert die Erwerbsbeteiligung von Vätern – ob als Voll- oder Teilzeittätigkeit ausgeübt – nur moderat mit der Kinderzahl. Gleichwohl gab es im Mai 2003 mit rund 291 000 teilzeittätigen Vätern gut 102 000 mehr als im April 1996. Dennoch lag die Teilzeitquote der Mütter im Mai 2003 mit 36% zwölf Mal so hoch wie die Teilzeitquote der Väter (3%).

Tabelle 4: Männer und Frauen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Kindern – darunter Vollzeit-/Teilzeittätige – nach Zahl der Kinder

Zahl der Kinder	Früheres Bundesgebiet			Neue Länder und Berlin-Ost		
	ins-gesamt	Vollzeit- quote ^{1),3)}	Teilzeit- quote ^{2),3)}	ins-gesamt	Vollzeit- quote ^{1),3)}	Teilzeit- quote ^{2),3)}
	1 000	in %		1 000	in %	
April 1996						
männlich						
Zusammen	8 610	84,7	1,9	2 198	83,8	1,2
mit 1 Kind	3 866	80,9	2,1	1 109	80,5	1,3
mit 2 Kindern	3 459	89,0	1,7	898	88,0	1,0
mit 3 Kindern und mehr	1 285	84,7	1,9	191	83,2	/
weiblich						
Zusammen	9 746	21,0	30,1	2 564	55,3	14,3
mit 1 Kind	4 607	24,9	28,6	1 350	55,6	13,3
mit 2 Kindern	3 766	18,6	33,6	996	58,1	15,6
mit 3 Kindern und mehr	1 373	14,3	25,6	218	40,8	14,7
Mai 2003						
männlich						
Zusammen	8 245	83,7	2,9	1 805	77,4	2,7
mit 1 Kind	3 555	79,9	3,5	1 022	75,2	2,9
mit 2 Kindern	3 423	87,8	2,5	651	81,7	2,3
mit 3 Kindern und mehr	1 268	83,4	2,7	133	72,2	/
weiblich						
Zusammen	9 514	19,9	39,4	2 186	48,6	20,5
mit 1 Kind	4 353	24,7	36,5	1 283	50,3	19,3
mit 2 Kindern	3 786	16,9	44,5	749	49,4	22,4
mit 3 Kindern und mehr	1 375	12,7	34,6	153	30,7	20,9

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

- 1) Prozentualer Anteil der Vollzeit Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Bevölkerungsgruppe.
- 2) Prozentualer Anteil der Teilzeit Erwerbstätigen ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Bevölkerungsgruppe.
- 3) Vollzeit-/Teilzeittätigkeit: Selbsteinstufung der Befragten.

Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland weiterhin mehr teilzeittätige Mütter

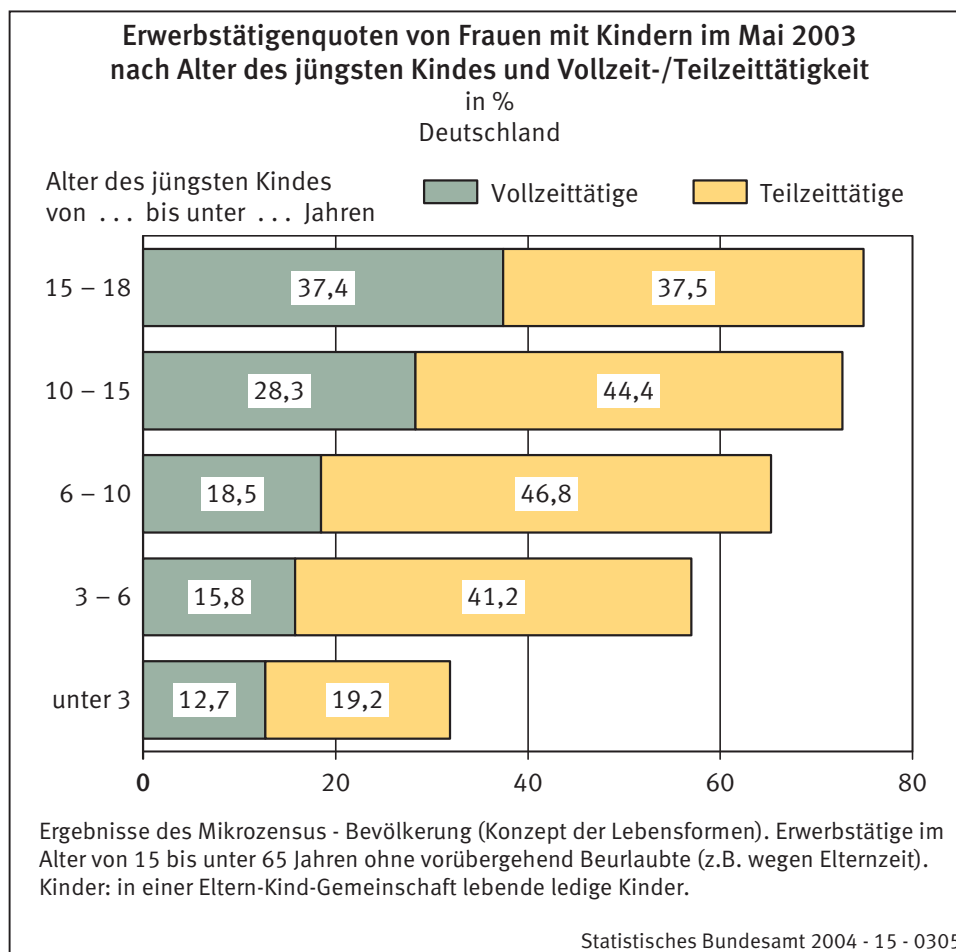
Deutschlandweit ist bei den Müttern seit 1996 eine Erhöhung der Erwerbstätigenquote von sechs Prozentpunkten auf 61% zu beobachten. Zurückzuführen ist dieser Anstieg nahezu ausschließlich auf ein Wachstum der Teilzeitbeschäftigung. Je nach Kinderzahl erhöhte sich die Teilzeitquote in Westdeutschland seit 1996 um acht bis elf Prozentpunkte und in Ostdeutschland um sechs bis sieben Prozentpunkte. Vor

allein in Ostdeutschland wurde dieser Anstieg durch einen Rückgang der Vollzeitquote wieder aufgehoben. Je mehr Kinder die ostdeutschen Mütter zu versorgen hatten, desto stärker fiel die Abnahme in der Vollzeitquote aus. Betrug sie bei ostdeutschen Müttern mit einem Kind zwischen 1996 und 2003 noch fünf Prozentpunkte, so lag sie bei Müttern mit zwei Kindern bereits bei neun Prozentpunkten und bei Müttern mit drei und mehr Kindern bei zehn Prozentpunkten. Anders in Westdeutschland: Dort zeigte sich im gleichen Zeitraum lediglich bei Müttern mit zwei sowie mit drei und mehr Kindern jeweils ein Rückgang von zwei Prozentpunkten. Bei westdeutschen Müttern mit einem Kind veränderte sich die Vollzeitquote im gleichen Zeitraum nur unwesentlich (vgl. Tabelle 4).

Mit einer Familiengründung gibt ein beträchtlicher Teil der in Deutschland lebenden Mütter den Beruf vorübergehend auf und kehrt erst mit zunehmendem Alter der Kinder wieder in das aktive Erwerbsleben zurück. Ist das jüngste minderjährige Kind im Haushalt im Krippenalter (jünger als drei Jahre), so war im Mai 2003 in Deutschland nur knapp ein Drittel (32%) der Mütter aktiv erwerbstätig. Gleichzeitig lag der Anteil vorübergehend Beurlaubter (z.B. wegen Elternzeit) unter den Müttern bei 19%. Mit dem Heranwachsen des jüngsten Kindes nimmt auch die aktive Erwerbstätigkeit wieder zu und der Anteil vorübergehend Beurlaubter ab. Die höchste Erwerbstätigenquote von 75% erreichten Mütter, deren Kinder bereits zwischen 15 und 18 Jahre alt sind. Zugleich ist der Anteil vorübergehend Beurlaubter unter diesen Müttern so gering, dass er unter der Nachweisgrenze von 5 000 Personen liegt.

*Je älter die Kinder,
desto häufiger sind
Mütter erwerbstätig,
bei Vätern bleibt das
Erwerbsverhalten mit dem
Heranwachsen der Kinder
unverändert hoch*

Schaubild 15



Erreichen die Kinder das Kindergartenalter (von drei bis unter sechs Jahre), so entscheiden sich besonders viele erwerbstätige Mütter für eine Teilzeittätigkeit. War im Mai 2003 das jüngste Kind im Haushalt im Krippenalter, so war nur rund ein Fünftel (19%) der Mütter teilzeittätig. Im Vergleich dazu lag die Teilzeitquote von Müttern mit Kindern im Kindergartenalter mehr als doppelt so hoch (41%). Bei Müttern mit Kindern im Grundschulalter (von sechs bis unter zehn Jahre) lag die Teilzeitquote noch einmal sechs Prozentpunkte darüber (47%). Für Mütter mit älteren Kindern, ging die Teilzeitquote wieder zurück. Für die Alterklassen der 10- bis unter 15-jährigen Kinder lag sie im Mai 2003 bei 44% und für 15- bis unter 18-jährige Kinder bei 38%.

Bei den Vätern ist die aktive Beteiligung am Erwerbsleben vom Heranwachsen des jüngsten minderjährigen Kindes dagegen weitestgehend unabhängig. Die Erwerbstätigenquote von Vätern verblieb im Mai 2003 – auch mit zunehmendem Alter des jüngsten Kindes – relativ unverändert auf hohem Niveau zwischen 86% und 90%. Dabei übt auch in dieser Betrachtung nur eine Minderheit der Väter eine Teilzeittätigkeit aus. Die Teilzeitquote der Väter lag – je nach Alter des jüngsten minderjährigen Kindes im Haushalt – im Mai 2003 durchgängig bei 2% bis 3%.

**Tabelle 5: Männer im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Kindern unter 18 Jahren – darunter Vollzeit-/Teilzeittätige – im Mai 2003 nach Alter des jüngsten Kindes
Deutschland**

Alter des jüngsten Kindes (von ... bis unter ... Jahren)	Insgesamt	Vollzeit- quote ^{1), 3)}	Teilzeit- quote ^{2), 3)}
	1 000	in %	
Zusammen	7 701	85,2	2,9
unter 3	1 776	83,7	3,3
3 – 6	1 374	86,2	3,1
6 – 10	1 446	86,8	3,0
10 – 15	1 947	85,5	2,7
15 – 18	1 158	83,9	2,4

Ergebnisse des Mikrozensus - Bevölkerung (Konzept der Lebensformen).

1) Prozentualer Anteil der Vollzeit erwerbstätigen Väter ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Bevölkerungsgruppe.

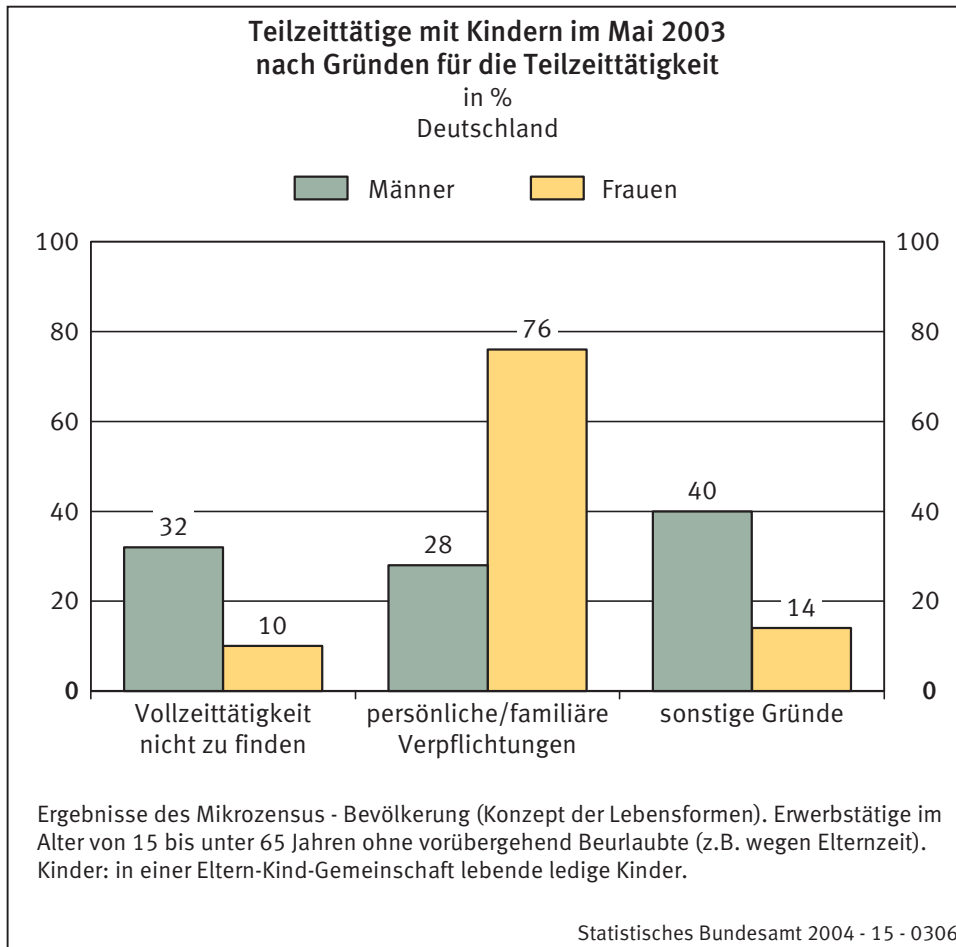
2) Prozentualer Anteil der Teilzeit erwerbstätigen Väter ohne vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Elternzeit) an der betreffenden Bevölkerungsgruppe.

3) Vollzeit-/Teilzeittätigkeit: Selbsteinstufung der Befragten.

Drei Viertel der Mütter und gut ein Viertel der Väter aus persönlichen bzw. familiären Gründen teilzeitbeschäftigt

Entsprechend unterschiedlich fallen bei Müttern und Vätern die Motive für die Ausübung einer Teilzeittätigkeit aus. Auf Grund persönlicher bzw. familiärer Verpflichtungen schränkten im Mai 2003 etwas über drei Viertel (76%) der teilzeittätigen Mütter mit Kindern im Haushalt den Beschäftigungsumfang ein. Bei den Vätern spielt dieses Motiv eine eher untergeordnete Rolle. Gut ein Viertel (28%) der teilzeittätigen Väter führte im Jahr 2003 als Grund für die Teilzeitbeschäftigung persönliche bzw. familiäre Gründe an, ein knappes Drittel (32%) schränkte den Beschäftigungsumfang notgedrungen ein, weil eine Vollzeittätigkeit nicht zu finden war und zwei Fünftel (40%) gaben andere Gründe, z.B. Krankheit oder Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen, an (vgl. Schaubild 16).

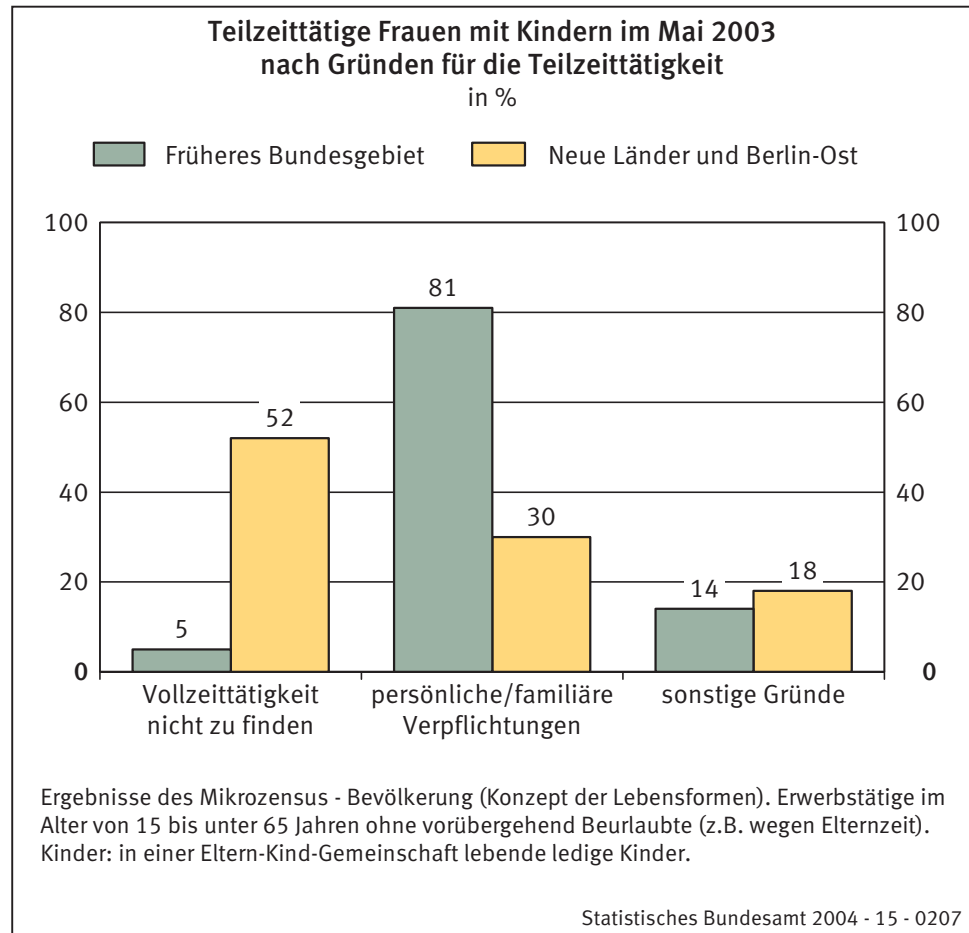
Schaubild 16



Ein weiteres Indiz für die angespannte Arbeitsmarktsituation im Osten – unter Vätern wie Müttern – liefert ein Ost-West-Vergleich zu den Gründen für eine Teilzeittätigkeit. Hier geben noch weniger ostdeutsche Mütter als ost- und westdeutsche Väter an, die Teilzeitbeschäftigung auf Grund persönlicher bzw. familiärer Verpflichtungen auszuüben; der Hauptgrund für die Einschränkung des Beschäftigungsumfangs liegt vielmehr in einem Mangel an Vollzeitarbeitsplätzen. Rund jede zweite teilzeittätige ostdeutsche Mutter (52%) gab im Mai 2003 an, keine Vollzeitstelle zu finden. In Westdeutschland war davon lediglich jede 20. teilzeittätige Mutter (5%) betroffen. Rund jede dritte ostdeutsche (30%) und vier von fünf westdeutschen teilzeittätigen Müttern (81%) schränkten den Beschäftigungsumfang wegen persönlicher bzw. familiärer Verpflichtungen ein. Sonstige Gründe gaben im Mai 2003 jede siebte westdeutsche (14%) und mehr als jede sechste ostdeutsche Mutter (18%) an (vgl. Schaubild 17).

Teilzeittätigkeit bei westdeutschen Müttern überwiegend aus familiären Gründen, bei ostdeutschen Müttern überwiegend aus Mangel an Vollzeitarbeitsplätzen

Schaubild 17



7. Erwerbstätigkeit im Wandel

7.1 Verschiebung der Geschlechter- und Altersstruktur

Im Mai 2003 zählten in Deutschland 83,7 Mill. Menschen zur wohnberechtigten Bevölkerung, davon lebten knapp 1,2 Mill. am Ort der Nebenwohnung und 82,5 Mill. am Ort der Hauptwohnung. Der letztgenannten Bevölkerungsgruppe gehörten 36,2 Mill. Erwerbstätige an, darunter 6,3 Mill. mit Wohnsitz in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Seit April 2001 ist ein Rückgang der Erwerbstätigkeit in Deutschland um gut 640 000 Personen feststellbar. Weitgehend unberührt von diesem kräftigen Beschäftigungsabbau blieben die Frauen, die mit 16,2 Mill. Erwerbstätigen im Mai 2003 beinahe das Niveau der beiden Vorjahre erreichten. Damit betrug der Anteil der Frauen unter den Erwerbstätigen im Mai 2003 bereits 45%, einen Prozentpunkt mehr als im April 2001 und drei Prozentpunkte mehr als im April 1991.

Bereits 45% aller Erwerbstätigen in Deutschland sind Frauen

Die in den Abschnitten 7 bis 9 dargestellten Ergebnisse des Mikrozensus basieren auf der Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung, im Nachfolgenden kurz „Bevölkerung“ genannt. Dazu gehören alle Personen mit nur einer Wohnung sowie Personen mit mehreren Wohnungen am Ort der Hauptwohnung. Dieser Bevölkerungsbegriff, der sich an § 12 des Melderechtsrahmengesetzes orientiert, berücksichtigt nicht die Personen am Ort der Nebenwohnung, bezieht jedoch die Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften ein. Seine Anwendung gewährleistet, dass bei Auswertungen zu Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) und Nichterwerbspersonen einerseits Mehrfachzählungen vermieden und andererseits alle Bevölkerungsteile erfasst werden.

Großen Einfluss auf die Entwicklung des Frauenanteils an den Erwerbstätigen in Deutschland hatte das weibliche Geschlecht im früheren Bundesgebiet. Hier stieg die Zahl der erwerbstätigen Frauen seit 1991 um 11% auf 13,2 Mill. Im Gegensatz dazu erreichte die Erwerbstätigenzahl der westdeutschen Männer – trotz eines Anstiegs zwischen April 1998 (16,9 Mill.) und April 2001 (17,1 Mill.) – mit 16,6 Mill. im Mai 2003 eine Größenordnung, die 6% unter dem Niveau vom April 1991 (17,7 Mill.) lag. Als Folge dieser Veränderungen erhöhte sich der Frauenanteil unter den Erwerbstätigen kontinuierlich von rund 40% im April 1991 auf gut 44% im Mai 2003. Gleichzeitig kletterte die Erwerbstätigenquote der Frauen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) um zwei Prozentpunkte auf 59% – ein deutliches Indiz dafür, dass sich das Erwerbsverhalten der Frauen in Westdeutschland in Sinne einer stärkeren Erwerbsorientierung verändert hat (vgl. Schaubild 18).

In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Zahl erwerbstätiger Frauen mit 2,9 Mill. im Mai 2003 gegenüber April 1991 um 19% gesunken; bei den erwerbstätigen Männern war im gleichen Zeitraum ein Rückgang um 18% auf 3,4 Mill. zu verzeichnen. Die massiven Arbeitsplatzverluste nach der Vereinigung Deutschlands sorgten zunächst für eine Abnahme des Frauenanteils an den Erwerbstätigen von knapp 47% im April 1991 auf gut 44% im April 1995. Die in der Folgezeit eingetretenen stärkeren Beschäftigungsverluste bei den Männern ließen den Frauenanteil wieder bis auf rund 46% im Mai 2003 steigen. Ein Grund für diesen – im Vergleich zum früheren Bundesgebiet – nach wie vor hohen Wert ist die traditionell hohe Erwerbsbeteiligung der ostdeutschen Frauen.

Neben der Geschlechteraufteilung hat sich auch der Altersaufbau der Erwerbstätigen in den letzten Jahren verändert. Ein Indikator dafür ist das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen, das – im Zuge der demographischen Alterung der gesamten Bevölkerung – seit April 1991 in Deutschland stetig von 38,8 auf 40,8 Jahre angestiegen ist. Mit 41,1 Jahren waren die erwerbstätigen Männer im Mai 2003 im Mittel 0,7 Jahre älter als die erwerbstätigen Frauen (40,4 Jahre). Im April 1991 betrug die Altersdifferenz noch 1,5 Jahre (vgl. Schaubild 19).

Erwerbstätige werden immer älter

Schaubild 18

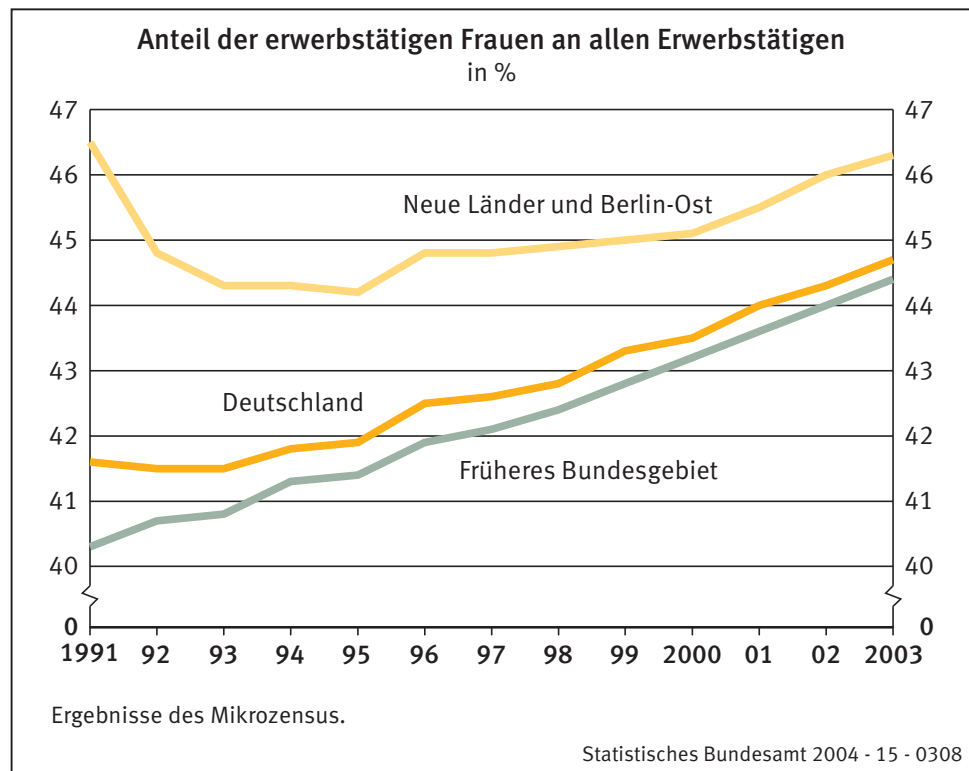
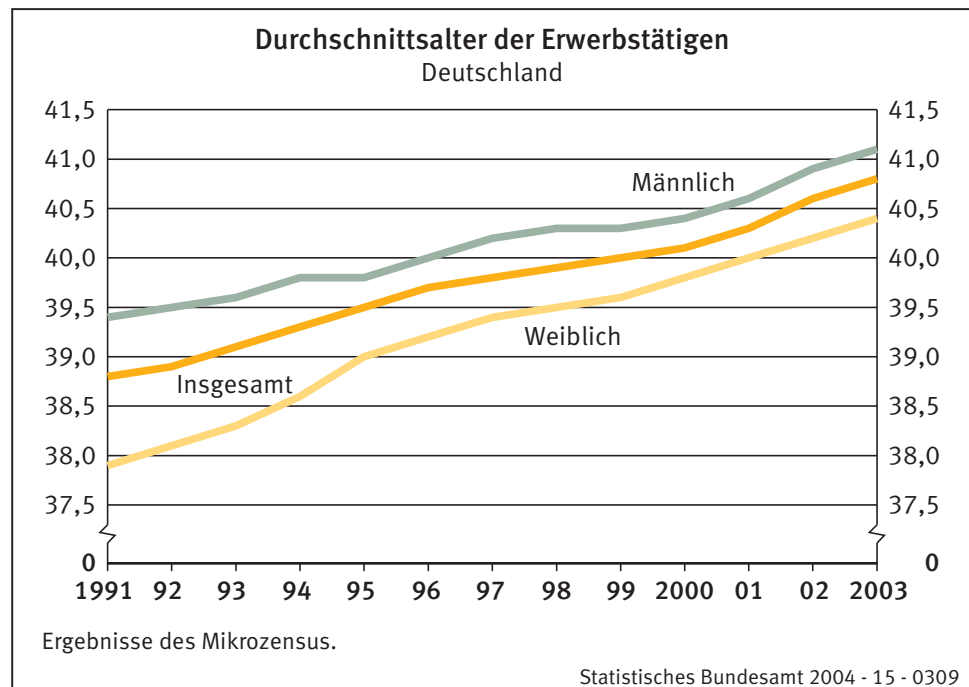


Schaubild 19



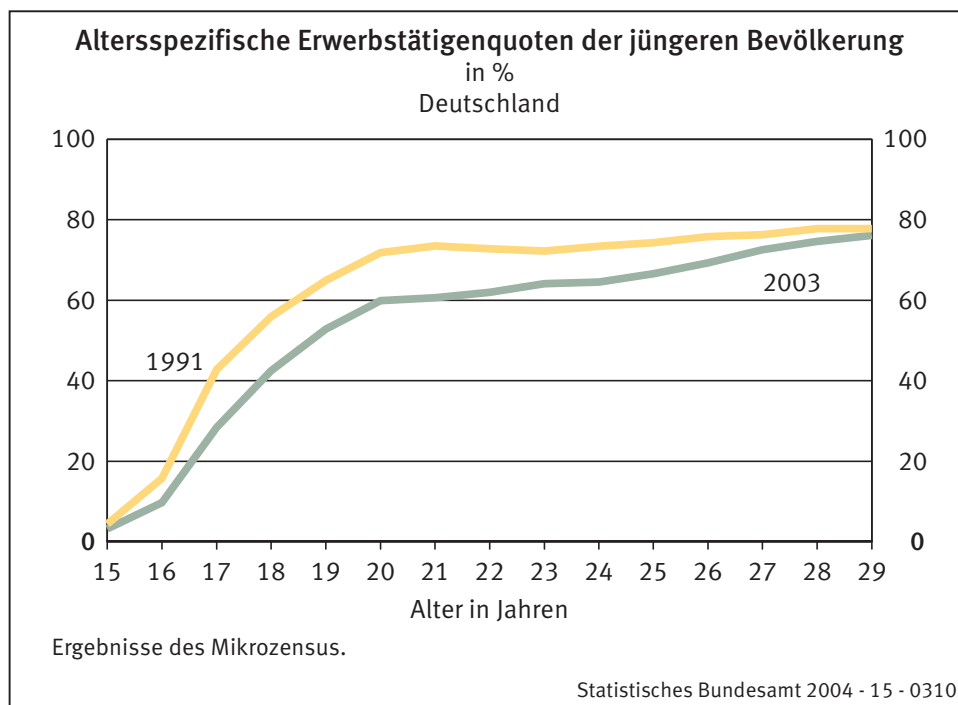
Zurückzuführen ist das gestiegene Durchschnittsalter der erwerbstätigen Bevölkerung auf den sinkenden Anteil jüngerer Erwerbstätiger: 1991 waren 30% aller Erwerbstätigen jünger als 30 Jahre. Zwölf Jahre später – im Mai 2003 – ist der Anteil der unter 30-jährigen Erwerbstätigen bereits auf ein Fünftel (20%) zusammengeschrumpft. Fast ein Drittel (30%) aller Erwerbstätigen gehörte nun den geburtenstarken Jahrgängen der zum Zeitpunkt der Erhebung 35- bis unter 45-jährigen an, 1991

betrug dieser Anteil lediglich ein Viertel (24%). Gestiegen ist auch der Anteil der 45- bis unter 50-jährigen Erwerbstätigen (von 11% auf 13%). Damit zählte die Mehrheit der Erwerbstätigen (55%) im Mai 2003 zu den mittleren Altersgruppen der 30- bis unter 50-Jährigen (1991: 47%).

Die Verschiebung der Altersstruktur zu Ungunsten der jüngeren Erwerbstätigen ist nicht nur eine Folge des demographischen Wandels, sondern auch des verzögerten Eintritts junger Erwachsener in das Berufsleben. Dies belegen die altersabhängigen Erwerbstätigenquoten, die in Deutschland bei den unter 30-Jährigen im April 1991 durchgängig höher ausfielen als im Mai 2003. In der Gruppe der 15- bis 24-Jährigen lag die Erwerbstätigenquote mit 45% im Mai 2003 um 13 Prozentpunkte unter dem Vergleichswert von 1991; für die 25- bis 29-Jährigen betrug die Differenz der Erwerbstätigenquoten der Jahre 1991 und 2003 fünf Prozentpunkte. Auffallend sind die drastischen Veränderungen bei den jungen Menschen in den neuen Ländern und Berlin-Ost: Im Zeitraum April 1991 bis Mai 2003 fiel hier die Erwerbstätigenquote bei den 15- bis 24-Jährigen von 63% auf 45%, bei den 25- bis 29-Jährigen von 84% auf 69%. Damit erfolgte innerhalb weniger Jahre eine Angleichung an die Verhältnisse im früheren Bundesgebiet, in dem die Erwerbstätigenquote in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen seit April 1991 um 12 Prozentpunkte (von 57% auf 45%), in der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen lediglich um drei Prozentpunkte (von 75% auf 72%) zurückging.

Späterer Eintritt in das Berufsleben

Schaubild 20



Der Rückzug der jüngeren Generation vom Berufsleben ist insbesondere auf die gestiegene Verweildauer in allgemein bildenden und beruflichen Bildungssystemen zurückzuführen: In den neuen Ländern und Berlin-Ost kletterte in der Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen der Anteil der Nichterwerbstätigen in schulischer oder universitärer Ausbildung von April 1991 bis Mai 2003 um 17 Prozentpunkte auf 35%. Vergleichsweise moderat veränderte sich die entsprechende Quote im früheren Bundesgebiet: Ausgehend von einem höheren Niveau stieg sie nur um acht Prozentpunkte auf 33%. Die in diesen Entwicklungen erkennbare Anpassung an das Bildungsverhalten der westdeutschen Altersgenossen ist jedoch nicht der einzige Grund für die stark rückläufige Erwerbstätigenquote der jungen Menschen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Zu berücksichtigen sind auch die tief greifenden Verände-

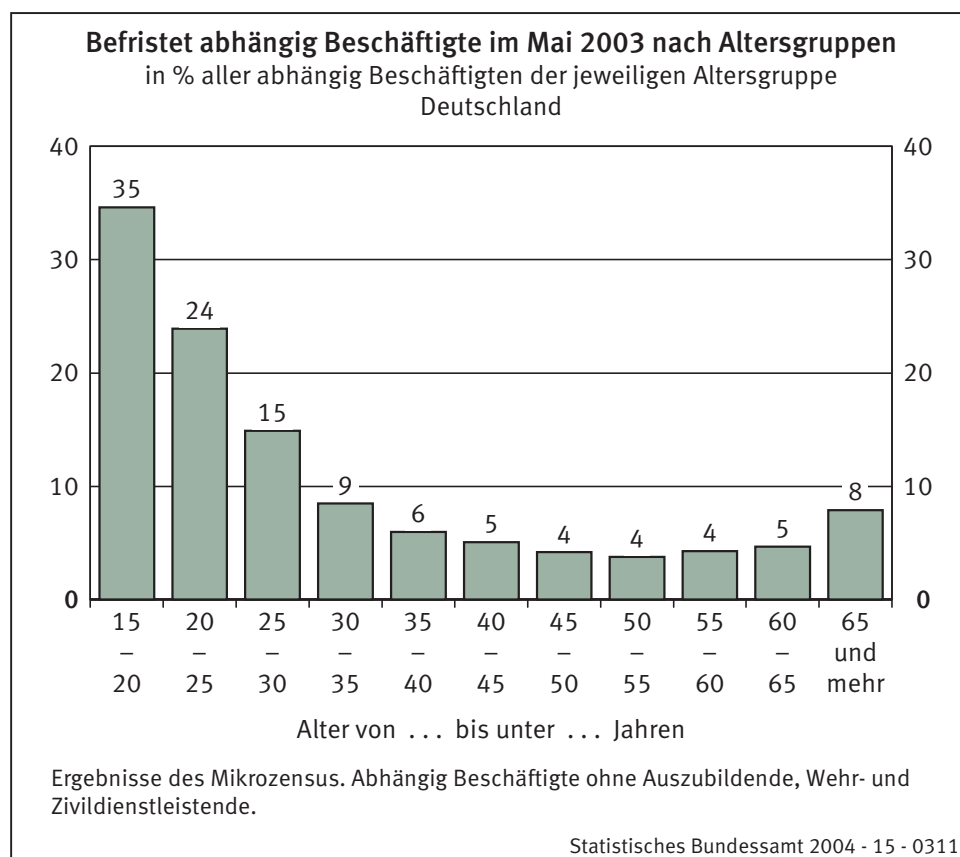
rungen auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt, die zu steigender Erwerbslosigkeit auch unter den jüngeren Personen führten (vgl. Abschnitt 8).

7.2 Ausweitung flexibler Erwerbsformen

Junge Menschen häufiger in befristeten Arbeitsverhältnissen

Für viele jüngere Menschen stellt der befristete Arbeitsvertrag den Einstieg in das Erwerbsleben dar. Von den unter 20-jährigen abhängig Beschäftigten in Deutschland hatten im Mai 2003 35% einen befristeten Arbeitsvertrag. Sowohl die Auszubildenden als auch die Wehr- und Zivildienstleistenden wurden dabei nicht in die Betrachtung einbezogen, weil sie stets in Beschäftigungs- bzw. Dienstverhältnissen von begrenzter Dauer stehen. Bei den 20- bis 24-Jährigen lag die Befristungsquote bei 24%, bei den 25- bis 29-Jährigen bei 15%. Die mit 4% niedrigste Quote wiesen die Altersgruppen ab 45 bis unter 60 Jahren auf. Über alle Altersjahre hinweg gingen 8% der abhängig Beschäftigten außerhalb einer Ausbildung bzw. eines Wehr- oder Zivildienstes einer durch einen befristeten Arbeitsvertrag geregelten Tätigkeit nach, das waren 2,4 Mill. Erwerbstätige in abhängiger Beschäftigung. Die große Zahl der über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen finanzierten Beschäftigten in den neuen Ländern und Berlin-Ost dürfte die Hauptursache dafür sein, dass hier die Befristungsquote mit 11% wesentlich höher lag als im früheren Bundesgebiet (7%).

Schaubild 21



Gegenüber April 1991 ist der Anteil der befristet abhängig Beschäftigten an allen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende) mit Angabe zur Art des Arbeitsvertrages um gut einen Prozentpunkt angestiegen. Dieser nur leichte Zuwachs überdeckt, dass die entsprechende Befristungsquote der jüngeren Beschäftigten deutlich zugenommen hat. So gingen im April 1991 11% der abhängig Beschäftigten im Alter von 15 bis 29 Jahren (ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende) einer zeitlich befristeten Tätigkeit nach, im Mai 2003 waren es 20%.

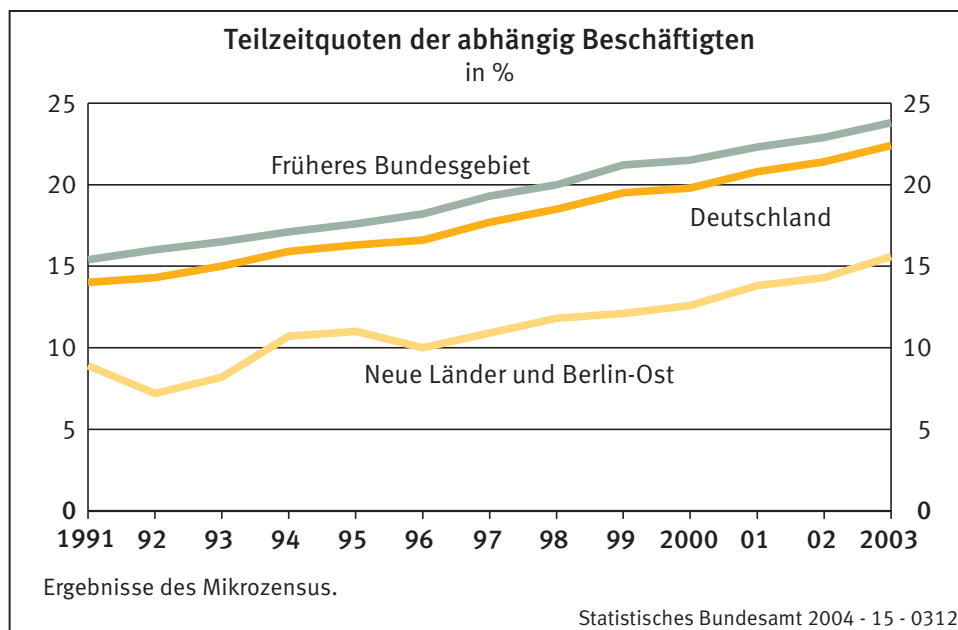
Eine Teilerklärung dafür liefern die überproportional häufig befristet beschäftigten Schülerinnen bzw. Schüler und Studenten (ohne Auszubildende), deren Zahl seit April 1991 von rund 120 000 auf knapp 340 000 angestiegen ist. Wichtige Einflussfaktoren dürften darüber hinaus der immer schwieriger werdende Berufseinstieg und die Auswirkungen von Gesetzesänderungen zu befristeten Arbeitsverträgen (Gesetz über Teilzeit und befristete Arbeitsverträge vom 01.01.2001, Beschäftigungsförderungsgesetz vom 25.09.1996) sein.

Auch wenn befristete Arbeitsverträge insbesondere bei den jungen Menschen die individuellen Arbeitsmarktchancen verbessern und als Sprungbrett in ein sicheres Beschäftigungsverhältnis dienen können, ist nicht auszuschließen, dass von der Befristung von Arbeitsstellen auch ein eigener Effekt in Richtung unsteter Beschäftigungskarrieren ausgehen kann. Zu den davon besonders betroffenen Personen dürften die am Anfang ihres Erwerbslebens stehenden unter 30-jährigen Beschäftigten zählen, die weder Auszubildende noch Schüler oder Studenten sind, keinen Wehr- oder Zivildienst ableisten und ohne Berufsabschluss (einschließlich Praktikum, Anlernausbildung und schulische Berufsqualifikation) dastehen. Bei ihnen lag der Anteil befristet Beschäftigter mit 27% überdurchschnittlich hoch. Das gilt auch für die Befristungsquote aller nicht in Ausbildung oder im Wehr- bzw. Zivildienst befindlichen ungelerten abhängig Beschäftigten, die mit 14% im Mai 2003 die bereits genannte Gesamtbefristungsquote von 8% bei weitem übertraf.

*Befristungsquoten
der Beschäftigten
ohne Berufsabschluss
liegen weit über dem
Durchschnitt*

Werden die Wehr- und Zivildienstleistenden sowie Auszubildenden nicht ausgeklammert, so lässt sich für Deutschland ein Verbreitungsgrad der befristeten Beschäftigung von 13% (Frauen: 12%, Männer: 13%) feststellen, d.h. 4,1 Mill. der insgesamt 32,0 Mill. abhängig Beschäftigten arbeiteten im Mai 2003 in einem zeitlich limitierten Beschäftigungsverhältnis. Von ihnen befanden sich 44% in einer Ausbildung und 9% in einer Probezeit. Weitere 11% gaben als Befristungsgrund an, dass eine Dauerstelle nicht zu finden sei. Diesen unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten besonders interessanten Befristungsgrund nannten in Ostdeutschland 18%, in Westdeutschland nur 9% der befristet Beschäftigten.

Schaubild 22



Boom der Teilzeitarbeit

Neben der zeitlich befristeten Beschäftigung trägt auch die Teilzeitbeschäftigung dazu bei, dass das traditionelle „Normalarbeitsverhältnis“ (abhängige Vollzeitbeschäftigung von unbefristeter Dauer) in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung verloren hat. Im Frühjahr 2003 stuften 7,2 Mill. abhängig Beschäftigte in Deutschland ihre Tätigkeit als Teilzeitbeschäftigung ein, 2,4 Mill. bzw. 51% mehr als im April 1991. Damit stieg die Teilzeitquote der abhängig Beschäftigten – der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen abhängig Beschäftigten – gegenüber April 1991 um über acht Prozentpunkte auf gut 22%. Die Zahl der abhängig Vollzeitbeschäftigten fiel im gleichen Zeitraum um 15% auf 24,9 Mill. Dadurch erreichte die zur Teilzeitquote spiegelbildliche Vollzeitquote im Mai 2003 nur noch einen Wert von knapp 78%; im April 1991 betrug sie noch 86%.

Im früheren Bundesgebiet ist die abhängige Teilzeitbeschäftigung nach wie vor deutlich stärker verbreitet als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Zwar kletterte die Teilzeitquote in Ostdeutschland von April 1991 bis Mai 2003 um etwa sieben Prozentpunkte auf knapp 16%, der Abstand zu der – im gleichen Zeitraum um über acht Prozentpunkte auf rund 24% gestiegenen – Teilzeitquote in Westdeutschland ist jedoch noch größer geworden (vgl. Schaubild 22). Motor des Teilzeit-Booms waren die Frauen, die bei einer Teilzeitquote von gut 41% (1991: 30%) im Mai 2003 in Deutschland 86% aller Teilzeittätigen in abhängiger Beschäftigung stellten. Im früheren Bundesgebiet ist die Zahl weiblicher Teilzeitkräfte seit April 1991 um 45% auf 5,4 Mill., in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 18% auf rund 720 000 angewachsen. Parallel dazu nahm die Teilzeitquote der Frauen in Westdeutschland von 34% auf 45% und in Ostdeutschland von 18% auf 27% zu. Daraus lässt sich ableiten, dass die bereits festgestellte Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit im früheren Bundesgebiet auf die Expansion der Teilzeitarbeit zurückzuführen ist.

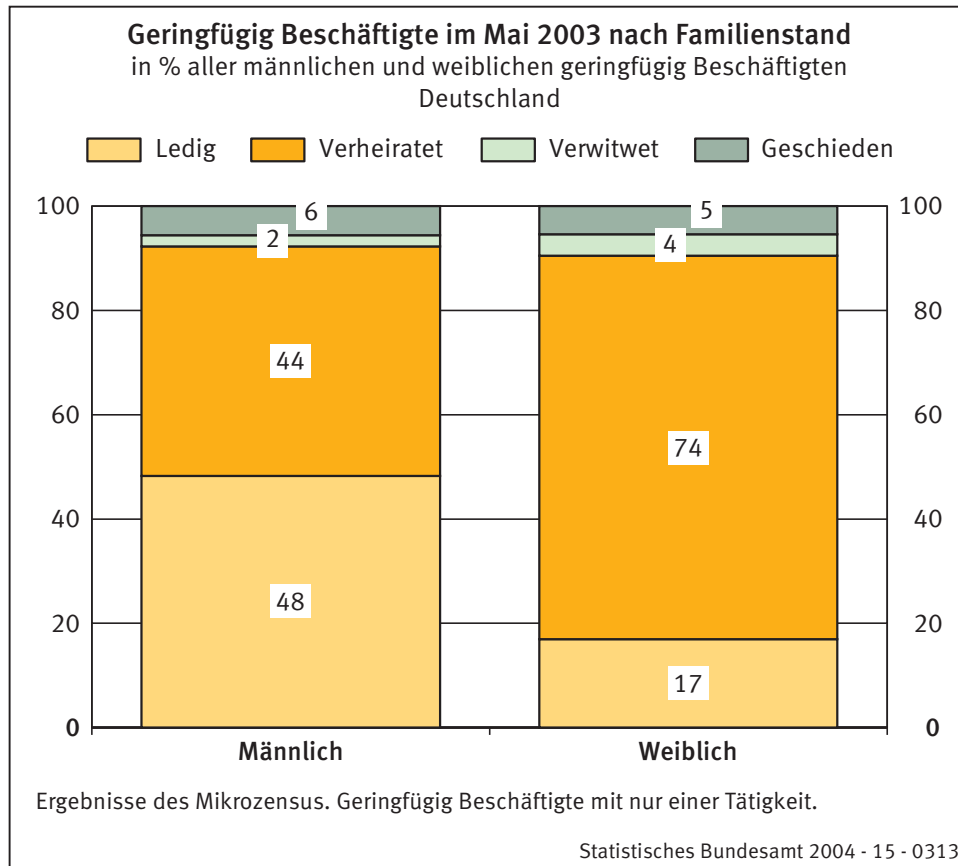
Bei den Männern gewinnt die Teilzeitarbeit allmählich an Bedeutung: Seit April 1991 stieg ihre Teilzeitquote um vier Prozentpunkte auf 6% an; im gleichen Zeitraum erhöhte sich ihr Anteil an allen Teilzeitbeschäftigten von 8% auf 14%. Somit gab es im Mai 2003 rund 1 Mill. abhängig erwerbstätige Männer, deren Beschäftigungsumfang nach eigenen Angaben nicht dem Vollzeitstandard entsprach.

Eine Untergruppe der abhängig Teilzeitbeschäftigten bilden die geringfügig Beschäftigten, deren statistische Erfassung nicht nur für den Mikrozensus schwierig ist. Die Gründe dafür liegen zum einen in der Komplexität der sozialversicherungsrechtlichen Regelungen, zum anderen in der Sensibilität des Themas. Darüber hinaus können so vielfältige Erscheinungsformen der geringfügigen Beschäftigung wie stundenweise Arbeit an bestimmten Tagen im regelmäßigen oder unregelmäßigen Wochenrhythmus, zu bestimmten Monatsterminen oder anlässlich jährlich wiederkehrender Veranstaltungen nur dann im Mikrozensus erfasst werden, wenn sie in die Berichtswoche fallen. Zu berücksichtigen ist auch, dass die Antworten im Rahmen der im Mikrozensus zulässigen Proxy-Interviews (d.h. ein Haushaltsmitglied antwortet stellvertretend für andere Haushaltsmitglieder) unter Umständen einen lückenhaften Informationsstand der Befragten widerspiegeln. Allgemein anerkannt ist jedoch, dass der Mikrozensus mit seinem Instrumentarium den Kern der regelmäßig ausgeübten geringfügigen Beschäftigung abbildet und wertvolle Strukturaussagen ermöglicht.

Drei von vier geringfügig Beschäftigten mit nur einer Tätigkeit sind Frauen

Im Frühjahr 2003 gaben 2,7 Mill. abhängig Erwerbstätige an, in der Berichtswoche eine geringfügige Beschäftigung als einzige Tätigkeit ausgeübt zu haben. Drei Viertel (76%) aller ausschließlich geringfügig Beschäftigten stellten die Frauen, von denen wiederum drei Viertel (74%) verheiratet und 17% ledig waren (vgl. Schaubild 23). Mehr als die Hälfte (52%) der geringfügig beschäftigten Frauen gehörte der Altersgruppe von 30 bis unter 50 Jahren an, nur etwa jede Fünfte (19%) war jünger als 30 Jahre. Ganz andere Strukturen zeigten sich bei den geringfügig beschäftigten Männern, von denen 44% verheiratet und 48% ledig waren. Kennzeichnend für ihre Alterszusammensetzung ist, dass die unter 30-Jährigen mit einem Anteil von 38% stärker ins Gewicht fielen als die mittlere Altersgruppe der 30- bis unter 50-Jährigen (23%).

Schaubild 23



Die Betrachtung der ausschließlich geringfügig Beschäftigten nach dem Familienstand und dem Alter legt den Schluss nahe, dass Frauen die geringfügige Beschäftigung vorwiegend zur Erzielung eines Zuverdienstes ausüben, während Männer eher vor der Aufnahme einer regulären Vollzeittätigkeit geringfügig beschäftigt sind. Unterstützt wird diese These dadurch, dass etwa die Hälfte (49%) der geringfügig beschäftigten Frauen überwiegend vom Unterhalt durch Angehörige lebte. Demgegenüber stellte für die meisten der geringfügig beschäftigten Männer (31%) die Erwerbstätigkeit die wichtigste Unterhaltsquelle dar.

Jede zweite ausschließlich geringfügig beschäftigte Frau lebt überwiegend vom Unterhalt durch Angehörige

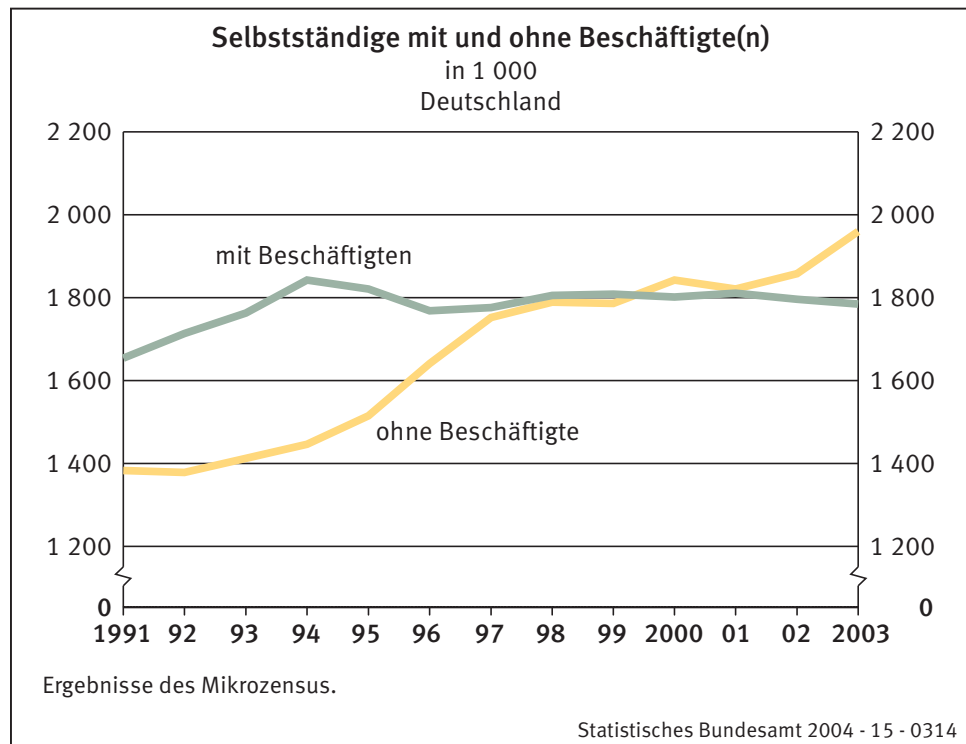
Die geringfügige Beschäftigung ist wirtschaftsfachlich konzentriert. Im Mai 2003 waren im Handel und Gastgewerbe 29% aller ausschließlich geringfügig Beschäftigten tätig, und zwar 31% der Frauen und 23% der Männer mit einer geringfügigen Beschäftigung als einziger Tätigkeit. Den öffentlichen und privaten Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung) ordneten sich 30% der nur in einem Mini-Job arbeitenden Erwerbstätigen zu, das waren 33% der geringfügig beschäftigten Frauen und 23% der geringfügig beschäftigten Männer. Damit gingen in den genannten Dienstleistungsbereichen etwa 11% der Erwerbstätigen ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nach; bezogen auf die Gesamtwirtschaft betrug diese Quote lediglich knapp 8%.

Angesichts der derzeit schwierigen Arbeitsmarktlage werden große Hoffnungen auf eine Zunahme der – ebenfalls vom Normalarbeitsverhältnis abweichenden – selbstständigen Erwerbsformen gesetzt. Diese sichern nicht nur die Existenz des Selbstständigen selbst, sondern schaffen unter Umständen auch zusätzliche Arbeitsplätze. Im Mai 2003 gab es 3,7 Mill. Selbstständige, rund 710 000 bzw. 23% mehr als im

Mehr Selbstständige ohne als Selbstständige mit Beschäftigten

April 1991. Der Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen – die Selbstständigenquote – stieg im gleichen Zeitraum um zwei Prozentpunkte auf 10%. Getragen wurde diese Entwicklung von der starken Zunahme der Zahl der Selbstständigen ohne Beschäftigte (aber gegebenenfalls mit mithelfenden Familienangehörigen) von 1,4 Mill. im April 1991 auf knapp 2,0 Mill. im Mai 2003, dies entspricht einem Zuwachs um 42%. Damit gab es im Mai 2003 knapp 180 000 mehr Selbstständige ohne als Selbstständige mit Beschäftigten; in den Berichtswochen der Jahre 1991 bis 1999 waren noch die Selbstständigen mit Beschäftigten in der Überzahl. Wichtige Triebkräfte des Strukturwandels innerhalb der Selbstständigkeit dürften die moderne Informationstechnologie, veränderte Unternehmensprozesse und die von den Erwerbstätigen selbst verfolgten Interessenlagen sein. In welchem Maße die so genannten Scheinselbstständigen, die auf Grund ihrer Abhängigkeit von einem Auftraggeber arbeitsrechtlich als Arbeitnehmer einzuordnen wären, die Entwicklung der Selbstständigen ohne Beschäftigte beeinflusst haben, lässt sich mit Hilfe des Mikrozensus nicht beantworten.

Schaubild 24



Die neuen Länder und Berlin-Ost zeichnen sich durch eine nachholende Entwicklung aus: Seit April 1991 stieg hier die Selbstständigenzahl um 68% auf rund 580 000 im Mai 2003. Die Selbstständigenquote erreichte mit 9% (1991: gut 4%) jedoch noch nicht ganz das westdeutsche Niveau, das im Mai 2003 bei knapp 11% lag (1991: 9%). Eine besonders dynamische Entwicklung vollzog sich in Ostdeutschland bei den Selbstständigen ohne Beschäftigte. Ihre Zahl stieg gegenüber 1991 um 88% auf 300 000; dagegen fiel der entsprechende Zuwachs in Westdeutschland (um 36% auf 1,7 Mill.) wesentlich verhaltener aus.

**Drei von vier
Selbstständigen
ohne Beschäftigte
betätigen sich im
Dienstleistungssektor**

Ein Viertel (25%) der Selbstständigen ohne Beschäftigte betätigte sich im Mai 2003 im Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleistungen (ohne öffentliche Verwaltung), bei den Selbstständigen mit Beschäftigten waren es 19%. Umgekehrt waren die Verhältnisse im Wirtschaftsunterbereich Handel und Gastgewerbe, dem 29% der Selbstständigen mit Beschäftigten und 20% der Selbstständigen ohne Beschäftigte angehörten. Im Grundstücks- und Wohnungswesen und im Bereich der Vermietung beweglicher Sachen und der Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für

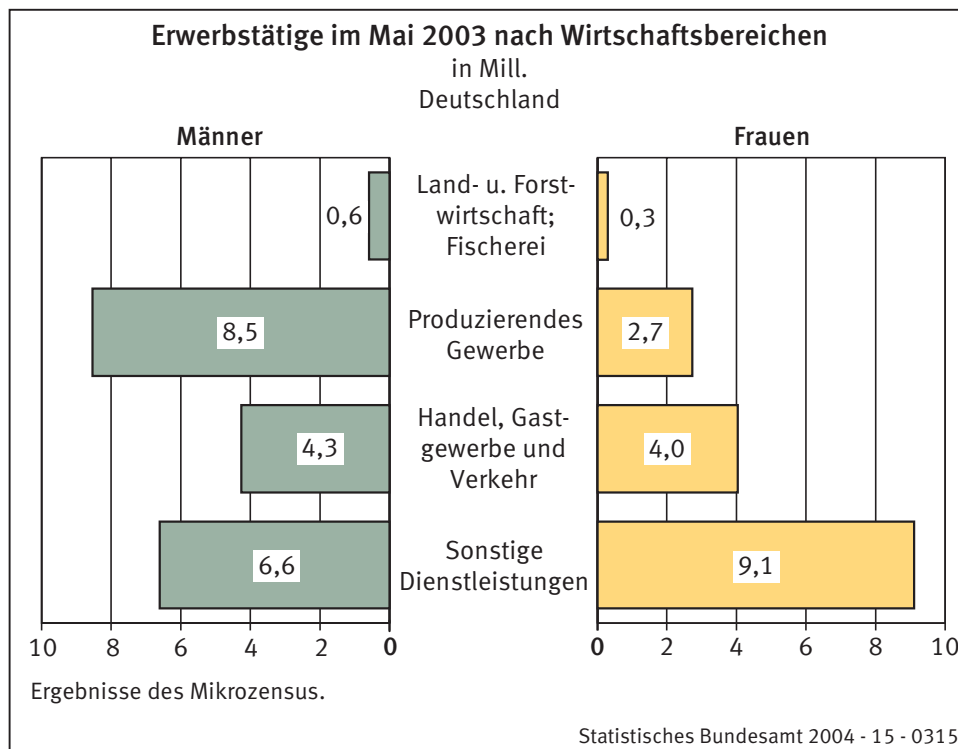
Unternehmen entfaltete ein Fünftel (21%) der Selbstständigen ohne Beschäftigte wirtschaftliche Aktivitäten, bei den Selbstständigen mit abhängig Beschäftigten betrug dieser Anteil 15%. In der Gesamtbetrachtung war der Dienstleistungssektor mit den beiden Wirtschaftsbereichen Handel, Gastgewerbe und Verkehr sowie Sonstige Dienstleistungen für die Selbstständigen ohne Beschäftigte (74%) von größerer Bedeutung als für die Selbstständigen mit Beschäftigten (69%). Letztere waren stattdessen relativ häufiger im Produzierenden Gewerbe unternehmerisch aktiv.

7.3 Wandel der Wirtschafts- und Berufsstrukturen

Im vorgenannten Dienstleistungssektor ist die Zahl der Erwerbstätigen von April 1991 bis Mai 2003 deutschlandweit um 3,5 Mill. bzw. 17% auf 24,0 Mill. angestiegen, während das Produzierende Gewerbe einen beachtlichen Rückgang der Erwerbstätigkeit um 4,1 Mill. bzw. 36% auf 11,3 Mill. hinnehmen musste und auch der quantitativ kaum noch ins Gewicht fallende primäre Sektor von weiteren Schrumpfungprozessen nicht verschont blieb. Die aus diesen Verschiebungen ersichtliche fortschreitende Tertiarisierung der deutschen Volkswirtschaft steht offenbar in einem engen Zusammenhang mit dem Wandel der Erwerbsformen, denn in puncto Befristung (9% der abhängig Beschäftigten ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende), abhängiger Teilzeitbeschäftigung (29%) und Selbstständigkeit (11% der Erwerbstätigen) wies der Dienstleistungssektor im Mai 2003 überdurchschnittlich hohe Quoten auf.

Dienstleistungssektor mit überdurchschnittlich hoher Befristungs-, Teilzeit- und Selbstständigenquote

Schaubild 25



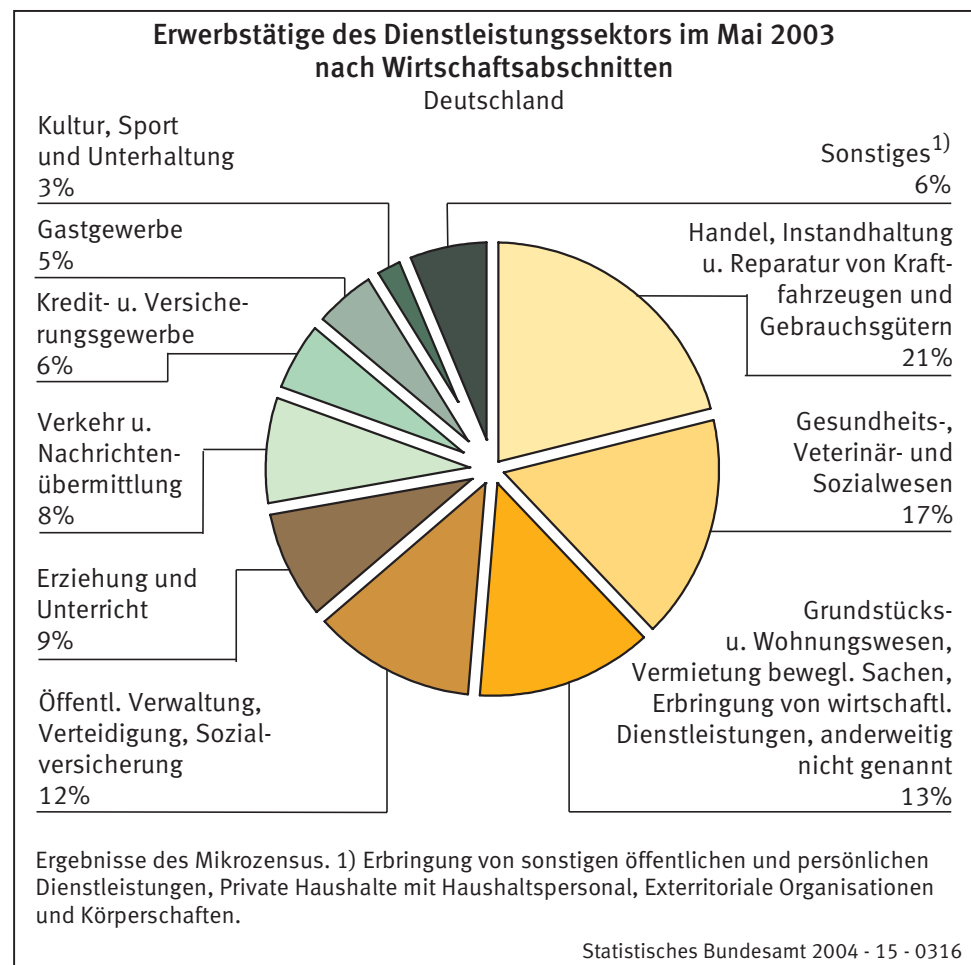
Für die Beschäftigung der Frauen ist der Dienstleistungssektor von enormer Bedeutung. Im Handel, Gastgewerbe und Verkehr stellten die Frauen im Mai 2003 mit 4,0 Mill. fast genauso viele Erwerbstätige wie die Männer (knapp 4,3 Mill.). In den Branchen der Sonstigen Dienstleistungen verrichteten 9,1 Mill. Frauen, hingegen nur 6,6 Mill. Männer ihre Arbeit. Somit waren im gesamten tertiären Sektor fast 2,3 Mill. mehr Frauen als Männer beschäftigt. Ganz anders stellte sich die Geschlechterverteilung im primären und sekundären Sektor dar: In der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei standen den rund 590 000 männlichen etwa 300 000 weibliche

Über 2 Mill. mehr Frauen als Männer im Dienstleistungssektor beschäftigt

Erwerbstätige gegenüber. Im Produzierenden Gewerbe, das infolge technischen Fortschritts und steigender Produktivität auf immer mehr Arbeitskräfte verzichten kann, gingen 8,5 Mill. Männer und 2,7 Mill. Frauen einer auf Erwerb gerichteten Tätigkeit nach (vgl. Schaubild 25). Aus den genannten Absolutgrößen folgt, dass im Mai 2003 81% der erwerbstätigen Frauen und 54% der erwerbstätigen Männer im Dienstleistungssektor beschäftigt waren. Dagegen waren dem Produzierenden Gewerbe 43% der männlichen und 17% der weiblichen Erwerbstätigen zuzuordnen.

Der Dienstleistungssektor ist äußerst heterogen: Im Mai 2003 zählte gut ein Fünftel (21%) der Erwerbstätigen in den dienstleistungsorientierten Wirtschaftsbereichen zu den Branchen Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern. Dem Wirtschaftsabschnitt Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen ordneten sich gut 13% aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor zu. Weitere 5% arbeiteten im Gastgewerbe, 8% waren in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung tätig. Stark vertreten waren im Mai 2003 auch die öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung mit einem Anteil von 12% sowie der Bereich Erziehung und Unterricht, dem knapp 9% aller in Institutionen des tertiären Sektors erwerbstätigen Personen angehörten.

Schaubild 26



Jeder sechste Erwerbstätige im Dienstleistungssektor arbeitet im Gesundheits-, Veterinär- oder Sozialwesen

Unter den Wirtschaftsabschnitten des Dienstleistungssektors verdient das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen in Anbetracht der fortschreitenden demographischen Alterung der Gesellschaft und der daraus resultierenden steigenden Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegedienstleistungen besondere Beachtung. Im Mai 2003

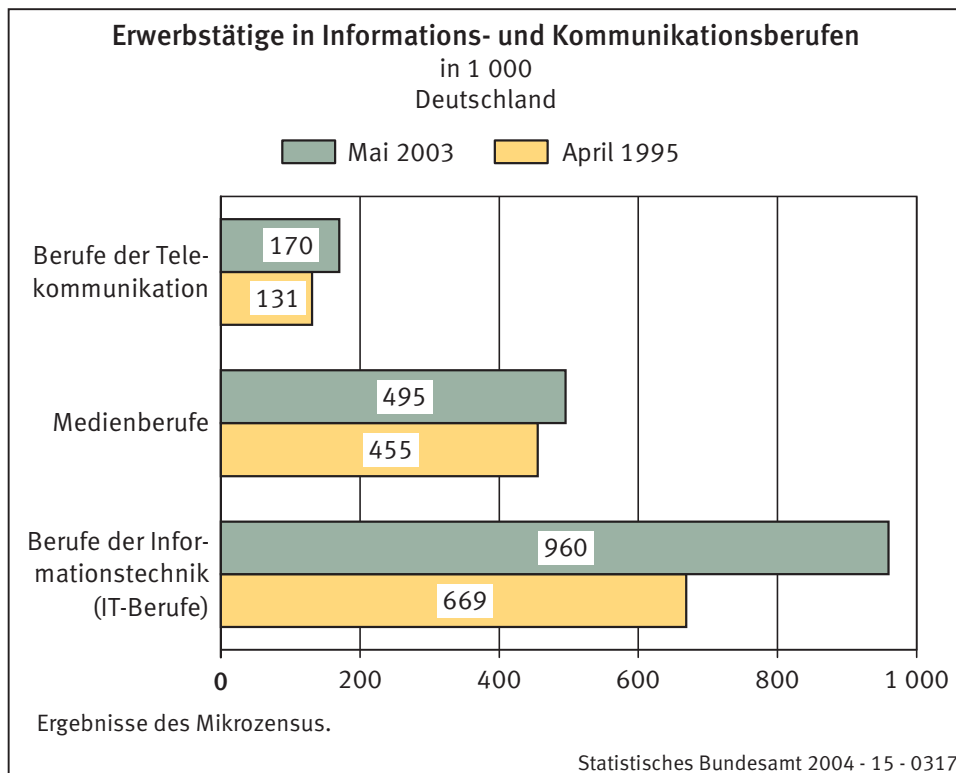
arbeiteten über 4,0 Mill. Erwerbstätige im Gesundheits-, Veterinär- oder Sozialwesen, mithin jeder sechste (17%) Erwerbstätige im Dienstleistungssektor. Von ihnen waren knapp 2,6 Mill. im Gesundheitswesen tätig; im Sozialwesen gingen 1,4 Mill. Personen einer Erwerbstätigkeit nach. Mit 75% lag der Frauenanteil in Einrichtungen des Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesens im Mai 2003 deutlich höher als im gesamten tertiären Sektor (55%). Im Gesundheitswesen stellten die Frauen sogar 77% aller Erwerbstätigen.

Das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen stellt eine Wachstumsbranche mit großem Beschäftigungspotenzial dar. Das zeigt bereits die Entwicklung im Zeitraum April 1995 bis Mai 2003, in dem die Zahl der Erwerbstätigen von knapp 3,2 Mill. auf 4,0 Mill. angestiegen ist. Dies entspricht einer Zuwachsrate, die 11 Prozentpunkte über der Vergleichsrate des gesamten Dienstleistungssektors (+ 17%) lag. In erster Linie verantwortlich für die kräftigen Beschäftigungsgewinne war das Sozialwesen, das gegenüber April 1995 eine Erhöhung der Erwerbstätigenzahl um 70% verzeichnete. Darin spiegelt sich wider, dass Dienstleistungen der sozialen Arbeit wie z.B. Altenpflege seit Mitte der 1990er Jahre erheblich an Bedeutung gewonnen haben.

Der anhaltende Trend zur Dienstleistungsgesellschaft ist auch daran erkennbar, dass im Mai 2003 etwa zwei Drittel (67%) aller Erwerbstätigen Dienstleistungsberufe ausübten. Auf geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Berufswahl deuten bereits die vorangegangenen Ausführungen zu den wirtschaftsfachlichen Strukturen hin: Einen Dienstleistungsberuf wählten 86% der erwerbstätigen Frauen, hingegen nur die Hälfte (52%) der erwerbstätigen Männer. Umgekehrt war die Situation in den beiden anderen großen Berufsbereichen: Fertigungsberufe ergriffen 34% der männlichen, aber nur 9% der weiblichen Erwerbstätigen. Auf die technischen Berufe entfiel bei den Männern ein Anteil von 10%; dagegen fiel der Vergleichsanteil bei den Frauen mit 2% deutlich niedriger aus.

Nur knapp jede zehnte erwerbstätige Frau übt einen Fertigungsberuf aus

Schaubild 27



Im Schnittfeld zwischen dem traditionellen Industrie- und dem Dienstleistungssektor haben in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland Berufe an Bedeutung gewonnen, die dem so genannten Informations- und Kommunikationssektor (IuK-Sektor) zugeordnet und als besonders zukunftsträchtig eingestuft werden. Neben den Berufen der Telekommunikation und der Informationstechnik werden üblicherweise auch die Medienberufe dazu gezählt. Im Mai 2003 gingen insgesamt 1,6 Mill. Erwerbstätige in Berufen des IuK-Sektors ihrem Broterwerb nach, 370 000 mehr als im April 1995, aber 26 000 weniger als im April 2002. Der leichte Abwärtstrend gegenüber dem Vorjahr dokumentiert, dass die jüngste Konjunkturschwäche in Deutschland auch vor den Erwerbstätigen in den IuK-Berufen nicht Halt gemacht hat.

Zahl der Erwerbstätigen in IT-Berufen gegenüber April 1995 um 43% gestiegen

Gegenüber April 1995 hat die Erwerbstätigkeit in allen drei genannten IuK-Berufsgruppen zugenommen. Den größten Sprung machte die Erwerbstätigenzahl in den IT-Berufen von rund 670 000 auf 960 000; dies entspricht einem Anstieg von 43%. Überdurchschnittliche Zuwächse im Bereich der IT-Berufe verzeichneten die Datenverarbeitungsfachleute bzw. Informatikerinnen und Informatiker (+ 53% auf rund 180 000), Softwareentwicklerinnen und -entwickler (+ 61% auf 184 000) sowie DV-Beratungs- und Vertriebsfachleute (+ 116% auf 64 000). In den Medienberufen erhöhte sich die Erwerbstätigenzahl im Zeitraum April 1995 bis Mai 2003 um knapp 9% auf 495 000. In den Berufen der Telekommunikation waren im Mai 2003 fast 30% mehr Erwerbstätige im Einsatz als acht Jahre zuvor (vgl. Schaubild 27). Der oben bereits festgestellte Beschäftigungsrückgang im Vergleich zu April 2002 traf nur die Medien- und IT-Berufe, während die Erwerbstätigenzahl im Bereich der Telekommunikationsberufe weitgehend konstant blieb.

Von den im Mai 2003 nachgewiesenen Erwerbstätigen in IuK-Berufen stellten die Männer rund drei Viertel (74%), d.h. die Frauen waren hier deutlich unterrepräsentiert. Mit einem Erwerbstätigenzuwachs seit April 1995 um 23% legten sie allerdings im IuK-Berufssektor stärker zu als auf gesamtwirtschaftlicher Ebene (+ 7%). Dabei verlief die Entwicklung innerhalb der in Schaubild 27 nachgewiesenen IuK-Berufsbereiche sehr unterschiedlich. In den Telekommunikationsberufen erhöhte sich die Zahl der erwerbstätigen Frauen um 73%; damit erreichten sie in diesem Bereich einen Anteil an allen Erwerbstätigen von 47% (1995: 35%). In den Medienberufen kletterte der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen im Vergleichszeitraum – dank einer Beschäftigungszunahme um 19% – von 37% auf 40%. Dagegen verlor der ohnehin niedrige Frauenanteil in den IT-Berufen trotz gestiegener Frauenerwerbstätigkeit (+ 10%) im Zeitraum 1995 bis 2003 gut vier Prozentpunkte. Damit waren im Mai 2003 nur noch 15% der Erwerbstätigen im – gemessen an der Erwerbstätigenzahl – größten IuK-Berufsbereich weiblichen Geschlechts.

Mit der Zunahme der Frauenerwerbstätigkeit, dem geänderten Erwerbsverhalten junger Menschen, der Ausbreitung flexibler und unsicherer Beschäftigungsformen zu Lasten des Normalarbeitsverhältnisses und den Veränderungen der Wirtschafts- und Berufsstrukturen ist der Wandel der Erwerbsarbeit noch nicht hinreichend umschrieben. Zu berücksichtigen sind auch Tendenzen, die einerseits die räumliche und zeitliche Dimension der Arbeit, andererseits die Mobilität, Arbeitsuche und Mehrfachbeschäftigung der Erwerbstätigen betreffen.

7.4 Erwerbsarbeit immer häufiger zu Hause?

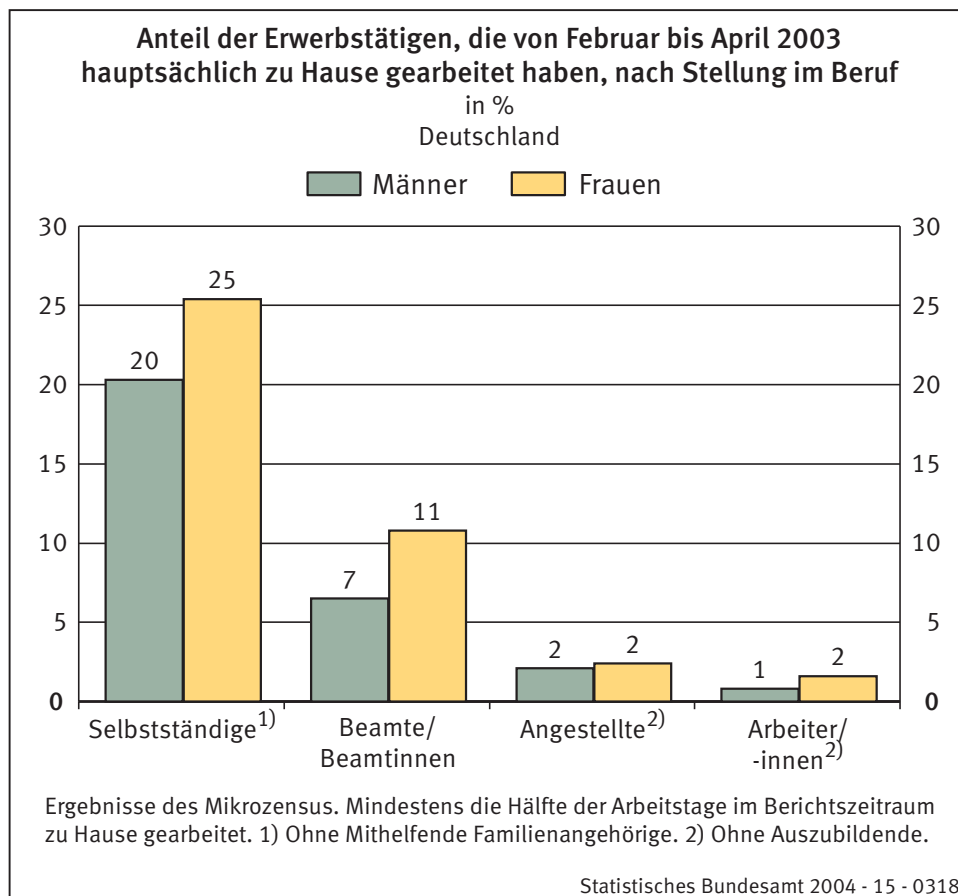
Studien zur künftigen Gestaltung der Arbeitswelt prognostizieren eine räumliche Dezentralisierung der Unternehmen mit der Folge, dass für einen immer größeren Teil der Erwerbstätigen der Arbeitsplatz in die eigene Wohnung verlegt wird. Die Realität sieht noch anders aus: Im Frühjahr 2003 gaben nur knapp 5% der Erwerbstätigen an, im Zeitraum Februar bis April 2003 hauptsächlich, d.h. an mindestens der Hälfte

der Arbeitstage, zu Hause gearbeitet zu haben. Weitere 9% der Erwerbstätigen verrichteten ihre Arbeit manchmal, d.h. mindestens einmal, aber an weniger als der Hälfte der Arbeitstage in den Monaten Februar bis April 2003 zu Hause. Damit hat sich der Verbreitungsgrad der Erwerbsarbeit zu Hause in den letzten Jahren kaum verändert. Im April 1996 betrug der Anteil der hauptsächlich zu Hause Arbeitenden ebenfalls 5%, gelegentliche Erwerbsarbeit in der eigenen Wohnung nannten 8% der Erwerbstätigen.

Von großer Bedeutung ist die Arbeit zu Hause bei den Selbstständigen. Ein Fünftel (20%) der selbstständigen Männer und ein Viertel der selbstständigen Frauen (25%) verbrachte im Berichtszeitraum Februar bis April 2003 über die Hälfte ihrer Arbeitszeit zu Hause. Unter den Selbstständigen ohne Beschäftigte nutzten sogar 28% der Männer und 33% der Frauen hauptsächlich die eigenen vier Wände zur Ausübung ihrer beruflichen Tätigkeit. Die Differenzen zwischen den Geschlechtern dürften vor allem auf familiäre Verpflichtungen zurückzuführen sein. Bei diesen Ergebnissen ist zu beachten, dass nur dann zu Hause gearbeitet wird, wenn ein Teil der Wohnung für berufliche Zwecke eingerichtet ist, nicht aber wenn der Arbeitsbereich (z.B. Praxis oder Büro) an den Wohnraum angrenzt und mit einem separaten Eingang versehen ist. Erwerbstätige, die aus Zeitgründen oder aus persönlichem Interesse in ihrer Freizeit unentgeltlich arbeiten, fallen nicht unter die Kategorie Arbeit zu Hause.

Arbeit zu Hause bei Selbstständigen stark verbreitet

Schaubild 28



Überdurchschnittlich stark verbreitet war die Arbeit zu Hause auch bei den Beschäftigten mit Beamtenstatus: 11% der Beamtinnen und knapp 7% der Beamten gaben im Frühjahr 2003 an, dass sie im Berichtszeitraum überwiegend im heimischen Büro gearbeitet haben. Hierbei handelte es sich zum weitaus größten Teil um Lehrerinnen und Lehrer. Bei den Männern und Frauen im Angestelltenverhältnis betrug der Verbreitungsgrad der Arbeit in der eigenen Wohnung nur jeweils gut 2%. Noch seltener verlagerten die Arbeiterinnen (knapp 2%) bzw. Arbeiter (1%) den größten Teil

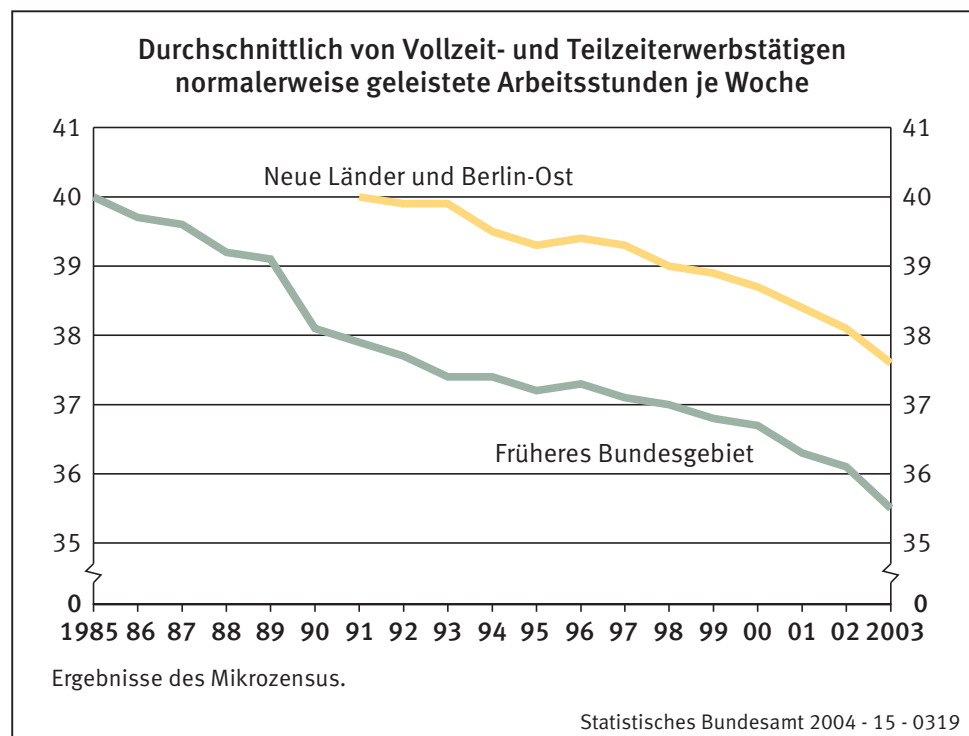
ihrer Arbeitszeit in das heimische Umfeld. Offenbar eignen sich Arbeitsplätze dieser Beschäftigtengruppe am wenigsten für die Arbeit zu Hause.

7.5 Entwicklung der Arbeitszeit

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit wird immer kürzer

Die Entwicklung der Arbeitszeit in Deutschland zeichnete sich in der Vergangenheit durch eine deutliche Arbeitszeitverkürzung und eine zunehmende Arbeitszeitflexibilisierung aus. So ist im früheren Bundesgebiet die durchschnittlich normalerweise geleistete Wochenarbeitszeit der Erwerbstätigen im Zeitraum April 1985 bis Mai 2003 von 40,0 auf 35,5 Stunden gesunken. Für die neuen Länder und Berlin-Ost lässt sich seit April 1991 ein Arbeitszeitrückgang von 40,0 auf 37,6 Stunden feststellen. Damit lag die normalerweise geleistete Arbeitszeit je Woche im Mai 2003 im Osten auch 13 Jahre nach der Vereinigung immer noch deutlich höher als im Westen Deutschlands. Hinsichtlich der genannten Stundenzahlen ist zu beachten, dass Arbeitszeiten aus Nebenerwerbstätigkeiten nicht eingerechnet wurden.

Schaubild 29



Bei der Interpretation der zunehmend kürzeren Wochenarbeitszeit je Erwerbstätigen muss berücksichtigt werden, dass ein wachsender Anteil vor allem der weiblichen Beschäftigten in Teilzeit arbeitet. Dies hat zur Folge, dass die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der erwerbstätigen Frauen in Deutschland von April 1991 bis Mai 2003 von 34,4 auf 30,8 Stunden gesunken ist (früheres Bundesgebiet: von 33,2 auf 29,8 Stunden, neue Länder und Berlin-Ost: von 38,3 auf 35,0 Stunden). Bei den Männern fiel der Rückgang der durchschnittlichen Wochenarbeitszeit im gleichen Zeitraum (von 41,2 auf 40,0 Stunden) merklich schwächer aus. Wegen der relativ niedrigen durchschnittlichen Stundenzahl lag der Anteil der Frauen am gesamten Arbeitsvolumen (d.h. an den von allen Erwerbstätigen normalerweise geleisteten Arbeitsstunden) im Mai 2003 nur bei 38%, d.h. sieben Prozentpunkte niedriger als der bereits dargestellte Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen.

Selbstständige arbeiten am längsten

Ein differenzierteres Bild der Arbeitszeitentwicklung liefert die Betrachtung der Erwerbstätigen nach ihrer Stellung im Beruf: Im früheren Bundesgebiet ist die durch-

schnittliche Wochenarbeitszeit der Angestellten im Zeitraum 1991 bis 2003 von 36,8 auf 34,5 Stunden gesunken, während bei den Arbeiterinnen und Arbeitern ein Rückgang von 37,4 auf 33,8 Stunden zu verzeichnen war. In den neuen Ländern und Berlin-Ost fiel die durchschnittliche Wochenarbeitszeit im Vergleichszeitraum bei den Angestellten um 2,6 auf 36,5 Stunden und bei den Arbeiterinnen und Arbeitern um 3,6 auf 36,4 Stunden. Die längste Wochenarbeitszeit wiesen die Selbstständigen auf, die im Mai 2003 im früheren Bundesgebiet wöchentlich durchschnittlich 46,5 Stunden (1991: 51,0 Stunden), in den neuen Ländern und Berlin-Ost 45,5 Stunden (1991: 48,5 Stunden) arbeiteten. In diesen Ergebnissen kommt u.a. zum Ausdruck, dass die selbstständige im Vergleich zur abhängigen Teilzeitarbeit einen geringeren Verbreitungsgrad aufweist. Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch die Teilzeitquote der Selbstständigen gegenüber April 1991 zugenommen hat, und zwar um drei Prozentpunkte auf gut 13% im Mai 2003.

In der Berichtswoche vom 5. bis 11. Mai 2003 lag die Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden für 8% der Erwerbstätigen in Deutschland niedriger als die Zahl der normalerweise geleisteten Arbeitsstunden. Von diesem Personenkreis blieben 16% auf Grund von Krankheit oder Unfall unter ihrer als normal zu betrachtenden Wochenarbeitszeit. 13% der Erwerbstätigen arbeiteten in der Berichtswoche mehr Stunden als sonst üblich. Von ihnen gaben wiederum 61% an, dass geleistete Überstunden der Grund für die Abweichung von ihrer gewöhnlichen Arbeitszeit waren. Weitere 10% überschritten ihre Normalarbeitszeit, um zu wenig geleistete Arbeitsstunden in der Vergangenheit auszugleichen. Dieser Anteil verdeutlicht, dass flexible – vom historisch etablierten Arbeitszeitstandard abweichende – Arbeitszeitregelungen wie z.B. gleitende Arbeitszeit mittlerweile fester Bestandteil des Arbeitsalltags sind.

Hohe Anforderungen an die zeitliche Flexibilität der Erwerbstätigen stellen Arbeitszeiten, die an üblicherweise freien Tagen, außerhalb der gängigen Büroarbeitszeiten oder in zeitlich wechselnden Schichten anfallen. Die Rede ist von Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit, auf die Betriebe zunehmend zurückgreifen, um eine Entkoppelung der Betriebs- und Öffnungszeiten von den individuellen Arbeitszeiten zu erreichen.

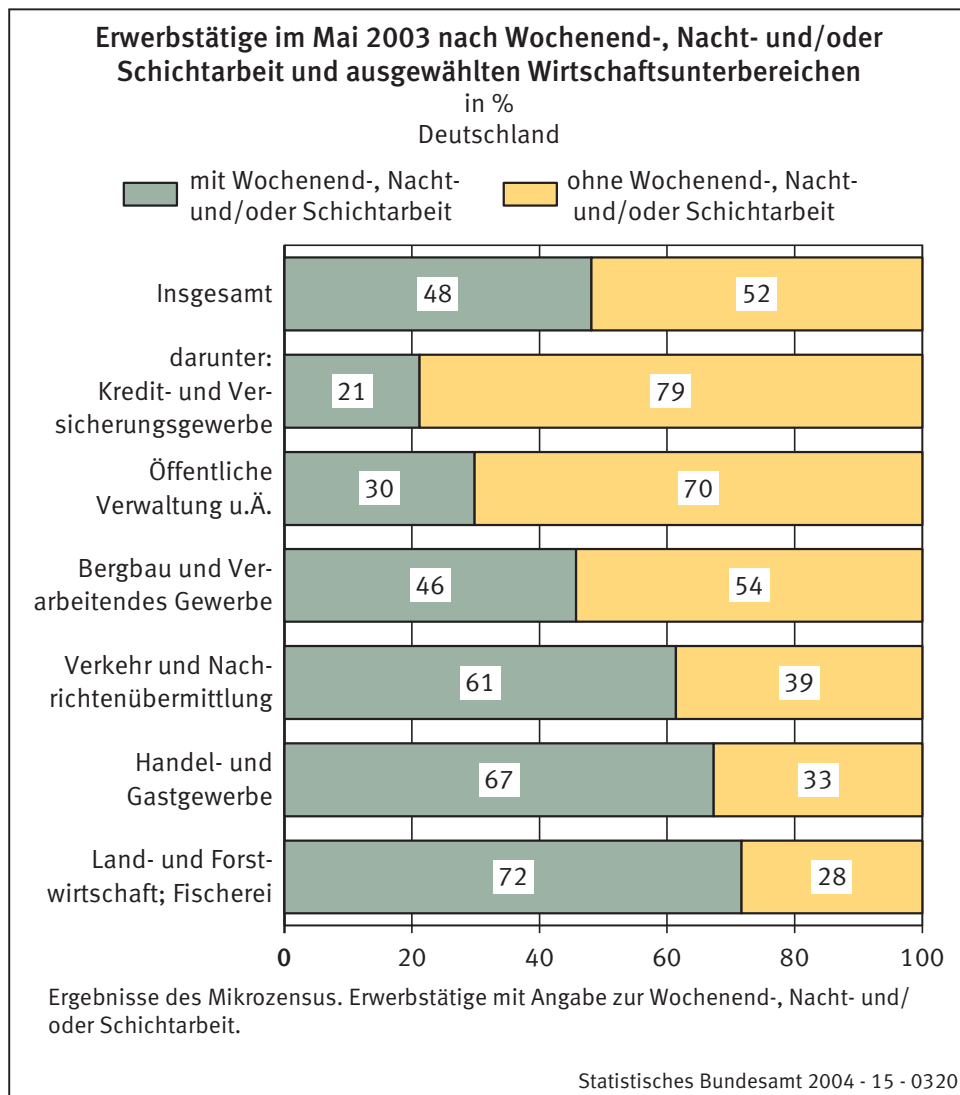
Steigender Anteil der Erwerbstätigen mit Wochenend-, Nacht- und/oder Schichtarbeit

In der Zeit von Februar bis April 2003 arbeiteten in Deutschland 17,3 Mill. Erwerbstätige ständig, regelmäßig oder gelegentlich am Wochenende, in der Nacht und/oder in Wechselschichten. Damit ist der Anteil der Erwerbstätigen mit solchen für die Gesundheit und die Teilhabe am familiären Leben ungünstigen Arbeitszeiten seit 1991 um sechs Prozentpunkte auf 48% angestiegen. In erster Linie verantwortlich für diesen Zuwachs war der Anpassungsprozess, der sich in den neuen Ländern und Berlin-Ost vollzog: Hier gaben im Frühjahr 2003 51%, 1991 hingegen nur 36% der Erwerbstätigen an, ständig, regelmäßig oder gelegentlich Wochenend-, Nacht- und/oder Schichtarbeit ausgeübt zu haben. Damit waren im Frühjahr 2003 im Osten sogar relativ mehr Erwerbstätige an diese von der klassischen Regelarbeitszeit abweichenden Arbeitszeiten gebunden als im Westen Deutschlands (47%).

Besonders stark verbreitet war die Arbeit am Wochenende, in der Nacht und/oder in Wechselschichten im Handel und Gastgewerbe: Hier hatten zwei von drei Erwerbstätigen (67%) zumindest gelegentlich im Zeitraum Februar bis April 2003 zu diesen nicht mehr als ungewöhnlich zu bezeichnenden Zeiten gearbeitet. Auch im Bereich Verkehr und Nachrichtenübermittlung (61%) sah sich ein Großteil der Erwerbstätigen wenigstens hin und wieder mit Wochenend-, Nacht- und/oder Schichtarbeit konfrontiert. Der geringste Verbreitungsgrad zeigte sich in der öffentlichen Verwaltung (30%) und im Kredit- und Versicherungsgewerbe (21%). Der Bedarf an Arbeitszeitflexibilisierung wird hier offenbar über andere Instrumente, wie z.B. Arbeitszeitkonten, gedeckt.

Zwei Drittel der Erwerbstätigen im Handel und Gastgewerbe mit Wochenend-, Nacht- und/oder Schichtarbeit

Schaubild 30



Unter den genannten flexiblen Arbeitszeitformen spielte die Wochenendarbeit die größte Rolle. Beinahe jeder vierte Erwerbstätige (23%) hatte in den Monaten Februar bis April 2003 ständig oder regelmäßig samstags gearbeitet. Gut jeder Zehnte (12%) musste üblicherweise an Sonn- und/oder Feiertagen den Weg zur Arbeit antreten. Jeder fünfte (20%) Erwerbstätige gab gelegentlich ausgeübte Samstagsarbeit an; gelegentliche Sonn- und/oder Feiertagsarbeit nannten 13% der Erwerbstätigen. In der Landwirtschaft waren 72% aller Erwerbstätigen ständig, regelmäßig oder gelegentlich am Wochenende bzw. am Feiertag im Einsatz. Dieser hohe Anteil erklärt, warum die Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei unter allen Wirtschaftsunterbereichen den höchsten Verbreitungsgrad (72%) der hier dargestellten flexiblen Arbeitszeiten aufwies.

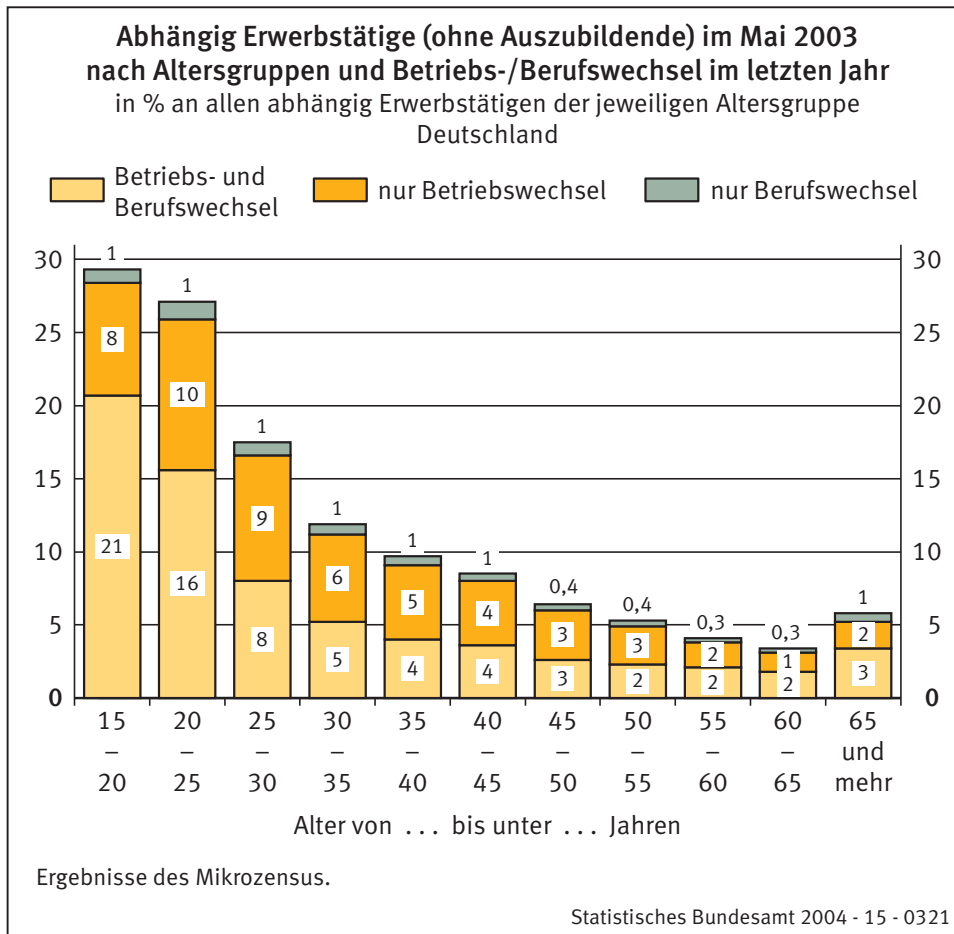
7.6 Stellenwechsel, Arbeitsuche und Nebenerwerb

Jeder zehnte Erwerbstätige betrieblich oder beruflich mobil

Traditionelle Erwerbsbiographien, die sich durch die Ausübung des erlernten Berufes innerhalb ein- und derselben Firma von der Ausbildung bis zum Ruhestand auszeichnen, treffen heute für viele Erwerbstätige nicht mehr zu: Im Zeitraum April 2002 bis Mai 2003 wechselte jeder zehnte Erwerbstätige (10%) in Deutschland den Betrieb oder den Beruf. Zu diesem mobilen Personenkreis gehörten 13% der Erwerbstätigen

in den neuen Ländern und Berlin-Ost und knapp 10% der Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet. Von den Betriebs- bzw. Berufswechslern im Osten Deutschlands vollzogen 59% mit dem Betriebs- zugleich auch einen Berufswechsel; 36% arbeiteten zwar in einem neuen Betrieb, blieben aber dem alten Beruf treu. Im früheren Bundesgebiet waren 47% der seit April 2002 mobilen Erwerbstätigen von einem Berufs- und Betriebswechsel betroffen; ebenfalls 47% gingen ihrer alten Berufstätigkeit in einem neuen Betrieb nach. Nur ein geringer Anteil der hier dargestellten mobilen Personen in Ost (5%) und West (6%) fand eine andere Berufstätigkeit im bisherigen Betrieb.

Schaubild 31



Betrieblich und beruflich besonders mobil sind die jüngeren Erwerbstätigen: So wechselten in Deutschland seit April 2002 von den unter 20-jährigen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende) 29% den Betrieb oder Beruf, wobei etwa 21% sowohl einen Betriebs- als auch einen Berufswechsel, knapp 8% nur einen Betriebs- und rund 1% nur einen Berufswechsel vornahmen. Von den 20- bis 24-jährigen abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende) sattelten 27% auf einen anderen Beruf oder eine Stelle in einem anderen Betrieb um, in der Altersgruppe der 25- bis 29-jährigen waren es 18%. Damit betrug der Anteil der Betriebs- bzw. Berufswechslers bei den unter 30-jährigen 22%, drei Prozentpunkte mehr als im Zeitraum April 1995 bis April 1996. Mit steigendem Alter sinkt der Anteil der betrieblich oder beruflich mobilen Beschäftigten deutlich ab. Von den 55- bis 59-jährigen abhängig Beschäftigten gaben im Frühjahr 2003 nur noch gut 4% an, sich seit April 2002 betrieblich oder beruflich verändert zu haben; in der Altersgruppe der 60- bis 64-jährigen waren es nur rund 3%. Wichtige Faktoren für die vergleichsweise hohe Mobilität der unter 30-jährigen Beschäftigten dürften die mit der Berufseinstiegsphase verbundene Unsicherheit (z.B. keine Weiterbeschäftigung im Ausbildungsbetrieb), das Streben nach beruflichem Fortkommen, die vergleichsweise hohe Bereitschaft zu einer beruflichen

Jüngere Beschäftigte sind betrieblich und beruflich besonders mobil

Neuorientierung und die höhere familiäre Ungebundenheit sein. Letzteres zeigt sich daran, dass die auf den Betrieb bzw. Beruf bezogene Wechselquote der Ledigen mit gut 16% deutlich höher ausfiel als bei den Verheirateten (8%), Verwitweten (6%) und Geschiedenen (10%).

Überproportional häufig vollziehen niedrig und hoch Qualifizierte einen Betriebs- oder Berufswechsel: Von den abhängig Beschäftigten ohne Berufsabschluss (einschließlich Praktikum, Anlernausbildung und schulische Berufsqualifikation), die nicht Auszubildende waren, nannten im Frühjahr 2003 15% einen Betriebs- oder Berufswechsel im letzten Jahr. Demgegenüber realisierte nur jeder Zehnte (10%) mit Berufsabschluss eine betriebliche oder berufliche Veränderung. Dabei lagen die Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit einer Wechselquote von 11% über dem Durchschnitt. Bei ihnen ist zu vermuten, dass die Mobilität vielfach mit weiterführenden Stationen in Berufskarrieren verbunden ist. Hingegen dürften Berufs- oder Betriebswechsel der geringer Qualifizierten überwiegend unfreiwillig erfolgen und in erster Linie dem Ziel dienen, auch unter Inkaufnahme eines beruflichen Abstiegs weiterhin erwerbstätig zu sein.

Bei einem großen Teil der mobilen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dürfte der nächste Wechsel des Betriebes oder Berufes nicht lange auf sich warten lassen, denn von den abhängig Beschäftigten (ohne Auszubildende) mit einer betrieblichen oder beruflichen Veränderung seit April 2002 stand gut jeder Dritte (35%) im Mai 2003 in einem befristeten Arbeitsverhältnis.

Drohender Arbeitsplatzverlust wichtigster Grund für die Arbeitsuche der Erwerbstätigen

Der Gruppe der mobilen Erwerbstätigen lassen sich auch diejenigen zuordnen, die sich noch auf der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz befinden. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus 2003 strebten in Deutschland knapp 1,1 Mill. Erwerbstätige in der Berichtswoche oder in den letzten drei Wochen davor eine andere oder weitere Tätigkeit an, das waren rund 3% aller Erwerbstätigen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gehörten 325 000 Erwerbstätige zu den Arbeit Suchenden, dies entspricht einem Anteil an allen Erwerbstätigen von 5%. Geringer ausgeprägt war die Neigung bzw. Notwendigkeit zur Arbeitsuche im früheren Bundesgebiet: Hier hielten lediglich 2% der Erwerbstätigen (rund 740 000) Ausschau nach einem neuen oder zusätzlichen Arbeitsplatz.

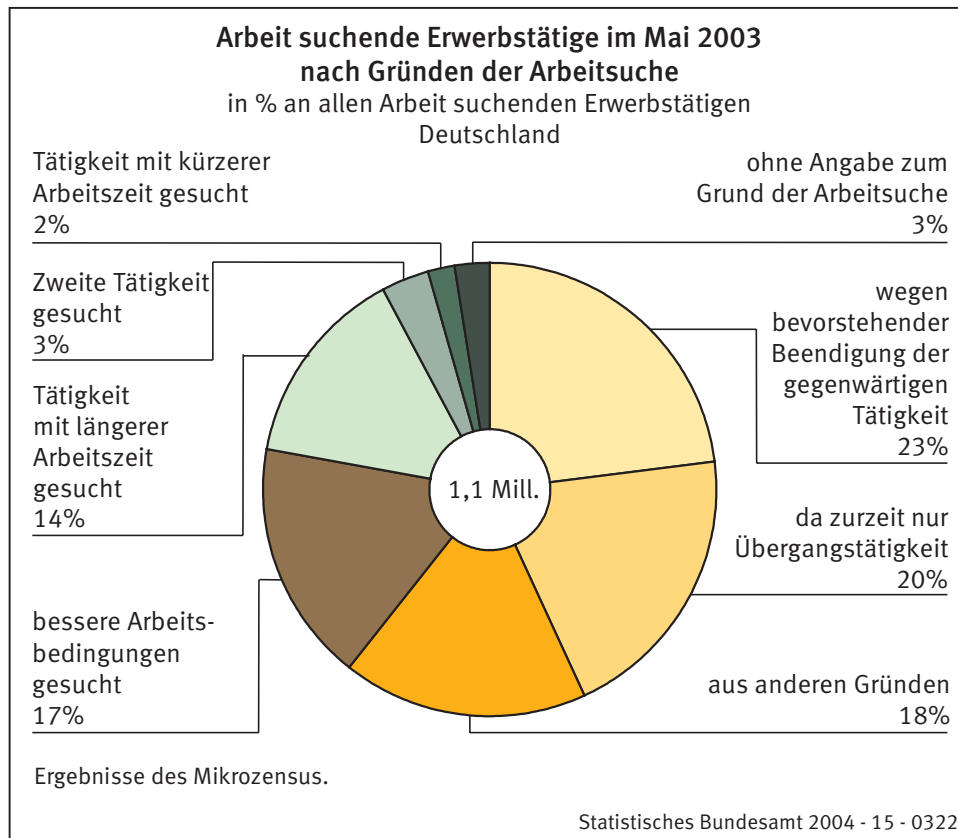
Der wichtigste Grund für die Arbeitsuche aus einer Erwerbstätigkeit heraus war die drohende Beendigung der gegenwärtigen Tätigkeit. Davon waren im Frühjahr 2003 fast ein Viertel (23%) aller Arbeit suchenden Erwerbstätigen in Deutschland (22% in West- und 25% in Ostdeutschland) betroffen (vgl. Schaubild 32). Ein Drittel (32%) von Ihnen hatte einen befristeten Arbeitsvertrag. Ein Fünftel (20%) der Arbeit suchenden Erwerbstätigen betrachtete die aktuelle Tätigkeit nur als Übergangstätigkeit. Dabei lag dieser Anteil in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 29% deutlich höher als im früheren Bundesgebiet (16%). 1991 – im Jahr nach der deutschen Vereinigung – hatten noch 54% der Arbeit suchenden Erwerbstätigen (76% im Osten und 22% im Westen Deutschlands) angegeben, dass die Beendigung ihrer Erwerbstätigkeit bevorstünde; für 6% (früheres Bundesgebiet: 8%, neue Ländern und Berlin-Ost: 5%) begründete der Übergangscharakter der gegenwärtigen Tätigkeit die Arbeitsuche.

Jeder sechste Erwerbstätige auf Arbeitsuche strebt nach besseren Arbeitsbedingungen

Geplante Stellenwechsel beruhen nicht ausschließlich auf äußeren Umständen, sondern auch auf autonomen Entscheidungen der Suchenden. So strebte etwa jeder sechste Erwerbstätige (17%) auf Arbeitsuche in Deutschland im Frühjahr 2003 nach besseren Arbeitsbedingungen. Darunter dürften vor allem ein höheres Gehalt, beruflicher Aufstieg und sonstige Verbesserungen der beruflichen Rahmenbedingungen fallen. Von relativ hoher Bedeutung war dieses Suchmotiv für die jüngeren Altersgruppen. Von den 20- bis unter 40-Jährigen gab jeder Fünfte (20%) an, dass die Verbesserung der beruflichen Situation für die Arbeitsuche ausschlaggebend sei. Der Art des Arbeitsvertrages scheint dabei eine besondere Rolle zuzukommen, denn acht

von zehn Erwerbstätigen (81%) auf der Suche nach einer Stelle mit besseren Arbeitsbedingungen befanden sich im Mai 2003 in einer befristeten Anstellung. Bemerkenswert ist, dass Erwerbstätige in Ostdeutschland seltener einen Stellenwechsel aus „Karrieregründen“ (12%) verfolgten als in Westdeutschland (19%). Dies mag darauf zurückzuführen sein, dass gerade die Erwerbstätigen in den neuen Bundesländern ihrem Arbeitsplatz angesichts der prekären Arbeitsmarktlage eine besondere Wertschätzung beimessen und die Suche nach attraktiveren Stellen für wenig aussichtsreich halten.

Schaubild 32



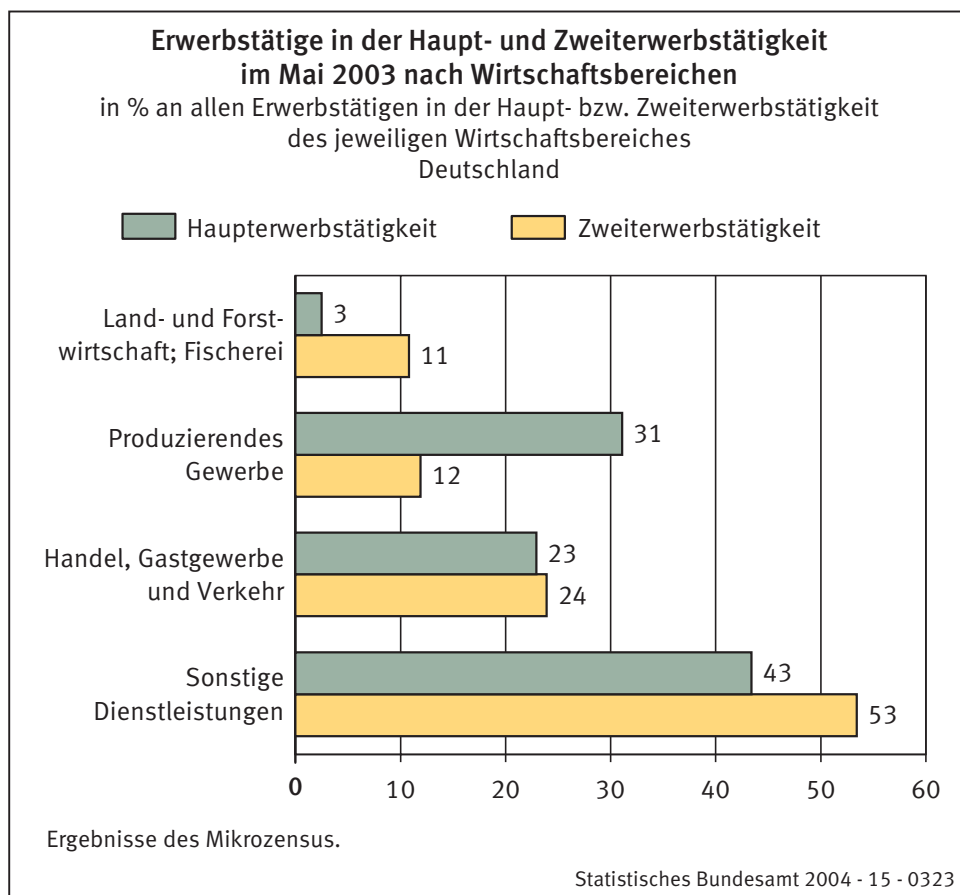
Jeder siebte Arbeit suchende Erwerbstätige (14%) im Mai 2003 setzte sich eine Tätigkeit mit längerer Arbeitszeit zum Ziel. Dieses Ergebnis ist ein Hinweis darauf, dass auch Erwerbstätige vom Problem der Unterbeschäftigung betroffen sind. Dabei handelt es sich fast ausnahmslos um Teilzeiterwerbstätige, deren Anteil an allen nach einer Beschäftigung mit höherer Stundenzahl suchenden Erwerbstätigen 98% betrug. Als unterbeschäftigt dürften darüber hinaus die Erwerbstätigen einzustufen sein, die zusätzlich zum bestehenden Arbeitsplatz eine zweite Beschäftigung suchen. Dazu gehörten in 2003 gut 3% der Arbeit suchenden Erwerbstätigen (rund 37 000), die Hälfte (49%) davon übte eine Teilzeittätigkeit aus.

Viele Erwerbstätige haben bereits eine zweite Erwerbstätigkeit: In Deutschland gingen im Mai 2003 rund 890 000 Erwerbstätige – das waren gut 2% aller Erwerbstätigen – neben ihrer beruflichen Haupttätigkeit einer zweiten Beschäftigung nach. Davon übten rund 610 000 ihre Nebentätigkeit regelmäßig aus, die übrigen arbeiteten nur gelegentlich oder saisonal bedingt in ihrem Zweitjob. Im früheren Bundesgebiet gab es 820 000, in den neuen Ländern und Berlin-Ost gut 70 000 Erwerbstätige mit einer weiteren Tätigkeit. Somit war die Mehrfachbeschäftigung unter den Erwerbstätigen im Westen (3%) stärker verbreitet als im Osten Deutschlands (1%). Gegenüber April 1991 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen mit mehr als einer Arbeitsstelle um rund ein Fünftel (19%) erhöht; dies entspricht einer Steigerung des Anteils der Mehr-

Gut 2% der Erwerbstätigen mit zweiter Erwerbstätigkeit

fachbeschäftigten an allen Erwerbstätigen um etwa einen halben Prozentpunkt. Hinsichtlich des Rückgangs der Nebenerwerbstätigkeit um gut 150 000 auf rund 800 000 im Zeitraum April 1998 bis April 2001 ist anzumerken, dass mit dem Zweiten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2002 geringfügige Tätigkeiten neben einer Hauptbeschäftigung zum 1.4.2003 sozialversicherungsfrei gestellt wurden, d.h. die seit 1999 gültige Versicherungspflicht wurde wieder aufgehoben. Insgesamt ist die im Mikrozensus angegebene Zahl der Zweiterwerbstätigen wohl als Untergrenze anzusehen, zumal im Bereich der Nebentätigkeiten der Übergang in die Schattenwirtschaft fließend ist.

Schaubild 33



Die Ausübung der zweiten Erwerbstätigkeit konzentriert sich auf den Dienstleistungssektor: Fast ein Viertel (24%) der Erwerbstätigen mit zweiter Tätigkeit arbeitete nebenbei im Handel, Gastgewerbe und Verkehr; über die Hälfte (53%) besserte ihr Einkommen aus der Haupttätigkeit im Wirtschaftsbereich Sonstige Dienstleistungen auf. Letzterer ist für die einzige bzw. Haupterwerbstätigkeit von erheblich geringerer Bedeutung. Mit einem Anteil von 11% ebenfalls überproportional vertreten war die Zweit- im Vergleich zur Ersterwerbstätigkeit im primären Sektor. Hierbei dürfte es sich zum Großteil um Nebenerwerbslandwirte handeln, die vom Ertrag ihres Betriebes allein nicht mehr leben können. Im Produzierenden Gewerbe übten 12% der mehrfach beschäftigten Erwerbstätigen ihren Zweitjob aus; bei der einzigen bzw. Haupterwerbstätigkeit lag dieser Anteil mit 31% deutlich höher.

Über drei Viertel aller Zweiterwerbstätigen arbeiten normalerweise weniger als 15 Wochenstunden im Nebenjob

Über drei Viertel (78%) aller Nebenerwerbstätigen arbeiteten im Mai 2003 normalerweise weniger als 15 Wochenstunden im Nebenjob. Dies deutet darauf hin, dass die zweite Erwerbstätigkeit in erster Linie dazu dient, das Einkommen aus der Haupterwerbstätigkeit zu ergänzen. Je nach Branche lassen sich jedoch hinsichtlich des Stun-

denumfangs erhebliche Unterschiede beobachten: Während die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der zweiten Erwerbstätigkeit im Produzierenden Gewerbe 9,2 Stunden, im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 10,2 Stunden und im Bereich der sonstigen Dienstleistungen 8,3 Stunden betrug, leisteten die Landwirte im Nebenerwerb im Durchschnitt 16,1 Arbeitsstunden pro Woche.

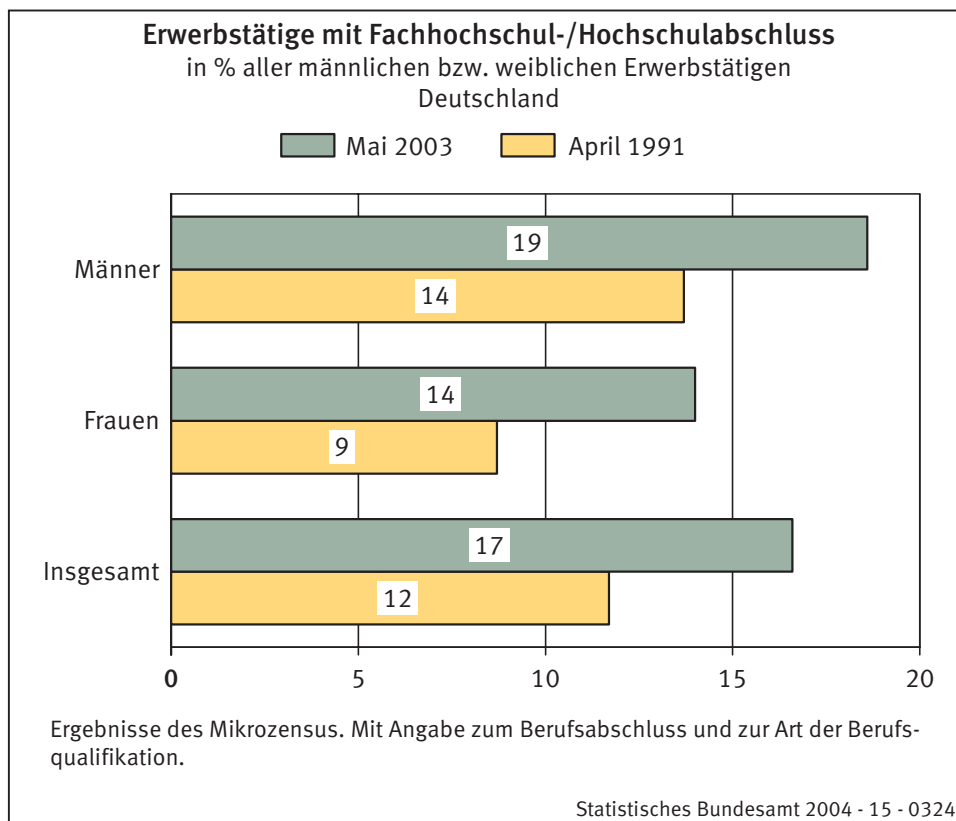
49% aller Nebenerwerbstätigen übten im Mai 2003 ihren Zweitjob als Selbstständige aus, und zwar mehrheitlich (88%) als Selbstständige ohne Beschäftigte. Dieser hohe Anteil dürfte nicht zuletzt darin begründet sein, dass die selbstständige Zweiterwerbstätigkeit in der Regel mit einer relativ großen zeitlichen Gestaltungsfreiheit verbunden ist. Etwa ein Viertel (26%) aller Nebenerwerbstätigen war im Zweitjob Angestellte bzw. Angestellter. Die Arbeiterinnen bzw. Arbeiter im Nebenberuf stellten ein Fünftel (19%) der mehrfach beschäftigten Erwerbstätigen. Für die Aufnahme einer weiteren Erwerbstätigkeit dürften zum einen finanzielle Gründe, zum anderen die Suche nach breiteren beruflichen Erfahrungen und Selbsterfüllung entscheidend sein.

7.7 Akademisierung und Weiterbildung

Der zu beobachtende Wandel der Erwerbstätigkeit vollzieht sich vor dem Hintergrund einer zunehmenden weltweiten Arbeitsteilung, die an die Flexibilität und Innovationsfähigkeit der Unternehmen neue Herausforderungen stellt. Eine Schlüsselrolle wird dabei dem Qualifikationsniveau und den Weiterbildungsaktivitäten der Erwerbstätigen zugewiesen.

Höherer Anteil akademisch gebildeter Erwerbstätiger

Schaubild 34

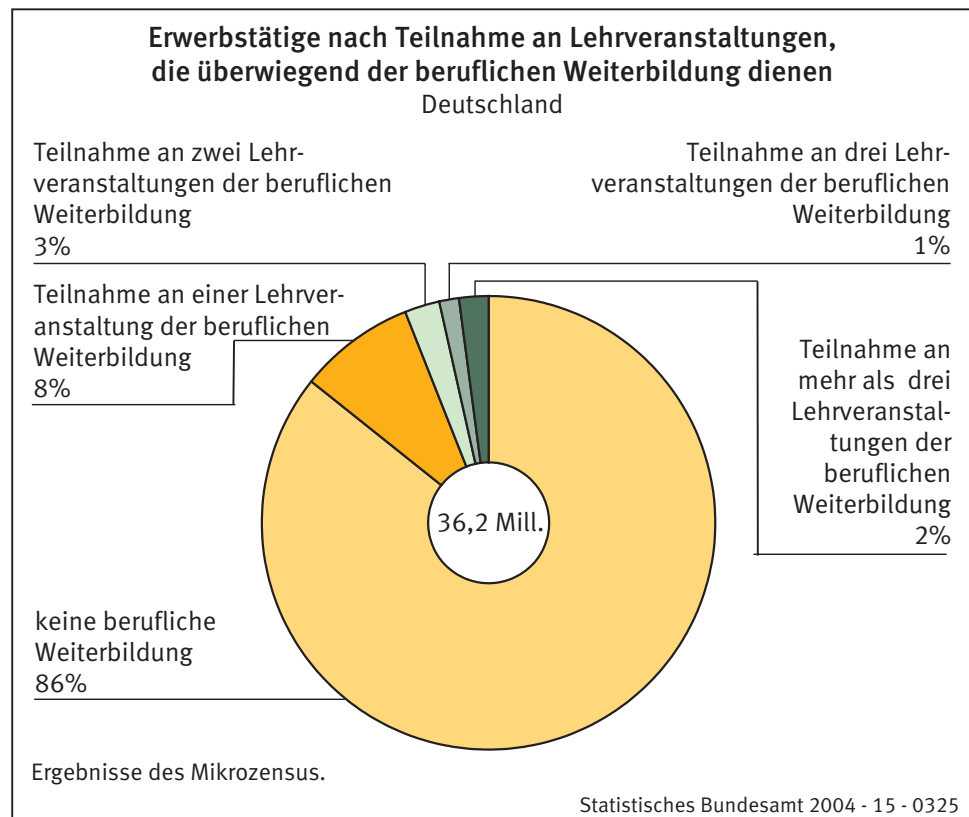


Im Mai 2003 gaben 5,3 Mill. Erwerbstätige einen Fachhochschul- oder Hochschulabschluss an; das waren 17% aller Erwerbstätigen mit Auskunft zum beruflichen Bildungsabschluss und zur Art der beruflichen Qualifikation. Im April 1991 betrug der entsprechende Anteil nur 12%. Von den erwerbstätigen Männern konnten 19% (1991: 14%), von den erwerbstätigen Frauen 14% (1991: 9%) einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss vorweisen. Ähnlich entwickelte sich der Anteil der erwerbstätigen Akademikerinnen und Akademiker seit 1991 in den beiden Teilen Deutschlands: Einem Anstieg von fünf Prozentpunkten auf 17% in Westdeutschland steht ein Zuwachs um knapp sechs Prozentpunkte auf 16% in Ostdeutschland gegenüber.

**Höher Qualifizierte
beteiligen sich am
stärksten an beruflicher
Weiterbildung**

5,1 Mill. Erwerbstätige in Deutschland nahmen im Zeitraum April 2002 bis Mai 2003 an überwiegend beruflichen Zwecken dienenden Weiterbildungsveranstaltungen teil, das waren 14% aller Erwerbstätigen. Nennenswerte Unterschiede zwischen den erwerbstätigen Männern und Frauen einerseits und den Erwerbstätigen im früheren Bundesgebiet und in den neuen Ländern einschließlich Berlin-Ost andererseits bestanden nicht. 8% der Erwerbstätigen besuchten im Berichtszeitraum eine Lehrveranstaltung, knapp 3% gaben zwei und gut 1% drei Veranstaltungen an. Mehr als drei Lehrgänge oder Kurse absolvierten 2% der Erwerbstätigen. Am stärksten beteiligten sich Erwerbstätige mit Hochschulabschluss (29%) und Fachhochschulabschluss (25%) an beruflicher Weiterbildung, während die ungelerten Kräfte von allen Qualifikationsgruppen die niedrigste Beteiligungsquote (6%) aufwiesen. Damit bestätigt der Mikrozensus die Ergebnisse anderer Erhebungen, wonach die formellen beruflichen Weiterbildungsaktivitäten mit steigender Berufsqualifikation zunehmen. Ein wichtiger Einflussfaktor für diesen Zusammenhang dürften die unterschiedlichen Zugangschancen zu beruflicher Weiterbildung sein.

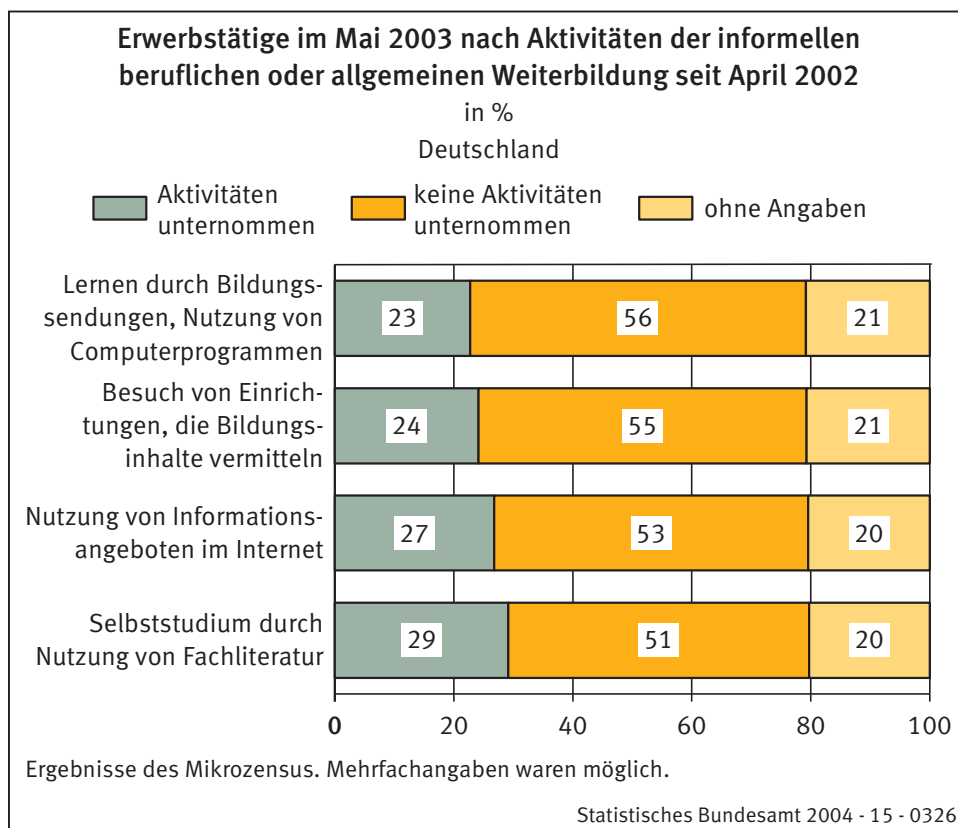
Schaubild 35



Von hohem Nutzen für Betriebe kann auch die informelle Fortbildung der Erwerbstätigen sein, die außerhalb von Institutionen stattfindet und nicht durch Zeugnis oder Zertifikat bescheinigt wird. Im Frühjahr 2003 gaben 29% der Erwerbstätigen an, seit Ende April 2002 zur Verbesserung des allgemeinen oder beruflichen Bildungsstandes Selbststudium durch die Nutzung von Fachliteratur betrieben zu haben. 27% der Erwerbstätigen nutzten im Berichtszeitraum Informationsangebote des Internet, um sich beruflich oder allgemein fortzubilden. Bildungsinhalte vermittelnde Einrichtungen (z.B. Bibliotheken, Ausstellungen, Museen) besuchten 24% der Erwerbstätigen. Am seltensten dienten Bildungssendungen im Rundfunk oder Fernsehen, Audio- oder Videokassetten bzw. Computerlernprogramme der allgemeinen oder beruflichen Weiterbildung der Erwerbstätigen (23%). Hinsichtlich der aufgeführten Quoten ist zu beachten, dass bei der freiwillig zu beantwortenden Frage nach den Aktivitäten der informellen Weiterbildung Mehrfachangaben der Befragten möglich waren.

29% der Erwerbstätigen betreiben Selbststudium durch die Nutzung von Fachliteratur

Schaubild 36



Auch die informelle Weiterbildungsbeteiligung streut erheblich in Abhängigkeit vom beruflichen Qualifikationsniveau: Zwei Drittel (66%) der erwerbstätigen Hochschul- bzw. Fachhochschulabsolventinnen und -absolventen unternahmen im Frühjahr 2003 mindestens eine der vorgenannten Bildungsaktivitäten, bei den Erwerbstätigen mit Lehrausbildung waren es nur 38%. Die niedrigste Quote in Bezug auf die in Schaubild 36 dargestellten Maßnahmen des informellen Lernens wiesen die Erwerbstätigen ohne Berufsqualifikation (32%) auf.

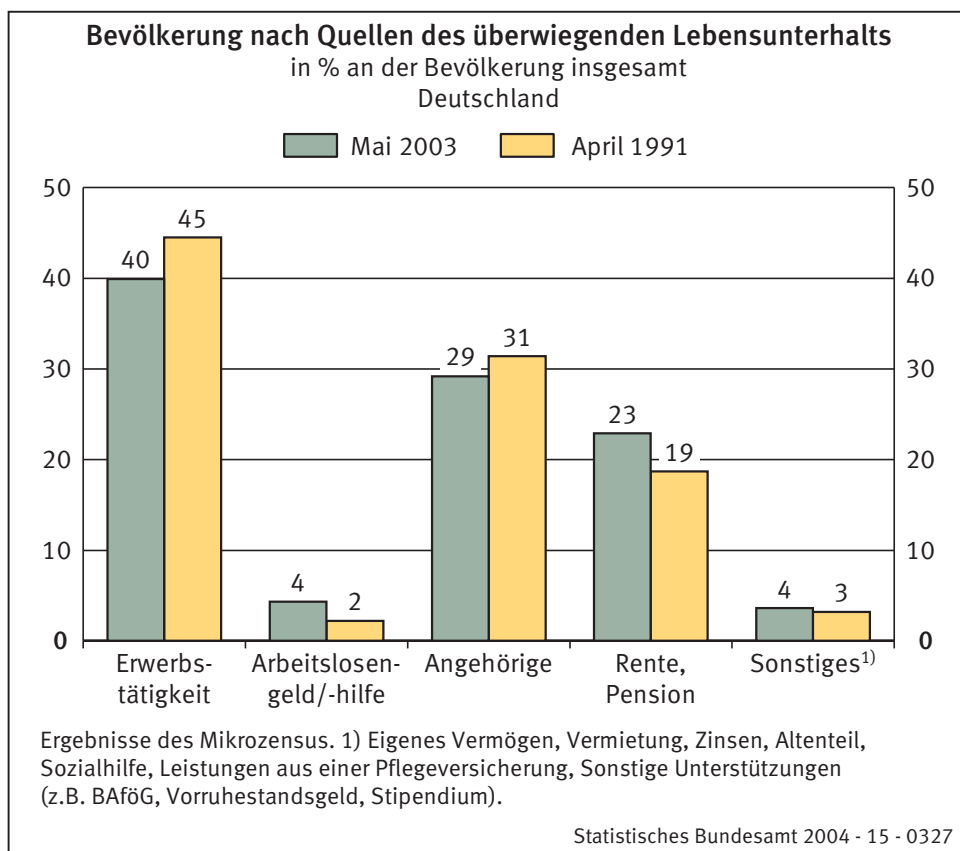
7.8 Erwerbstätigkeit als Hauptquelle des Lebensunterhalts

Nicht nur die Erwerbstätigkeit selbst, sondern auch ihre Bedeutung für den Lebensunterhalt hat sich in den letzten Jahren gewandelt. Im Mai 2003 gaben sowohl im früheren Bundesgebiet als auch in den neuen Ländern und Berlin-Ost rund 40% der Menschen die eigene Erwerbstätigkeit als wichtigste Quelle des Lebensunterhalts an.

Erwerbstätigkeit verliert für den Lebensunterhalt an Bedeutung

1991 lebten in Deutschland noch nahezu 45% der Bevölkerung vornehmlich vom Einkommen aus der eigenen Erwerbstätigkeit, das waren 44% der Bevölkerung in West- und 48% der Bevölkerung in Ostdeutschland. Maßgeblich zu dieser Entwicklung beigetragen hat der sinkende Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung von 47% im April 1991 auf 44% im Mai 2003. Dahinter verbergen sich verschiedene Trends: der bereits dargestellte spätere Berufseintritt der jungen Generation, die demographische Alterung der Gesellschaft mit einem steigenden Bevölkerungsanteil der Ruheständlerinnen bzw. Ruheständler und die wachsende Zahl derer, die keine Erwerbstätigkeit finden (vgl. Abschnitt 8). Angesichts dieser Verschiebungen ist es nicht verwunderlich, dass im Vergleichszeitraum 1991 bis 2003 staatliche Transferleistungen wie Renten und Pensionen sowie Arbeitslosengeld bzw. -hilfe als Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts erheblich an Bedeutung gewonnen haben.

Schaubild 37



Die rückläufige Verbreitung der Erwerbstätigkeit als wichtigste Lebensunterhaltsquelle ist auch darauf zurückzuführen, dass für einen steigenden Erwerbstätigenanteil die eigene Erwerbstätigkeit nicht mehr die wichtigste Unterhaltsquelle darstellt. So setzten im Mai 2003 91% der Erwerbstätigen das Einkommen aus der eigenen Erwerbstätigkeit für den größten Teil der Lebenshaltungskosten ein, im April 1991 waren es noch 95%. Für diesen Rückgang sind insbesondere die Frauen verantwortlich, bei denen der Anteil der hauptsächlich vom eigenen Erwerbseinkommen lebenden Erwerbstätigen von April 1991 bis Mai 2003 von 91% auf 85% (früheres Bundesgebiet: von 89% auf 84%, neue Länder und Berlin-Ost: von 97% auf 92%) gefallen ist. Offensichtlich dient die zunehmend auf Teilzeit ausgerichtete Frauenerwerbstätigkeit im Hinblick auf den Lebensunterhalt immer häufiger nur dazu, das Familieneinkommen aufzubessern. Dafür spricht, dass der Anteil der vorwiegend auf den Unterhalt durch Angehörige (z.B. Ehepartner) angewiesenen erwerbstätigen Frauen im Zeitraum 1991 bis 2003 von 7% auf 11% gestiegen ist.

8. Die Erwerbslosen – Arbeitsuche in wirtschaftlich schwierigen Zeiten

Am Erwerbsleben beteiligen sich neben den Erwerbstätigen auch die Erwerbslosen, die zwar keiner Erwerbsarbeit nachgehen, aber aktiv nach einer Erwerbstätigkeit suchen und für einen Arbeitsplatz kurzfristig zur Verfügung stehen. Im Mai 2003 gab es in Deutschland 4,0 Mill. Erwerbslose. Davon entfielen 2,6 Mill. auf das frühere Bundesgebiet und 1,4 Mill. auf die neuen Länder und Berlin-Ost. Spiegelbildlich zur sinkenden Erwerbstätigkeit (vgl. Abschnitt 7) ist die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland seit April 2001 deutlich um rund 870 000 angestiegen. Die als Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen definierte Erwerbslosenquote erhöhte sich ebenfalls, und zwar von 7,9% im April 2001 auf 10,0% im Mai 2003. Im April 1991 – kurze Zeit nach der deutschen Vereinigung – betrug die Erwerbslosenquote noch 4,9%.

*Bereits jede zehnte
Erwerbsperson in
Deutschland im
Mai 2003 erwerbslos*

Bei der Abgrenzung der Erwerbslosen werden in dieser Publikation die international geltenden Standards der ILO (International Labour Organization – Internationale Arbeitsorganisation) streng umgesetzt. Als Erwerbslose gelten danach nicht erwerbstätige Personen ab 15 Jahren, die sich in den letzten drei Wochen vor der Berichtswoche bzw. in der Berichtswoche (Mikrozensus 2003: 5. bis 11. Mai 2003) aktiv um eine Erwerbsarbeit bemüht haben und sofort, d.h. innerhalb von zwei Wochen, für eine neue Tätigkeit verfügbar sind. Arbeit suchende Nichterwerbstätige, die das Verfügbarkeitskriterium nicht erfüllen, werden somit gemäß ILO-Definition nicht den Erwerbslosen, sondern den Nichterwerbspersonen zugeordnet (vgl. Abschnitt 9).

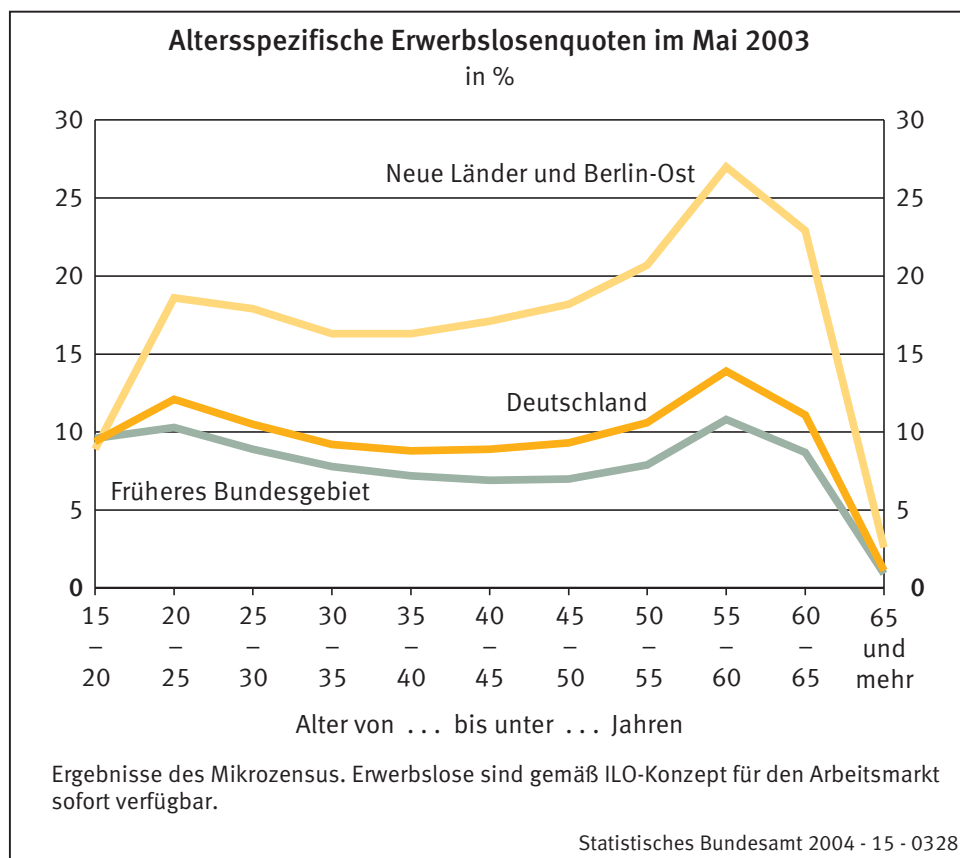
Im Westen und Osten Deutschlands stellt sich die Arbeitsmarktsituation nach wie vor sehr unterschiedlich dar: Mit 18,3% fiel die Erwerbslosenquote in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Mai 2003 mehr als doppelt so hoch aus wie im früheren Bundesgebiet (8,0%). Am stärksten von Erwerbslosigkeit betroffen waren die Frauen in Ostdeutschland. In ihrer Erwerbslosenquote von 18,4% kommt u.a. zum Ausdruck, dass sie sich – wie schon zu Zeiten der ehemaligen DDR – heute immer noch sehr stark über Erwerbsarbeit definieren, und das trotz fehlender Beschäftigungsmöglichkeiten. Eine nur geringfügig niedrigere Erwerbslosenquote als die Frauen wiesen die Männer (18,2%) in Ostdeutschland auf. Im früheren Bundesgebiet lag die Erwerbslosenquote der Frauen (7,3%) über einen Prozentpunkt niedriger als bei den Männern (8,6%). Dieses Ergebnis ist vor dem Hintergrund zu sehen, dass insbesondere die Frauen im früheren Bundesgebiet an Beschäftigungsgewinnen partizipiert haben, die auf die Zunahme der Teilzeitarbeit zurückzuführen sind (vgl. Abschnitt 7).

*Frauen in Ostdeutschland
am stärksten von
Erwerbslosigkeit betroffen*

Jüngere und ältere Menschen sind in Deutschland besonders häufig von Erwerbslosigkeit betroffen. So lag im Mai 2003 die Erwerbslosenquote in der Altersgruppe der 20- bis 24-Jährigen bei 12,1%, in der Altersgruppe der meist kurz vor dem (vorzeitigen) Ruhestand stehenden 55- bis 59-Jährigen bei 13,9%. Gerade für junge Menschen ist die Erwerbstätigkeit von besonderer Bedeutung, da sie die wirtschaftliche Loslösung vom Elternhaus ermöglicht und die soziale Integration in die Erwachsenenwelt erleichtert. Solche an die Berufstätigkeit gekoppelten Ereignisse dürften insbesondere für junge Menschen in den neuen Ländern und Berlin-Ost problematisch sein. Hier waren im Mai 2003 18,6% (1991: 10,5%) der 20- bis 24-jährigen und 17,9% (1991: 9,8%) der 25- bis 29-jährigen Erwerbspersonen erwerbslos; im früheren Bundesgebiet betrug die entsprechenden Quoten nur 10,3% (1991: 3,5%) bzw. 8,9% (1991: 3,9%). Die unterschiedliche Arbeitsmarktsituation in Ost und West ist jedoch nicht auf die jüngeren Erwerbslosen beschränkt: Für alle Altersgruppen lagen die Erwerbslosenquoten im Mai 2003 in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich höher als im früheren Bundesgebiet.

*Jüngere und ältere
Menschen besonders
häufig erwerbslos*

Schaubild 38



Entlassungen sind häufigster Grund für die Arbeitsuche

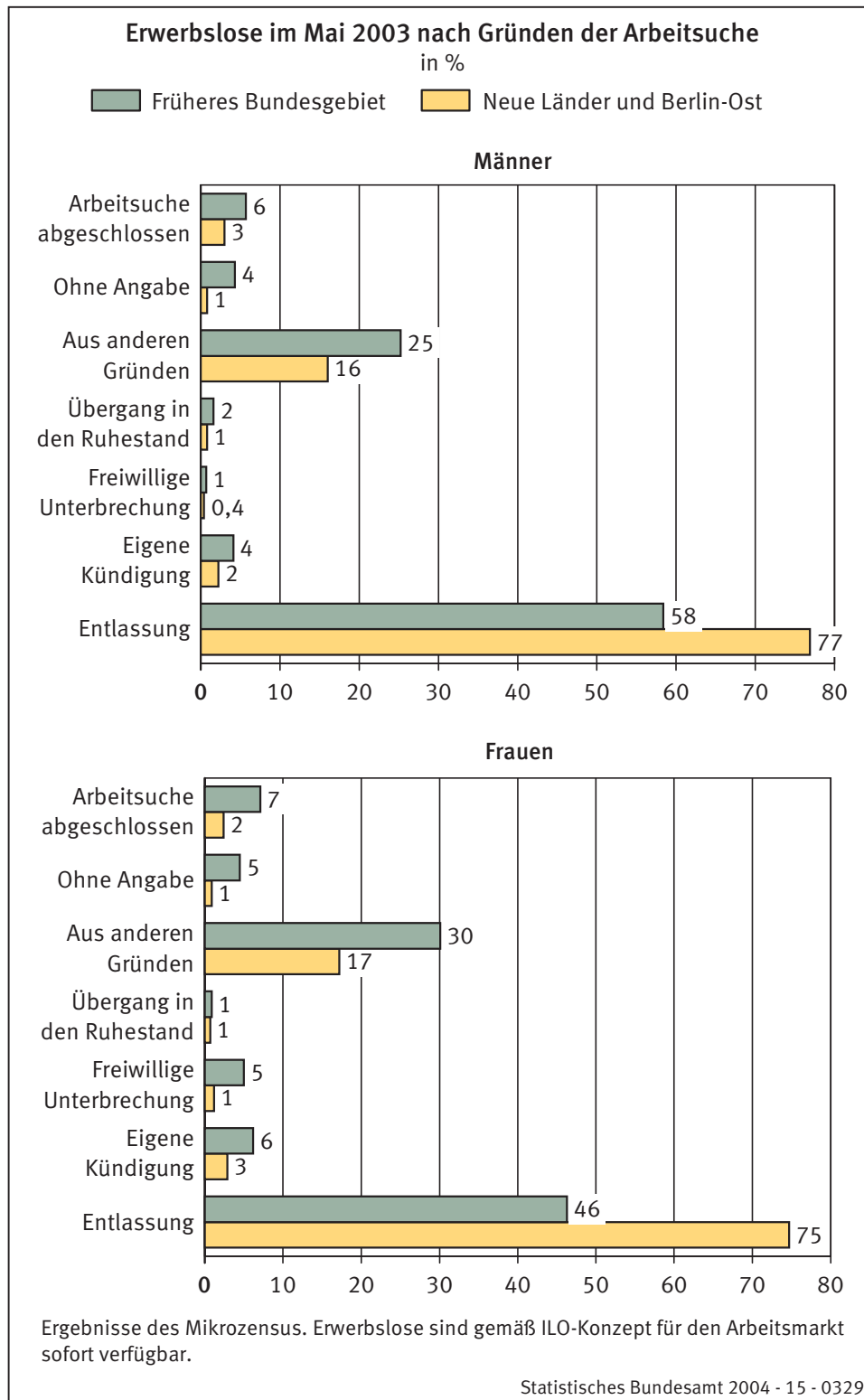
Entlassungen stellten im Mai 2003 bei den Erwerbslosen den wichtigsten Grund für die Suche nach einer Erwerbstätigkeit dar: 58% der männlichen und 46% der weiblichen Erwerbslosen im früheren Bundesgebiet gaben als Grund ihrer Arbeitsuche an, den früheren Arbeitsplatz durch Entlassung verloren zu haben. Auf Grund des massiven Stellenabbaus als Folge des wirtschaftlichen Umbruchs und des nur langsamen Aufbauprozesses suchten in den neuen Ländern und Berlin-Ost sogar rund drei Viertel der erwerbslosen Männer (77%) und Frauen (75%) einen Arbeitsplatz nach einer Kündigung durch den Arbeitgeber (vgl. Schaubild 39). Alle weiteren Gründe spielten demnach in Ostdeutschland nur eine untergeordnete Rolle. Eine eigene Kündigung sprachen im Westen 5%, im Osten Deutschlands nur knapp 3% der Erwerbslosen aus. 5% der als erwerbslos einzustufenden Frauen im früheren Bundesgebiet waren nach einer freiwilligen Unterbrechung erwerbslos geworden; diesen Grund nannten nur rund 1% der erwerbslosen Frauen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Überproportional häufig begründeten freiwillige Unterbrechungen die Erwerbslosigkeit verheirateter Frauen (7%) im früheren Bundesgebiet. In den neuen Ländern und Berlin-Ost stellten nur 1% der erwerbslosen verheirateten Frauen ihre berufliche Tätigkeit aus eigenem Antrieb vorübergehend ein. Dies ist ein Beleg dafür, dass Familienpflichten die Frauenerwerbstätigkeit in West und Ost in unterschiedlicher Weise beeinflussen.

Mit steigendem Alter gewinnen Entlassungen als Grund der Arbeitsuche an Bedeutung

Mit steigendem Alter gewinnen Entlassungen als Grund der Arbeitsuche an Bedeutung: Im Frühjahr 2003 gab von den unter 20-jährigen Erwerbslosen in Deutschland jeder Fünfte (20%) an, dass eine Entlassung Auslöser ihrer Arbeitsuche war. Bei den 20- bis 24-jährigen suchte bereits jeder zweite (51%) Erwerbslose wegen einer Kündigung des Arbeitgebers eine Erwerbsarbeit. 56% betrug der Vergleichsanteil bei den 25- bis 34-jährigen, fast zwei Drittel (64%) bei den 35- bis 44-jährigen Erwerbslosen. Mit 70% wiesen die Erwerbslosen in der Altersgruppe der 45- bis 54-jährigen den höchsten Anteil derer auf, die nach einer Entlassung eine Arbeit suchten. In den höheren Altersgruppen war der Anteil der von Entlassung betroffenen Erwerbslosen

allerdings rückläufig; hier wurde stattdessen der Übergang in den Ruhestand zunehmend als Grund für die Arbeitsuche angeführt. Bei den jüngeren Erwerbslosen fällt auf, dass sie sich relativ häufig der Antwortkategorie „Aus anderen Gründen“ zugeordnet haben. Dahinter sind insbesondere abgelaufene befristete Arbeitsverträge zu vermuten.

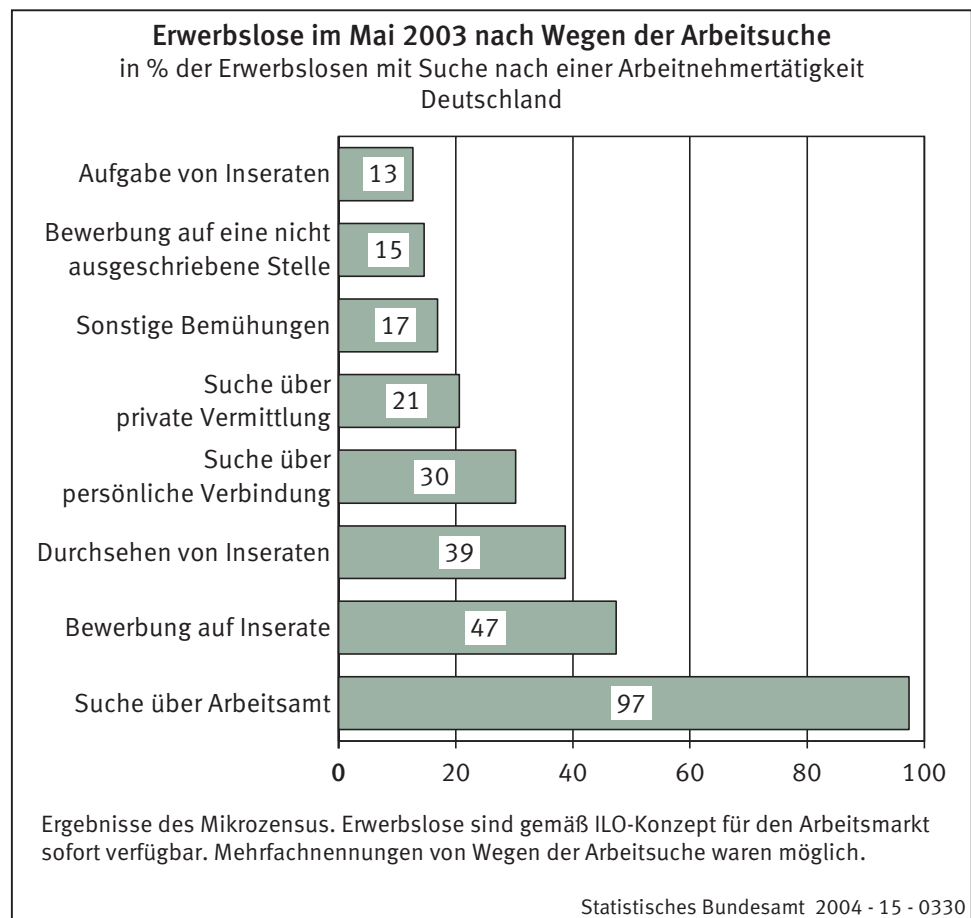
Schaubild 39



Erwerbslose suchen nicht nur über das Arbeitsamt

97% der eine Arbeitnehmertätigkeit suchenden Erwerbslosen in Deutschland bedienen sich im Mai 2003 der klassischen Arbeitsuche über das Arbeitsamt. Private Vermittlungsdienste wurden von 21% dieser Erwerbslosen in Anspruch genommen. Viele Arbeit Suchende wurden auch auf vielfältige Weise selbst aktiv: 47% bewarben sich im Mai 2003 auf Stellenanzeigen, 30% suchten über persönliche Verbindungen nach einer Beschäftigung und 15% gaben an, sich auf eine nicht ausgeschriebene Stelle beworben zu haben. Über die Aufgabe eigener Inserate versuchten fast 13% der Erwerbslosen, einen Arbeitsplatz zu erhalten. Bei den Ergebnissen zu den Wegen der Arbeitsuche ist zu berücksichtigen, dass Mehrfachangaben der Befragten zulässig waren.

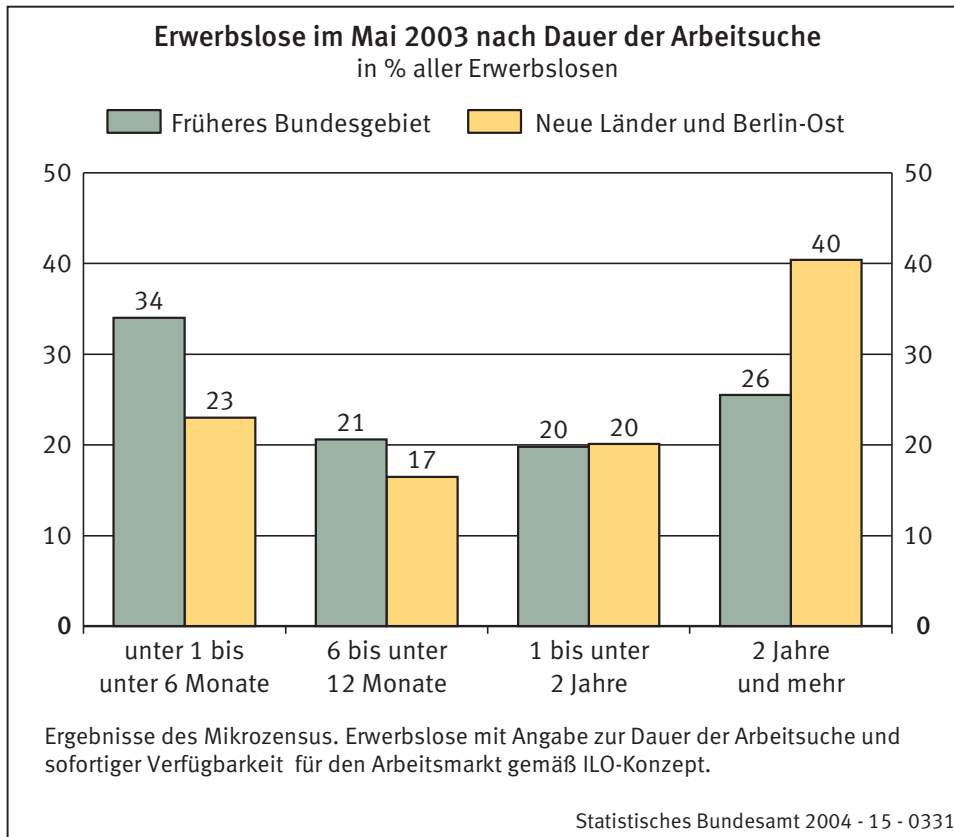
Schaubild 40



Jeder zweite Erwerbslose seit einem Jahr oder länger auf Arbeitsuche

Auf dem Arbeitsmarkt schwer vermittelbar sind insbesondere die Erwerbslosen, die schon seit längerer Zeit nicht mehr im Beruf stehen. In Deutschland bemühte sich im Frühjahr 2003 jeder zweite Erwerbslose (51%) mit Angabe zur Dauer der Arbeitsuche seit einem Jahr oder länger um einen Arbeitsplatz; 1991 zählte nur jeder dritte Erwerbslose (32%) zu diesem als langzeitarbeitslos eingestuftem Personenkreis. Der Anteil der Erwerbslosen, die schon zwei Jahre und länger auf Arbeitsuche waren, erhöhte sich ebenfalls, und zwar von 18% im April 1991 auf 31% im Mai 2003. Fast jeder dritte Erwerbslose (30%) gab im Frühjahr 2003 an, seit weniger als sechs Monaten Ausschau nach einer Erwerbstätigkeit zu halten (1991: 44%), weniger als drei Monate nannten 15% der Erwerbslosen (1991: 23%).

Schaubild 41



In den neuen Ländern und Berlin-Ost war das Problem der Langzeitarbeitslosigkeit im Frühjahr 2003 deutlich größer als im früheren Bundesgebiet. Der Anteil der seit einem Jahr oder länger Arbeit suchenden Erwerbslosen betrug im Westen – gegenüber April 1991 unverändert – 45%. Für den Osten Deutschlands lässt sich ein drastischer Anstieg des Anteils der Langzeitarbeitslosen von 10% im April 1991 auf 60% im Mai 2003 verzeichnen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass Ende der 1980er Jahre in der ehemaligen DDR zumindest offiziell keine Arbeitslosigkeit existierte. Besonders groß waren die Ost-West-Unterschiede hinsichtlich der Langzeitarbeitslosen, die schon seit zwei Jahren oder länger erfolglos nach einer Arbeit Ausschau hielten. Dieser Personenkreis, für den die Gefahr der Verfestigung der Erwerbslosigkeit besonders groß sein dürfte, stellte in den neuen Ländern und Berlin-Ost 40% (Männer: 33%, Frauen: 48%), im früheren Bundesgebiet nur 26% (Männer: 27%, Frauen: 23%) der Erwerbslosen. Weniger als sechs Monate befand sich jeder dritte (34%) in Westdeutschland lebende Erwerbslose auf Arbeitsuche; eine so kurze Dauer nannte im Osten Deutschlands nur knapp jeder vierte Erwerbslose (23%).

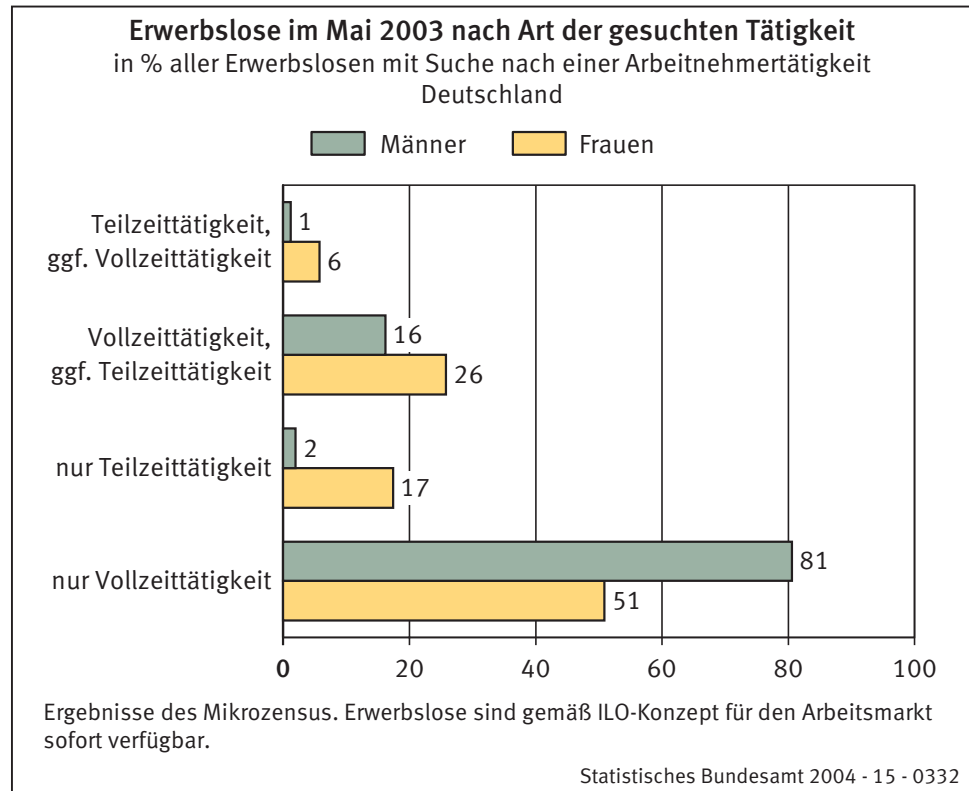
Rund 2,6 Mill. Erwerbslose in Deutschland suchten im Mai 2003 ausschließlich eine Vollzeitarbeitnehmertätigkeit, das waren 68% aller Erwerbslosen, die in abhängiger Beschäftigung arbeiten wollten (Männer: 81%, Frauen: 51%). Etwa jeder Zwölfte (fast 9%) bemühte sich nur um eine Teilzeittätigkeit. Die übrigen Erwerbslosen auf der Suche nach einer Arbeitnehmertätigkeit nannten beide Arbeitszeitformen, wobei 20% in erster Linie eine Vollzeit- und 3% eher eine Teilzeittätigkeit verfolgten. Mit der geschlechtsspezifischen Verteilung der Teilzeitbeschäftigung (vgl. Abschnitt 7) steht im Einklang, dass 17% der erwerbslosen Frauen, die eine Tätigkeit als Arbeitnehmerin anstrebten, ausschließlich eine Teilzeittätigkeit suchten. Weitere 6% fassten vorzugsweise eine Teilzeitarbeit ins Auge, wobei eine Vollzeitstelle nicht ausgeschlossen wurde. Unter den erwerbslosen Männern mit Wunsch nach einer Tätigkeit in abhän-

40% der Erwerbslosen in Ostdeutschland suchen bereits seit zwei Jahren oder länger eine Erwerbsarbeit

Erwerbslose suchen überwiegend Vollzeitstellen

giger Beschäftigung gaben lediglich 2% an, nichts anderes als einen Teilzeitarbeitsplatz zu suchen. Gut 1% präferierten eine Beschäftigung in Teilzeit, hätten aber gegebenenfalls auch eine Vollzeittätigkeit akzeptiert.

Schaubild 42



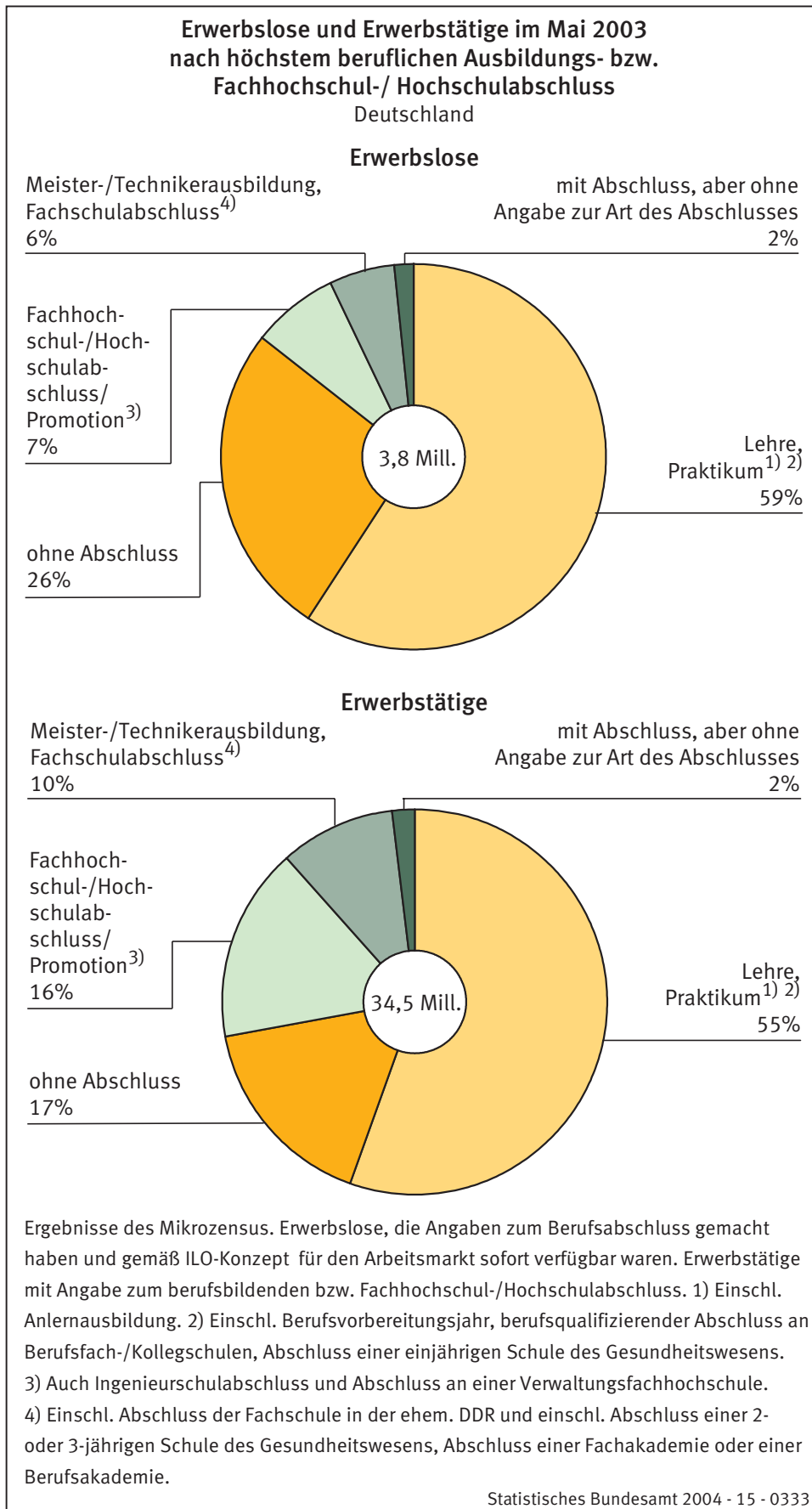
Im früheren Bundesgebiet unterschieden sich die erwerbslosen Männer und Frauen im Mai 2003 hinsichtlich der Art der gesuchten Tätigkeit stärker voneinander als in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Infolgedessen suchten im Westen 15% der Erwerbslosen mit dem Ziel einer abhängigen Beschäftigung ausschließlich oder vorwiegend eine Teilzeitarbeit (Männer: 4%, Frauen: 32%), im Osten Deutschlands waren es lediglich 6% (Männer: 2%, Frauen: 10%). Diese Ergebnisse dürften angesichts der Tatsache, dass gerade die westdeutschen Frauen bei den abhängig Teilzeitbeschäftigten weit überproportional vertreten sind, wenig überraschen.

Nur rund 40 000 Erwerbslose in Deutschland unternahmen in der Berichtswoche bzw. in den letzten drei Wochen vor der Berichtswoche des Erhebungsjahres 2003 aktive Schritte, um eine Tätigkeit als Selbstständige bzw. Selbstständiger aufzunehmen. Eine künftige Steigerung dieser Zahl lässt die seit Anfang des Jahres 2003 wirksame erweiterte Förderung von Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit (so genannte Ich-AG) erwarten (vgl. Zweites Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt vom 23.12.2002).

Berufliche Bildung der Erwerbslosen: Deutliche Unterschiede zwischen West und Ost

Länger andauernde Erwerbslosigkeit bzw. Arbeitsuche entwertet die berufliche Qualifikation der Betroffenen. Diese stellt wiederum einen wichtigen individuellen Einflussfaktor für die Erfolgsaussichten der Arbeitsuche dar. Im Mai 2003 hatte in Deutschland ein Viertel aller Erwerbslosen (26%), die Angaben zur beruflichen Qualifikation machten, keinen beruflichen Abschluss. Die Mehrheit der Erwerbslosen (59%) absolvierte eine Lehre, ein Praktikum, eine Anlernausbildung oder eine schulische berufliche Teilqualifizierung wie z.B. das Berufsvorbereitungsjahr. Einen Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss gaben nur 7% der erwerbslosen Personen an. Deutliche Unterschiede hinsichtlich des beruflichen Bildungsstandes bestanden

Schaubild 43



zwischen West und Ost: Während im früheren Bundesgebiet 35% der Erwerbslosen mit Angaben zur beruflichen Bildung keinen Abschluss besaßen, waren es in den neuen Ländern und Berlin-Ost nur 11%. Offensichtlich bietet eine Berufsqualifikation im Osten weniger Schutz vor Erwerbslosigkeit als im Westen Deutschlands. Das gilt insbesondere für Erwerbslose mit Lehrausbildung, Praktikum, Anlernausbildung oder schulischer Berufsqualifikation, die beinahe drei Viertel aller Erwerbslosen (73%) in den neuen Ländern und Berlin-Ost stellten (früheres Bundesgebiet: 51%).

Erwerbslose geringer qualifiziert als Erwerbstätige

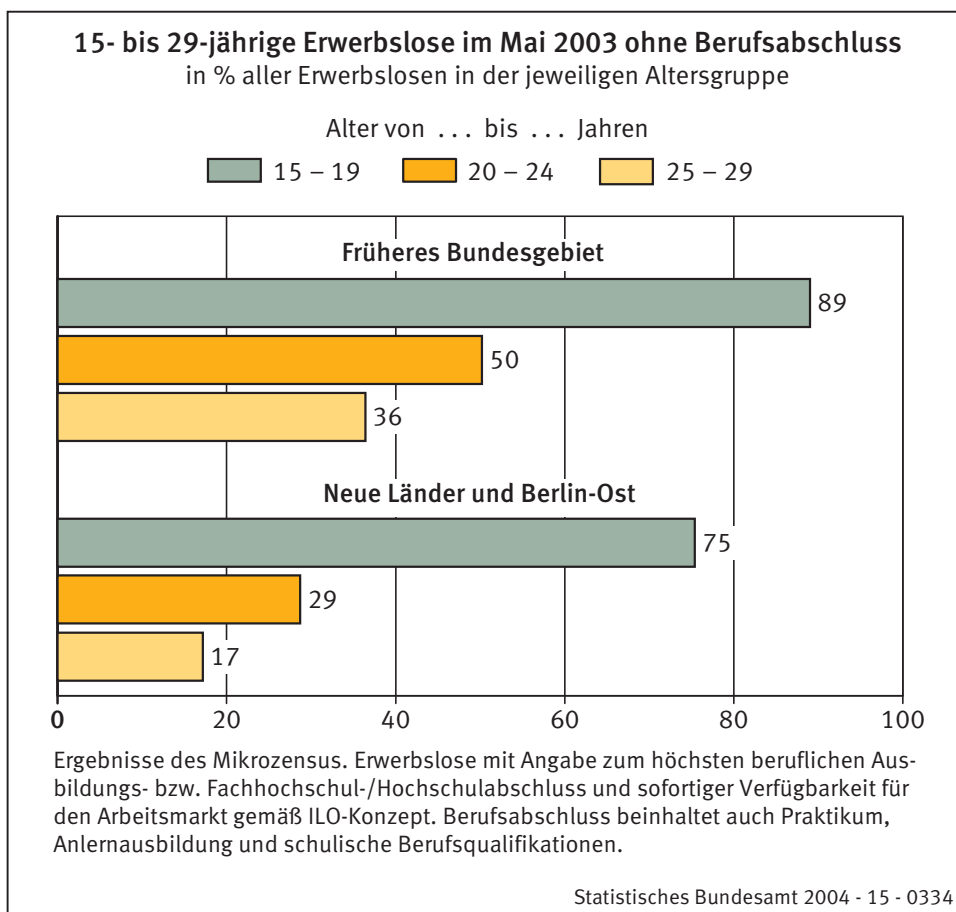
Ein Vergleich mit dem Qualifikationsprofil der Erwerbstätigen gibt Hinweise darauf, in welchem Maße die Erwerbslosen am Arbeitsmarkt benachteiligt sind (vgl. Schaubild 43). Unter den Erwerbstätigen mit Angabe zum Berufsabschluss verfügten im Mai 2003 knapp 17% über keine Berufsqualifikation, das waren fast zehn Prozentpunkte weniger als bei den Erwerbslosen (gut 26%). Demgegenüber war die Akademikerquote der Erwerbstätigen mit 16% deutlich höher als die der Erwerbslosen (7%). Auch bei den Meister- und Technikerabschlüssen u.Ä. waren die Erwerbstätigen (10%) relativ häufiger vertreten als die Erwerbslosen (6%). Damit ergibt sich in der Gesamtbetrachtung für die Erwerbslosen im Vergleich zu den Erwerbstätigen eine wesentlich ungünstigere berufliche Qualifikationsstruktur.

Mehr als die Hälfte der erwerbslosen 15- bis 24-Jährigen ohne Berufsabschluss

Mit der fortschreitenden strukturellen Veränderung des Arbeitsmarktes und dem dadurch bedingten Wegfall von einfachen Arbeitsplätzen werden zukünftig die Beschäftigungschancen gering Qualifizierter weiter sinken. Diese Auswirkungen werden vor allem die heute jungen Menschen mit geringer Qualifikation treffen. Von den 15- bis 24-jährigen Erwerbslosen in Deutschland mit Angaben zum beruflichen Bildungsabschluss erklärten im Frühjahr 2003 mehr als die Hälfte (53%), über keinen Berufsabschluss zu verfügen. Bei den 20- bis 24-Jährigen, von denen ein Großteil die Phase der Berufsausbildung üblicherweise schon hinter sich gelassen hat, betrug der Ungelerntenanteil unter den Erwerbslosen 43%. Etwa jeder Zweite (53%) in dieser Altersgruppe konnte mit einer Lehr- oder Anlernausbildung, einem Praktikum oder einer schulischen Berufsqualifizierung aufwarten. Von den 25- bis 29-jährigen Erwerbslosen begab sich fast jeder Dritte (30%) ohne Berufsqualifikation auf Beschäftigungssuche.

Wie schon bei den Erwerbslosen insgesamt zeigten sich auch bei den Erwerbslosen unter 30 Jahren erhebliche Unterschiede in der Qualifikationsstruktur zwischen West und Ost: Im früheren Bundesgebiet gab jeder Zweite der erwerbslosen 20- bis 24-Jährigen (50%) im Frühjahr 2003 an, die für den Beginn der individuellen Berufskarriere so wichtige Berufsausbildung nicht vorweisen zu können; bei den 15- bis 19-Jährigen betrug die entsprechende Quote 89%, bei den 25- bis 29-Jährigen 36%. Besser qualifiziert zeigten sich die jüngeren Erwerbslosen in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Hier hatten nur 29% der von Erwerbslosigkeit betroffenen jungen Menschen im Alter von 20 bis 24 Jahren noch keine berufliche Qualifizierung. Immerhin mehr als zwei Drittel der Erwerbslosen (68%) dieser Altersklasse waren trotz abgeschlossener Lehre ohne Arbeit. In der Altersgruppe der 25- bis 29-Jährigen ließ etwa jeder sechste Erwerbslose (17%) einen beruflichen Bildungsabschluss vermissen. Unter den Erwerbslosen im Alter von 15 bis 19 Jahren gaben drei von vier (75%) an, die Arbeitssuche ohne den Nachweis einer beruflichen Qualifikation bestreiten zu müssen.

Schaubild 44

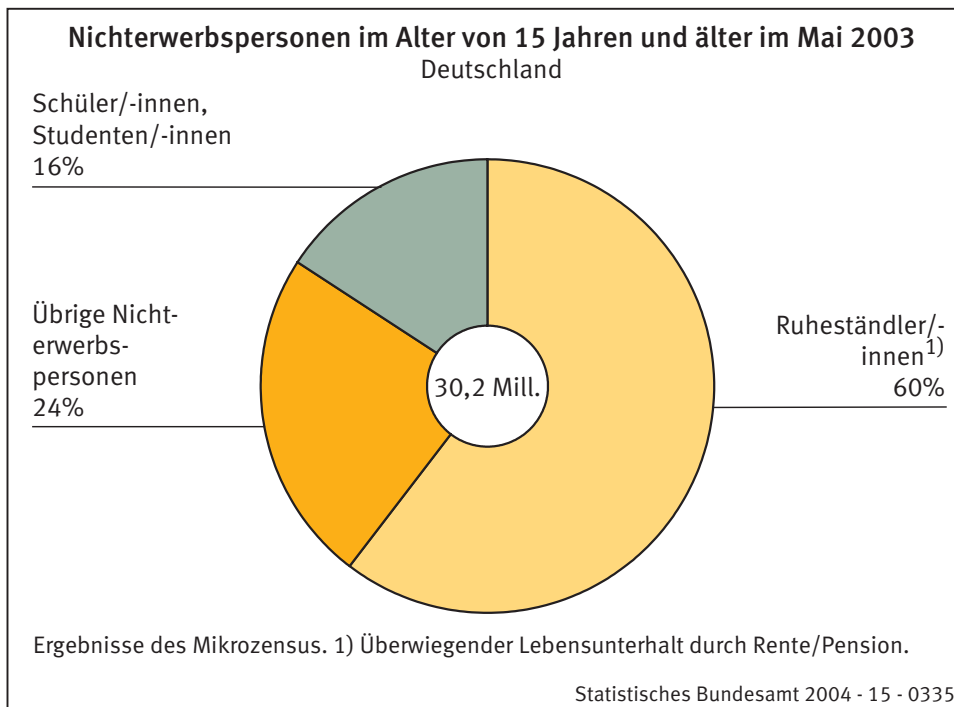


9. Arbeitskräftereserve – die Nichterwerbspersonen

Die in den beiden vorangegangenen Abschnitten betrachteten Erwerbstätigen und Erwerbslosen bilden zusammen die Erwerbspersonen. Das Gegenstück dazu – die Nichterwerbspersonen – stellen den verbleibenden Teil der Bevölkerung dar. Quantitativ gesehen sind die Nichterwerbspersonen jedoch längst keine Restgröße, denn mit 42,3 Mill. Menschen stellten sie im Mai 2003 über die Hälfte (51%) der Gesamtbevölkerung in Deutschland. Mehr als ein Viertel (29%) davon waren Kinder unter 15 Jahren, die auf Grund ihres Alters definitionsgemäß – d.h. im begrifflichen Rahmen des dem Mikrozensus zu Grunde liegenden ILO-Konzepts – zu den Nichterwerbspersonen gehören. Ein Wechsel in einen anderen Erwerbsstatus (Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit) auf Grund einer Veränderung des Erwerbsverhaltens kommt demnach nur für solche Nichterwerbspersonen in Betracht, die die Altersgrenze von 15 Jahren erreicht oder überschritten haben. Dieser Personenkreis umfasste im Mai 2003 30,2 Mill. Menschen, davon wohnten 24,8 Mill. im früheren Bundesgebiet und 5,4 Mill. in den neuen Ländern und Berlin-Ost.

Nichterwerbspersonen stellen über die Hälfte der Gesamtbevölkerung

Schaubild 45



Nach ihrer sozialen Stellung lassen sich die Nichterwerbspersonen im Alter von 15 und mehr Jahren in wenige, relativ homogene Gruppen aufteilen. Mit 60% stellten die Ruheständlerinnen und Ruheständler den größten Anteil. Von ihnen waren drei Viertel (74%) älter als 64 Jahre, etwa ein Fünftel (19%) befand sich in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen und gut 3% ließen sich der Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen zuordnen. Schülerinnen und Schüler sowie Studierende machten im Mai 2003 16% aller Nichterwerbspersonen ab 15 Jahren aus. Zum weitaus größten Teil (87%) waren sie jünger als 25 Jahre. Innerhalb der Kategorie „übrige Nichterwerbspersonen“ dürfte den Hausfrauen und Hausmännern die größte Bedeutung zukommen. So gaben im Frühjahr 2003 5,5 Mill. bzw. drei Viertel (76%) der übrigen Nichterwerbspersonen an, den Lebensunterhalt überwiegend durch Leistungen von Angehörigen zu bestreiten. Davon gehörten 94% dem weiblichen und nur 6% dem männlichen Geschlecht an. 44% der weiblichen übrigen Nichterwerbspersonen mit überwiegendem Lebensunterhalt durch Angehörige waren älter als 19 und jünger als 50 Jahre; darunter lebten drei Viertel (75%) mit Kindern unter 15 Jahren zusammen.

60% der Nichterwerbspersonen über 15 Jahre sind Ruheständlerinnen und Ruheständler

Am Arbeitsmarktgeschehen sind Nichterwerbspersonen insofern beteiligt, als sie durch Übergänge in Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit in hohem Maße die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt beeinflussen. Das gilt insbesondere für jene Nichterwerbspersonen, die sich durch eine relativ große Nähe zum Arbeitsmarkt auszeichnen. Die Frage, welche von den in Schaubild 45 dargestellten Gruppen von Nichterwerbspersonen besonders nahe am Arbeitsmarkt sind, lässt sich a priori nicht beantworten. So ist es möglich, dass ein Teil der ausschließlich im Haushalt tätigen Frauen trotz familiärer Verpflichtungen unter veränderten konjunkturellen oder institutionellen Rahmenbedingungen eine (Teilzeit-)Erwerbsarbeit aufnehmen würde. Auch ist nicht auszuschließen, dass Schülerinnen bzw. Schüler und Studenten unfreiwillige Warteschleifen im Bildungssystem durchlaufen, um die Einmündung in den kriselnden Arbeitsmarkt hinauszuschieben. Insbesondere bei Nichterwerbspersonen im Vorruhestand ist zu vermuten, dass bei Vorliegen geeigneter Stellenangebote vereinzelt die Rückkehr in den Arbeitsmarkt aus finanziellen oder sozialen Gründen in Erwägung gezogen wird.

Über die Variablen Arbeitssuche und Erwerbswunsch lassen sich im Rahmen des Mikrozensus Nichterwerbspersonen identifizieren, bei denen eine vergleichsweise große Arbeitsmarktnähe unterstellt werden kann. Neben den Nichterwerbstätigen, die in der Berichtswoche bzw. in den letzten drei Wochen vor der Berichtswoche aktive Schritte der Arbeitssuche unternommen haben, aber dem Arbeitsmarkt kurzfristig (d.h. innerhalb von zwei Wochen) nicht zur Verfügung stehen, zählen solche Nichterwerbspersonen dazu, die zwar keine Erwerbsarbeit suchen, aber dennoch den Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit äußern. Letztere lassen sich nach dem Kriterium der sofortigen Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt in zwei weitere Untergruppen unterteilen.

Gut 1,9 Mill. Nichterwerbspersonen mit vergleichsweise großer Arbeitsmarktnähe

Gerade Nichterwerbspersonen mit hinreichend großer Arbeitsmarktnähe bilden als verdecktes Erwerbspersonenpotenzial eine zusätzliche Arbeitskräftereserve. Demzufolge dürfen sie aus der Betrachtung des Arbeitsmarktes nicht ausgeschlossen werden. Nach den Ergebnissen des Mikrozensus waren im Mai 2003 in Deutschland gut 1,9 Mill. Nichterwerbspersonen als relativ arbeitsmarktnah zu bewerten. Darunter gab es knapp 600 000 Arbeit Suchende, die dem Arbeitsmarkt nicht sofort zur Verfügung standen. Die übrigen gut 1,3 Mill. Nichterwerbspersonen suchten zwar nicht nach einem Arbeitsplatz, wünschten sich aber trotzdem eine Erwerbsarbeit. Von diesen erklärten rund 440 000 Personen, für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit sofort zur Verfügung zu stehen; die restlichen 900 000 stufen sich als kurzfristig nicht verfügbar ein. Unter Einbeziehung der Erwerbslosen gaben somit in Deutschland im Frühjahr 2003 insgesamt knapp 6,0 Mill. nichterwerbstätige Personen an, nach einer Erwerbsarbeit zu suchen oder zumindest den Wunsch nach einer Erwerbsarbeit zu haben. Dieses Ergebnis verdeutlicht, dass die bestehende Beschäftigungslücke auf dem deutschen Arbeitsmarkt deutlich über die Zahl der Erwerbslosen hinausgeht.

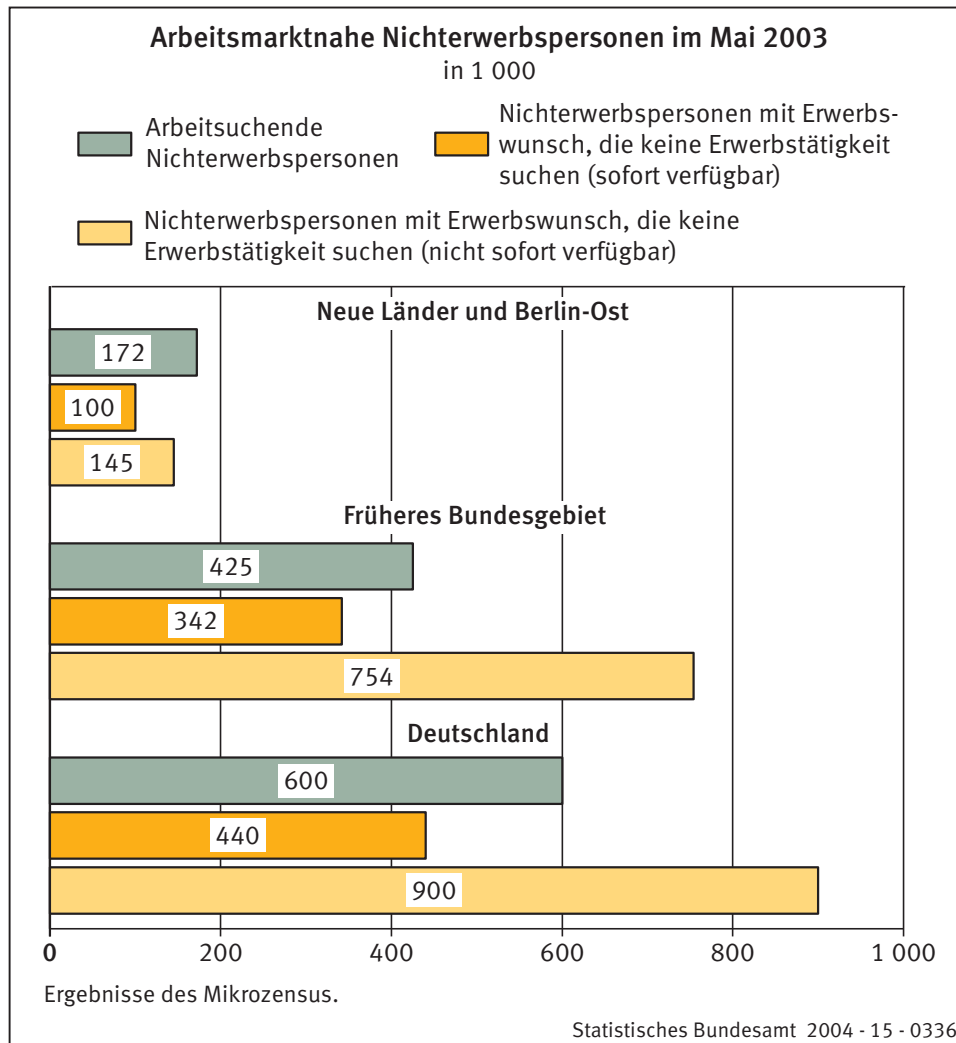
Das frühere Bundesgebiet verzeichnete im Mai 2003 gut 1,5 Mill. arbeitsmarktnahe Nichterwerbspersonen, von denen 425 000 auf Arbeitssuche waren und knapp 1,1 Mill. eine Erwerbstätigkeit wünschten, ohne sich auf aktive Arbeitssuche zu begeben. Gegenüber April 1996 ist die Zahl der Nichterwerbspersonen mit ausdrücklichem Erwerbswunsch um rund 17% angestiegen; die Zahl der Arbeit Suchenden erhöhte sich um 13%. In den neuen Ländern und Berlin-Ost gab es im Mai 2003 rund 170 000 Arbeit suchende Nichterwerbspersonen, das waren 10% mehr als im April 1996. Die Zahl der nicht aktiv nach einer Erwerbsarbeit suchenden Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch lag bei 245 000; acht Jahre zuvor fiel der Vergleichswert noch um 5% höher aus (vgl. Schaubild 46).

Gut ein Viertel der weiblichen Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen ist wegen persönlicher oder familiärer Verpflichtungen nicht sofort verfügbar

Die aktiv nach einer Erwerbsarbeit suchenden Nichterwerbspersonen erfüllen lediglich nicht das Kriterium der sofortigen Verfügbarkeit für den Arbeitsmarkt, um als erwerbslos eingestuft zu werden. Daher scheint es gerechtfertigt, ihnen die größte Arbeitsmarktnähe zuzuschreiben. Als Gründe für ihre Nichtverfügbarkeit nannten sie im Mai 2003 insbesondere Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit (35%), Aus- oder Fortbildung (16%) und persönliche oder familiäre Verpflichtungen (16%). In den neuen

Ländern und Berlin-Ost war die Aus- oder Fortbildung mit einem Anteil von einem Fünftel (19%) als Grund für die Nichtverfügbarkeit bedeutsamer als im früheren Bundesgebiet (15%). Umgekehrt waren die Verhältnisse in Bezug auf die Kategorie Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit, die 37% der westdeutschen, aber nur 31% der ostdeutschen Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen als Hinderungsgrund für einen umgehenden Arbeitsantritt anführten.

Schaubild 46



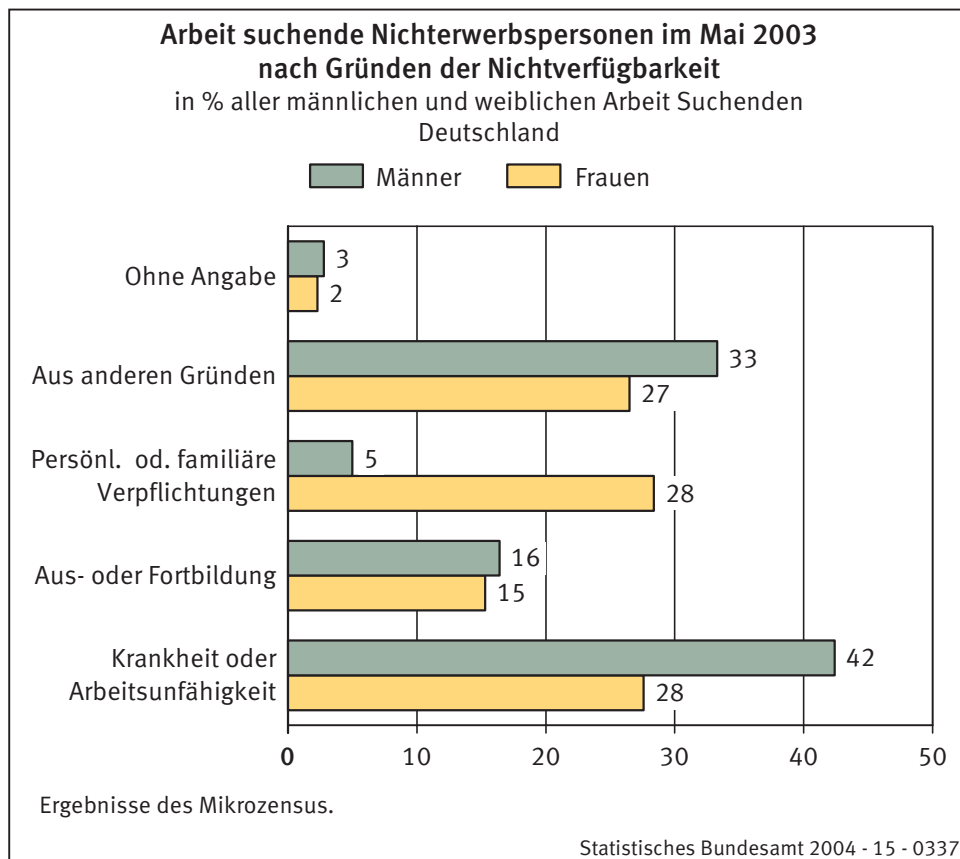
Erhebliche Unterschiede bestanden zwischen den Geschlechtern: Bei gut einem Viertel (28%) der insgesamt rund 280 000 weiblichen Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen in Deutschland standen persönliche oder familiäre Verpflichtungen einer kurzfristigen Arbeitsaufnahme entgegen; in der Vergleichsgruppe der Männer (gut 310 000) betrug der entsprechende Anteil nur 5%. Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit gaben 42% der aktiv nach einer Stelle suchenden männlichen Nichterwerbspersonen als Hinderungsgrund für eine sofortige Arbeitsaufnahme an. Demgegenüber antworteten nur 28% der betroffenen Frauen, dass gesundheitliche Probleme einen Eintritt in den Arbeitsmarkt innerhalb von 14 Tagen verhindern würden (vgl. Schaubild 47).

Erwartungsgemäß sind die Gründe für die Nichtverfügbarkeit stark altersabhängig. Jede dritte 15- bis 29-jährige Arbeit suchende Nichterwerbsperson (33%) konnte im Mai 2003 wegen einer Aus- oder Fortbildung nicht sofort eine Arbeitsstelle antreten. Bei jeder zweiten Nichterwerbsperson auf Arbeitsuche im Alter von über 44 Jahren (51%) stand eine Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit einer unverzüglichen Arbeitsauf-

Gründe für die Nichtverfügbarkeit der Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen sind stark altersabhängig

nahme im Wege. Persönliche oder familiäre Pflichten wurden überproportional häufig (25%) in den für Familienpausen typischen mittleren Altersgruppen der 25- bis 44-Jährigen als Grund der Nichtverfügbarkeit genannt.

Schaubild 47



Immerhin ein Viertel (24%) der Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen lag im Mai 2003 oberhalb der Altersgrenze von 54 Jahren, wobei die Altersklasse der 55- bis 59-Jährigen (15%) besonders stark vertreten war (vgl. Schaubild 48). Bei ihnen ist nicht auszuschließen, dass sie weniger arbeitsmarktorientiert, sondern eher auf die Überbrückung der Übergangszeit bis zur Ruhestandsphase ausgerichtet sind. Mehr als jede siebte Nichterwerbsperson (14%), die aktive Arbeitsuche betrieb, war jünger als 25 Jahre; 62% gehörten den mittleren Altersgruppen der 25 bis 54-Jährigen an (vgl. Schaubild 48). Aus diesem Altersaufbau resultiert ein Durchschnittsalter, das mit 42 Jahren den Vergleichswert der Erwerbslosen um 1,1 Jahre übertrifft.

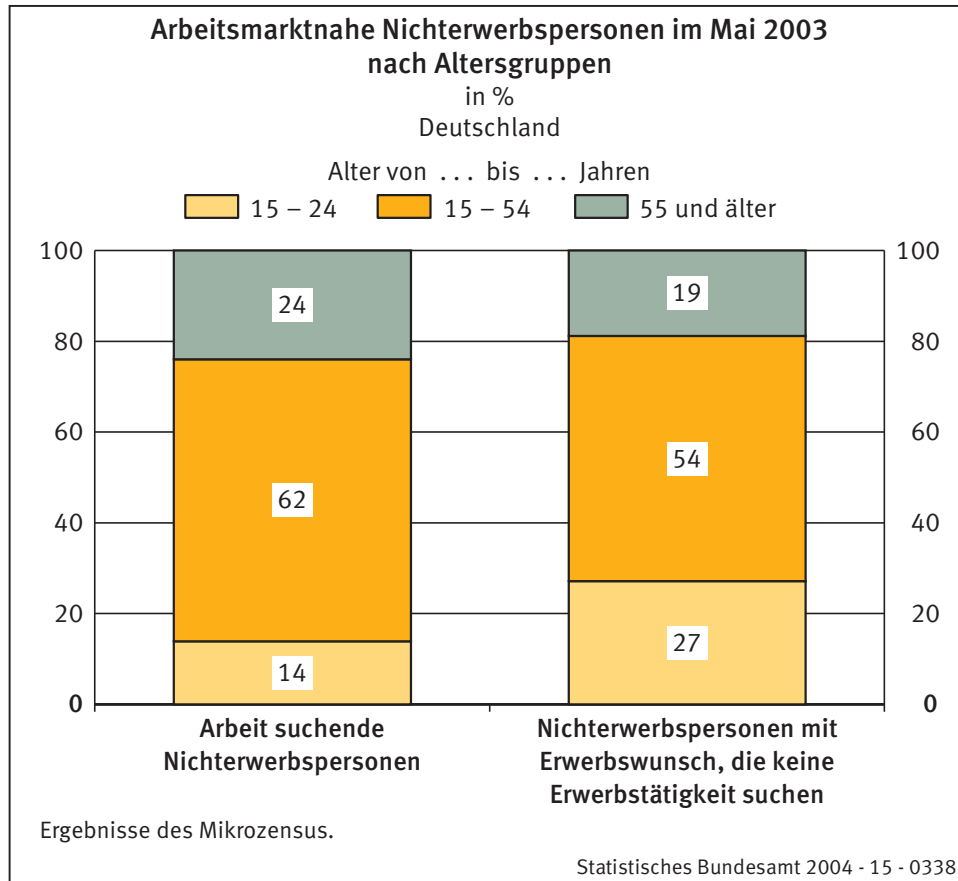
Nichterwerbspersonen ohne Suchaktivitäten, aber mit Erwerbswunsch, weisen relativ niedriges Durchschnittsalter auf

Eine deutlich größere Rolle spielen die Jüngeren bei den Nichterwerbspersonen, die sich eine Erwerbsarbeit wünschen, aber im Berichtszeitraum keine Suchaktivitäten unternommen haben. Im Mai 2003 wies mehr als ein Viertel (27%) der auf dem Arbeitsmarkt passiven Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch ein Alter von weniger als 25 Jahren auf. Über die Hälfte (54%) befand sich in der Altersgruppe der 25- bis unter 54-Jährigen und lediglich knapp ein Fünftel (19%) war älter als 54 Jahre. Damit lag ihr Durchschnittsalter bei 38,2 Jahren, mithin deutlich niedriger als bei den Erwerbslosen und Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen.

Charakteristisch für die über den Erwerbswunsch ermittelte Arbeitskräftereserve ist auch, dass die Frauen – insbesondere in den mittleren Altersgruppen – deutlich überrepräsentiert sind. Über alle Altersgruppen hinweg standen den gut 860 000 Frauen im Mai 2003 nur knapp 480 000 Männer gegenüber. Dies entspricht einem Frauenanteil von fast zwei Dritteln (64%). Im Vergleich dazu fiel der Anteil der Frauen bei

den Erwerbslosen und den Nichterwerbspersonen, die aktiv nach einer Erwerbsarbeit Ausschau hielten, mit 42% bzw. 48% erheblich niedriger aus.

Schaubild 48



Eine Kategorisierung der inaktiven Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch ermöglichen die Gründe, weshalb keine Erwerbsarbeit gesucht wird. Dabei zeigt sich, dass die Hauptgründe mit dem Geschlecht zusammenhängen oder altersbedingt sind.

Im Mai 2003 ergriff mehr als jede vierte Nichterwerbsperson mit Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit (27%) wegen einer schulischen und beruflichen Ausbildung keine Maßnahmen, um einen Arbeitsplatz zu finden. Dabei erreichte dieser Anteil bei den Männern mit 38% einen markant höheren Wert als bei den Frauen (21%, vgl. Schaubild 49). Als Folge waren die Männer (49%) in dieser Kategorie von Nichterwerbspersonen fast genauso stark vertreten wie die Frauen (51%). In der Altersklasse der 15- bis 24-Jährigen suchten drei von vier Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch (76%) auf Grund einer Ausbildung keine bezahlte Arbeit. Bei den 25- bis 29-Jährigen wurden immerhin noch 43% der hier betrachteten Nichterwerbspersonen durch eine Ausbildung an der Arbeitssuche gehindert. Diese hohen Anteile deuten bereits an, dass die auf Grund einer Ausbildung passiven Nichterwerbspersonen mit Erwerbsabsichten mehrheitlich (88%) jünger als 30 Jahre waren. In welchem Ausmaß in den genannten Quoten Personen enthalten sind, die sich auf Grund der schlechten Arbeitsmarktlage tatsächlich in „Bildungsschleifen“ befinden bzw. ihren Abschluss hinauszögern, lässt sich mit Hilfe des Mikrozensus nicht beantworten.

Persönliche oder familiäre Verpflichtungen sind für die Frauen der Hauptgrund dafür, dass am Arbeitsmarkt keine Suchaktivitäten entfaltet werden, obwohl der Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit besteht. In dieser Situation befanden sich im Mai 2003 45% der weiblichen Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch. Bei den Frauen im Haupterwerbssalter (25 bis 54 Jahre) wurden sogar 62% auf Grund von persönlichen

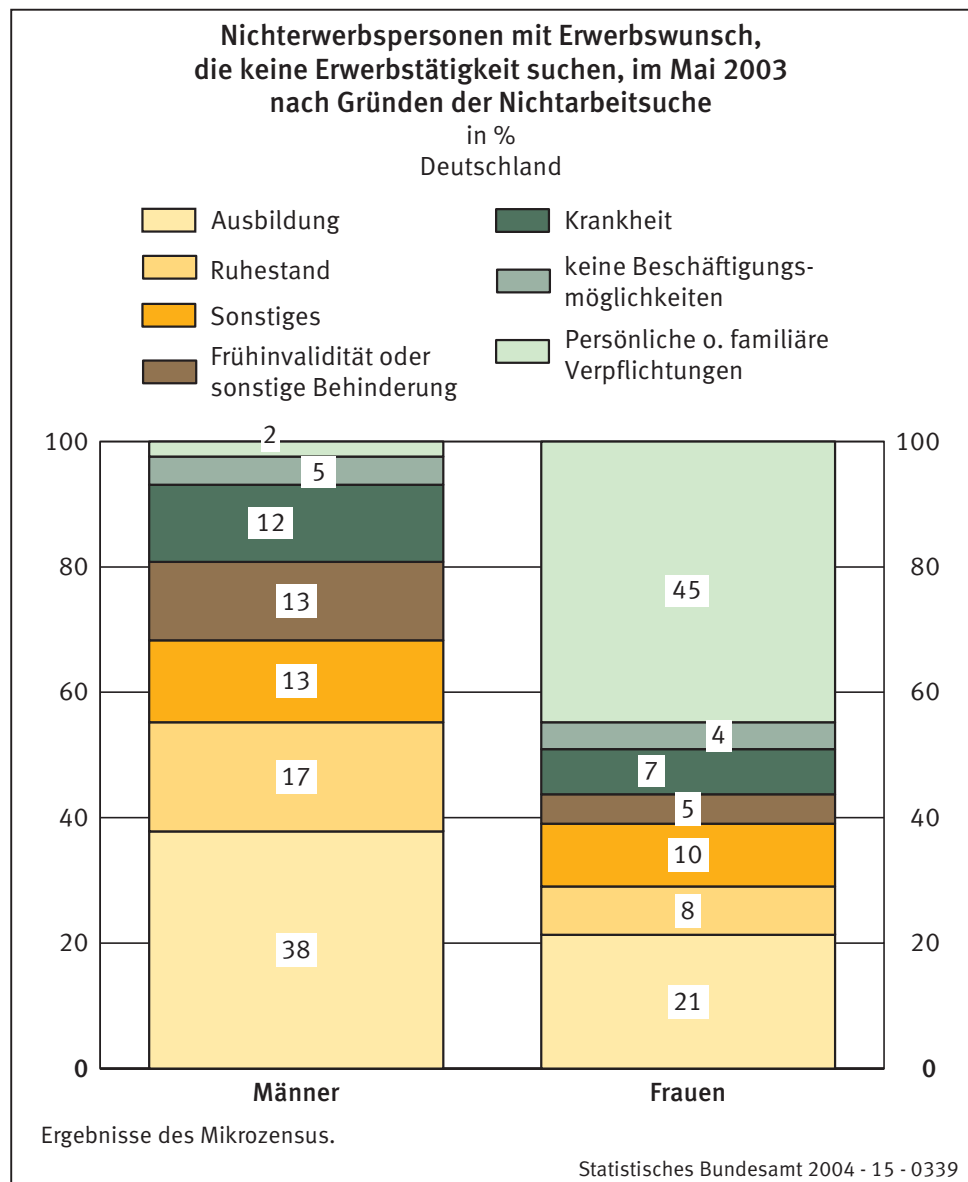
Drei von vier Nichterwerbspersonen zwischen 15 und 24 Jahren mit Erwerbswunsch suchen wegen einer Ausbildung keine Erwerbsarbeit

Persönliche oder familiäre Pflichten sind Hauptgrund der Nichtarbeitsuche bei den weiblichen Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch

oder familiären Verpflichtungen nicht aktiv, um bestehende Erwerbswünsche zu verwirklichen. Weit weniger an derartige Verpflichtungen gebunden waren hingegen jüngere und ältere Frauen. So gab knapp ein Fünftel (19%) der 15- bis 24-jährigen Frauen mit Erwerbswunsch an, wegen Verpflichtungen im familiären oder persönlichen Umfeld nicht am Arbeitsmarkt präsent zu sein; noch geringer fiel dieser Anteil bei den älteren Frauen über 54 Jahren (14%) aus. Unter den männlichen Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch suchten im Mai 2003 lediglich gut 2% keinen Arbeitsplatz, weil Verpflichtungen persönlicher oder familiärer Art sie daran hinderten. Demzufolge lag der Frauenanteil in dieser Kategorie von Nichterwerbspersonen mit 97% weit über dem Durchschnitt.

Fast zwei Drittel (63%) aller weiblichen Nichterwerbspersonen im Haupterwerbsalter, die keine Erwerbsarbeit suchten, gleichwohl aber einen Erwerbswunsch signalisierten, lebten im Mai 2003 mit Kindern unter 15 Jahren. Davon gaben 85% eine frühere Erwerbstätigkeit an, von denen wiederum 83% persönliche oder familiäre Pflichten als Grund ihrer Nichtarbeitsuche anführten. Daraus lässt sich die Vermutung ableiten, dass viele Frauen ihre Familienpause über den gesetzlich fixierten Zeitraum (Erziehungsurlaub bzw. Elternzeit) hinaus verlängern und damit auf den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt zumindest vorübergehend verzichten.

Schaubild 49



Gut jede zehnte Nichterwerbsperson mit Erwerbswunsch (11%) gab im Mai 2003 als Grund für ihre Nichtarbeitsuche den Ruhestand an. Naturgemäß hatten die über 54-Jährigen mit 93% den größten Anteil an dieser Kategorie. Von den 55- bis 59-jährigen Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch waren 14% nicht auf Arbeitsuche, weil sie sich im Ruhestand befanden. In den höheren Altersgruppen stieg diese Quote von 59% bei den 60- bis 64-Jährigen auf 86% bei den über 64-Jährigen. Somit suchte etwa jede zweite (52%) über 54-jährige Nichterwerbsperson wegen ihres Ruhestandes keine Erwerbstätigkeit.

Jede zweite über 54-jährige Nichterwerbsperson mit Erwerbswunsch sucht wegen ihres Ruhestandes keine Erwerbstätigkeit

Als Hinderungsgrund für die Arbeitsuche trotz Erwerbswunsch war der Ruhestand bei den Geschlechtern von unterschiedlicher Relevanz: 17% der männlichen und nur 8% der weiblichen Nichterwerbspersonen würden zwar gern einer Erwerbstätigkeit nachgehen, blieben aber wegen ihres Ruhestandes dem Arbeitsmarkt fern. In dieser Differenz spiegelt sich wider, dass die Männer (51%) im Mai 2003 bei den über 59-jährigen Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch geringfügig stärker vertreten waren als die Frauen (49%).

Insgesamt erklärten in Deutschland im Mai 2003 gut 200 000 Personen im Alter von 55 bis 64 Jahren, dass sie gern erwerbstätig wären, aber aus verschiedenen Gründen – vornehmlich wegen ihres Ruhestandes – im Berichtszeitraum auf dem Arbeitsmarkt nicht suchaktiv wurden. Nach den Ergebnissen der zehnten koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes wird der Anteil der Älteren innerhalb der Gruppe der Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) bis 2050 erheblich ansteigen. Deshalb ist davon auszugehen, dass der Aktivierung der Beschäftigungsreserven älterer Menschen, die sich bereits vor Erreichen der Regelaltersgrenze aus dem Berufsleben zurückgezogen haben, in den kommenden Jahrzehnten eine besondere Bedeutung zukommen wird.

Bei 9% der Nichterwerbspersonen mit Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit verhinderte eine Krankheit oder (vorübergehende) Arbeitsunfähigkeit die Suche nach einem Arbeitsplatz. Zu dieser Kategorie gehörten 12% der männlichen und 7% der weiblichen Nichterwerbspersonen, die Erwerbsabsichten erkennen ließen. Frühinvalidität oder sonstige Behinderung nannten gut 7% der erwerbsorientierten Nichterwerbspersonen als Grund ihrer Nichtarbeitsuche, wobei die Unterschiede zwischen Männern (13%) und Frauen (5%) in dieser Kategorie noch größer ausfielen. Fehlende Beschäftigungsmöglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt hielten 4% der Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch (Männer: knapp 5%, Frauen: gut 4%) davon ab, aktive Schritte der Arbeitsuche zu unternehmen. Hierbei handelt es sich offenkundig um entmutigte Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie bei ungünstiger Arbeitsmarktlage die Arbeitsuche aufgeben, aber unter besseren Arbeitsmarktbedingungen Arbeitsplätze nachfragen würden (vgl. Schaubild 49).

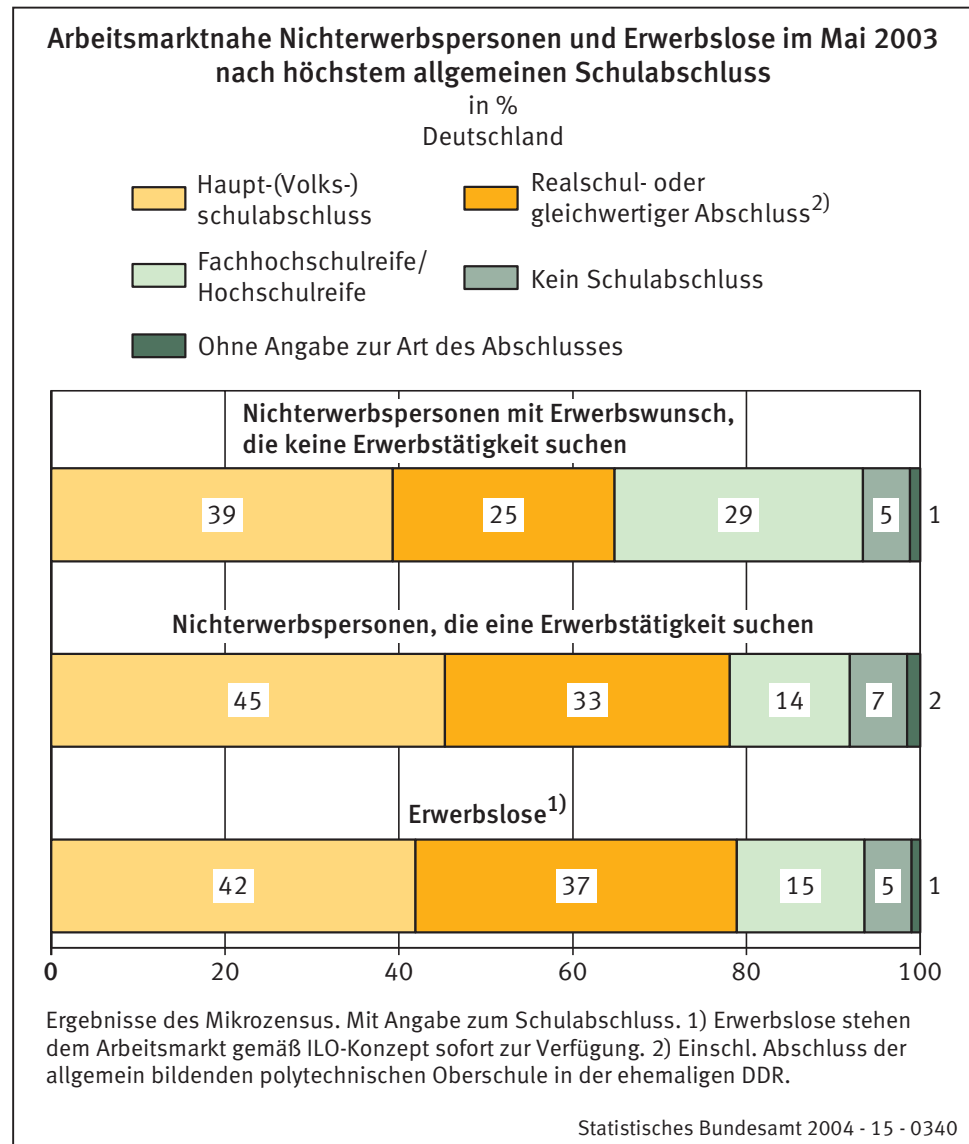
4% der Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch suchen keine Arbeit, weil keine Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen

Welche Erfolgsaussichten die Nichterwerbspersonen mit Suche oder Wunsch nach einer Erwerbsarbeit haben, wenn sie mit den Erwerbslosen um freie Stellen auf dem Arbeitsmarkt konkurrieren, dürfte entscheidend von ihrem Qualifikationsniveau abhängen. Bezogen auf die schulische Bildung weisen die nicht Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch das günstigste Qualifikationsprofil auf: Der Anteil derer mit Fachhochschul- bzw. Hochschulreife lag bei ihnen mit rund 29% im Mai 2003 etwa doppelt so hoch wie bei den Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen (14%) und Erwerbslosen (15%). Von den männlichen Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch erreichte sogar jede Dritte (34%) die Fachhochschulreife oder das Abitur (Frauen: 26%). Über einen Haupt- bzw. Volksschulabschluss verfügten 39% der Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch, hingegen 45% der Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen und 42% der Erwerbslosen. Beim Vergleich der Erwerbslosen und Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen fällt in erster Linie auf, dass Erstere ihre Schulzeit relativ häufiger mit einem mittleren Schulabschluss (Realschul- oder gleichwertiger Abschluss) und dafür seltener mit einem Hauptschul-

Auf dem Arbeitsmarkt inaktive Nichterwerbspersonen mit Erwerbswunsch weisen überdurchschnittlich hohe Schulbildung auf

abschluss abgeschlossen haben. Somit wiesen die Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen von den drei hier betrachteten Gruppen im Durchschnitt den niedrigsten schulischen Bildungsgrad auf.

Schaubild 50



44% der Nichterwerbspersonen mit ausdrücklichem Erwerbwunsch (noch) ohne Berufsqualifikation

Ein anderes Bild zeigt sich bei der beruflichen Bildung: Zwar war der Fachhochschul- bzw. Hochschulabschluss mit einem Anteil von gut 7% bei den inaktiven Nichterwerbspersonen mit Erwerbwunsch mindestens genauso hoch wie bei den Erwerbslosen (gut 7%) und den Arbeit suchenden Nichterwerbspersonen (knapp 6%). Jedoch konnten 44% der Nichterwerbspersonen mit ausdrücklichem Erwerbwunsch keinen Berufsabschluss (einschließlich Praktikum, Anlernausbildung und schulische Berufsausbildung) vorweisen. Dagegen fehlte nur jedem vierten Erwerbslosen (26%) und jeder dritten Arbeit suchenden Nichterwerbsperson (33%) eine berufliche Qualifikation. Es kann deshalb angenommen werden, dass ein großer Teil der Nichterwerbspersonen, die sich trotz Erwerbwunsch nicht auf Arbeitsuche begeben, den Zugang zum Arbeitsmarkt nicht oder noch nicht gefunden hat.

10. Gesundheitliche Beeinträchtigungen

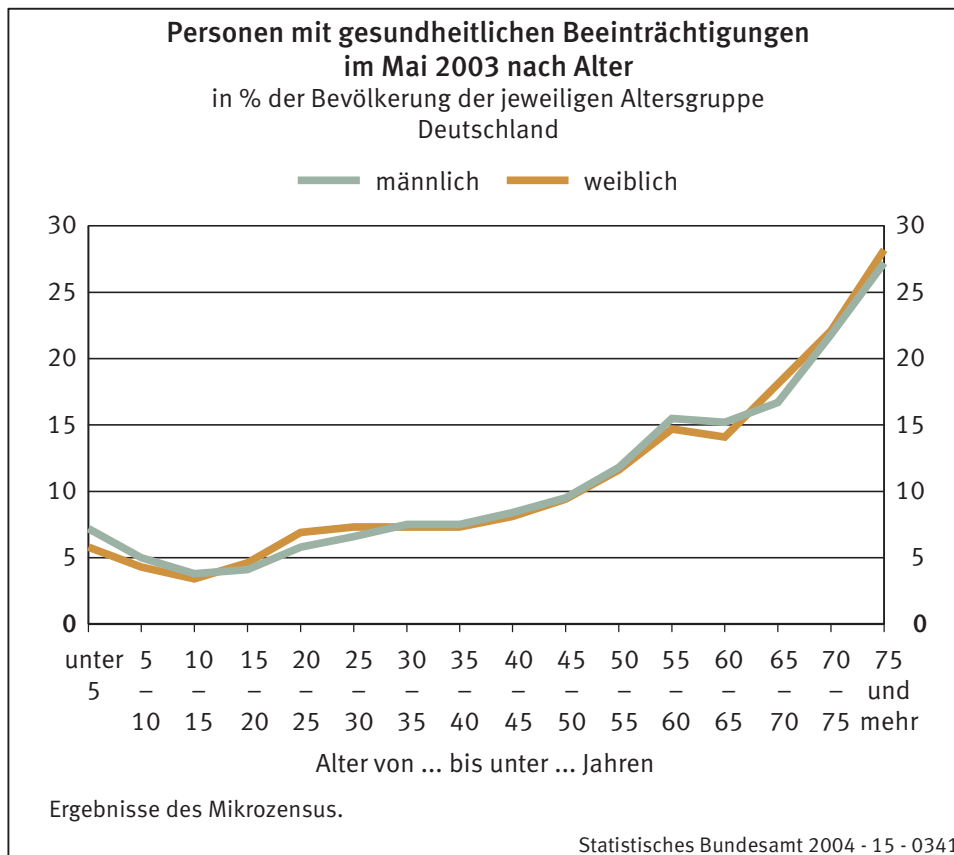
Die gesundheitsbezogenen Fragen im Mikrozensus beziehen sich im Wesentlichen auf Krankheit und Unfallverletzung, Rauchverhalten sowie Körpergröße und -gewicht. Ihre Integration in den Mikrozensus ermöglicht die Verknüpfung mit einer Vielzahl soziodemographischer und sozioökonomischer Merkmale. Insbesondere im Zusammenhang mit Alter, Geschlecht, Familienstand und Erwerbstätigkeit lassen sich vielfältige Erkenntnisse über spezifische Unterschiede bezüglich des Gesundheitszustands bzw. gesundheitsrelevanter Verhaltensweisen der Bevölkerung gewinnen. Ausgewählte Ergebnisse dieser Ergänzungserhebung werden in den folgenden Abschnitten vorgestellt.

Fragen zur Gesundheit

Die Fragen zur Gesundheit wurden im Mai 2003 an etwa 0,45% der Bevölkerung gerichtet. Ihre Beantwortung war freiwillig. Diese Mikrozensus-Zusatzerhebung wird i.d.R. im Abstand von vier Jahren durchgeführt. Die Stichprobenergebnisse wurden auf die zum Zeitpunkt der Befragung fortgeschriebene Bevölkerung hochgerechnet. In den folgenden Ausführungen werden Anteilswerte ausgewiesen. Diese beziehen sich auf die Bevölkerung mit Angaben zu den entsprechenden Fragen.

Im Mai 2003 bezeichneten sich insgesamt 11% der Bevölkerung, die Angaben zu ihrem Gesundheitszustand machten, als krank oder unfallverletzt. Dabei war der überwiegende Teil (10%) krank, nur 1% litten an einer Unfallverletzung. Gegenüber 1999 blieben die Zahlen unverändert.

Schaubild 51



Das Alter der Befragten ist erwartungsgemäß eine wichtige Einflussgröße auf den Gesundheitszustand. Mit zunehmendem Alter ist ein Anstieg der gesundheitlichen Beschwerden zu beobachten. Während der Anteil der Kranken und Unfallverletzten bei Personen im Alter von 15 bis unter 40 Jahren 7% betrug, lag er bei den 40- bis

***Gesundheitliche
Beschwerden nehmen
mit dem Alter zu***

unter 65-Jährigen bereits bei 12%. Von den über 65-Jährigen bezeichnete sich fast jeder Vierte (23%) als krank oder unfallverletzt.

Insgesamt waren Frauen etwas häufiger (12%) von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen als Männer (11%). Diese Differenz ist im Wesentlichen mit dem höheren Anteil kranker Frauen über 65 Jahren zu erklären. Unter 65-jährige Frauen – mit Ausnahme der 15- bis unter 30-Jährigen – sind weniger häufig krank oder unfallverletzt als gleichaltrige Männer.

Erwerbstätige weniger häufig krank oder unfallverletzt

Bei der Untersuchung des Einflusses des Erwerbsstatus auf den Gesundheitszustand ist zu berücksichtigen, dass zur Gruppe der Erwerbstätigen und Erwerbslosen hauptsächlich Personen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren zählen, während die Nichterwerbspersonen im gesamten Altersspektrum zu finden sind. Von den Erwerbstätigen, welche die Fragen zum Gesundheitszustand beantwortet haben, bezeichneten sich im Mai 2003 8% als krank oder unfallverletzt. Demgegenüber waren 9% der Erwerbslosen (gemäß ILO-Konzept, vgl. Abschnitt 8) und 14% der Nichterwerbspersonen krank oder unfallverletzt. Eine nennenswerte Veränderung gegenüber 1999 gab es nur bei den Nichterwerbspersonen. Der Anteil gesundheitlich Beeinträchtigter erhöhte sich um einen Prozentpunkt.

Der Einfluss des Alters überlagerte den des Erwerbsstatus. Unterdurchschnittlich häufig von Krankheit und Unfallverletzung betroffen waren Erwerbstätige (7%), Erwerbslose (7%) und Nichterwerbspersonen (6%) im Alter von 15 bis unter 40 Jahren. In der Altersgruppe der 40- bis unter 65-Jährigen lag der Anteil der Kranken und Unfallverletzten für Erwerbstätige bei 8% und für Erwerbslose bei 11%. Von den Nichterwerbspersonen waren dagegen 19% krank oder unfallverletzt. Gründe für die unterschiedliche Häufigkeit gesundheitlicher Beschwerden von Erwerbstätigen und Erwerbslosen liegen einerseits darin, dass Personen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen schwieriger eine Tätigkeit finden, andererseits beurteilen Erwerbslose möglicherweise auf Grund ihrer persönlichen Situation ihr gesundheitliches Befinden negativer als erwerbstätige Personen. Bei den Nichterwerbspersonen im Alter zwischen 40 und 65 Jahren spielen teilweise auch Frühverrentungen wegen länger andauernder gesundheitlicher Probleme eine Rolle.

Beamte und Arbeiter fühlen sich am häufigsten krank, Selbstständige am wenigsten

Unterscheidet man die Erwerbstätigen nach der Stellung im Beruf, dann waren Beamte und Arbeiter mit unregelmäßigen Arbeitszeiten am häufigsten krank oder unfallverletzt. Jede(r) elfte Befragte dieser Gruppe (9%) machte eine entsprechende Aussage zu seinem Gesundheitszustand. Dagegen war nur jeder siebzehnte Selbstständige (6%) krank oder unfallverletzt. Gegenüber 1999 blieben diese Werte nahezu unverändert.

Detailliertere Aussagen werden durch eine Untergliederung nach dem Beruf möglich. Zwischen den einzelnen Berufsgruppen ergibt sich eine breite Spanne hinsichtlich der Krankheits- und Unfallhäufigkeit. Über dem Durchschnitt von 8% für alle Erwerbstätigen liegen die Beschäftigten im Wachdienst und im Nachrichtenverkehr mit jeweils 10%. Demgegenüber finden sich bei Ärzten und Apothekern (4%) sowie bei Berufstätigen in der Körperpflege (z.B. Kosmetikerinnen) mit 6% vergleichsweise selten gesundheitliche Beeinträchtigungen.

Jede fünfte Krankheit durch den Beruf verursacht oder verschlimmert

Bei der Frage nach einem Zusammenhang zwischen der vorliegenden Krankheit und der Erwerbstätigkeit gaben 21% der Erwerbstätigen an, dass ihre Krankheit durch den Beruf verursacht oder verschlimmert worden ist. Am meisten betroffen waren Selbstständige und Arbeiter mit jeweils 26%. Bei den Angestellten lag nur in 18% der Fälle ein Zusammenhang der Krankheit mit ihrer Erwerbstätigkeit vor.

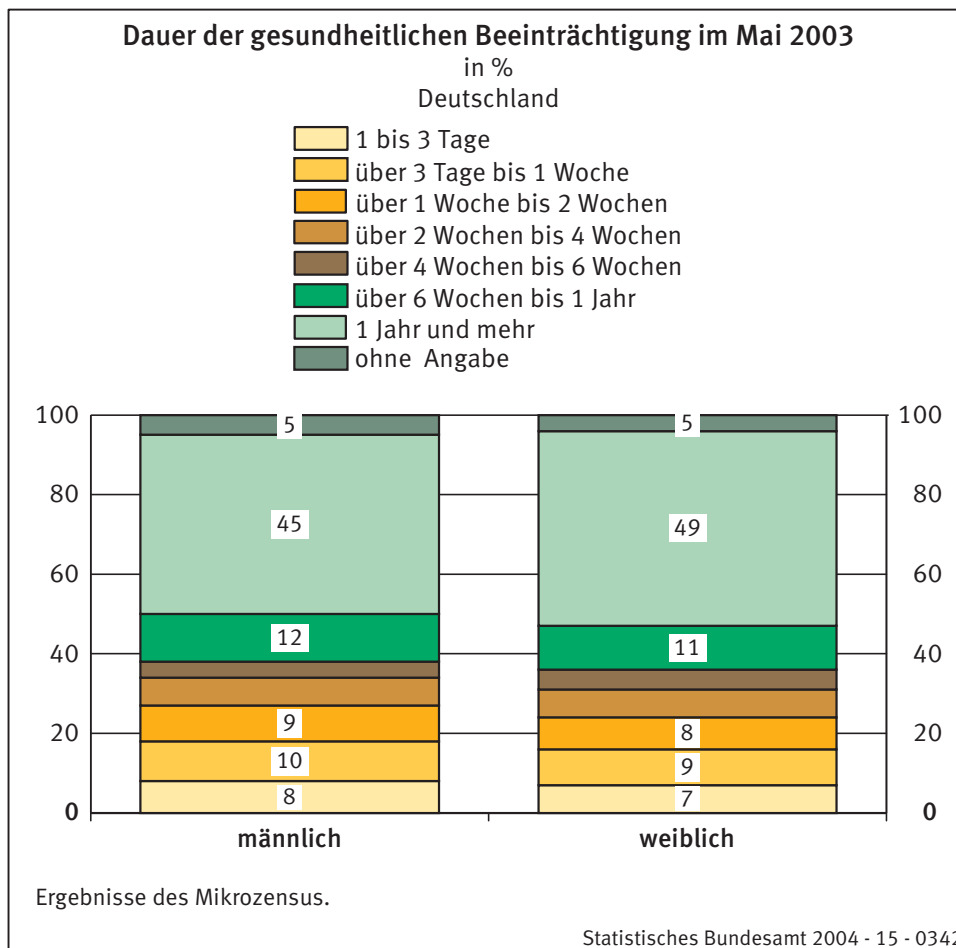
Die Betrachtung der Berufsgruppen zeigt hier, dass die Arbeit als Berufskraftfahrer überdurchschnittlich häufig Krankheiten verursacht oder verschlimmert hat (35%).

Auch die Beschäftigten im Hoch- und Tiefbau übten besonders gesundheitsriskante Tätigkeiten aus. Mehr als jeder Dritte dieses Personenkreises (35%) führte seine Erkrankung bzw. deren Verschlimmerung auf seine Erwerbstätigkeit zurück. Den geringsten Einfluss von Erwerbstätigkeit auf die aufgetretenen Krankheiten findet man in den Büroberufen (14%).

Fast die Hälfte (47%) aller Kranken und Unfallverletzten hat im Mai 2003 angegeben, bereits seit einem Jahr oder länger gesundheitliche Beschwerden zu haben. Erwartungsgemäß waren davon überwiegend ältere Menschen betroffen. Bei fast zwei Dritteln der über 65-Jährigen (65%) mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen dauerten diese seit mindestens einem Jahr an. Allerdings war auch in der Gruppe der 40- bis unter 65-Jährigen fast die Hälfte (48%) von Langzeiterkrankungen von über einem Jahr betroffen. Demgegenüber war bei den 15- bis unter 40-jährigen Kranken und Unfallverletzten fast jeder Zweite (49%) höchstens zwei Wochen krank. Im Jahr 1999 lag der Anteil aller Langzeiterkrankten noch bei 43%.

*Jeder zweite Kranke/
Unfallverletzte ist über
ein Jahr gesundheitlich
beeinträchtigt*

Schaubild 52



Gut ein Drittel aller Kranken und Unfallverletzten (36%) gab maximal 6 Wochen als Dauer ihrer Krankheit oder Unfallverletzung an. Im Durchschnitt dauerte eine Krankheit oder Unfallverletzung der bis zu 6 Wochen Kranken und Unfallverletzten rund 12 Tage und damit einen Tag weniger als 1999.

Bei erwerbstätigen Kranken und Unfallverletzten litt nur jeder Fünfte (22%) seit einem Jahr oder noch länger unter gesundheitlichen Problemen. Mehr als die Hälfte (59%) war maximal 6 Wochen krank. Die durchschnittliche Krankheitsdauer für die bis zu 6 Wochen kranken Erwerbstätigen betrug 13 Tage, einen Tag länger als 1999.

Die Art der Erkrankung wurde nicht erfragt, allerdings wurde bei den Angaben zur Unfallverletzung die Frage nach der Art des Unfalls gestellt. Männer erlitten zu 33% Arbeits- oder Dienstunfälle (ohne Wegeunfälle), an zweiter Stelle folgten die Freizeitunfälle mit 28%. Bei erwerbstätigen Männern war der Anteil der Arbeitsunfälle mit 42% erwartungsgemäß höher als im Durchschnitt. Für Frauen lauerten die meisten Gefahren im häuslichen Bereich: Mit 34% standen Unfälle im Haushalt an erster Stelle. Die zweite Position nahmen auch hier die Freizeitunfälle mit 24% ein. Erwerbstätige Frauen waren am häufigsten von Arbeitsunfällen betroffen (27%).

Die meisten Kranken und Unfallverletzten (83%) nahmen wegen ihrer gesundheitlichen Beschwerden ärztliche Hilfe in Anspruch. 12% waren nicht in ärztlicher Behandlung und 5% gaben zu dieser Frage keine Auskunft. Mit zunehmendem Alter wächst der Anteil derer, die sich in Behandlung begeben haben, und offensichtlich sind Frauen häufiger von der Notwendigkeit eines Arztbesuches überzeugt (84%) als Männer (82%). Zwei Drittel (66%) und damit die überwiegende Zahl der Kranken und Unfallverletzten konnten ambulant beim Arzt behandelt werden, stationäre Betreuung war nur bei 12% erforderlich.

Die entsprechenden Werte für kranke und unfallverletzte Erwerbstätige unterscheiden sich davon nicht wesentlich. Jedoch sind kranke und unfallverletzte Erwerbstätige etwas häufiger der Meinung, ihre gesundheitlichen Probleme ohne ärztliche Hilfe lösen zu können (14%), in Behandlung begaben sich 82%.

Die Befragungsergebnisse des Mikrozensus zeigen Unterschiede in der Krankheits- und Unfallhäufigkeit zwischen Erwerbstätigen und der Gesamtbevölkerung. Sie kommen u.a. in niedrigeren Kranken- und Verletzungsraten und einer kürzeren Krankheitsdauer der Erwerbstätigen zum Ausdruck.

Krankenstand nimmt mit der Haushaltsgröße ab

Auch zwischen Haushaltsgröße und Krankenstand scheint ein Zusammenhang zu bestehen: In Ein-Personen-Haushalten gab es 19% Kranke und Unfallverletzte, in 2-Personen-Haushalten lag der Anteil bei 14%. Mit zunehmender Haushaltsgröße, i.d.R. verbunden mit einer größeren Kinderzahl, nimmt der Anteil der Personen, die sich gesundheitlich beeinträchtigt fühlten, ab. Bei Haushalten mit sechs und mehr Personen betrug er nur noch 5%.

Nach Familienstand betrachtet ergibt sich folgendes Bild: Von den ledigen Personen mit Angaben zu den Gesundheitsfragen waren nur 7% krank oder unfallverletzt. Dieser Familienstand darf nicht mit dem Leben in einem Einpersonenhaushalt gleichgesetzt werden, sonst wäre hier eine wesentlich höhere Krankenhäufigkeit zu erwarten. Vielmehr wirken sich hier die vergleichsweise niedrigen Werte für die sehr großen Haushalte aus. Der höchste Anteil Kranker und Unfallverletzter war bei den Verwitweten mit 25% zu finden, was mit dem relativ höheren Alter dieser Personengruppe in Verbindung zu bringen ist. Die Geschiedenen hatten eine Krankheitshäufigkeit von 17% zu verzeichnen, bei den Verheirateten (12%) entsprach sie in etwa dem allgemeinen Durchschnitt von 11%.

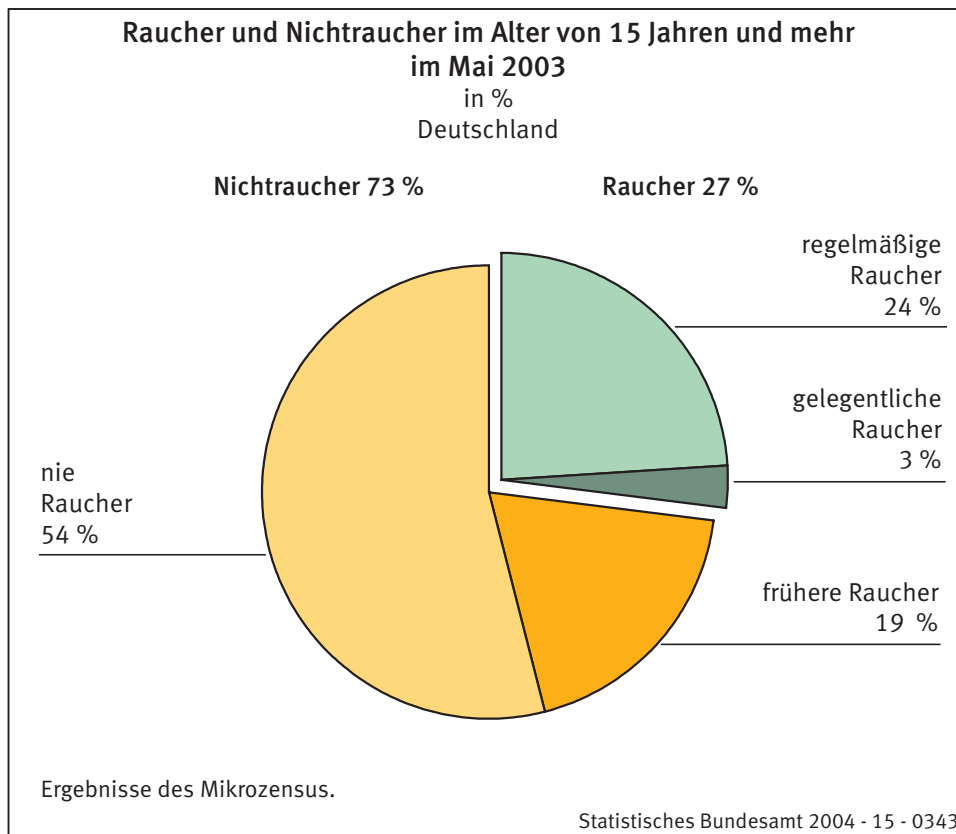
Bei den Häufigkeiten von Krankheit und Unfallverletzung werden auch regionale Unterschiede deutlich. Dabei steht Berlin mit einem Krankenanteil von 16% an der Spitze, gefolgt von Bremen mit 14%. Die niedrigsten Werte finden sich in Niedersachsen und in Sachsen-Anhalt mit jeweils 10%.

11. Rauchgewohnheiten

Die Warnungen vor den gesundheitlichen Risiken des Rauchens werden nach wie vor von vielen Bürgern ignoriert. Im Mai 2003 bekannten sich 27% der Bevölkerung im Alter von 15 und mehr Jahren, die Auskunft zu dieser Frage gaben, zum Rauchen. Das waren nur geringfügig weniger als 1999 (28%). Der überwiegende Teil (24%) bekannte sich zu regelmäßigem Tabakkonsum, Gelegenheitsraucher waren mit 3% deutlich seltener. Insgesamt betrug die Quote der Raucher bei den Männern 33%, bei den Frauen nur 22%. In jeder Altersgruppe rauchten Frauen weniger häufig als Männer.

Jede(r) Vierte über 15 Jahre raucht regelmäßig

Schaubild 53



Bei den Gelegenheitsrauchern gab es keine wesentlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede: Bei Männern und Frauen betrug der Anteil jeweils 3%. Der gelegentliche Griff zur Zigarette kommt mit zunehmendem Alter seltener vor. Während noch 4% der 15- bis unter 40-Jährigen gelegentlich rauchten, waren es bei den 40- bis unter 65-Jährigen 3% und bei den über 65-Jährigen 1%.

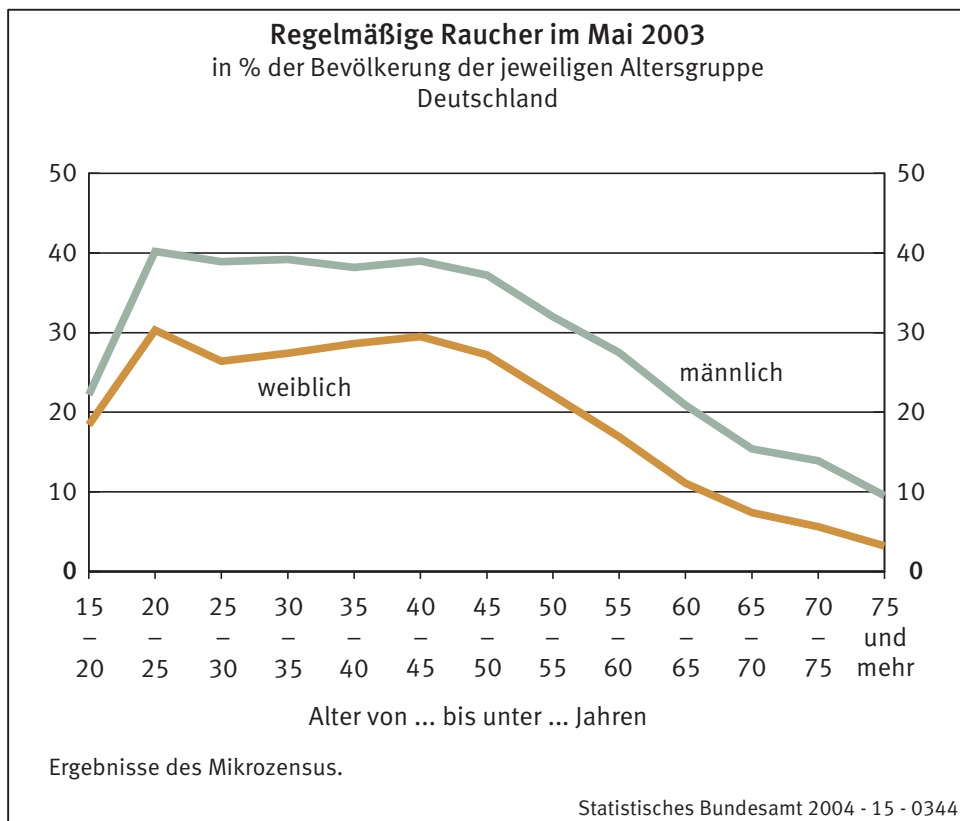
Bei den regelmäßigen Rauchern zeigen sich deutlichere Unterschiede bei der Betrachtung von Alter und Geschlecht. Insgesamt rauchten im Mai 2003 24% aller Befragten regelmäßig, 30% der Männer und 19% der Frauen. Für beide Geschlechter findet sich in der Altersgruppe der 20- bis unter 25-Jährigen der höchste Wert mit 40% bzw. 30%. Ab dem Alter von 40 Jahren an verringert sich der Anteil der regelmäßigen Raucher kontinuierlich (vgl. Schaubild 54).

Junge Menschen greifen verstärkt zur Zigarette

Für das individuelle Gesundheitsrisiko durch Rauchen ist die Menge des Tabakkonsums mit ausschlaggebend. Da Zigarren und Zigarillos nur bei 2% und Pfeifentabak bei 1% der Raucher Verwendung fanden, wurden nur die Zigarettenraucher nach der täglich durchschnittlich gerauchten Menge gefragt. Insgesamt gehörten 23% der Befragten zu den regelmäßigen Zigarettenrauchern. Von ihnen gaben mehr als drei

Viertel (76%) an, im Durchschnitt 5 bis 20 Zigaretten am Tag zu rauchen. Mehr als 20 Zigaretten am Tag rauchten 16%, letztere sind nach der Definition der Weltgesundheitsorganisation als starke Raucher einzustufen. Lediglich 8% der regelmäßigen Zigarettenraucher quantifizierten ihren Zigarettenkonsum auf unter 5 Stück pro Tag. Gegenüber 1999 ist nur der Anteil der starken Raucher rückläufig. Der Zuwachs in der Gruppe der 5 bis 20 Zigaretten Rauchenden legt nahe, dass vormals starke Raucher nunmehr „nur“ weniger rauchen.

Schaubild 54



Auch bei der täglich gerauchten Menge von Zigaretten gab es geschlechtsspezifische Unterschiede. Jeder Fünfte (20%) der regelmäßigen Zigarettenraucher war als starker Raucher einzustufen, bei den regelmäßigen Zigarettenraucherinnen war es nur jede Neunte (11%). Demgegenüber war der Anteil der Frauen, die weniger als 5 Zigaretten am Tag rauchten, mit 10% fast doppelt so hoch wie der der Männer mit 6%.

Junge Frauen beginnen früher mit dem Rauchen

Der Zeitpunkt des Rauchbeginns hat ebenfalls Einfluss auf das Gesundheitsrisiko der betroffenen Personen. Innerhalb der letzten fünfzig Jahre hat sich das „Einstiegsalter“ deutlich vermindert: bei den Männern von gut 17 Jahren auf 14,4 Jahre zum Zeitpunkt der Befragung, bei den Frauen noch dramatischer von 22 auf 14,1 Jahre.

Im Durchschnitt über alle Altersgruppen fingen Männer mit 16,3 Jahren an zu rauchen, Frauen mit 17,3 Jahren. Jüngere Personen nennen i.d.R. ein früheres „Einstiegsalter“ als die älteren. Die 15- bis unter 20-jährigen Männer gaben ihren Rauchbeginn mit 14,4 Jahren an, die gleichaltrigen Frauen mit 14,1 Jahren. Auch in der nächsten Altersgruppe, der 20- bis unter 25-Jährigen, begannen die Frauen mit durchschnittlich 14,8 Jahren früher zu rauchen als die gleichaltrigen Männer mit 15,1 Jahren. In den nachfolgenden Altersgruppen kehrt sich dieses Verhältnis um, die Männer gaben einen früheren Rauchbeginn an als die Frauen, und das Alter des Rauchbeginns verschiebt sich mehr nach oben. Zum Zeitpunkt der Befragung hatten über 65-jährige Frauen erst mit 22 Jahren angefangen zu rauchen.

Erwerbslose rauchen mehr als Erwerbstätige

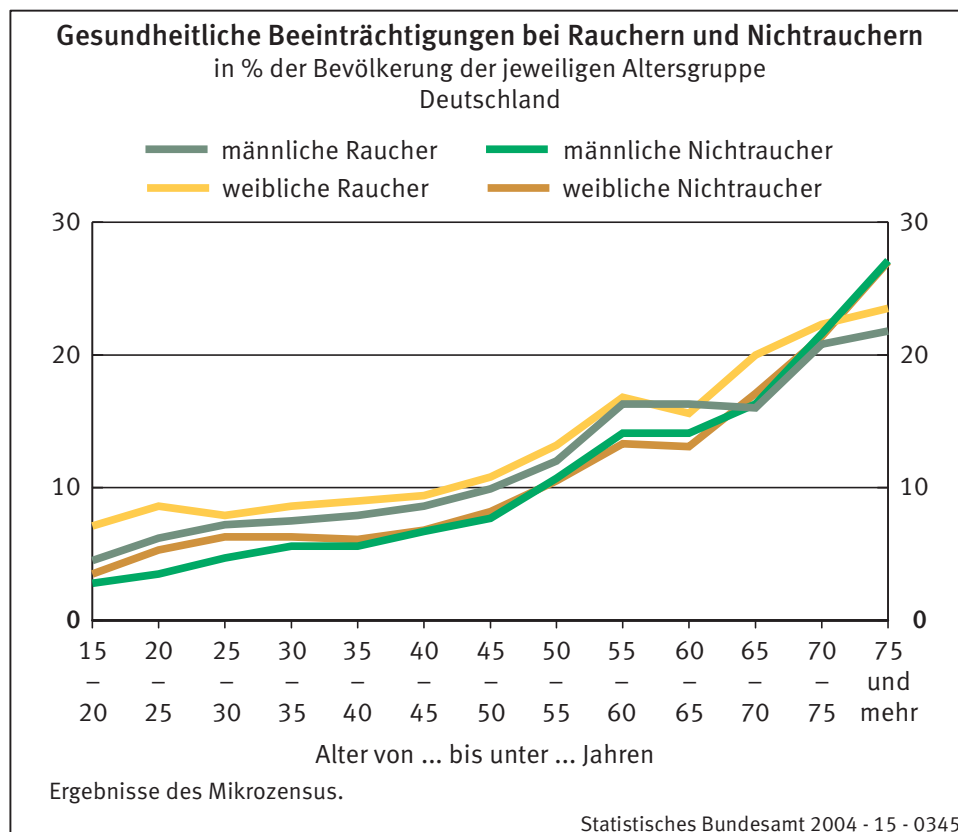
Das Rauchverhalten der Bevölkerung unterscheidet sich auch hinsichtlich ihrer Beteiligung am Erwerbsleben. Erwerbslose rauchten über alle Altersgruppen hinweg häufiger als Erwerbstätige und Nichterwerbspersonen. Dies traf sowohl für die männliche als auch für die weibliche Bevölkerung zu. In der Altersgruppe der 15- bis unter 40-jährigen Männer ist der Unterschied besonders deutlich. Hier bezeichneten sich fast zwei Drittel (61%) der Erwerbslosen als Raucher, während es bei den Erwerbstätigen weniger als die Hälfte (42%) und bei den Nichterwerbspersonen nur ein Viertel (25%) waren. Bei den Frauen in dieser Altersgruppe war der Unterschied ebenfalls deutlich, jedoch weniger stark ausgeprägt. Die Raucherquoten betragen bei den Erwerbslosen 48%, bei den Erwerbstätigen 33% und bei den Nichterwerbspersonen 23%.

Auch in Abhängigkeit vom ausgeübten Beruf wurden Unterschiede in den Rauchgewohnheiten deutlich. Am häufigsten rauchten Bergleute/Mineralgewinner mit anteilig 55%. Auch in Hoch-, Tief- und Ausbauberufen rauchte noch jeder Zweite (52%). Ein hohes Gesundheitsbewusstsein hatten demgegenüber Ärztinnen und Ärzte und Apotheker/innen (17%) sowie Lehrer/innen (18%).

Unter dem Aspekt des Familienstandes zeigt sich, dass 42% der Geschiedenen zu den Rauchern zählten. Der Anteil der Raucher unter den Ledigen betrug 35%. Verheiratete lagen mit 25% unter dem allgemeinen Durchschnitt von 27%. Der geringste Anteil von Rauchern war bei den Verwitweten mit 12% zu finden, was mit dem vergleichsweise höheren Alter und damit der höheren Nichtraucherquote dieser Personengruppe in Verbindung zu bringen ist.

In der regionalen Untergliederung zeigen sich ebenfalls Unterschiede: In den Stadtstaaten Berlin und Bremen bezeichneten sich 34% der Befragten als Raucher, in Bayern, im Saarland und in Sachsen war es nur jede(r) Vierte (25%).

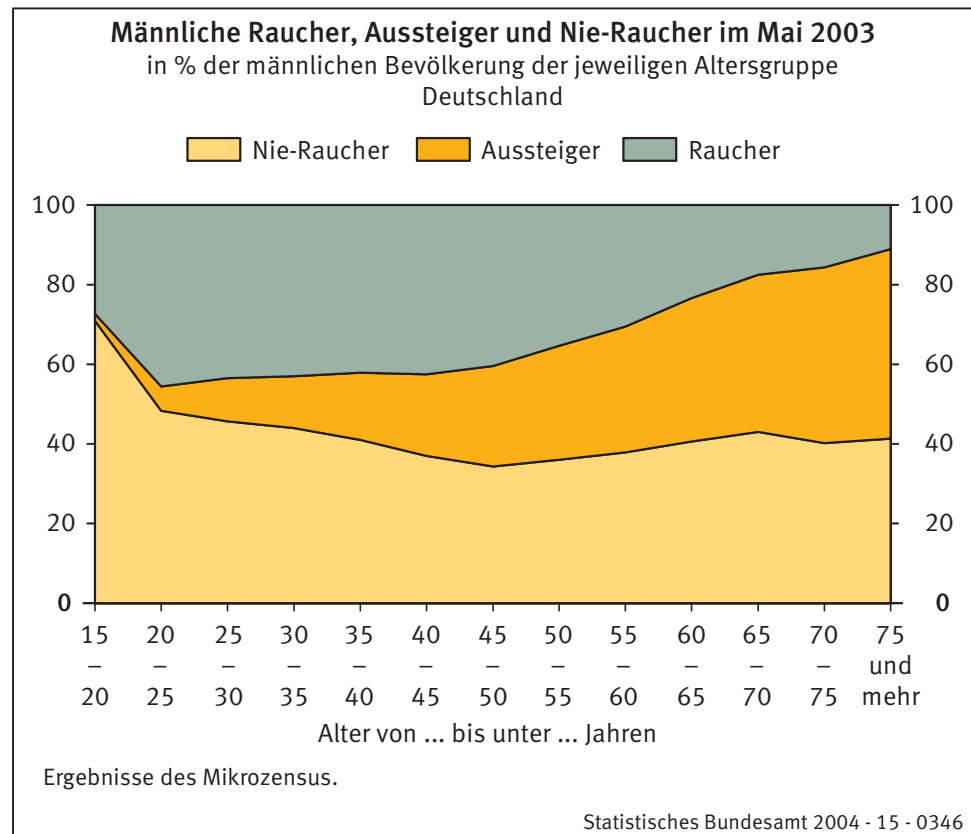
Schaubild 55



Raucher sind häufiger krank

Die Kombination der Ergebnisse aus den Fragen zum Rauchverhalten und den Fragen zum Gesundheitszustand ergibt, dass Raucher häufiger von Krankheit oder Unfallverletzung betroffen sind als Nichtraucher. Dabei haben Raucherinnen über fast alle Altersgruppen den höchsten Anteil an gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Es folgten die männlichen Raucher, die männlichen Nichtraucher fühlten sich am wenigsten krank.

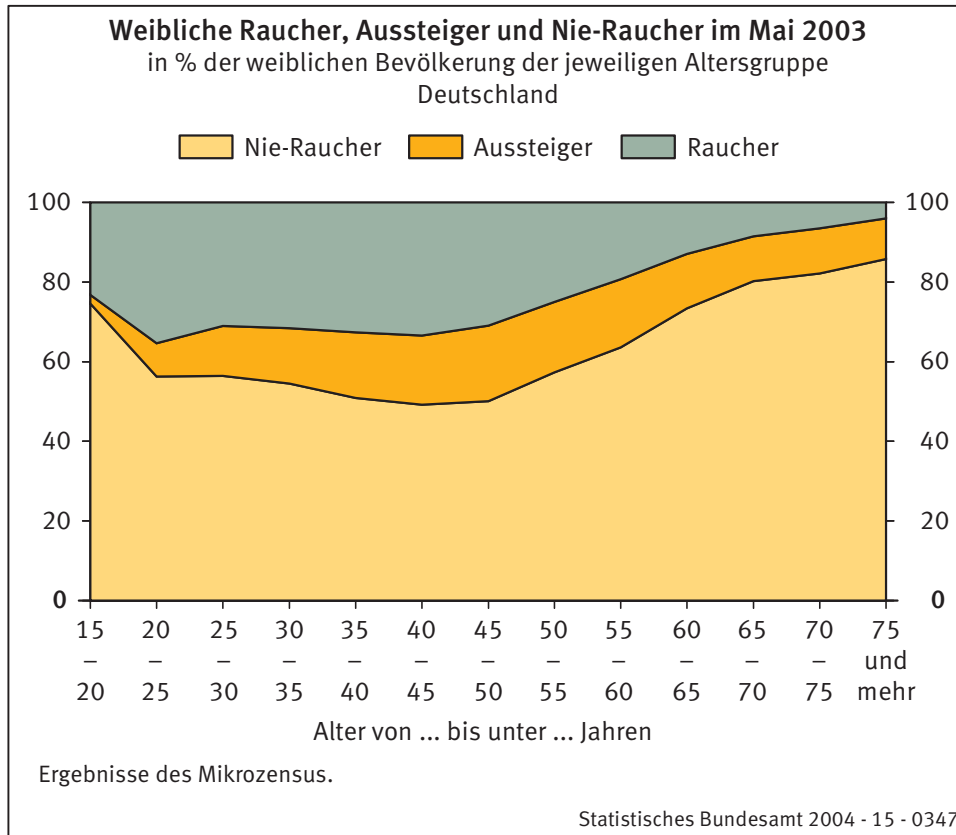
Schaubild 56 - 1



Frauen geben bis zum Alter von 35 Jahren häufiger das Rauchen auf

Die Gruppe der Nichtraucher (73%) setzt sich aus „Nie-Rauchern“ (54%) und ehemaligen Rauchern (19%) zusammen. Dabei wächst der Anteil der Nichtraucher mit zunehmendem Alter der Befragten, der niedrigste Wert ist bei den 20- bis unter 25-Jährigen zu finden. Die Ausstiegsquote insgesamt, d.h. der Anteil der ehemaligen Raucher, ist bei Männern (24%) größer als bei Frauen (13%). Die jüngeren Frauen fingen nicht nur früher mit dem Rauchen an, sie hörten auch schneller wieder auf als die gleichaltrigen Männer. So haben Frauen bis zum Alter von 35 Jahren eine höhere Ausstiegsquote zu verzeichnen als die Männer. Der Anteil der ehemaligen Raucher bei Männern ab 35 Jahren ist größer als bei Frauen ab diesem Alter. Das liegt jedoch an dem wesentlich höheren Anteil der Frauen, die nie geraucht haben – es gibt in diesem Alter nicht so viele Frauen, die mit dem Rauchen aufhören könnten.

Schaubild 56 - 2



12. Körpergröße und Gewicht – die Deutschen werden dicker !

Die Fragen nach Körpergröße und -gewicht wurden 1999 neu in das Programm des Mikrozensus aufgenommen und im Jahr 2003 zum zweiten Mal gestellt.

Durch die Kombination der beiden Merkmale lassen sich wichtige Erkenntnisse zur Verbreitung von Übergewicht gewinnen. Übergewicht ist eine der häufigsten durch Ernährung mit bedingten Gesundheitsstörungen. Ein zu hohes Gewicht in Kombination mit weiteren Risikofaktoren wie Rauchen, hohem Blutdruck oder Bewegungsmangel lässt das Risiko von Herzkrankheiten, Schlaganfall oder Diabetes deutlich ansteigen¹. Im Folgenden werden die Ergebnisse zu den Körpermaßen für die erwachsene Bevölkerung betrachtet.

Im Mai 2003 waren erwachsene Männer im Durchschnitt 1,77 m groß und 81,8 kg schwer. Frauen waren 1,65 m groß und 67,3 kg schwer. Damit hatten Männer seit 1999 bei konstanter Durchschnittsgröße um 1 kg „zugelegt“, bei den Frauen waren es 0,6 kg.

Die junge Generation ist im Durchschnitt größer als die ältere. Während 18- bis unter 20-jährige Männer im Mai 2003 im Durchschnitt 1,80 m und Frauen 1,67 m groß waren, lagen die Werte bei den über 75-Jährigen bei 1,72 m bzw. 1,61 m. Das liegt zum einen an dem mit dem Alterungsprozess verbundenen natürlichen Verlust von einigen Zentimetern Körpergröße. Zum anderen spiegeln sich darin Ernährungssituation und Lebensumstände, insbesondere in Kindheit und Jugend, wider.

Das durchschnittliche Körpergewicht nach Alter zeigt einen z.T. umgekehrten Verlauf. Junge Erwachsene sind im Durchschnitt leichter als ältere. Während Männer im Alter von 45 bis unter 50 Jahren ihr höchstes durchschnittliches Körpergewicht (84,2 kg) erreichten, trat das bei Frauen erst im Alter von 65 bis unter 70 Jahren (71,2 kg) auf.

Die Bestimmung des Übergewichts erfolgt mit Hilfe des so genannten Body-Mass-Index (BMI) (vgl. „Größe und Gewicht“ im Glossar). Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem BMI über 25 als übergewichtig, mit einem Wert über 30 als stark übergewichtig ein. Übergewicht an sich ist zunächst nicht als Krankheit anzusehen. Wenn es jedoch ein bestimmtes Maß (BMI größer 30) übersteigt, wird es als Adipositas bezeichnet und als Krankheit eingestuft.

Körpermaße

Bei den Fragen zu den Körpermaßen ist zu beachten, dass die Daten erfragt und nicht gemessen wurden. Eine frühere Untersuchung (siehe BERGMANN, E., u.a. „Verbreitung von Übergewicht in der Bundesrepublik Deutschland“ in : Tätigkeitsbericht des Bundesgesundheitsamtes 1990, S. 221 ff.) hat gezeigt, dass das Körpergewicht sowohl bei Frauen als auch bei Männern systematisch um etwa 2 bis 3 kg unterschätzt wird, die Größe hingegen wird um bis 2 cm überschätzt. Die Ergebnisse zum Übergewicht sind somit eher als Untergrenze des „wahren“ Wertes zu sehen.

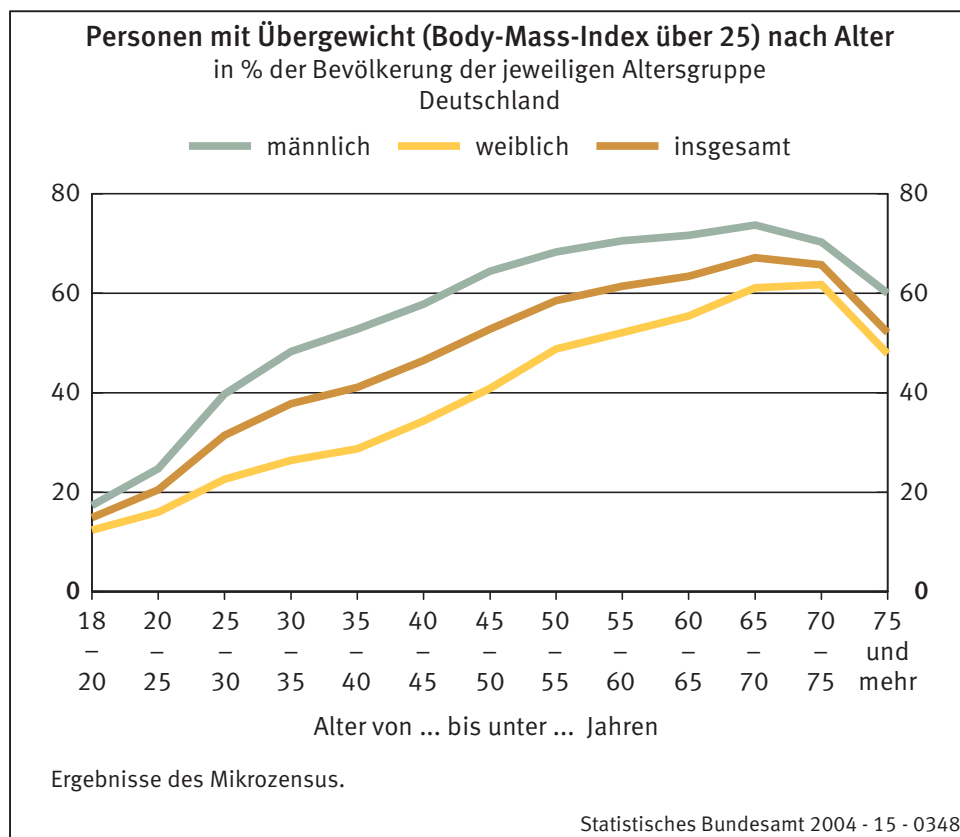
Nach dieser Einteilung war im Mai 2003 fast jeder zweite Erwachsene übergewichtig (49%), ein Prozentpunkt mehr als 1999. Starkes Übergewicht hatten sogar 13% der Bevölkerung, die die Fragen zu Größe und Gewicht beantwortet hatten. In allen Altersgruppen waren Männer häufiger übergewichtig als Frauen. Insgesamt waren 58% der Männer, jedoch nur 41% der Frauen übergewichtig. Starkes Übergewicht lag bei 14% der Männer und bei 12% der Frauen vor.

**Jede(r) Zweite
übergewichtig**

¹ Robert Koch-Institut (2003), Übergewicht und Adipositas, Heft 16, Gesundheitsberichterstattung des Bundes, S. 7ff.

Übergewicht ist bereits bei jungen Erwachsenen weit verbreitet und nimmt mit zunehmendem Alter epidemische Ausmaße an. Bereits bei den 20- bis unter 25-Jährigen war jeder vierte Mann (25%) und jede sechste Frau (16%) übergewichtig. Bei den 65- bis unter 70-jährigen Männern mit fast drei Vierteln (74%) und bei den 70- bis unter 75-jährigen Frauen mit knapp zwei Dritteln (62%) erreichten die Fälle von Übergewicht ihre Spitzenwerte. In der Altersgruppe der 65- bis unter 70-Jährigen sind für beide Geschlechter mit jeweils 20% die meisten stark Übergewichtigen zu finden.

Schaubild 57



Untergewicht, d.h. ein BMI von weniger als 18,5, ist in Deutschland weitaus weniger verbreitet als Übergewicht. Gleichwohl gehen auch davon erhebliche gesundheitliche Gefährdungen aus. Frauen waren im Mai 2003 wesentlich häufiger (4%) von Untergewicht betroffen als Männer (1%). Junge Frauen im Alter von 18 und 19 Jahren waren sogar zu 13% untergewichtig.

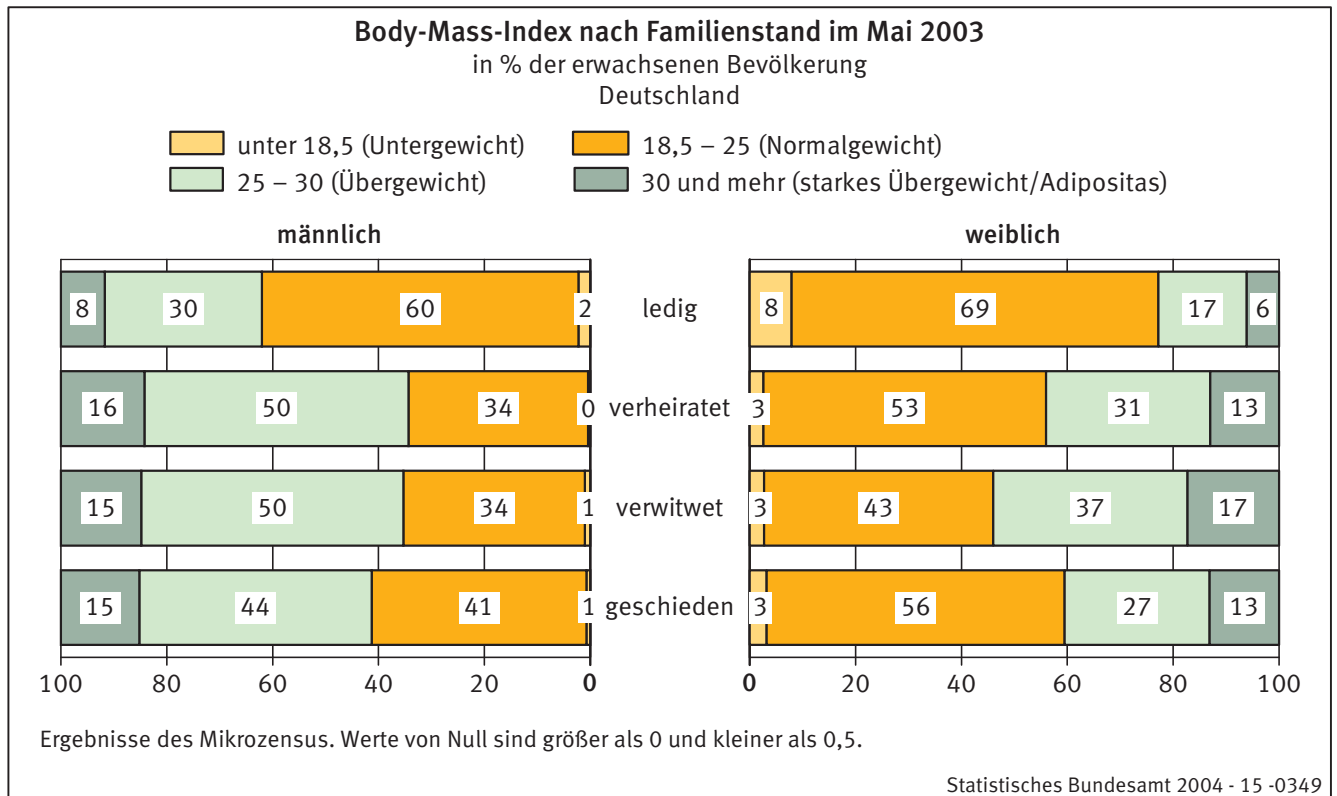
Aus den Ergebnissen des Mikrozensus 2003 geht damit auch hervor, dass nur gut die Hälfte der Frauen (55%) und 41% der Männer „normalgewichtig“ waren. Im Vergleich zum Bundesgesundheitsurvey 1998, dessen Ergebnisse zu den Körpermaßen durch eine Untersuchung der Surveyteilnehmer festgestellt wurden, weisen die Befragungsergebnisse der Mikrozensus 1999 und 2003 deutlich günstigere Werte für die Normalgewichtigkeit der deutschen Bevölkerung aus.

Ledige am seltensten übergewichtig

Auch die Verteilung von Unter-, Normal- und Übergewicht nach dem Familienstand zeigt starke geschlechtsspezifische Unterschiede. Verheiratete und verwitwete Männer sind zu zwei Dritteln (66% bzw. 65%) übergewichtig. Ledige Männer haben nur 38% Übergewichtige zu verzeichnen.

Auch bei den Frauen sind Verwitwete überdurchschnittlich von Übergewicht betroffen (54%), gefolgt von den Verheirateten mit 44%. Ebenso wie bei den Männern ist der Anteil der Übergewichtigen bei ledigen Frauen am geringsten (23%). In dieser Gruppe ist mit 8% ein bemerkenswerter Anteil an Untergewichtigen zu finden.

Schaubild 58



Die Verbreitung von Übergewicht unterscheidet sich darüber hinaus in regionaler Hinsicht: In den Stadtstaaten Hamburg und Berlin war mit 42% und 43% der Anteil der Übergewichtigen am geringsten. In Sachsen-Anhalt und Thüringen mit 54% sowie in Mecklenburg-Vorpommern mit 56% waren die meisten Übergewichtigen zu finden.

Auch die Beteiligung am Erwerbsleben scheint Einfluss auf das Körpergewicht zu haben. Erwerbstätige wiesen mit 45% einen geringeren Anteil an Übergewichtigen auf als Erwerbslose (51%) und Nichterwerbspersonen (55%). Die geschlechtsspezifischen Unterschiede, die in der Gesamtbevölkerung sichtbar wurden, zeigen sich auch hier. Erwerbstätige Frauen haben nur zu 32% Übergewicht, bei den Männern beträgt der Anteil 55%.

Auch in Abhängigkeit vom ausgeübten Beruf wurden Unterschiede in der Verbreitung von Übergewicht deutlich. Bergleute/Mineralgewinner waren zu über zwei Drittel (69%) übergewichtig. Auch in der Metallherstellung und -bearbeitung gab es noch 61% übergewichtige Personen. Von Sprechstundenhilfen und med.-techn. Assistenten hatte nur jede(r) Vierte (23%) Übergewicht.

Die Kombination der Ergebnisse aus den Fragen zu den Körpermaßen und den Fragen zum Gesundheitszustand ergibt, dass Kranke und Unfallverletzte häufiger übergewichtig sind als Nichtkranke.

Ein weiterer Zusammenhang ist zwischen Übergewicht und Rauchverhalten der Befragten festzustellen. Sowohl bei Männern als auch bei Frauen waren ehemalige Raucher deutlich häufiger übergewichtig als aktive Raucher. Bei den ehemals rauchenden Männern hatten 70% einen BMI von mehr als 25, der Anteil bei den aktiven Rauchern betrug 51% und bei denen, die nie geraucht hatten, 55%. Ex-Raucherinnen waren zu 43% übergewichtig, Raucherinnen zu 32% und Nie-Raucherinnen zu 44%.

Verstärkt Übergewicht bei ehemaligen Rauchern

Was beschreibt der Mikrozensus?

Anhang A

Der Mikrozensus ist die amtliche Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt in Deutschland. Er liefert statistische Informationen u.a. über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, den Haushalts- und Familienzusammenhang, den Arbeitsmarkt, die Aus- und Fortbildung, die Wohnverhältnisse und die Gesundheit der Bevölkerung. Die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Europäischen Union (Arbeitskräfteerhebung der EU) ist in den Mikrozensus integriert.

Die Mikrozensusergebnisse gehen ein in Regierungsberichte, in das Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, bilden die Grundlage für die laufende Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, den jährlichen Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung und vieles andere mehr. Die Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung werden unter anderem herangezogen für die Verteilung der Mittel aus den Regional- und Sozialfonds der Europäischen Union.

Wie wird der Mikrozensus erhoben?

Der Mikrozensus ist eine dezentrale Statistik, d.h. seine organisatorische und technische Vorbereitung erfolgt beim Statistischen Bundesamt, die Durchführung der Befragung und die Aufbereitung der Daten obliegt den Statistischen Landesämtern. Rechtsgrundlage des Mikrozensus ist das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz – MZG) vom 17. Januar 1996 (BGBl. I S. 34). Einmal jährlich werden 1% aller Haushalte in Deutschland, das sind insgesamt rund 390 000 Haushalte mit 830 000 Personen befragt; darunter etwa 150 000 Personen in rund 72 000 Haushalten in den neuen Ländern und Berlin-Ost. Damit ist der Mikrozensus die größte jährliche Haushaltsbefragung in Europa. Im früheren Bundesgebiet gibt es ihn bereits seit 1957, in den neuen Ländern und Berlin-Ost seit 1991.

Der Mikrozensus ist eine Zufallsstichprobe, bei der alle Haushalte die gleiche Auswahlwahrscheinlichkeit haben. Dazu werden aus dem Bundesgebiet Flächen (Auswahlbezirke) ausgewählt, in denen alle Haushalte und Personen befragt werden. Im Mikrozensus wird jährlich ein Viertel aller in der Stichprobe enthaltenen Haushalte (bzw. Auswahlbezirke) ausgetauscht. Folglich bleibt jeder Haushalt vier Jahre in der Stichprobe (Verfahren der partiellen Rotation).

Das Frageprogramm des Mikrozensus besteht aus einem festen Grund- und Ergänzungsprogramm mit jährlich wiederkehrenden Tatbeständen, das überwiegend mit Auskunftspflicht belegt ist. Darüber hinaus gibt es in vierjährigem Rhythmus Zusatzprogramme (u.a. zur Wohnsituation, Gesundheit und Altersvorsorge der Bevölkerung), die teilweise von der Auskunftspflicht befreit sind. Der Mikrozensus ist überwiegend eine persönliche Befragung aller Personen im Haushalt durch Interviewer. Allerdings steht den Befragten auch offen, die Auskünfte schriftlich zu erteilen. Fremdauskünfte für andere Haushaltsmitglieder sind unter bestimmten Voraussetzungen zulässig. Die Angaben – insbesondere zur Erwerbstätigkeit – beziehen sich jeweils auf eine festgelegte Berichtswoche. In der Regel ist dies die letzte feiertagsfreie Woche im April (Berichtswochenkonzept).

Wann werden die Mikrozensusergebnisse veröffentlicht?

Erste Bundesergebnisse des Mikrozensus werden üblicherweise ein Jahr nach der Erhebung als Online-Produkte im Statistik-Shop und in den verschiedenen Fachserien und Querschnittsveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes veröf-

fentlicht. Zu aktuellen Themen werden Ergebnisse in einer Pressekonferenz und Pressemitteilungen bekannt gegeben. Die Pressemitteilungen sind im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes abrufbar. Neben Bundesergebnissen sind auch vielfältige Ergebnisse für die Länder verfügbar, die von den jeweiligen Statistischen Landesämtern veröffentlicht werden.

Wie genau ist der Mikrozensus?

Die Antwortquote im Mikrozensus beträgt regelmäßig 97%; 3% der zu befragenden Haushalte fallen aus, überwiegend weil sie nicht erreichbar sind. Diese so genannten „bekannten Ausfälle“ werden im Mikrozensus durch ein besonderes Verfahren ausgeglichen (Kompensationsverfahren). Bei Fragen mit freiwilliger Auskunftserteilung sind die „Ohne-Angabe“-Quoten je nach Merkmal sehr unterschiedlich.

Auf Grund des Stichprobencharakters des Mikrozensus ist ein Stichprobenfehler zu berücksichtigen. Für hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000, d.h. für weniger als 50 Fälle in der Stichprobe, geht der einfache relative Standardfehler über 15% hinaus. Solche Ergebnisse haben nur noch einen geringen Aussagewert und sollten deshalb für Vergleiche nicht mehr herangezogen werden. Hochgerechnete Besetzungszahlen unter 5 000 werden demzufolge in den Veröffentlichungen des Mikrozensus nicht nachgewiesen. Als Querschnittserhebung liefert der Mikrozensus eine „Momentaufnahme“ der Verhältnisse in der Berichtswoche (i.d.R. Ende April). Abweichungen zu den Ergebnissen anderer Quellen der amtlichen Statistik (z.B. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Bevölkerungsstatistik) beruhen auf methodischen und konzeptionellen Unterschieden, die z.B. den Berichtszeitraum (feste Berichtswoche gegenüber Jahresdurchschnitt), den Berichtsweg (Haushaltsbefragung gegenüber Betriebsmeldungen) und die Abgrenzung der Erhebungseinheiten (arbeitsort- gegenüber wohnortbezogen) betreffen.

Weiterführende Informationen

Mikrozensus-Infoteam

Telefon (0 18 88) 6 44 - 89 55

E-Mail mikrozensus@destatis.de

Internet

- http://www.destatis.de/themen/d/thm_mikrozen.htm
- <http://www.destatis.de/shop>
- <https://www.genesis.destatis.de/genesis/online/logon>
Genesis-Online (Statistisches Informationssystem)

Glossar

Anhang B

Abhängig Erwerbstätige

s. Beamt(e)/innen, Angestellte, Arbeiter/innen und Auszubildende.

Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule

Der Abschluss beinhaltet das Studium an einer Verwaltungsfachhochschule zwecks Ausbildung von Nachwuchskräften für den gehobenen nicht technischen Dienst des Bundes und der Länder.

Aktiv Erwerbstätige

Zu den aktiv Erwerbstätigen zählen alle Erwerbstätigen, die in der Berichtswoche gearbeitet haben. In der Berichtswoche vorübergehend Beurlaubte (z.B. wegen Urlaub (auch Sonderurlaub) oder Elternzeit) zählen dagegen nicht zu den aktiv Erwerbstätigen.

Allein Erziehende

Allein Erziehende sind Väter und Mütter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/in mit ihren minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammen leben. Nach dem hier verwendeten Konzept der Lebensformen werden allein Erziehende im engen Sinn definiert, d.h. als allein Erziehende ohne Lebenspartner/in im Haushalt. Elternteile mit Lebenspartner/in im Haushalt zählen zu den Lebensgemeinschaften mit Kindern.

Allein Lebende

Alle Personen am Hauptwohnsitz, die allein wohnen und wirtschaften, gehören zu den allein Lebenden.

Alter

Die Darstellung von Ergebnissen nach Altersgruppen erfolgt nach der so genannten Altersjahrmethode. Die Angaben beziehen sich auf den Erhebungszeitpunkt, der in der Regel in der letzten feiertagsfreien Woche im April liegt.

Angestellte

Angestellte sind alle nichtbeamteten Gehaltsempfänger. Sie arbeiten überwiegend in kaufmännischen, technischen und Verwaltungsberufen. Leitende Angestellte ohne Miteigentümerschaft, in das Angestelltenverhältnis übernommene Meister (trotz Zahlung von Beiträgen zur Rentenversicherung der Arbeiter), Gemeindegewerbetätigen, Nonnen und andere in ihren kirchlichen Häusern Tätige zählen zu den Angestellten.

Arbeiter/innen

Als Arbeiter/in gelten alle Lohnempfänger, unabhängig von der Lohnzahlungs- und Lohnabrechnungsperiode. Ebenfalls zu den Arbeiter(n)/innen rechnen die Heimarbeiter/innen und Hausgehilf(en)/innen.

Arbeit zu Hause

Diese Thematik wurde mit dem Mikrozensus 1996 erstmals erfragt. Erwerbstätige arbeiten zu Hause, wenn sie ihren Beruf ausschließlich oder teilweise zu Hause ausüben, wie etwa Telearbeiter, Handelsreisende, die ein auswärtiges Kundengespräch vorbereiten und Lehrer, die zu Hause Unterrichtsstunden vorbereiten und Klassenarbeiten korrigieren. Arbeit zu Hause liegt nicht vor, wenn Arbeitnehmer/-innen unter Zeitdruck oder aus persönlichem Interesse in ihrer Freizeit unentgeltlich arbeiten. Auch Ärzte/Ärztinnen oder Steuerberater/-innen üben keine Heimarbeit aus, wenn ihre Praxis oder ihr Büro an den Wohnraum angrenzt und mit einem separaten Eingang versehen ist. Die Antwortkategorie „hauptsächlich“ bedeutet, dass im Zeitraum

Februar bis April an mindestens der Hälfte aller Arbeitstage zu Hause gearbeitet wurde. „Manchmal“ bedeutet, dass von Februar bis April mindestens einmal, aber an weniger als der Hälfte aller Arbeitstage zu Hause gearbeitet wurde.

Art der Behandlung

Eine ambulante ärztliche Behandlung kann durch einen niedergelassenen Allgemein- oder Gebietsarzt oder in der Ambulanz (Poliklinik) eines Krankenhauses vorgenommen werden.

Eine stationäre Krankenhausbehandlung liegt vor, sofern der/die Befragte mindestens eine Nacht in ein Krankenhaus aufgenommen und dort gepflegt, ärztlich behandelt oder auf sonstige Art medizinisch oder pflegerisch betreut wurde. Dabei zählen Einrichtungen, in denen lediglich eine Überwachung ohne regelmäßige ärztliche Behandlung stattfindet (z.B. Anstalten zur Unterbringung Gebrechlicher oder Erholungsbedürftiger, Altersheime, Pflegeheime) nicht zu den Krankenhäusern.

Bei gleichzeitiger stationärer und ambulanter Behandlung im Krankenhaus gilt die stationäre Behandlung vorrangig.

Art des Unfalls

Als Arbeits- oder Dienstanfall gelten Unfälle, die Erwerbstätigen bei der Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit (am Arbeitsplatz) zugestoßen sind. Unfälle auf dem Weg von und zur Arbeit (Wegeunfälle) gehören dagegen zu den Verkehrsunfällen.

Verkehrsunfälle sind Unfälle im öffentlichen Verkehr und auf privaten Verkehrswegen. Dazu zählen alle Wegeunfälle, d.h. auch solche von Fußgängern ohne Beteiligung eines Fahrzeuges. Erfolgt der Verkehrsunfall in der Ausübung der Arbeit (z.B. bei Busfahrern) so ist „Arbeits-/Dienstanfall“ einzutragen.

Zu den häuslichen Unfällen gehören die Unfälle im häuslichen Bereich (einschl. Zugang, Hoffläche, Hausgarten, Garage), die sich bei hauswirtschaftlicher oder sonstiger Tätigkeit ereignen. Auszugrenzen sind Arbeitsunfälle im häuslichen Bereich (z.B. von Elektrikern, Briefträgern oder hauswirtschaftlich Bediensteten); Unfälle von Hausfrauen bei ihrer Tätigkeit sind hingegen häusliche Unfälle.

Die Kategorie „sonstiger Unfall (einschl. Schulunfall)“ umfasst alle sonst nicht zuzuordnenden Fälle. Hierzu zählen auch Unfälle, die sich bei einer schulischen Veranstaltung außerhalb des Schulgeländes ereignen, nicht aber Unfälle auf dem Schulweg, die als Wegeunfälle den Verkehrsunfällen zuzurechnen sind.

Ausländer/innen

Ausländer/innen sind Personen, die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Abs. 1 des Grundgesetzes sind. Dazu zählen auch die Staatenlosen und Personen mit „ungeklärter“ Staatsangehörigkeit. Angaben über Ausländer/innen in den neuen Ländern und Berlin-Ost werden wegen der geringen Besetzungszahlen in den Tabellen und des dadurch bedingten größeren Stichprobenfehlers im Allgemeinen nicht nachgewiesen.

Auszubildende

Auszubildende in anerkannten Ausbildungsberufen sind Personen, die in praktischer Berufsausbildung stehen (einschl. Praktikanten und Volontäre). Normalerweise münden kaufmännische und technische Ausbildungsberufe in einen Angestelltenberuf, gewerbliche Ausbildungsberufe in einen Arbeiterberuf ein. Die Auszubildenden sind, sofern nicht gesondert nachgewiesen, in den Zahlen der Angestellten bzw. Arbeiter/innen enthalten.

Beamt(e)/innen

Beamt(e)/innen sind Personen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis des Bundes, der Länder, der Gemeinden und sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts (einschl. der Beamtenanwärter/innen und der Beamt(en)/innen im Vorbereitungsdienst), Richter/innen und Soldat(en)/innen (einschl. Wehrpflichtige).

Beruf

Grundlage der Zuordnung zu Berufen im Rahmen des Mikrozensus 2003 ist die „Klassifizierung der Berufe (Ausgabe 1992)“.

Beruflicher Ausbildungsabschluss

Personen über 50 Jahre ist die Beantwortung freigestellt.

Berufliches Praktikum und Anlernausbildung

Als berufliches Praktikum gilt eine mindestens einjährige (früher sechsmonatige) praktische Ausbildung im Betrieb (z.B. Technisches Praktikum).

Berufliche Weiterbildung

Sie hat zum Ziel, berufliche Kenntnisse und Fertigkeiten aufrecht zu erhalten und zu erweitern, der technischen Entwicklung anzupassen, sich in neue berufliche Aufgaben einzuarbeiten oder einen beruflichen Aufstieg oder Arbeitsplatzwechsel zu ermöglichen. Die berufliche Weiterbildung umfasst auch die berufliche Umschulung. Eine Umschulungsmaßnahme kann auch eine weitere Lehrausbildung sein.

Berufswechsel

Der Berufswechsel knüpft an die gegenwärtige Tätigkeit (und nicht an die Berufsbezeichnung) an. Auch Berufswechsel innerhalb des Betriebes sowie Berufswechsel ohne Umschulung oder Weiterbildung sind anzugeben.

Betriebswechsel

Hierzu zählt auch ein Wechsel zwischen Betrieben eines Unternehmens.

Bevölkerung

Für die Darstellung von Ergebnissen des Mikrozensus auf Individualebene – ohne Bezug zum Haushalts- und Lebensformkontext – wird die „Bevölkerung am Ort der alleinigen bzw. Hauptwohnung“ zu Grunde gelegt. Zur „Bevölkerung“ gehören nach diesem Bevölkerungsbegriff alle Personen mit nur einer Wohnung sowie Personen mit mehreren Wohnungen am Ort ihrer Hauptwohnung. Dies ist die vorwiegend genutzte Wohnung einer Person. Aus melderechtlichen Gründen werden Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung zugeordnet. Entsprechend wird bei Patienten in Krankenhäusern sowie bei Personen in Untersuchungshaft verfahren. Berufssoldat(en)/innen, Soldat(en)/innen auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften werden ebenso wie die Strafgefangenen sowie alle Dauerinsassen von Gemeinschaftsunterkünften und das in diesen Unterkünften wohnende Personal sowohl in den Gemeinden, die diese Unterkünfte beherbergen, als auch in den Gemeinden, in denen sie evtl. einen weiteren Wohnsitz haben, erfasst. Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen werden grundsätzlich nicht statistisch ermittelt.

Bevölkerung in Privathaushalten

Für die Darstellung der Haushalte und ihrer Struktur wird die Bevölkerung in Privathaushalten zu Grunde gelegt. Hierzu zählen alle Personen, die allein oder zusammen mit anderen eine wirtschaftliche Einheit (Privathaushalt) bilden. Sie werden auch als Haushaltsmitglieder bezeichnet. Die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften wird nicht berücksichtigt, wohl aber Privathaushalte im Bereich von Gemeinschaftsunterkünften. Da eine Person in mehreren Privathaushalten wohnberechtigt sein kann, sind Mehrfachzählungen möglich. So ist z.B. die abwesende Bezugsperson des Haushalts, die in einer anderen Gemeinde arbeitet und dort als Untermieter eine zweite Wohnung hat, Angehöriger von zwei Haushalten. Einmal zählt sie zum Haushalt ihrer Familie, zum anderen bildet sie als Untermieter einen Einpersonenhaushalt.

Diese Regelung ist im Hinblick auf Fragestellungen der Infrastrukturplanung dadurch gerechtfertigt, dass Haushalte an jedem Wohnsitz entsprechenden Wohnraum in Anspruch nehmen und die Einrichtungen der jeweiligen Gemeinde benutzen.

Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)

Grundlage für die Darstellung von Ergebnissen des Mikrozensus im Lebensformkontext, d.h. insbesondere unter Berücksichtigung von Lebensgemeinschaften, ist die sog. „Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)“. Diese wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet und ist zahlenmäßig geringer als diese. Personen mit mehreren Wohnsitzen (Haupt- und einer oder mehrere Nebenwohnsitze) werden – im Gegensatz zur Bevölkerung in Privathaushalten – nur einmal erfasst. Zur „Bevölkerung (Konzept der Lebensformen)“ zählen – unabhängig vom eigenen Aufenthaltsort zum Zeitpunkt der Befragung (Haupt- oder Nebenwohnsitz) – alle Mitglieder einer Lebensform (z.B. nichteheliche Lebensgemeinschaft mit Kindern), deren Bezugsperson (z.B. Lebenspartner) am Ort der Hauptwohnung lebt. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, Mehrfachzählungen von Personen mit mehreren Wohnsitzen zu vermeiden und gleichzeitig die betrachtete Lebensform als eine geschlossene zusammengehörige Einheit abzubilden, auch wenn einzelne Mitglieder zeitweilig abwesend sind.

Bevölkerung (Traditionelles Familienkonzept)

Grundlage für die Darstellung von Ergebnissen des Mikrozensus nach dem traditionellen Familienkonzept, d.h. ohne Berücksichtigung von Lebensgemeinschaften, ist die sog. „Bevölkerung (Traditionelles Familienkonzept)“. Diese wird von der Bevölkerung in Privathaushalten abgeleitet und ist zahlenmäßig geringer als diese. Personen mit mehreren Wohnsitzen (Haupt- und ein oder mehrere Nebenwohnsitze) werden - im Gegensatz zur Bevölkerung in Privathaushalten - nur einmal erfasst. Zur „Bevölkerung (Traditionelles Familienkonzept)“ zählen alle Mitglieder einer Familie, deren Bezugsperson (s. Bezugsperson der Familie) am Ort der Hauptwohnung lebt. Zur ihr zählen ferner alle ledigen, verheiratet getrennt lebenden, verwitweten und geschiedenen Personen ohne Kinder, die am Hauptwohnsitz leben. Diese Vorgehensweise ermöglicht es, Mehrfachzählungen von Personen mit mehreren Wohnsitzen zu vermeiden und gleichzeitig Familien als eine geschlossene zusammengehörige Einheit abzubilden, auch wenn einzelne Mitglieder zeitweilig abwesend sind.

Bezugsperson der Familie

Um die Familien statistisch auswerten und darstellen zu können, verwendet der Mikrozensus eine Bezugsperson der Familie. Das ist bei Ehepaaren der Ehemann und bei allein Erziehenden mit Kindern der Elternteil. Die Erhebungsmerkmale dieser Person (z.B. Alter, Familienstand, Stellung im Beruf) werden dann – stellvertretend für die gesamte Einheit „Familie“ – in der Statistik nachgewiesen. Personen unter 15 Jahren sind als Bezugspersonen einer Familie ausgeschlossen.

Bezugsperson der Lebensform

Um die Lebensformen statistisch auswerten und darstellen zu können, verwendet der Mikrozensus eine Bezugsperson der Lebensform. Das ist bei Ehepaaren der Ehemann, bei allein Lebenden und Lebensgemeinschaften die Bezugsperson des Haushalts, bei allein Erziehenden mit Kindern der Elternteil und bei ohne Kinder und ohne Lebenspartner/in lebenden Personen die Person selbst. Die Erhebungsmerkmale dieser Person (z.B. Alter, Familienstand, Stellung im Beruf) werden dann – stellvertretend für die Lebensform – in der Statistik nachgewiesen. Personen unter 15 Jahren sind als Bezugsperson einer Lebensform ausgeschlossen.

Bezugsperson des Haushalts

Um die Haushalte statistisch auswerten und darstellen zu können, verwendet der Mikrozensus eine Haushaltsbezugsperson. Das ist die erste im Erhebungsbogen ein-

getragene Person. Die Erhebungsmerkmale dieser Person (z.B. Alter, Familienstand, Stellung im Beruf) werden dann – stellvertretend für die gesamte Einheit „Haushalt“ – in der Statistik nachgewiesen. Personen unter 15 Jahren sind als Bezugsperson eines Haushalts ausgeschlossen. Die Reihenfolge im Erhebungsbogen ist: Ehegatten, Kinder, Verwandte, Familienfremde.

Dauer der Krankheit/Unfallverletzung

Hier ist die Gesamtdauer der Krankheit/Unfallverletzung angegeben, einschließlich der Zeit, die außerhalb des Berichtszeitraumes liegt. Dauert die Krankheit am Befragungstag noch an, so gilt der Zeitraum bis zu diesem Stichtag.

Ehedauer

Die Beantwortung zum Eheschließungsjahr ist im Mikrozensus freiwillig. Da das genaue Datum der Eheschließung nicht erfragt wird, kann die Ehedauer nicht genau bestimmt werden. So sind z.B. mit Blick auf die aktuelle Erhebung (Mai 2003) bei der Ehedauer von unter fünf Jahren die in der Zeit vom 1.1.1999 bis zum Zeitpunkt der Erhebung geschlossenen Ehen, jedoch keine Ehen aus dem Jahr 1998 berücksichtigt. Für verheiratet Zusammenlebende mit Angaben zum Eheschließungsjahr wird die Ehedauer als Differenz zwischen dem Erhebungsjahr (z.B. 2003) und dem Eheschließungsjahr (z.B. 1999) ermittelt.

Ehepaare

Zu den Ehepaaren gehören laut Definition des Mikrozensus nur verheiratet zusammen lebende Personen. Hält sich ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Erhebung zeitweilig oder dauerhaft außerhalb des befragten Haushalts auf und erteilt der befragte Ehegatte für ihn keinerlei Angaben, so gilt das Ehepaar zwar als verheiratet, aber getrennt lebend.

Eltern-Kind-Gemeinschaften

Zu den Eltern-Kind-Gemeinschaften zählen im Mikrozensus Ehepaare, Lebensgemeinschaften und allein erziehende Mütter und Väter, die gemeinsam mit ihren Kindern in einem Haushalt leben.

Erwerbslose

Entsprechend den Festlegungen der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labour Organization – ILO) gelten Personen ab 15 Jahren als erwerbslos, wenn sie in der Berichtswoche nicht in einem entlohnten Beschäftigungsverhältnis standen bzw. nicht selbstständig waren, innerhalb von zwei Wochen für eine Beschäftigung verfügbar sind und in den letzten vier Wochen aktiv eine Beschäftigung gesucht haben. Auch solche Personen werden zu den Erwerbslosen gerechnet, die die Arbeitssuche abgeschlossen haben, die Tätigkeit aber erst innerhalb der nächsten drei Monate aufnehmen werden.

Erwerbslosenquote

Prozentualer Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen setzen sich aus den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen zusammen.

Erwerbsquote

Prozentualer Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) an der Bevölkerung. In vielen Fällen erfolgt der Ausweis von Erwerbsquoten ausschließlich für Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind nach dem Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorga-

nisation (ILO) alle Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die in der Berichtswoche zumindest eine Stunde gegen Entgelt (Lohn, Gehalt) oder als Selbstständige/r bzw. als mithelfende/r Familienangehörige/r gearbeitet haben oder in einem Ausbildungsverhältnis stehen. Keine Rolle spielt dabei, ob es sich bei der Tätigkeit um eine regelmäßig oder nur gelegentlich ausgeübte Tätigkeit handelt. Darüber hinaus gelten auch solche Personen als Erwerbstätige, die in der Berichtswoche nicht gearbeitet haben, aber in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, das sie wegen Krankheit, (Sonder-)Urlaub oder Erziehungsurlaub bzw. Elternzeit nicht ausüben konnten. Aus der ILO-Definition der Erwerbstätigkeit folgt, dass auch Personen mit einer „geringfügigen Beschäftigung“ im Sinne der Sozialversicherungsregelungen und Soldaten, Wehrpflichtige und Zivildienstleistende als Erwerbstätige erfasst werden.

Erwerbstätige in ausgewählten Berufen des Informations- und Kommunikations-Bereichs (IuK-Bereich)

Die Erwerbstätigen des IuK-Berufssektors werden den drei Bereichen Telekommunikation (Berufe der Telekommunikation), Informationstechnik (IT-Berufe) und Medien (Medienberufe) zugeordnet.

Zu den Erwerbstätigen in den Berufen der Telekommunikation zählen die Fernmeldeanlagen-, Telekommunikationselektroniker/-innen, die Kommunikations-, Büroinformationselektroniker/-innen und Personen in Berufen des Funk- und Fernsprechverkehrs.

Den Erwerbstätigen in IT-Berufen werden Elektroingenieure/Elektroingenieurinnen, Elektrotechniker/-innen, Datentypisten/Datentypistinnen, Datenverarbeitungsfachleute, Informatiker/-innen, Softwareentwickler/-innen, DV-Organisatoren/-Organisatorinnen (und Erwerbstätige in verwandten Berufen), DV-Beratungs- und Vertriebsfachleute, Rechenzentrums- und DV-Benutzerservice-Fachleute sowie sonstige Datenverarbeitungsfachleute und sonstige Informatiker/-innen zugeordnet.

Zu den Erwerbstätigen in Medienberufen gehören diejenigen in Druck- und Druckweiterverarbeitungsberufen, Radio- und Fernsehtechniker/-innen, Buch-, Musikalienhändler/-innen, Verlagskaufleute, Werbefachleute sowie die Publizisten/Publizistinnen.

Erwerbstätigenquote

Prozentualer Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung. In vielen Fällen erfolgt der Ausweis von Erwerbstätigenquoten ausschließlich für Personen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis unter 65 Jahren.

Fachhochschulabschluss (auch Ingenieurschulabschluss)

Abschluss einer Fachhochschule (ohne Verwaltungsfachhochschule). Gleichwertig sind hier auch die früheren Ausbildungsgänge an Höheren Fachschulen für Sozialwesen, Sozialpädagogik, Wirtschaft usw. und an Polytechniken sowie früheren Ingenieurschulen anzusehen.

Fachschulabschluss in der ehemaligen DDR

Diesen Abschluss haben Personen erworben, die in der ehemaligen DDR eine Fach- und Ingenieurschule, z.B. für Grundschullehrer, Ökonomen, Bibliothekare, Werbung und Gestaltung abgeschlossen haben.

Familie

Als Familie im Sinne der amtlichen Statistik zählen – in Anlehnung an den im Grundgesetz verankerten Familienbegriff – Ehepaare ohne und mit Kindern sowie allein erziehende Väter und Mütter, die mit ihren ledigen Kindern im gleichen Haushalt zusammen leben. Dabei ist es unerheblich, ob die allein erziehenden Elternteile mit oder ohne Lebenspartner/in leben.

(Traditionelles) Familienkonzept

Der Nachweis von Ergebnissen in der Abgrenzung des im Grundgesetz verankerten

Familienbegriffs wird im Mikrozensus als (traditionelles) Familienkonzept bezeichnet (vgl. auch Konzept der Lebensformen).

Familienstand

Es wird unterschieden zwischen ledig, verheiratet zusammen lebend (Ehepaare), verheiratet getrennt lebend, geschieden und verwitwet. Personen, deren Ehegatte vermisst wird, gelten als verheiratet und Personen, deren Ehegatte für tot erklärt worden ist, als verwitwet. Verheiratet getrennt Lebende sind solche Personen, deren Ehegatte sich am Stichtag der Erhebung zeitweilig oder dauernd nicht im befragten Haushalt aufgehalten und für den der befragte Ehegatte keine Auskünfte erteilt hat.

Flexible Arbeitszeiten (Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit)

Berichtszeitraum ist die Zeit von Februar bis April. Es wird unterschieden zwischen

- ständig: normalerweise an jedem Samstag, an jedem Sonn- und/oder Feiertag oder in jeder Nacht
- regelmäßig: nicht ständig, aber in gleich bleibenden Zeitabständen und
- gelegentlich: nicht regelmäßig (hin und wieder oder in unregelmäßigen Zeitabständen, auch einmalig).

Bei den so definierten Häufigkeiten ist zu beachten, dass die einzelnen Sonderformen der Arbeitszeit (z.B. gelegentliche Wochenendarbeit) in dem hier relevanten 3-Monats-Bezugsrahmen gehäuft auftreten als dies bei Einengung auf die Berichtswoche der Fall gewesen wäre. Des Weiteren ist davon auszugehen, dass z.B. die Wochenendarbeit oder Schichtarbeit saisonalen Schwankungen unterliegt und zu anderen Jahreszeiten ein höheres oder tieferes Niveau aufweisen kann. Zu berücksichtigen ist schließlich, dass die zu den zeitlichen Arbeitsbedingungen gestellten Fragen ausschließlich auf die individuellen zeitlichen Arbeitsbedingungen abzielen; Rückschlüsse auf betriebs- oder unternehmensspezifische Systeme der Wochenend-, Nacht- und Schichtarbeit sind daher nicht möglich.

Größe und Gewicht

Hier ist die Größe der Personen in Zentimetern und das Gewicht in Kilogramm angegeben.

Der Body-Mass-Index errechnet sich aus diesen beiden Größen, indem man das Gewicht (in Kilogramm) durch die Größe (in Metern, quadriert) teilt. Die Weltgesundheitsorganisation stuft Erwachsene mit einem Body-Mass-Index über 25 als übergewichtig ein, mit einem Wert über 30 als stark übergewichtig und mit einem Wert von unter 18,5 als untergewichtig. Das Geschlecht und das Alter bleiben bei dieser Einteilung unberücksichtigt.

Haushalt

Als (Privat)Haushalt zählt jede zusammen wohnende und eine wirtschaftliche Einheit bildende Personengemeinschaft (Mehrpersonenhaushalte) sowie Personen, die allein wohnen und wirtschaften (Einpersonenhaushalte, z.B. Einzeluntermieter). Zum Haushalt können verwandte und familienfremde Personen gehören (z.B. Hauspersonal). Gemeinschaftsunterkünfte gelten nicht als Haushalte, können aber Privathaushalte beherbergen (z.B. Haushalt des Anstaltsleiters). Haushalte mit mehreren Wohnsitzen (Wohnungen am Haupt- und einem oder mehreren Nebenwohnsitzen) werden mehrfach gezählt (s. Bevölkerung in Privathaushalten). In einem Haushalt können gleichzeitig mehrere Lebensformen (z.B. ein Ehepaar ohne Kinder sowie eine allein erziehende Mutter mit zwei Kindern) leben.

Haushaltsgröße

Zahl der Haushaltsmitglieder innerhalb eines Haushalts.

Haushaltsmitglieder

s. Bevölkerung in Privathaushalten.

Hochschul-/Universitätsabschluss

Als Hochschul- oder Universitätsabschluss gelten Staatsexamen, Diplom- oder Magisterprüfung und/oder Promotion an Universitäten oder Hochschulen verschiedener Art (z.B. Technische Hochschule, Pädagogische Hochschule, Tierärztliche Hochschule, Musikhochschule usw.) einschließlich Gesamthochschulen und Fernuniversitäten. Als Personen mit Hochschulabschluss gelten auch Absolventen der früheren Lehrerseminare und Lehrerbildungsanstalten.

Informelles Lernen

Aktivitäten des informellen Lernens sind dadurch gekennzeichnet, dass der Befragte sich bewusst dafür entscheidet, sie selbstständig organisiert und durchführt, ohne dass eine Lehrperson oder eine Bildungseinrichtung beteiligt ist. Aktivitäten im Rahmen einer Ausbildung oder Lehrveranstaltung zählen nicht dazu.

Kinder

Ledige Personen, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil, z.B. der geschiedenen Mutter, in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft leben. Als Kinder gelten im Mikrozensus auch ledige Stief-, Adoptiv- oder Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht. Prinzipiell unterscheidet die vorliegende Veröffentlichung zwischen minderjährigen Kindern (unter 18 Jahren) und volljährigen Kindern (18 Jahre und älter).

Krankheit durch Erwerbstätigkeit verursacht oder verschlimmert

Die Befragten geben an, ob die vorliegende Krankheit durch ihre Erwerbstätigkeit verursacht oder verschlimmert wurde.

Krank/Unfallverletzt

Eine Krankheit oder Unfallverletzung liegt vor, wenn eine Person sich während des Berichtszeitraums in ihrem Gesundheitszustand so beeinträchtigt gefühlt hat, dass sie ihre übliche Beschäftigung nicht voll ausüben konnte (z.B. Spielen oder Kindergartenbesuch bei Kindern, Schulbesuch bei Kindern und Jugendlichen, Berufstätigkeit bei Beschäftigten, Hausarbeit bzw. Freizeittätigkeit bei nichtberufstätigen Personen). Dabei kommt es nicht darauf an, ob wegen der Beschwerden ein Arzt aufgesucht wurde. Unabhängig von dieser Beeinträchtigung liegt jedoch eine Krankheit immer dann vor, wenn im Berichtszeitraum von einem Arzt oder Heilpraktiker eine Diagnose gestellt und eine Behandlung durchgeführt wurde. Bei langfristigen Leiden (z.B. Zuckerkrankheit, Bluthochdruck) ist es nicht ausschlaggebend, ob der Befragte in der Ausübung seiner gewöhnlichen Beschäftigung beeinträchtigt war oder nicht. Auch ein angeborenes Leiden oder eine Körperbehinderung sind als Krankheit einzuordnen, sofern sie regelmäßig ärztlich behandelt werden.

Schwangerschaft, Entbindung und Wochenbett zählen nicht als Krankheit; in diesem Zusammenhang auftretende Komplikationen, die zu einer wesentlichen Einschränkung der üblichen Tätigkeit führen oder ärztliche Behandlung erfordern, gelten dagegen als Krankheit.

Als Unfälle gelten plötzliche Ereignisse, die eine Verletzung oder eine andere Beeinträchtigung der Gesundheit eines Menschen verursachen (z.B. Gehirnerschütterung durch einen Sturz).

Der Fragebogen sieht für jede Person nur eine Angabe für Krankheiten oder Unfallverletzungen vor. Deshalb müssen die Befragten bei gleichzeitigem Vorliegen die ihrer Ansicht nach schwerwiegendere Beeinträchtigung angeben.

(Neues) Konzept der Lebensformen

Seit dem Mikrozensus 1996 wird den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten Haushaltsmitgliedern die Frage nach einer Lebenspartnerschaft mit der Haushaltsbezugsperson gestellt, deren Beantwortung freiwillig ist. Damit können neben Ehepaaren auch Lebensgemeinschaften berücksichtigt werden. Ferner ist es mög-

lich, allein Erziehende im engen Sinn, d.h. als ohne Lebenspartner(in) lebende allein Erziehende zu definieren. Der Nachweis von Ergebnissen unter Berücksichtigung von Lebensgemeinschaften wird im Mikrozensus als sog. (neues) Konzept der Lebensformen bezeichnet.

Lebensformen

Grundlage für die Bestimmung einer Lebensform sind soziale Beziehungen zwischen den Mitgliedern eines Haushalts. Eine solche Lebensform kann aus einer oder mehreren Personen bestehen. Zu den Lebensformen der Bevölkerung zählen nach dem Konzept der Lebensformen im Einzelnen Paare (Ehepaare und Lebensgemeinschaften) mit Kindern, Paare ohne Kinder, allein Erziehende mit Kindern und allein Lebende. Hinzu kommen Personen, die ohne Kinder und ohne Lebenspartner(in) gemeinsam mit anderen verwandten und/oder nicht verwandten Personen in Mehrpersonenhaushalten leben.

Lebensgemeinschaften

Ab dem Mikrozensus 1996 wird den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten (oder verschwägerten) Haushaltsmitgliedern die Frage nach einer Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson gestellt, deren Beantwortung freiwillig ist. Die vorliegende Veröffentlichung enthält Angaben sowohl zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften (Paare unterschiedlichen Geschlechts), als auch zu gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften (Paare gleichen Geschlechts).

Lehrausbildung einschl. Berufsvorbereitungsjahr und berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsfachschule

Die Lehrausbildung setzt den Abschluss einer mindestens zwei Jahre dauernden Ausbildung voraus. Gleichwertiger Berufsfachschulabschluss ist das Abschlusszeugnis einer Berufsfachschule für Berufe, für die nur eine Berufsfachschulausbildung möglich ist, z.B. Höhere Handelsschule oder einer Kollegschule in Nordrhein-Westfalen sowie einer einjährigen Schule des Gesundheitswesens. Das Berufsvorbereitungsjahr bereitet Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag auf eine berufliche Ausbildung vor.

Lehrveranstaltungen

Unter Lehrveranstaltungen sind Kurse, Lehrgänge, Seminare, Tagungen, Vorträge, Lernzirkel, Fernunterricht oder Privatunterricht zum Zwecke der Weiterbildung zu verstehen. In den meisten Fällen ist für die Teilnahme eine Anmeldung erforderlich.

Meister-/Technikerausbildung oder gleichwertiger Fachschulabschluss

Ein Meisterabschluss liegt vor, wenn der (oder die) Befragte eine Meisterprüfung vor einer Kammer (z.B. Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer usw.) abgelegt hat. Fach-/Technikerschulen werden in der Regel freiwillig nach einer bereits erworbenen Berufsausbildung oder praktischen Berufserfahrung, teilweise auch nach langjähriger praktischer Arbeitserfahrung, oder mit dem Nachweis einer fachspezifischen Begabung besucht und vermitteln eine vertiefte berufliche Fachbildung. Einbezogen ist auch der Abschluss an einer zwei- oder dreijährigen Fachakademie oder einer Berufsakademie.

Mithelfende Familienangehörige

Mithelfende Familienangehörige sind Personen, die ohne Arbeitsrechtsverhältnis und Lohn- oder Gehaltsempfang in landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betrieben eines Familienangehörigen mitarbeiten und keine Sozialversicherungspflichtbeiträge zahlen.

Nachtarbeit

Nachtarbeit ist jede Arbeit, die zwischen 23.00 Uhr und 6.00 Uhr geleistet wurde, gleichgültig, ob sie vorher begann, später endete oder ob Beginn oder Ende innerhalb der Zeitspanne von 23.00 Uhr bis 6.00 Uhr lag.

Nichterwerbspersonen

stellen den verbleibenden Teil der Bevölkerung nach Abzug der Erwerbspersonen dar. Dazu zählen also Personen ab 15 Jahren, die keine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben oder eine Erwerbstätigkeit suchen, aber für den Arbeitsmarkt kurzfristig nicht verfügbar sind. Grundsätzlich zu den Nichterwerbspersonen gehören Kinder unter 15 Jahren.

Normalerweise geleistete Arbeitszeit

Gelegentliche oder einmalige Abweichungen werden nicht berücksichtigt (z.B. Urlaub, Krankheit, gelegentliche geleistete Überstunden). Die „normale“ Arbeitszeit kann von der tarifvertraglich vereinbarten Arbeitszeit abweichen, wenn regelmäßig wöchentlich Überstunden geleistet werden.

Paare

Zu den Paaren zählen im Mikrozensus alle Personen, die in einer Partnerschaft leben und einen gemeinsamen Haushalt führen. Im Einzelnen gehören dazu Ehepaare, nichteheliche Lebensgemeinschaften und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Paargemeinschaften ohne Kinder

Zu den Paargemeinschaften ohne Kinder zählen im Mikrozensus Ehepaare und Lebensgemeinschaften ohne Kinder im Haushalt.

Rauchgewohnheiten

Unter regelmäßigem Rauchen wird tägliches Rauchen verstanden, auch wenn es sich um geringe Tabakmengen handelt.

Als starker Raucher wird entsprechend den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ein Raucher mit einem täglichen Zigarettenkonsum von mehr als 20 Stück bezeichnet.

Als Alter bei Rauchbeginn ist das Alter angegeben, in dem erstmals mit regelmäßigem Rauchen angefangen wurde.

Die Anzahl der täglich gerauchten Zigaretten wurde in den Klassen unter 5, 5 bis 20, 21 bis 40 sowie 41 und mehr erfragt. Aus diesen Ergebnissen wurde auch die tagesdurchschnittliche Zahl der gerauchten Zigaretten geschätzt. Bei der Ermittlung dieser Werte wurde auf Grund des Fehlens genauer Angaben unterstellt, dass die exakte Zahl der gerauchten Zigaretten innerhalb der Grenzen der angegebenen Größenklasse gleichverteilt ist, und dass die offene obere Klasse bei einem Wert von 60 geschlossen wird.

Bei der Frage „Was rauchen bzw. rauchten Sie überwiegend“ war, falls mehrere Tabakarten geraucht wurden, die überwiegende Art anzugeben.

Als frühere Raucher sind Personen nachgewiesen, die heute nicht mehr rauchen.

Schichtarbeit

Eine Person leistet Schichtarbeit, wenn sie ihre Arbeit zu wechselnden Zeiten ausübt (Frühschicht/Spätschicht, Frühschicht/Spätschicht/Nachtschicht, Tagschicht/Nachtschicht, unregelmäßige Schicht, geteilte Schicht (Teil der Arbeitszeit am Vormittag, anderer Teil am Abend)). Andere Arbeitsformen begründen keine Schichtarbeit.

Schüler/-innen und Studierende

Besucher von allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen (Berufsfach- und Fachschule) bzw. Hochschulen, auch wenn sie nebenher erwerbstätig sind. Erwerbstätige Berufsschüler werden zu den Erwerbstätigen gerechnet.

Selbstständige

sind Personen, die einen Betrieb oder eine Arbeitsstätte als Eigentümer, Miteigentümer, Pächter oder selbstständiger Handwerker leiten sowie selbstständige Han-

delsvertreter usw., also auch freiberuflich Tätige, nicht jedoch Personen, die in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis stehen und lediglich innerhalb ihres Arbeitsbereiches selbstständig disponieren können (z.B. die selbstständigen Filialleiter). Beschäftigt ein(e) Selbstständige(r) nur Mithelfende Familienangehörige, so gilt sie/er als Selbstständige(r) ohne Beschäftigte.

Staatsangehörigkeit

Unter Staatsangehörigkeit wird die rechtliche Zugehörigkeit einer Person zu einem bestimmten Staat verstanden. Personen, die nach dem Grundgesetz (Artikel 116 Abs. 1) den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit gleichgestellt sind, werden als Deutsche nachgewiesen. Personen, die sowohl die deutsche als auch eine ausländische Staatsangehörigkeit angeben, werden ebenfalls als Deutsche erfasst.

Teilzeitbeschäftigung

Die Ergebnisse zur Teilzeit beruhen auf einer Selbsteinstufung der Befragten. Alternativ kann im Mikrozensus auch die konkrete Angabe der normalerweise in der Woche geleisteten Arbeitsstunden herangezogen werden.

Überwiegender Lebensunterhalt

Der überwiegende Lebensunterhalt kennzeichnet die Unterhaltsquelle, aus welcher hauptsächlich die Mittel für den Lebensunterhalt bezogen werden. Bei mehreren Unterhaltsquellen wird auf die wesentliche abgestellt.

Wirtschaftszweige

Die wirtschaftliche Gliederung erfolgt im Mikrozensus 2003 nach der „Klassifikation der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 2003 (WZ2003), Tiefengliederung für den Mikrozensus. Für die Erhebungsjahre ab 1995 bis 2002 gilt die „Klassifikation der Wirtschaftszweige“, Ausgabe 1993 (WZ1993), Tiefengliederung für den Mikrozensus. Bis 1994 wurde die „Systematik der Wirtschaftszweige 1979“ in der Fassung für den Mikrozensus eingesetzt. Da diese von den beiden nachfolgenden Ausgaben teilweise erheblich abweicht, ist ein Zeitvergleich der Ergebnisse – auch bei gleichlautenden Benennungen einzelner Kategorien – nur eingeschränkt möglich.

Wohnberechtigte Bevölkerung

Hierzu zählen alle in der Gemeinde wohnhaften Personen, unabhängig davon, ob sie noch eine weitere Wohnung oder Unterkunft besitzen und von wo aus sie zur Arbeit oder Ausbildung gehen, bzw. wo sie sich überwiegend aufhalten (Mehrfachzählungen). Auch ist es unerheblich, ob sie in Privathaushalten leben oder zur Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften zählen, d.h. dort wohnen und keinen eigenen Haushalt führen.

Aus melderechtlichen Gründen werden Soldaten im Grundwehrdienst oder auf Wehrübung der Wohngemeinde vor ihrer Einberufung zugeordnet. Entsprechend wird bei Patienten in Krankenhäusern sowie bei Personen in Untersuchungshaft verfahren.

Berufssoldat(en)/innen, Soldat(en)/innen auf Zeit, Angehörige des Bundesgrenzschutzes und der Bereitschaftspolizei in Gemeinschaftsunterkünften werden ebenso wie die Strafgefangenen sowie alle Dauerinsassen von Gemeinschaftsunterkünften und das in diesen Unterkünften wohnende Personal sowohl in den Gemeinden, die diese Unterkünfte beherbergen, als auch in den Gemeinden, in denen sie eventuell einen weiteren Wohnsitz haben, erfasst.

Angehörige der ausländischen Stationierungstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit ihren Familienangehörigen werden grundsätzlich nicht statistisch ermittelt.

Zweite Erwerbstätigkeit

Eine zweite Erwerbstätigkeit liegt vor, wenn in der Berichtswoche neben der Haupterwerbstätigkeit eine weitere Tätigkeit ausgeübt wurde, gleichgültig, ob dies regelmäßig, gelegentlich oder nur saisonal bedingt geschah. Die Antwortkategorie „regel-

mäßig“ bedeutet, dass die zweite Tätigkeit in regelmäßigen Zeitabständen (z.B. täglich, einmal wöchentlich) ausgeübt wird. Unter „gelegentlich“ ist zu verstehen, dass einer Zweiterwerbstätigkeit in unregelmäßigen Zeitabständen nachgegangen wird (z.B. Aushilfe bei krankheitsbedingtem Bedarf). „Saisonal bedingt“ heißt, in der zweiten Erwerbstätigkeit wird nur zu bestimmten Jahreszeiten gearbeitet.

Unser Presseservice für SIE !

Das Statistische Bundesamt bietet Ihnen zu den Daten des Mikrozensus sowie zum Gesamtgebiet der amtlichen Statistik einen umfassenden Informationsservice.

Internet

Informationen zum Mikrozensus veröffentlichen wir unter dem gleichnamigen Link auf der Homepage des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de>). Neben einer Reihe von ausgewählten Tabellen zu den Themenbereichen „Bevölkerung“ und „Erwerbstätigkeit“ sowie „Sozialleistungen“, „Gesundheitsrelevantes Verhalten“ und „Wohnen“ werden auf dieser Seite Links zu kostenfreien und -pflichtigen Publikationen und weiteren Informationen zum Thema angeboten.

Die vorliegende Broschüre kann unter dem Pfad „Presse – Presseveranstaltungen“ aus dem Internet kostenfrei heruntergeladen werden.

Unter <http://www.destatis.de> und dem Link „Presse“ finden Sie alle aktuellen Pressemitteilungen und können nach Thema oder Veröffentlichungsdatum recherchieren. Für Ihre Planung bieten wir in unserem „Wochenkalender“ eine Vorschau auf die Pressemitteilungen der Folgeweche. Über unseren „E-Mail-Presserverteiler“ können Sie sich die Pressemitteilungen auch zumailen lassen.

Persönlicher Informationsservice über Post, Telefon, Telefax und E-Mail

Sie erreichen uns montags bis donnerstags von 8 bis 17 Uhr und freitags von 8 bis 15 Uhr.

Journalisten wenden sich bitte direkt an die Pressestelle unter der Rufnummer (0611) 75-3444, die Faxverbindung lautet (0611) 75-3976 und die E-Mail-Anschrift ist presse@destatis.de.

Ihre Anfragen werden von uns schnellstmöglich beantwortet oder an einen auf Ihre Belange direkt eingehenden Experten weitergeleitet. Für Interviews vermitteln wir Ihnen sachkundige Gesprächspartner.

Gerne beantworten wir Ihnen individuelle Fragen zu den Inhalten der vorliegenden Broschüre, bitte wenden Sie sich an unsere Mitarbeiter:

Mikrozensus-Info-Team
Tel. (01888) 644-8955
E-Mail: mikrozensus@destatis.de

Oder schreiben Sie uns:

Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn
Gruppe „VIII C – Mikrozensus“
Postfach 170377
53029 Bonn

Allgemeine Fragen zum Statistischen Bundesamt und seinem Datenangebot beantworten Ihnen die Kolleginnen und Kollegen des Allgemeinen Informationsservice:
Telefon: (0611) 75-2405, Telefax: (0611) 75-3330, E-Mail: info@destatis.de.

Wenden Sie sich an uns, wir helfen Ihnen gerne weiter!